



NRW BLEIBT NEU.

**Ordentlicher Landesparteitag der
NRWSPD am 24.09.2016 in Bochum**

Beschlussbuch



Übersicht

L	Leitantrag	Seite 1 -2
Ar	Arbeitsmarktpolitik	Seite 3 - 9
B	Bildung, Wissenschaft, Jugend	Seite 10 -21
EU	Europapolitik	Seite 22 - 24
F	Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik	Seite 25
G	Gesundheitspolitik	Seite 26 - 28
IR	Innen- und Rechtspolitik	Seite 29 - 37
K	Kommunalpolitik	Seite 38 - 44
O	Organisationspolitik	Seite 45 - 47
So	Sonstige	Seite 48 - 59
S	Sozialpolitik	Seite 60 - 113
U	Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik	Seite 114 - 126
WF	Wirtschafts- und Finanzpolitik	Seite 127 - 131

Inhaltsverzeichnis/Beschlusslage

	Antragsteller	Überschrift	Seite	Beschluss
Leitantrag:				
L1	<i>Landesverband Nordrhein-Westfalen</i>	Breite Beteiligung. Mehr Diskussion. Besseres Programm. Der Weg der NRWSPD zum Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 14. Mai 2017	1 - 2	Angenommen
Arbeitsmarktpolitik:				
Ar1	<i>Unterbezirk Unna</i>	Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit finanzieren: Der soziale Arbeitsmarkt muss kommen!	3 - 5	Angenommen in Fassung der Antragskommission
Ar2	<i>Unterbezirk Leverkusen</i>	Sachgrundlose Befristung abschaffen	5	Angenommen in Fassung der Antragskommission
Ar3	<i>Unterbezirk Dortmund</i>	Mindestlohn jährlich anpassen	132	Abgelehnt
Ar4	<i>Unterbezirk Dortmund</i>	Erweiterung des Kündigungsschutzes nach Elternzeit	5	Überweisung an SPD- Bundestagsfraktion
Ar5	<i>Unterbezirk Dortmund</i>	Umsetzung und Einhaltung von Beschlüssen von Bundes- und Landespartei in NRW-Kommunen bei kommunalen Betrieben und Zweckverbänden gegen Lohndumping und Leiharbeit in kommunalen Eigenbetrieben und Zweckverbänden!	5 - 6	Angenommen in Fassung der Antragskommission
Ar6	<i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i>	Arbeitnehmerschutz im Öffentlichen Nahverkehr verbessern, verpflichtende Personalübernahme bei Betreiberwechsel im Personennahverkehr auf Straße und Schiene ins Tariftreuegesetz NRW aufnehmen!	6	Angenommen in Fassung der Antragskommission
Ar7	<i>SPD-Region Ostwestfalen-Lippe (OWL)</i>	Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – Schaffung eines sozialen Arbeitsmarktes zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit	6 - 7	Überweisung als Material an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017
Ar8	<i>Arbeitsgemeinschaft Selbstständige</i>	Arbeit und Bildung	7	Überweisung an SPD- Landtags- und Bundestagsfraktion
Ar9	<i>Unterbezirk Coesfeld</i>	Gute und faire Arbeit – Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verhindern	7	Angenommen in Fassung der Antragskommission

Ar10	<i>Unterbezirk Coesfeld</i>	Wege gegen Fachkräftemangel	8 - 9	Überweisung als Material an Bundestagsfraktion
Ar11	<i>Unterbezirk Coesfeld</i>	Brückenschlag zwischen dem Kreis Coesfeld und dem Ruhrgebiet: Modellprojekt zur Besetzung freier Ausbildungs- und Arbeitsplätze!	9	Angenommen in Fassung der Antragskommission
Ar12	<i>Unterbezirk Coesfeld</i>	Gute Arbeit	132	Erledigt

Bildung, Wissenschaft, Jugend

B		Gute Schule. Beste Bildung	10 - 19	Angenommen
B1	<i>Ortsverein Sankt Augustin (Unterbezirk Rhein-Sieg-Kreis)</i>	Turbo-Abitur beenden – Bildungsauftrag von Schule stärken – Gemeinsames Lernen fördern - G9 wieder einführen.	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B2	<i>Ortsverein Köln-Dellbrück (Unterbezirk Köln)</i>	G8/G9	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B3	<i>Unterbezirk in der Städteregion Aachen</i>	Rückkehr zum G9-System	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B4	<i>Kreisverband Euskirchen</i>	Gebt den Gymnasien die Klasse 10 zurück	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B5	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Titel: G8/G9 - Mehr als ein einfaches ‘Zurück’	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B6	<i>Ortsverein Sankt Augustin (Unterbezirk Rhein-Sieg-Kreis)</i>	Gleichbehandlung von offenem und gebundenem Ganzttag bei der Schülerbeförderung ermöglichen!	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B7	<i>Unterbezirk Bottrop</i>	Mehr pädagogisches Personal in Schulen jetzt!	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B8	<i>Unterbezirk Bottrop</i>	Lebenslange kostenlose Bildung jetzt erst recht!	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B9	<i>Unterbezirk Bottrop</i>	Kooperationsverbot abschaffen!	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B10	<i>Unterbezirk Köln</i>	Masterplan für die „Zweite Chance“	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B11	<i>Unterbezirk Köln</i>	Vermeidung von Unterrichtsausfall	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
Ini6	<i>Unterbezirk Düsseldorf</i>	Was ist unser lebenslanges Lernen wert? Freiberufliche Weiterbildungslehrerinnen und –lehrer besser bezahlen!	19	Überwiesen an Programmkommission

B12	<i>Unterbezirk Köln</i>	LehrerInnenbesoldung	19	Überwiesen an Programmkommission NRWSPD
B13	<i>Unterbezirk Köln</i>	Optimierung der Inklusion	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B14	<i>Ortsverein Köln-Dellbrück (Unterbezirk Köln)</i>	Festlegung der Klassengröße auf 24 Schülerinnen und Schüler	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B15	<i>Ortsverein Köln-Dellbrück (Unterbezirk Köln)</i>	Anhebung der Bildungsfinanzierung	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B16	<i>Ortsverein Köln-Dellbrück (Unterbezirk Köln)</i>	Bildungswege	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B17	<i>Ortsverein Köln-Dellbrück (Unterbezirk Köln)</i>	Interkulturelle Bildung	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B18	<i>Ortsverein Köln-Dellbrück (Unterbezirk Köln)</i>	Kulturunterricht - Integration. Verbindlicher Kulturunterricht für alle Neuankömmlinge	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B19	<i>Ortsverein Köln-Dellbrück (Unterbezirk Köln)</i>	Ganztag	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B20	<i>Ortsverein Köln-Dellbrück (Unterbezirk Köln)</i>	Kooperationsverbot	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B21	<i>Kreisverband Herford</i>	Qualitätsentwicklung in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich und auskömmliche Finanzierung	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B22	<i>Kreisverband Gütersloh</i>	Gleicher Lohn für gleiche Ausbildung. Lehramtsvergütung vereinheitlichen.	20	Überwiesen an Programmkommission NRWSPD
B23	<i>Ortsverein Wesseling (Unterbezirk Rhein-Erft)</i>	Digitalisierung an Schulen	20 - 21	Überwiesen an Programmkommission NRWSPD
B24	<i>Unterbezirk Dortmund</i>	Landesweiter Sozialindex	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B25	<i>Kreisverband Rheinisch-Bergischer-Kreis</i>	Azubis und Studierende Gleichstellen	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B26	<i>Unterbezirk in der Städteregion Aachen</i>	Schulsozialarbeit	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“

B27	<i>Kreisverband Euskirchen</i>	Rechtsanspruch auf OGS Platz	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B28	<i>Unterbezirk Coesfeld</i>	Digitale Bildung fördern – Vom Wahlfach Informatik zum Pflichtfach „Digitalkunde“	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B29	<i>Unterbezirk Coesfeld</i>	Digitale Bildung in Schulen durch Ausstattung fördern	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B30	<i>Unterbezirk Coesfeld</i>	Fortbildungsprogramm für Lehrer und Lehrerinnen zur „Digitalen Bildung“	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B31	<i>Unterbezirk Coesfeld</i>	Sicherung von Schulstandorten im ländlichen Raum	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B32	<i>Unterbezirk Coesfeld</i>	Gebührenfreiheit 1. OGS-Jahr	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B33	<i>Unterbezirk Coesfeld</i>	Gebührenfreiheit Kindertageseinrichtungen	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B34	<i>Unterbezirk Coesfeld</i>	Politische Bildung fördern - Demokratische Grundwerte vermitteln	132	Erledigt durch Annahme „Gute Schule. Beste Bildung.“
B35	<i>SPD-Region Ostwestfalen-Lippe (OWL)</i>	Gleicher Lohn für gleiche Ausbildung. Lehramtsvergütung vereinheitlichen	21	Überwiesen an Programmkommission NRWSPD

Europapolitik:

Eu1	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Die EU nach dem Brexit – Mehr Solidarität wagen und Europa konsequent demokratisieren	22 - 23	Angenommen in Fassung der Antragskommission
Eu2	<i>Arbeitsgemeinschaft Selbstständige</i>	Gestaltung Brexit auf EU-Ebene	23 - 24	Angenommen in Fassung der Antragskommission
Eu3	<i>Unterbezirk Krefeld</i>	Gemeinsam auf Globalisierung antworten: den internationalen Austausch fördern	24	Überweisung an Landesvorstand

Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik:

F1	<i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i>	LGG-Novellierung	132	Erledigt
F2	<i>Unterbezirk Bochum</i>	Öffnung der Ehe für Homosexuelle	132	Erledigt
F3	<i>Ortsverein Warstein- Möhnetal (Unterbezirk Kreis Soest)</i>	Kibiz-Pauschale	25	Überweisung an Landtagsfraktion

Gesundheitspolitik:

G1	<i>Unterbezirk Leverkusen</i>	Vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge	26	Angenommen in Fassung AK und Weiterleitung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017
G2	<i>Unterbezirk Solingen</i>	Paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge	132	Erledigt
G3	<i>Arbeitsgemeinschaft Selbstständige</i>	Sozialversicherung: Einkommensorientierte, paritätische und gerechte Krankenversicherung für alle BürgerInnen	132	Erledigt
G4	<i>Unterbezirk Gelsenkirchen</i>	Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung herstellen!	132	Erledigt
G5	<i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i>	Bewusstseinssteigerung bei Männern und Frauen zu sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten (STI)	26	Annahme und Überweisung an Landtagsfraktion
G6	<i>Arbeitsgemeinschaft Gesundheitswesen</i>	Überprüfung des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs der Gesetzlichen Krankenversicherung dringend erforderlich	27	Angenommen in Fassung der Antragskommission
G7	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Migranten mit Behinderung	27	Überweisung an Bundestagsfraktion
G8	<i>Ortsverein Wesseling (Unterbezirk Rhein-Erft)</i>	„Aspartam muss weg“	27	Überweisung an Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion und Abgeordnete der NRWSPD im Europaparlament
G9	<i>Unterbezirk Steinfurt</i>	Pflegeberufsreformgesetz	28	Angenommen in Fassung der Antragskommission

Innen- und Rechtspolitik:

Ini2	<i>Unterbezirk Coesfeld</i>	Kriminalpolitik	29	Überweisung an Programmkommission und SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017
IR1	<i>Unterbezirk Münster</i>	Umstrukturierung des Strafvollzugs	29 - 32	Überweisung an Landesparteirat
IR2	<i>Unterbezirk Köln</i>	Stärkung der Wahlbeteiligung	32- 33	Angenommen in Fassung der Antragskommission
IR3	<i>Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen</i>	Schaffung einer gesetzlichen Regelung für den Vollzug der zivilrechtlichen Unterbringung nach § 1906 Abs. 1, 2 und 4 BGB durch einen Betreuer	33	Überweisung an Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion

IR4	<i>Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt</i>	Einrichten einer Arbeitsgruppe zum Thema Positionierung zur Zusammenarbeit mit MigrantInnenselbstorganisationen (MSO)	33 - 34	Überweisung an Landesvorstand, Landesparteirat
IR5	<i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i>	Islamverbände	34	Überweisung an Landesvorstand, Landesparteirat
IR6	<i>Ortsverein Köln-Mitte (Unterbezirk Köln)</i>	Islamverbände	34	Überweisung an Landesvorstand, Landesparteirat
IR7	<i>Ortsverein Bonn-Beuel (Unterbezirk Bonn)</i>	Anerkennung als Körperschaft	35	Überweisung an Landesvorstand, Landesparteirat
IR8	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Datenschutz und IT-Sicherheit	35 - 36	Überweisung an Landtags- und Bundestagsfraktion und SPD Abgeordnete aus NRW im EP
IR9	<i>Unterbezirk Münster</i>	Antworten auf eine nationale Herausforderung: Eckpunkte einer sozialdemokratischen Geflüchtetenpolitik	132	Erledigt
IR10	<i>Unterbezirk Bielefeld</i>	Einwanderungsgesellschaft sozial gestalten	36	Überweisung an Bundestagsfraktion
IR11	<i>Kreisverband Rheinisch-Bergischer-Kreis</i>	Legalisierung von Cannabis	37	Überweisung an Landesvorstand
IR12	<i>Ortsverein Warstein-Möhnetal (Unterbezirk Kreis Soest)</i>	Lobbyregister	37	Überweisung an Landtagsfraktion

Kommunalpolitik:

K1	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Bonn braucht mehr Geld für Öffentliche Investitionen	132	Zurückgezogen
K2	<i>Kreisverband Paderborn</i>	Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger	132	Erledigt
Ini3	<i>Ruhr SPD</i>	Neue Ruhr	38 - 40	Angenommen
Ini4	<i>Unterbezirk Remscheid</i>	Integrationsplan Nordrhein-Westfalen: Stadt und Land – Hand in Hand	40	Angenommen in Fassung der Antragskommission
Ini5	<i>Unterbezirk Remscheid</i>	Kommunen bei Sozialleistungen spürbarer entlasten	40 - 41	Angenommen
K3	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Ehrenamt aufwerten	42- 43	Überweisung an Programmkommission
K4	<i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen Schwusos</i>	Die Kommunen beraten und unterstützen: Schutz vor Gewalt an weiblichen und LSBTI-Flüchtlingen verbessern	43 - 44	Annahme Zeilen 1 bis 21, Überweisung Zeile 21 bis 55 an Landtagsfraktion

Organisationspolitik:

O1	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Urwahl	132	Abgelehnt
O2	<i>Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen</i>	Fahrtkostenerstattung	132	Erledigt
O3	<i>Unterbezirk Bielefeld</i>	Finanzielle Möglichkeiten der Ortsvereine sichern	132	Abgelehnt
O4	<i>Arbeitsgemeinschaft Selbstständige</i>	Beitrag	45	Überweisung an Parteivorstand
O5	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Mitgliederentscheid	45 - 46	Überweisung an Parteivorstand
O6	<i>Unterbezirk Münster</i>	Geschlechterparität bei Wahlen	46	Überweisung an Landesvorstand
O7	<i>Kreisverband Gütersloh</i>	Berufsbezeichnungen in Listen	132	Ablehnung
O8	<i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i>	Intensivierung der Zusammenarbeit der AG Selbst Aktiv mit dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion	46 - 47	Überweisung an Landesvorstand Zeile 23 – 25 Überweisung SPD-Landtagsfraktion Zeile 27

Sonstige:

Ini1	<i>Forum eine Welt</i>	Für eine stärker präventive Friedens- und Entwicklungspolitik	48 - 49	Angenommen
SO1	<i>Unterbezirk Leverkusen</i>	Aufbruch SPD	50 -57	Überweisung an Programmkommission
SO2	<i>Forum Eine Welt</i>	Plädoyer für eine gerechtigkeitsorientierte und nachhaltige Eine-Welt-Arbeit der NRWSPD	57- 58	Überweisung an Landesvorstand
SO3	<i>Stadtverband Sundern</i>	Soziale Gerechtigkeit schaffen – Wachstum fördern	58 - 59	Überweisung an Programmkommission und Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017

Sozialpolitik:

S1	<i>Unterbezirk Gelsenkirchen</i>	Für eine lebensstandardsichernde Rente	132	Erledigt durch Annahme S 3
S2	<i>Unterbezirk Bottrop</i>	Altersarmut	60	Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017
S3	<i>Arbeitsgemeinschaft 60 Plus</i>	Für ein solidarisches und gerechtes Generationenprojekt. Der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung	60 - 67	Angenommen in Fassung der Antragskommission und Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017

S4	<i>Unterbezirk Dortmund</i>	Für ein solidarisches und gerechtes Generationenprojekt. Der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung	132	Erledigt durch Annahme S 3
S5	<i>Ortsverein Köln-Dellbrück (Unterbezirk Köln)</i>	Rentenreform 2017	132	Erledigt durch Annahme S 3
S6	<i>Unterbezirk Gelsenkirchen</i>	Gegen wachsende Ungleichheit, für mehr soziale Gerechtigkeit	68	Angenommen
S7	<i>SPD-Region Ostwestfalen-Lippe (OWL)</i>	Zukunft statt Grenzen – Wir investieren in die Integrationsgesellschaft	68 - 83	Überweisung an Programmkommission
S8	<i>Kreisverband Minden-Lübbecke</i>	Weichen stellen für die Zukunft - Mehr Demokratie und mehr Gerechtigkeit wagen!	83 - 86	Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017
S9	<i>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv</i>	Entwurf des Bundesteilhabegesetzes noch nicht zustimmungsfähig (Stand: 26.04.2016)	87 - 88	Überweisung an Bundestagsfraktion
S10	<i>Ortsverein Warstein-Möhnetal (Unterbezirk Kreis Soest)</i>	Landesbestattungsgesetz	88 - 89	Überweisung an Landtagsfraktion
S11	<i>Unterbezirk Coesfeld</i>	Migrationserfahrungen als lernenden Prozess nutzen	89	Angenommen
S12	<i>Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen (Jusos)</i>	ZUKUNFT gibt's nicht für lau!	89 - 113	Überweisung an Programmkommission

Umwelt-, Energie-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik:

U1	<i>Ortsverein Bonn-Beuel (Unterbezirk Bonn)</i> <i>Unterbezirk Bonn</i>	“Schutz der Nachtruhe am Wochenende“	114	Angenommen
U2	<i>Unterbezirk Hochsauerland</i>	Kennzeichnung von Batterien	114	Angenommen
U3	<i>Unterbezirk Kreis Kleve</i>	Gleiche Chancen für alle Flughäfen in NRW!	114 - 116	Angenommen in Fassung der Antragskommission
U4	<i>Unterbezirk Leverkusen</i>	Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen	116	Angenommen in Fassung der Antragskommission
U5	<i>Arbeitsgemeinschaft 60 Plus</i>	Quartierspolitik muss breiter und nachhaltiger gestaltet werden	116	Angenommen in Fassung der Antragskommission
U6	<i>Arbeitsgemeinschaft 60 Plus</i>	Quartiersentwicklung	117 - 118	Angenommen in Fassung der Antragskommission
U7	<i>Unterbezirk Dortmund</i>	Für sicheres und lohnenswertes Leben am Hellweg - Weiterbau der L663n jetzt!	119	Angenommen in Fassung der Antragskommission
U8	<i>Unterbezirk Dortmund</i>	KV Anlagen	119	Angenommen in Fassung der Antragskommission
U9	<i>Kreisverband Rheinisch-Bergischer-Kreis</i>	Solidaritätsticket für Geflüchtete	119	Angenommen in Fassung der Antragskommission

U10	<i>Kreisverband Rheinisch-Bergischer-Kreis</i>	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum/Beseitigung von Planungshindernissen	120 - 121	Angenommen in Fassung der Antragskommission
U11	<i>Unterbezirk in der Städteregion Aachen</i>	Strukturförderprogramm „Rheinisches Revier“	121	Überweisung an Programmkommission
U12	<i>Landesverband Nordrhein-Westfalen</i>	In Stadt und Land: Lebenswerte Heimat vor der Haustür	122 - 124	Angenommen
U13	<i>Kreisverband Euskirchen</i>	A1-Lücke zügig schließen	124	Angenommen
U14	<i>Ortsverein Duisburg-Rheinhausen-Mitte (Unterbezirk Duisburg)</i>	Resolution zu den neuen UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und zur Agenda 2030 in Deutschland und NRW	132	Erledigt
U15	<i>Unterbezirk Steinfurt</i>	Europaweite Mengenreduzierung bei Milch	124	Angenommen in Fassung der Antragskommission
U16	<i>Forum Eine Welt</i>	Resolution zu den neuen UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und zur Agenda 2030 in Deutschland und NRW	125 - 126	Angenommen
U17	<i>Unterbezirk Dortmund</i>	Sozialer Wohnungsbau	126	Angenommen in Fassung der Antragskommission

Wirtschafts- und Finanzpolitik:

WF1	<i>Ortsverein Neuss-Süd (Kreisverband Rhein-Kreis Neuss)</i>	TTIP - TISA - CETA	132	Erledigt durch Beschluss Parteikonvent vom 19.09.2016
WF2	<i>Unterbezirk Köln</i>	Für die konsequente Umsetzung eines fairen und nachhaltigen Welthandels – CETA, TTIP, TiSA: So nicht!	132	Erledigt durch Beschluss Parteikonvent vom 19.09.2016
WF3	<i>Unterbezirk Solingen</i>	TTIP stoppen – den Platz schaffen für einen gerechten Freihandel!	132	Erledigt durch Beschluss Parteikonvent vom 19.09.2016
WF4	<i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Unterbezirk Bielefeld)</i>	Verschiebung von CETA	132	Erledigt durch Beschluss Parteikonvent vom 19.09.2016
WF5	<i>Ortsverein Bielefeld-Calvinenfeld (Unterbezirk Bielefeld)</i>	Privatisierung der Sparkassen und Umwandlung der Volksbanken in Kapitalgesellschaften durch CETA	132	Erledigt durch Beschluss Parteikonvent vom 19.09.2016
WF6	<i>Kreisverband Oberbergischer Kreis</i>	Nein zu den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA	132	Erledigt durch Beschluss Parteikonvent vom 19.09.2016
WF7	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Keine Schuldenbremse in die NRW-Verfassung	127 - 128	Überweisung an Programmkommission

WF8	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Schluss mit der Steuerverschwendung durch ÖPP (Öffentlich-Private Partnerschaften zur Finanzierung öffentlicher Investitionen)	128 - 129	Überweisung an Programmkommission
WF9	<i>Unterbezirk Bochum</i>	Eine umfassende Reform der Erbschaftssteuer ins sozialdemokratische Wahlprogramm	130	Angenommen in Fassung der Antragskommission bis Zeile 25 und Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017
WF10	<i>Ortsverein Köln-Sülz-Klettenberg (Unterbezirk Köln)</i>	Finanztransaktionssteuer	131	Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017
WF11	<i>Ortsverein Warstein-Möhnetal (Unterbezirk Kreis Soest)</i>	Deckelung der Dispozinsen	131	Angenommen in Fassung AK und Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017

Beschlussbuch

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Angenommene und überwiesene Anträge

Leitantrag

Antragsbereich L/ Antrag 1

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Breite Beteiligung. Mehr Diskussion. Besseres Programm. Der Weg der NRWSPD zum Regierungsprogramm zur Landtagswahl am 14. Mai 2017

(Angenommen)

5 Am 14. Mai 2017 wird in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Dabei geht es um viel. Es geht um die Frage welche Richtung unser Bundesland nimmt. Wir haben ein klares Leitbild: Unser Nordrhein-Westfalen ist ein wirtschaftlich starkes Land, mit Innovationen und Forschung von Weltruf, in dem es gute Arbeit und eine hohe Lebensqualität für alle Menschen gibt. Unser Nordrhein-Westfalen ist das Land, in dem es gerecht zugeht, in dem
10 Kein Kind zurück gelassen wird und beste Bildung von der KiTa über Schule und Ausbildung, bis hin zur Hochschule Priorität haben und die Menschen gerne leben. Unser Nordrhein-Westfalen ist ein besonders vielfältiger, toleranter und weltoffener Teil eines starken Europas. Und unser Nordrhein-Westfalen ist das Land, in dem die Menschen gemeinsam anpacken und zusammenstehen.

15 Wir sind auf gutem Weg.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen die Zukunft Nordrhein-Westfalens weiter gestalten. Die Grundlage dafür ist unser Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2017.

20 Ein starkes Programm entsteht durch Dialog und Diskussion. Ideen für die Zukunft unseres Landes kommen aus der Mitte unserer Partei. Vor Ort, in den Städten und Gemeinden, wird Politik sichtbar und erlebbar. Deshalb wollen wir, dass unsere Genossinnen und Genossen ihre Erfahrungen, Perspektiven und Ideen im Prozess der Programmentwicklung einbringen können. Unsere Parteibasis ist das Fundament für fortschrittliche und innovative Impulse.

25 Die NRWSPD schafft den Rahmen für einen breiten Beteiligungsprozess zur Erarbeitung des Regierungsprogramms der NRWSPD zur Landtagswahl am 14. Mai 2017. Durch verschiedene Veranstaltungs- und Beteiligungsformate sollen alle Mitglieder der SPD in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit haben, ihre Impulse und Vorschläge für das

30 Regierungsprogramm an die Programmkommission zu richten.

Grundlage für die innerparteiliche Diskussion zum Regierungsprogramm stellen die dem Landesparteitag vorzulegenden Leitideen für das Regierungsprogramm dar.

35 Diese Leitideen werden von der Programmkommission des Landesvorstandes erarbeitet und auf der Landesvorstandssitzung am 2. September 2016 beschlossen. Diese Ideen werden den Delegierten des Landesparteitages und der Partei zugeleitet. Die Debatte und der Beteiligungsprozess beginnen damit.

40 Dabei setzen wir nicht nur auf die Vielfalt an Ideen, sondern auch auf Vielfalt bei den Beteiligungsformaten. Ob durch Gesprächsforen, Diskussionsveranstaltungen oder online-Plattformen: im Rahmen der Programmprozesses stehen unseren Mitgliedern verschiedenste Wege offen, sich an der Erstellung unseres Regierungsprogramms zu beteiligen.

45 Bereits im Frühjahr haben wir dafür Themenwerkstätten in den vier Regionen des Landes durchgeführt. Alle Mitglieder der SPD in Nordrhein-Westfalen waren eingeladen, die für sie wichtigen Themen anzusprechen und darzustellen. Im Anschluss an die Themenwerkstätten startete im Sommer ein erster Aufruf an alle unsere Mitglieder, sich online an der Erarbeitung des Wahlprogramms zu beteiligen.

50 Wir sind die Beteiligungs-Partei.

Deshalb wollen wir auch auf unserem weiteren Weg Maßstäbe für die Beteiligung aller unserer Mitglieder setzen:

55 Dieser Landesparteitag ist der Auftakt der Diskussion über den Entwurf eines Regierungsprogramms.

60 Dieser Entwurf wird auch die Grundlage für Diskussionsveranstaltungen im Oktober, November und Dezember 2016 sein. Es werden vier Regionalforen stattfinden, bei denen Genossinnen und Genossen mit der Landesvorsitzenden über die Leitideen zum Regierungsprogramm diskutieren können.

65 Die Parteigliederungen vor Ort werden aufgefordert, Dialogveranstaltungen zu organisieren, damit unsere Mitglieder ausführlich über die Inhalte beraten können.

Flankierend wird es durch ein online-Verfahren die Möglichkeit geben, sich in die Debatte einzubringen.

Aus diesem Beteiligungsprozess wird unser Regierungsprogramm hervorgehen. Es wird auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 18. Februar 2017 zur Beratung und Beschlussfassung vorliegen.

Arbeitsmarktpolitik

Antragsbereich Ar/ **Antrag 1**

Unterbezirk Unna

Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit finanzieren: Der soziale Arbeitsmarkt muss kommen!

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

5 Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist insgesamt rückläufig. Diese positive Entwicklung überträgt sich aber nicht auf alle Gruppen von Arbeitslosen. An Langzeitarbeitslosen geht der anhaltende konjunkturelle Aufschwung fast vollständig vorbei.

10 Gut eine Million Menschen in Deutschland sind seit mehr als einem Jahr arbeitslos, in Nordrhein-Westfalen mit seiner besonderen strukturellen Situation vieler Ballungsräume sind es rund 300.000. In der Praxis zeigt sich, dass viele von ihnen trotz langjähriger und intensiver Betreuung keine realistischen Aussichten auf eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt haben. Dennoch sind wir der Überzeugung, dass jeder Mensch über Stärken und Potenziale verfügt, die er zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen kann. Wir wollen Langzeitarbeitslosen eine echte Perspektive bieten.

15 Deshalb fordern wir die Etablierung eines flächendeckenden und dauerhaften öffentlichen Beschäftigungssektors – wir brauchen endlich den sozialen Arbeitsmarkt!

20 Der soziale Arbeitsmarkt ist Ausdruck sozialer Gerechtigkeit: Statt Arbeitslosigkeit wird sinnstiftende Arbeit finanziert. Über den sogenannten Passiv-Aktiv-Transfer könnte Geld, das bislang für sogenannte „Hartz IV-Leistungen“ ausgegeben wurde, in die Förderung von sozial-versicherungspflichtiger Beschäftigung fließen. Öffentlich geförderte Arbeitsplätze verdrängen keine reguläre Beschäftigung. Sie werden zusätzlich geschaffen, liegen im öffentlichen Interesse und bieten einen echten Mehrwert für die Arbeitgeber bzw. die Gesellschaft. Potentielle Einsatzfelder sind beispielsweise Bus- und Bahnbegleitsdienste, Behindertenfahrdienste, Sauberkeit im öffentlichen Bereich, Graffiti-Beseitigung, Seniorenunterstützung oder Hausmeisterassistenzen.

30 Für Langzeitarbeitslose bedeutet der soziale Arbeitsmarkt die Minimierung materieller, sozialer und kultureller Teilhabedefizite. Neben der Chance auf eine Reintegration in den Arbeitsmarkt und eine verbesserte gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auch den Aufbau eigenständiger Ansprüche in den sozialen Sicherungssystemen. Die Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt wird durch die aktivierenden und qualifizierenden Effekte gefördert.

35 Vorhandene Bundes- und Landesprogramme wie das BMAS-Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ oder das ESF-kofinanzierte Programm „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ der NRW-Landesregierung sind wichtige erste Schritte. Sie verdeutlichen, dass sich die SPD um die Langzeitarbeitslosen in Deutschland kümmert. Die Programme reichen aber weder im finanziellen Umfang noch in der Reichweite aus, um das volle Potenzial öffentlich geförderter Beschäftigung auszuschöpfen. Allein in Nordrhein-Westfalen

könnten bis zu 50.000 Personen von dem Ansatz profitieren.

45 Der Landesparteitag der NRWSPD unterstützt Bundesministerin Andrea Nahles in ihrem Engagement für Langzeiterwerbslose und ruft die CDU/CSU dazu auf, ihre Blockadehaltung bei diesem Thema endlich aufzugeben. Noch in dieser Legislaturperiode könnten Modellprojekte in besonders betroffenen Regionen eingeführt werden. Auf Dauer bleiben wir bei unserer Forderung nach Etablierung eines flächendeckenden, öffentlich geförderten Beschäftigungssektors zur strukturellen Beendigung von Langzeitarbeitslosigkeit.

50 Primäres Ziel des sozialen Arbeitsmarktes ist die Schaffung dauerhafter Perspektiven, nicht notwendigerweise die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, folgende Maßnahmen zu prüfen:

55 Beschäftigung: öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse

Größenordnung: 300.000 – 500.000 Stellen

60 Entlohnung: Die mit öffentlichen Mitteln geförderten Beschäftigungsverhältnisse müssen voll sozialversicherungspflichtig sein. Das gewerkschaftliche Leitbild der „Guten Arbeit“ soll ohne Abstriche auch für öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse mit Beiträgen zu Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, die tarif- oder ortsüblich entlohnt wird gelten. Der geltende Mindestlohn stellt dabei die Untergrenze dar.

65 Dauer der Maßnahme: Sinnvolle Arbeit und Qualifizierung setzt Förderketten voraus. Diese individuellen Förderketten sorgen für Nachhaltigkeit. Die Beschäftigungsdauer ist befristet, sollte gemäß mittelfristiger Förderperspektive zwischen drei und fünf Jahren betragen und je nach individuellem Bedarf verlängert werden können. Die Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt in reguläre Beschäftigung muss stets gewährleistet werden. Ein dauerhafter Verbleib in einer geförderten Beschäftigung hängt von der individuellen Leistungsfähigkeit ab.

75 Begleitende Instrumente: Zur sozialen Stabilisierung und Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit soll eine je nach Bedarf eine kontinuierliche sozialpädagogische Begleitung, Coaching oder Beratung erfolgen. Des Weiteren sollen die Beschäftigungsverhältnisse einen zertifizierten Qualifikationsanteil enthalten. Die Finanzierung übernehmen die Jobcenter im Rahmen ihres Eingliederungsbudgets.

80 Einsatzmöglichkeiten: Die geförderten Beschäftigungsverhältnisse sollen sowohl in der Privatwirtschaft als auch im gemeinnützigen oder öffentlichen Sektor sowie in Integrationsbetrieben angesiedelt werden. Alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben einen gleichen Zugang zum Instrument der geförderten Beschäftigung. Der Lohnkostenzuschuss wird als Nachteilsausgleich gewährt, er ist jährlich entsprechend der individuellen Leistungsfähigkeit in seiner Höhe zu überprüfen. Die Förderung ist bei Verdacht auf Missbrauch einzustellen.

90 Finanzierung: Die Grundfinanzierung eines sozialen Arbeitsmarktes erfolgt in zwei Zügen. Zum einen aus Mitteln des Eingliederungsbudgets. Zum anderen durch den Transfer von passiven in aktive Leistungen. Dies bedeutet, dass aufgrund der Förderung einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung die Leistungen nach dem SGB II reduziert

werden (§ 19 SGB II Anrechnung von Einkommen). Die dadurch freigesetzten Mittel werden wiederum in die Finanzierung der Beschäftigungsverhältnisse investiert (Aktiv-Passiv-Transfer).

- 95 Planungssicherheit: Aus Sicht der Jobcenter stellen immer neue (befristete) Sonderprogramme keine dauerhafte Lösung für das Strukturproblem Langzeitarbeitslosigkeit dar. Das bedeutet, ein sozialer Arbeitsmarkt muss über mehrere Jahre hinweg verstetigt werden; Planungssicherheit und konstante Finanzierung sind unabdingbar für eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik. Kurzfristige Programme erhöhen nur den
- 100 Verwaltungsaufwand und behindern letztlich nur langfristige Lösungen.

Missbrauchsschutz: Damit ungeforderte Beschäftigung nicht verdrängt wird, soll auf örtlicher Ebene ein Gremium analog des Beirates nach § 18 d SGB II die Größenordnung und Einsatzfelder öffentlich geförderter Beschäftigung abstimmen

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 2***

Unterbezirk Leverkusen

Sachgrundlose Befristung abschaffen

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

- Die NRWSPD bekräftigt ihre Forderung nach einer Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und fordert die Aufnahme der Forderung in das Regierungsprogramm für die
- 5 Bundestagswahl 2017.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 4***

Unterbezirk Dortmund

Erweiterung des Kündigungsschutzes nach Elternzeit

(Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion)

Die SPD setzt sich für eine Ausweitung des Sonderkündigungsschutzes nach der Elternzeit ein. Hierfür muss das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz dahingehend novelliert werden, dass Beschäftigte in allen Betrieben eine Kündigungsschutzklage einreichen können.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 5***

Unterbezirk Dortmund

Umsetzung und Einhaltung von Beschlüssen von Bundes- und Landespartei in NRW-Kommunen bei kommunalen Betrieben und Zweckverbänden gegen Lohndumping und Leiharbeit in kommunalen Eigenbetrieben und Zweckverbänden!

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

Die NRWSPD bekräftigt, dass die Beschlüsse zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten
Leitschnur für unser politisches Handeln auf allen Ebenen sind. Dies gilt auch für
5 Kommunen, kommunale Betriebe und Zweckverbände.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 6***

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

**Arbeitnehmerschutz im Öffentlichen Nahverkehr verbessern,
verpflichtende Personalübernahme bei Betreiberwechsel im
Personennahverkehr auf Straße und Schiene ins Tariftreuegesetz NRW
aufnehmen!**

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, zeitnah in Abstimmung mit der SPD-geführten
Landesregierung eine geeignete gesetzliche Initiative zu ergreifen, die die Personalübernahme
5 bei einem Betreiberwechsel im Personennahverkehr zu den bisherigen Konditionen
sicherstellt.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 7***

SPD-Region Ostwestfalen-Lippe (OWL)

**Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – Schaffung eines sozialen
Arbeitsmarktes zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit**

(Überweisung als Material an SPD-Parteivorstand für Programmkommission zur
Bundestagswahl 2017)

Eine besondere Herausforderung ist die breite Integration von Flüchtlingen in den
Arbeitsmarkt. Um bei dieser Personengruppe präventiv Langzeitarbeitslosigkeit zu
5 vermeiden, sind gesonderte Maßnahmen gefragt, welche die spezifischen Bedarfe der
Flüchtlinge berücksichtigen.

Ebenfalls gesondert zu betrachten sind der Ausbildungsmarkt und die
10 Ausbildungsplatzförderung. Eine gute Ausbildung ist ein wichtiger Baustein zur Vermeidung
von Langzeitarbeitslosigkeit. Es muss das Ziel sein, junge Menschen bis 29 Jahre durch
Ausbildung vor Langzeitarbeitslosigkeit zu schützen und gegebenenfalls über eine (weitere)
Ausbildung aus der Arbeitslosigkeit herauszuführen. Ein wesentliches Instrument ist dabei die
regionale Ausbildungsplatzumlage, um Ausbildungsplatzanreize zu geben.

15 Eine weitere Maßnahme könnte eine Durchhalteprämie als zusätzliche Motivation für junge
Erwachsene sein, eine zwei- oder dreijährige Ausbildung durchzuhalten. Das Problem vom
häufigen Ausbildungsabbruch kommt nicht selten vor. Die Gruppe Langzeitarbeitsloser
junger Menschen ohne Berufsausbildung wächst stetig in allen Jobcenter-Bezirken. Eine
20 Prämie von z.B. 100 Euro für jeden durchgehaltenen Monat in Ausbildung kommt den Staat
wesentlich günstiger zu stehen, als eine lebenslange Hartz IV-Karriere.

Die unübersichtlichen Zuständigkeiten zwischen Arbeitsagenturen und Jobcentern bei

- 25 Berufsberatung und der Vermittlung von Ausbildungsplätzen führen für benachteiligte Jugendliche meist zu unterschiedlichen und wechselnden Ansprechpartnern. Je nachdem ob die Eltern im SGB II Bezug sind, oder nicht, ist nun entweder das Jobcenter oder die Agentur für Arbeit für die Jugendlichen zuständig bei der Vermittlung in Ausbildung. Das ist vollkommen kontraproduktiv, wenn es um eine gute Betreuung und die Ausbildung dieser Jugendlichen geht. Die Ausbildungsplatzvermittlung muss gesetzlich auf die
- 30 Arbeitslosenversicherung übertragen werden. Für Ausbildungssuchende wie für Arbeitgeber kann so ein Ansprechpartner einheitlich zuständig sein und eine kontinuierliche Betreuungs-, beziehungsweise Förderkette von der Berufsorientierung über die Berufsberatung bis hin zur Ausbildungsvermittlung erreicht werden.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 8***

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige

Arbeit und Bildung

(Überweisung an SPD-Landtagsfraktion)

(Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion)

- 5 Bestehende und neue Bildungs- und Qualifizierungsangebote für Menschen mit nicht ausreichender Berufsqualifikation und / oder sozialen Handicaps sollen für potentielle Teilnehmer und für Beratungsstellen gebündelt, transparent und für alle zugänglich dargestellt werden.

Bei positivem Votum Umsetzung durch das NRW- Arbeits- und Bildungsministerium sowie auf Bundesebene durch die BfA

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 9***

Unterbezirk Coesfeld

Gute und faire Arbeit – Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen verhindern

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

- 5 Die SPD-geführte Landesregierung hat Nordrhein-Westfalen wieder zu einem Land gemacht, in dem Mitbestimmung und soziales Miteinander gelebt werden. Beispielhaft dafür steht die Initiative „NRW - Land der fairen Arbeit“, die einen Beitrag dazu leisten soll, prekäre Beschäftigungsverhältnisse einzudämmen.

Die SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Landesvorstand werden aufgefordert, diese Aktivitäten in den bevorstehenden Wahlkämpfen geeignet einzubinden.

Wege gegen Fachkräftemangel

(Überweisung als Material an SPD-Bundestagsfraktion)

5 Die SPD im Kreis Coesfeld schlägt deshalb folgende Lösungsansätze vor, die in den weiteren Gremien der SPD, aber auch mit den engagierten gesellschaftlichen Gruppen zu diskutieren und anzupassen sind:

10 1. Für kleinere Betriebe die nicht umfassend ausbilden können, aber sich der Verantwortung der Ausbildung stellen wollen und Nachwuchskräfte für Ihr Unternehmen benötigen. Im Münsterland gibt es eine Vielzahl an kleinen und mittleren Betrieben, die zwar ausbilden wollen, jedoch aufgrund einer zu starken Spezialisierung nicht alle gesetzlich vorgeschriebenen Ausbildungsinhalte übermitteln können.

15 Hierzu ist im Kreis Coesfeld die Verbundausbildung zu verstärken, denn diese schafft dort Ausbildungsangebote, wo diese auf den ersten Blick nicht möglich erscheinen. Hier knüpft die Verbundausbildung eine Partnerschaft aus zwei oder mehreren Unternehmen, die ihre Ausbildungsinhalte ergänzen und somit neue Lehrstellen schaffen. Häufig sichert diese Art der kooperativen Ausbildung den Fachkräftenachwuchs im Betrieb und stellt im besten Falle die Qualität der eigenen Ausbildung auf eine bessere Stufe.

20 Die Agentur für Arbeit und das Land NRW geben eine konkrete Förderung mit einem einmaligen Zuschuss von bis zu 4.500 Euro pro Ausbildungsplatz bei kleinen und mittleren Betrieben, die ohne den Ausbildungsverbund nicht ausbilden dürften. In diesen Prozess wollen wir die Kreishandwerkerschaft stärker einbinden und als Kooperationspartner gewinnen.

25 2. Wir wollen und müssen die Menschen die aus Vertreibung, Krieg und anderen humanitären Gründe in unser Land kommen nicht nur gut und vernünftig unterbringen, wir wollen Sie über Sprache und Kultur und über Arbeit in unsere Gesellschaft aufnehmen. Wie viele von uns auch, empfinden sich auch diese Menschen durch Arbeit in der Gesellschaft anerkannt. Das wollen wir umgehend erreichen.

30 Wir konzentrieren uns insbesondere auf Menschen mit Migrationshintergrund, die sich mit dem Willen und auch mit der Aussicht auf einen dauerhaften Aufenthalt in Nordrhein-Westfalen befinden.

35 Hierzu wollen wir eine deutliche Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zum allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit im Ausland erworbenen beruflichen Abschlüssen erreichen.

40 Hierzu ist eine schnelle Integration in das deutsche Berufsleben erforderlich, dazu müssen Kommune, Agentur für Arbeit, Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten. Die Qualifizierung und die gute, schnelle Integration in die Arbeitsprozesse ist das Ziel.

Hierzu ist die Vorrangprüfung zur Besetzung der freien Arbeitsplätze zumindest zeitweise

auszusetzen.

*Antragsbereich Ar/ **Antrag 11***

Unterbezirk Coesfeld

**Brückenschlag zwischen dem Kreis Coesfeld und dem Ruhrgebiet:
Modellprojekt zur Besetzung freier Ausbildungs- und Arbeitsplätze!**

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

- 5 In Regionen, in denen derzeit kein Ausgleich zwischen Ausbildungssuchenden und Ausbildungsplätzen möglich ist, sollten Maßnahmen zu Gewährleistung von Mobilität junger Auszubildender geprüft werden. Die Bundesagentur für Arbeit kann hier eine Schlüsselposition einnehmen und Regionen mit unbesetzten Ausbildungsstellen identifizieren. Des Weiteren sollte sie für eine Besetzung offener Ausbildungsstellen durch junge Menschen aus Regionen mit angespanntem Ausbildungsmarkt werben und, wo dies realistisch ist, zum Ausbau von Wohnheimplätzen beitragen.

Bildung, Wissenschaft, Jugend

Antragsbereich B

Gute Schule. Beste Bildung

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

5 Bildung ist die Grundlage für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und für ein selbstbestimmtes Leben. Sie beeinflusst ganz wesentlich die Chancen im Beruf und in der Gesellschaft. Bildung ist auch eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg von Wirtschaft und Gesellschaft selbst. Der Rohstoff unserer Tage heißt Wissen. Er entscheidet über den Erfolg von Unternehmen und Volkswirtschaften ebenso wie darüber, ob Menschen bereit und in der Lage sind, gesellschaftliche Veränderungen zu wagen und positiv zu begleiten.

10 Bildungspolitik ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mehr als die Organisation von Wissensvermittlung. Es geht immer um die Entwicklung der Persönlichkeit, um Partizipation und Mitwirken an und in der Gesellschaft und um bessere Zukunftschancen in der Arbeitswelt. Jeder Mensch verfügt über Potenziale und Fähigkeiten, die erkannt und gefördert werden müssen – von Anfang an und ein Leben lang. Deshalb stellen wir in allen
15 Lernphasen das einzelne Kind, den jeweilige Menschen in den Mittelpunkt.

Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sie findet nicht nur in Bildungsinstitutionen statt. Eltern, Freunde und Verwandte tragen zur Bildung eines Kindes bei. Und doch ist es die Schule, die in staatlicher Verantwortung Bildung für alle vermittelt. Dieser Bildungs- und
20 Erziehungsauftrag ist die Grundlage einer ganzheitlich angelegten Bildung in der Schule. Die Vermittlung der emotionalen, motorischen, sozialen, sprachlichen, musisch-künstlerischen, mathematisch-naturwissenschaftlichen und kognitiven Fähigkeiten muss gleichwertig und gleichgewichtig stattfinden. Mehr als je geht es auch darum, die Achtung und den Respekt gegenüber dem anderen zu vermitteln und zu lernen, Menschen unterschiedlicher Herkunft
25 und Religion vorurteilsfrei zu begegnen, die Werte der unterschiedlichen Kulturen kennenzulernen und zu reflektieren sowie für ein friedliches und diskriminierungsfreies Zusammenleben einzustehen.

30 Die NRWSPD steht für gleiche Bildungschancen. Sie sind eine wesentliche Dimension von sozialer Gerechtigkeit. Über den Bildungserfolg darf nicht die Herkunft oder der Geldbeutel der Eltern entscheiden, sondern das Talent und die eigenen Fähigkeiten. Bildung ist die Grundlage für soziale Teilhabe und sozialen Aufstieg.

35 Wir wollen kein Kind zurücklassen. Deshalb geben wir jedem Kind die Zeit, die es individuell braucht, um seine Talente und Fähigkeiten zu entfalten. Daher wird individuelle Förderung bei uns groß geschrieben. Das Leitziel unserer Politik bleibt ein durchlässiges Bildungssystem, in dem jedes Kind nach seinen Fähigkeiten die beste Förderung erhält: Wir haben mehr Schulen des längeren gemeinsamen Lernens ermöglicht, den Ausbau des Offenen Ganztags vorangetrieben und die schulische Inklusion auf den Weg gebracht. Wir machen die
40 Schulen fit für die Herausforderungen unserer Zeit: Die Integration der zu uns gekommenen jungen Flüchtlinge und der digitale Wandel beginnt bei uns in den Klassenzimmern. Um dabei gelingende Unterrichtsbedingungen zu gewährleisten, haben wir zusätzliche Lehrerinnen- und Lehrerstellen geschaffen, die Lehrerinnen- und Lehrerbildung reformiert

45 und in multiprofessionelle Teams investiert. Insgesamt stellen wir fast vier Milliarden Euro mehr für die Schulen in Nordrhein-Westfalen bereit als noch 2010.

50 Durch den Schulkonsens mit der CDU ist es SPD und Bündnis 90/Die Grünen gelungen, einen Schlusspunkt unter den jahrzehntelangen Streit über die Schulstruktur in NRW zu setzen. Welche Schulen wo entstehen, entscheiden die Kommunen – immer unter Berücksichtigung des Elternwillens und des tatsächlichen Bedarfs vor Ort. Der Schulkonsens bietet so die Möglichkeit, den Blick auf das Wesentliche zu lenken, auf die innere Weiterentwicklung der Schulen und damit auf die individuelle Förderung eines jeden Kindes. Sie ist unabhängig von der Schulform zu gewährleisten.

55 Wir stehen für gelingende Unterrichtsbedingungen.

Individuelle Förderung hängt maßgeblich von gelingenden Unterrichtsbedingungen an unseren Schulen ab. Grundlage dafür ist die bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern. Wir haben daher für die Umsetzung des Schulkonsenses und der schulischen Inklusion circa 9.500 Lehrerstellen wiederbesetzt, die eigentlich angesichts sinkender Schülerzahlen abgebaut werden sollten (sog. Demografierendite). Für die Integration von Geflüchteten Kindern und Jugendlichen haben wir allein in den Jahren 2015 und 2016 rund 5.800 Lehrerstellen geschaffen – rund ein Fünftel davon sind Integrationsstellen für die Sprachförderung. Für uns ist klar: Bei wieder steigenden Schülerzahlen wird auch die Anzahl der Lehrerinnen- und Lehrerstellen weiter steigen müssen. In den letzten Jahren müssen wir jedoch feststellen, dass weniger die Zahl der zur Verfügung stehenden Stellen als vielmehr die Verfügbarkeit geeigneter Bewerberinnen und Bewerber der begrenzende Faktor sind: Deshalb ist es richtig, kurzfristig zwei zusätzliche Einstellungstermine zu ermöglichen. Darüber hinaus muss neben der Möglichkeit der Stellenaufstockung von Teilzeitkräften, der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit und der verstärkten Gewinnung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern auch die Studienkapazität im Lehramtsstudium in ausgewählten Fächern wieder erhöht werden.

75 Während man kurzfristige Krankheitsfälle von Lehrerinnen und Lehrern nie hundertprozentig ausgleichen können wird, gehört zu einer guten Unterrichtsversorgung, längerfristige Ausfälle von Lehrkräften im Stellenbudget der einzelnen Schule zu kompensieren. Nordrhein-Westfalen verfügt dafür in allen fünf Regierungsbezirken über eine Vertretungsreserve. Um Unterrichtsausfälle wirksam zu vermeiden, wollen wir den Einsatz von Vertretungskräften erleichtern und den Schulen dabei eine größere Kompetenz geben. Im Bereich der längerfristigen Vertretungen werden wir die Zeiten von Beschäftigungsverboten während der Schwangerschaft und den Mutterschutz mit der Elternzeitregelung gleichstellen, um Schulen direkt eine Vertretung zu ermöglichen. Auch da, wo die Lehrkraft systemisch unverzichtbar ist (bspw. die einzige Sonderpädagogin an einer inklusiven Schule) oder besondere Abschlussvorbereitungen unmittelbar betroffen wären, räumen wir der sofortigen Vertretung zukünftig Priorität ein. Darüber hinaus wollen wir Schulen zukünftig befähigen, eigenständig ein Vertretungsbudget für kurzfristige Ausfälle zu verwalten. Teilzeitänderungen von Stammllehrkräften und im Einzelfall angeordnete Mehrarbeit sind dazu gute flexible Instrumente, um drohende Unterrichtsausfälle abzuwenden.

90 Wir wollen verstärkt die unterschiedlichen strukturellen Herausforderungen, denen Schulen aufgrund ihres Einzugsbereichs und ihrer Schülerschaft gerecht werden müssen, in der Ausstattung der Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern berücksichtigen. Im Bereich der Kindertagesstätten haben wir mit dem Programm der PlusKiTa hier gute Erfahrungen

- 95 sammeln können. Im Bereich der Schulen werden wir deshalb über einen Sozialindex diejenigen Schulen in ihrer Arbeit besonders unterstützen, die besonders viele Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund unterrichten. Besonders setzen wir uns im Bereich der weiterführenden Schulen für den Ausbau des Sozialindexes ein, der durch eine gerechtere Lehrstellenverteilung die Bildungsqualität unserer Schulen erheblich verbessert. Die Anwendung des Sozialindex auf lediglich 100 zusätzliche Stellen für individuelle Förderungen an Schulen soll ausgeweitet werden und auch zunehmend die Verteilung von regulären Lehrstellen betreffen. Außerdem zeigt eine verstärkte Nutzung auf, an welchen Schulen besonders investiert werden soll. Denn nicht nur das Personal muss ausgebaut werden, sondern auch die Schulinfrastruktur.
- 105 Aufgrund der an allen Schulformen heterogener werdenden Schülerschaft hängen gelingende Unterrichtsbedingungen heute in einem starken Maße auch von der Einbeziehung nicht lehrender Kräfte in den Schulalltag ab. Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Sozialpädagogik sind für die erfolgreiche Förderung einzelner Schülerinnen und Schülern ebenso notwendig wie für die gesamte Schule. Schulsozialarbeit ist dabei die intensivste 110 Form der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule. Nordrhein-Westfalen hat deshalb schon seit Jahren die Sozialarbeit direkt an die Schulen gebracht und finanziert insbesondere in Grund-, Haupt-, Gesamt- und Sekundarschulen sowie in bestimmten Quartieren Schulsozialarbeit direkt. Alle Schulen haben zudem die Möglichkeit, eine Lehrerstelle kostenneutral in eine Stelle für Schulsozialarbeit umzuwandeln. Nach dem Auslaufen des 115 BuT-Bundesprogramms hat Nordrhein-Westfalen darüber hinaus ein eigenes Programm zur ‚Sozialen Arbeit an Schulen‘ aufgelegt und fördert daraus 1.500 zusätzliche Stellen bis zum 31.12.2017. Dieses Programm werden wir fortsetzen, bestehen allerdings auf einer hundertprozentigen Refinanzierung durch den Bund, der diese Leistung in Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets zugesagt hat.
- 120 Wir stehen für längeres gemeinsames Lernen.
- Schulen des längeren gemeinsamen Lernens sind für Eltern, Kinder und Schulträger eine wichtige Alternative zum gegliederten System. Wir haben mit dem Schulkonsens die 125 Voraussetzung für mehr Schulen des gemeinsamen Lernens vor Ort geschaffen. Mit der Streichung des Verfassungsranges der Hauptschule und der Einführung der Sekundarschule haben nun alle Schulträger die Möglichkeit, ortsnahe ein qualifiziertes weiterführendes Schulangebot für alle Schülerinnen und Schüler anzubieten. Wir haben gleichzeitig Gesamtschulgründungen erleichtert. Damit unterstreichen wir, dass wir an unserem Ziel der 130 „Einen Schule für Alle“ langfristig festhalten wollen.
- Im Schuljahr 2016/2017 gibt es in NRW 457 Schulen des längeren gemeinsamen Lernens. Damit hat sich die Zahl der Schulen seit 2010/2011 um 234 erhöht – eine Verdoppelung im Vergleich zu 2010. Damit haben wir schon vor Ablauf der Legislaturperiode unser gesetztes 135 Ziel von 200 zusätzlichen Schulen deutlich übertroffen. Besonders vor dem Hintergrund der geänderten Rahmenbedingungen ist es für Eltern und Schülerinnen und Schüler wichtig, Schulen zu finden, die den individuellen Bedarfen der Kinder und Jugendlichen gerecht werden.
- 140 Wir wollen zukünftig die direkte Umwandlung bestehender Haupt- und Realschulen ermöglichen. Gymnasien soll die Umwandlung in Gesamtschulen ermöglicht werden, sofern sie die einzige weiterführende Schule am Ort sind. Ob und inwieweit im Rahmen des Schulkonsens schon eine Zweizügigkeit für die Gründung und den Fortbestand einer

145 Sekundarschule insbesondere im ländlichen Raum als ausreichend betrachtet werden kann,
wollen wir prüfen.

Durch eine Änderung des Schulgesetzes haben wir Schülerinnen und Schülern in Kommunen,
die weder über eine Hauptschule noch eine Gesamtschule verfügen, ermöglicht, an der
150 dortigen Realschule den Hauptschulabschluss zu machen.

Wir stehen für ein modernes Abitur am Gymnasium.

Mit einem flächendeckenden Angebot von hervorragend arbeitenden Gymnasien ermöglichen
wir in Nordrhein-Westfalen vielen Schülerinnen und Schülern einen erfolgreichen Weg zum
155 Abitur. Dieser Weg unterscheidet sich seit 2007 allerdings von dem, den die Gesamtschulen
und das Berufliche Gymnasium anbieten, ganz wesentlich durch die Länge der Schulzeit.

Bereits 2004 hatte die sozialdemokratisch geführte Koalition zur Umsetzung dieser
Schulzeitverkürzung eine Kürzung der Oberstufe vorgesehen. Nach dem Regierungswechsel
160 kürzten CDU und FDP in Regierungsverantwortung die Sekundarstufe I völlig überhastet und
ohne jedes Begleitkonzept von bisher sechs Jahrgängen auf fünf. Seitdem gelten für die
Sekundarstufe I der Gymnasien und die Sekundarstufe I der anderen Schulformen nicht nur
zeitlich unterschiedliche Vorgaben. Mehr noch: Bis heute reißen die Klagen nicht ab, die
Verdichtung des Unterrichtsstoffs in der Sekundarstufe I gebe zu wenig Zeit zum Lernen,
165 Freizeitaktivitäten wie das Engagement in Vereinen, Treffen mit Freunden und Entspannung
im Leben der Schülerinnen und Schüler kämen viel zu kurz. Es ist zudem nicht gelungen,
auch den Schülerinnen und Schülern, die die gymnasiale Oberstufe nicht wahrnehmen können
oder wollen, die Sicherheit zu geben, dass sie den mittleren Abschluss nach Klasse 10 am
Gymnasium erreichen können. Durch die unterschiedliche Länge der Sekundarstufe I am
170 Gymnasium zu allen anderen Schulformen hat sich die Durchlässigkeit des Schulsystems im
Ganzen eher verringert als erhöht.

Am ‚Runden Tisch zu G8/G9‘ haben wir gemeinsam mit den anderen im Landtag vertretenen
Fraktionen, vor allem jedoch mit den Akteuren des Schullebens, konstruktiv daran gearbeitet,
175 innerhalb des in NRW eingeführten Modells Lösungen für diese Problemstellungen zu
finden. Besonders die Konzentration der fünf Ergänzungsstunden auf Förderbedarfe sowie die
Begrenzung der Hausaufgaben und der Anzahl der Klassenarbeiten haben zu einer
Entspannung an den Schulen geführt. Im Ganzen müssen wir jedoch heute feststellen: Das
Modell der Schulzeitverkürzung in der Sekundarstufe I stößt an seine Grenzen. Die
180 wesentlichen Webfehler der damaligen Reform sind durch Optimierungen innerhalb des
Modells nicht zu beseitigen.

Wir legen daher unsere Eckpunkte für eine Weiterentwicklung des Modells der
Schulzeitverkürzung am Gymnasium vor. Es knüpft an unserem anfänglichen Konzept einer
185 Verkürzung der gymnasialen Oberstufe an und verbindet diesen Ansatz mit der individuellen
Entscheidung der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern, ob der Weg zum Abitur am
Gymnasium acht oder neun Jahre dauern soll. Zudem werden die weitergehenden Voten und
Ergänzungen des ‚Runden Tisches zu G8/G9‘ aufgenommen.

190 • Mehr Zeit für Lernen und Leben. Die Sekundarstufe I wird wieder sechsjährig.

Um die Dichte des Lernstoffs und den damit verbundenen Druck bei den jüngeren
Schülerinnen und Schülern am Gymnasium wieder zu verringern, wird die

- 195 Sekundarstufe I wieder auf sechs Jahre verlängert und damit der Länge der anderen Schulformen angeglichen. Durch das regelmäßige Erreichen des mittleren Abschlusses nach der Klasse 10 auch am Gymnasium stärken wir die Abschlussverantwortung und erhöhen wieder die Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Schulformen in der Sekundarstufe I.
- 200 • Die Reform der gymnasialen Oberstufe erhält die Möglichkeit für G8.
- 205 Mit der regelmäßigen Verlagerung der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe in die letzte Jahrgangsstufe der Sekundarstufe I (Klasse 10), erhalten wir die Möglichkeit nach acht Jahren am Gymnasium das Abitur zu machen. Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler gehen danach direkt in die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe über. Sie, aber auch andere Schülerinnen und Schüler, werden wir künftig mit den zusätzlichen Förderstunden besser unterstützen.
- 210 • Durch die Option für ein zusätzliches Orientierungsjahr kommen alle mit.
- 215 Vor dem Eintritt in die Qualifizierungsstufe wird ein zusätzliches der bisherigen Einführungsstufe nachgebildetes Förderjahr angeboten. Dieses Orientierungs- und Förderangebot richtet sich neben denjenigen, die sich nach dem Abschluss der Sekundarstufe I nicht sofort einen Übergang in die Qualifikationsphase wünschen, auch an Seiteneinsteiger von anderen Schulformen sowie Schülerinnen und Schülern mit Lernrückständen.
- Auch möglich: Ein Auslandsjahr vor dem Übergang in die Qualifizierungsphase.
- 220 Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler können die Verkürzung in der Oberstufe auch als regelmäßige Option für ein Auslandsjahr nutzen, ohne dabei Lerninhalte zu verpassen.
- 225 Dieses flexible Modell ermöglicht einen Weg zum Abitur am Gymnasium in Nordrhein-Westfalen, der sich am individuellen Lerntempo und den außerschulischen Aktivitäten und Interessen der Schülerinnen und Schüler orientiert, ohne dabei das grundsätzliche Ziel der Schulzeitverkürzung zu verlieren. Mit anderen Worten: Wir geben damit jedem Kind die Zeit, die es braucht. Schülerinnen und Schüler sowie Eltern bestimmen stärker selbst den Takt des Abiturs.
- 230 Eine erfolgreiche Weiterentwicklung des G8 in Nordrhein-Westfalen braucht den Konsens der Akteure des Schullebens. Deshalb geht die NRWSPD mit diesen Eckpunkten in die weiteren Beratungen am ‚Runden Tisch zu G8/G9‘ und in die Diskussionen der nächsten Monate. Unser Ziel ist, möglichst schnell breit getragene Eckpunkte zu erarbeiten, die eine durchdachte Umsetzung ohne Hektik an den Schulen möglich machen.
- 235 Wir stehen für Investitionen in gute Schulen.
- 240 Wenn wir beste Bildungschancen für jedes Kind schaffen wollen, müssen die Unterrichtsbedingungen in den Schulen optimal sein. Wir in Nordrhein-Westfalen haben das ehrgeizige Ziel, unsere Schulen zu Lernorten zu machen, in denen Kinder erstklassig gefördert werden können und in denen Lernen Spaß macht.

245 Zuständig für den Schulbau sind die Kommunen als örtliche Schulträger. Mit der Zahlung der
 Schulpauschale von jährlich 650 Millionen Euro im Rahmen des kommunalen
 Finanzausgleichs leistet das Land NRW eine verlässliche Grundfinanzierung für den
 kommunalen Schulbau. In den letzten Jahren haben sich jedoch viele Städte und Gemeinden
 angesichts ihrer Haushaltssituation gezwungen gesehen, die tatsächlichen Investitionen in die
 Schulen deutlich herunterzufahren.

250 Zwei Milliarden Euro wird das Land NRW deshalb in den nächsten vier Jahren zusätzlich
 investieren, um die Schulen auf Vordermann zu bringen. Mit dem Programm ‚Gute Schule
 2020‘ stellt die SPD-geführte Landesregierung die Finanzierung zur Verfügung, um Schulen
 zu sanieren, zu modernisieren und – wo nötig – auch zu erweitern. Damit macht das Land
 255 NRW vieles möglich, wofür bisher das Geld angesichts leerer kommunaler Kassen fehlt:

- Sanierung von Klassenzimmern und Schultoiletten, weil auch die Schulumgebung
 wichtig für den Lernerfolg ist
- Erweiterung des Offenen Ganztags, damit alle, die wollen, auch Platz finden
- 260 • Modernisierung der Naturwissenschaften, um beste Voraussetzungen für kleine
 Forscherinnen und Forscher zu schaffen
- digitale Ausstattung von Schulen, so dass digitales Lernen auch praktisch möglich ist
- Barrierefreiheit für eine gelingende schulische Inklusion

265 Wo konkret welche Maßnahme umgesetzt wird, entscheidet sich vor Ort. Die gewählten
 Vertreterinnen und Vertreter in den Kommunalparlamenten sorgen damit dafür, dass das Geld
 dort ankommt, wo es am nötigsten gebraucht wird und wo es die größte Wirkung hat. Damit
 machen wir unsere Schulen fit für die Zukunft.

270 Um auch Investitionen des Bundes zur Verbesserung der Infrastruktur von Schuler zu
 ermöglichen, bedarf es einer Abschaffung des Kooperationsverbotes von Bund und Lands im
 Bildungsbereich.

Wir stehen dafür, dass der digitale Wandel in unseren Schulen ankommt.

275 Bildung muss in der digitalen Welt die Kompetenz zur Nutzung digitaler Medien sowohl im
 Hinblick auf die Teilhabe an der digital geprägten Gesellschaft als auch mit Blick auf die
 Qualifikationsanforderungen der Arbeitswelt vermitteln.

280 Medienbildung und Lernen mit digitalen Medien sind in den Schulen häufig bereits Alltag.
 Digital unterstütztes Lernen verspricht, die individuelle Lernmotivation zu steigern,
 Lerninhalte und -tempo besser an persönliche Bedürfnisse anzupassen und den Zugang zu
 Bildung zu demokratisieren. Ein reflektierter und konstruktiver Umgang mit digitalen Medien
 ist deshalb für Kinder und Jugendliche ebenso bedeutsam wie Rechnen, Lesen und Schreiben.

285 Die Schulen in NRW sind für den digitalen Wandel gut gerüstet: Mit dem ‚Medienpass
 NRW‘, der ‚learn:line NRW‘, der ‚LOGINEO NRW‘ und dem Modellprojekt ‚mBook NRW‘
 haben wir den Zugang für Lehrkräfte zu digitalen Lernplattformen und -materialien
 erleichtert. Wir haben Fragen der Medienkompetenz im praktischen Teil der
 290 Lehrerbildung verankert. Mit der im Jahr 2015 beschlossenen Änderung des
 Lehrausbildungsgesetzes investieren wir allein in den Jahren 2016 bis 2019 rund 4,5
 Millionen Euro zusätzlich in die Ausbildung unserer Lehrerinnen und Lehrer.

- Wir stehen für eine gelingende Inklusion in der Schule.
- 295 Schulische Inklusion ist in NRW gelebte Realität. Mit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz haben wir die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt und die schulische Inklusion auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Anders als in anderen Bundesländern setzen wir dabei auf die Wahlfreiheit der Eltern, ihr Kind inklusiv auf einer allgemeinbildenden Schule
- 300 unterrichten und fördern zu lassen oder auf einer Förderschule. Den Lernort bestimmen in Nordrhein-Westfalen die Eltern nach umfassender kompetenter Beratung selbst. Der Start ist gemacht. Jetzt sorgen wir Schritt für Schritt dafür, dass vor Ort der Rahmen für die Umsetzung weiter verbessert wird:
- 305 • Bis zum Jahr 2017 haben wir insgesamt rund eine Milliarde Euro für den gemeinsamen Unterricht zur Verfügung gestellt – für zusätzliche Stellen von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, multiprofessionellen Teams und Umbaumaßnahmen zur Barrierefreiheit von Schulen.
 - 310 • Mit der Ausweitung der Studienkapazitäten in der sonderpädagogischen Förderung, der Aufnahme der Inklusion in die Lehrerinnen- und Lehrerbildung und einer Erweiterung des Angebots von Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer sorgen wir sowohl für eine ausreichende Anzahl von neuen Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen als auch für eine wachsende Kompetenz in den Kollegien der allgemeinen Schulen im Hinblick auf die inklusive Förderung von Schülerinnen und Schülern.
 - 315 • 53 Inklusionskoordinatorinnen und -koordinatoren sowie 100 Inklusionsfachberaterinnen und -fachberater beraten und fördern die Umsetzung praktisch vor Ort.
 - 320 • Insgesamt 175 Millionen Euro stehen den Kommunen über fünf Jahre hinweg für die Umsetzung der schulischen Inklusion zur Verfügung. Neben der baulichen Barrierefreiheit der Schulgebäude können dadurch auch multiprofessionelle Teams vor Ort finanziert werden.
- Um die schulische Inklusion zum Erfolg zu führen, brauchen wir mehr multiprofessionelle Teams, um den gezielten Einsatz von Doppelbesetzungen und Phasen der Sonderförderung zu ermöglichen. Auch der Einsatz und die Funktion der Integrationshelferinnen und -helfer wollen wir im engen Dialog mit den Kommunen als Träger der örtlichen Sozial- und Jugendhilfe so definieren, dass diese stärker in die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler einbezogen werden können. Die gezielte Poolbildung an den Schulen ist hierbei ein wirksames Instrument, das wir unterstützen und rechtlich absichern werden.
- Wir stehen für die Integration durch die Schule.
- Die Integration durch Bildung ist ein zentraler Baustein für die gesellschaftliche Integration. Der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Für alle Kinder und Jugendlichen muss deshalb rechtzeitig eine adäquate schulische Förderung sichergestellt sein.
- Wir fangen dabei in NRW nicht bei Null an. Die allgemeine Schulpflicht gilt schon lange in NRW für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Lehrerinnen und Lehrern stehen seit über 40 Jahren umfängliche Erfahrungen und Materialien für die Förderung von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zur Verfügung. Außerdem profitieren wir heute von der bewussten Entscheidung, weiterhin eine

345 hohe Zahl von Lehrkräften auszubilden und nicht – wie in vielen anderen Bundesländern
geschehen – die Studienplätze für das Lehramt und die Stellen für das Referendariat reduziert
zu haben, weil als Folge des demografischen Wandels von sinkenden Schülerzahlen
ausgegangen wurde.

350 Um den zusätzlichen Integrationsbedarfen nach der Aufnahme der zahlreichen Geflüchteten
in den letzten Monaten gerecht zu werden, haben wir in NRW gut 2.400 Sprachfördergruppen
– bislang Auffang- und Vorbereitungsklassen – zusätzlich eingerichtet. Hier erfolgt eine
umfassende sprachliche und praktische Vorbereitung auf den gemeinsamen Unterricht. Der
Verbleib in der Sprachfördergruppe soll nach dem Konzept der Schule so lange wie nötig, der
Übergang in die Regelklasse so früh wie möglich erfolgen. Er orientiert sich damit am
355 individuellen Lernfortschritt der Schülerinnen und Schüler und kann, sofern die Schule dies
für angezeigt hält, auch unterjährig stattfinden. In den Offenen Ganztagschulen haben wir
gleichzeitig insgesamt 17.500 Plätze für Flüchtlingskinder zur Verfügung gestellt.

360 Die Kommunalen Integrationszentren stärken wir in ihrer Beratungs- und
Unterstützungsaufgabe, damit Kinder und Jugendliche individuell in die für sie richtigen
Bildungslaufbahnen geführt werden können. Instrumente der Kompetenzfeststellung sollen
dazu zusätzlich weiterentwickelt werden.

365 Damit Integration durch Schule auch praktisch umgesetzt werden kann, haben wir rund 5.800
Stellen, die allen Kindern in den Schulen NRWs zugutekommen, zusätzlich geschaffen und
unbürokratisch besetzt. Wir setzen gleichzeitig auf die schrittweise Qualifizierung von
Lehrerinnen und Lehrern für die durchgängige Sprachbildung und die interkulturelle Schul-
und Unterrichtsentwicklung sowie die Ausweitung des Fortbildungsangebots „Deutsch als
Zweitsprache“ (DaZ), das auch Inhalte über Wertvorstellungen enthält. Dazu sollte auch die
370 an nordrhein-westfälischen Hochschulen vorhandene Expertise in den Bereichen „Deutsch als
Zweitsprache“ (DaZ) oder „Deutsch als Fremdsprache“ (DaF) weiter gestärkt und ausgebaut
werden. Hierzu gehört für uns insbesondere auch der Ausbau und die weitere Förderung des
herkunftssprachlichen Unterrichts.

375 In Kooperation mit Sportvereinen, Kunst- und Musikschulen sowie Chören, den
Jugendverbänden und Soziokulturellen Zentren ermöglichen wir, neue über die Schule
hinausreichende Angebote zu schaffen. Alle Bereiche unterstützen durch ihre Aktivitäten den
sozialen Austausch und den Spracherwerb.

380 Immer noch verlassen jedes Jahr zu viele Jugendliche die Schule ohne Schulabschluss. Eine
ebenso große Herausforderung für das Bildungssystem sind die zu uns kommenden
Flüchtlinge, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. Es gilt, allen jungen Menschen
entsprechend ihrer Voraussetzungen den für sie geeigneten Zugang zu Bildung zu eröffnen.
Wir setzen darauf, dass alle ein Bildungsangebot mit dem Ziel eines Bildungsabschlusses
385 und/oder einer Ausbildung erhalten müssen. Dies schließt die Möglichkeit des Erwerbs eines
Schulabschlusses ungeachtet des Alters und der daran gebundenen formalen Schulpflicht bis
zum 18. Lebensjahr ein. Dazu ist es notwendig, das Angebot der Bildung und Weiterbildung
für junge Erwachsene weiter auszubauen. Dabei darf nicht allein der Fokus auf Sprachbildung
gerichtet sein, sondern es müssen Grundbildung, Alphabetisierung, Berufsorientierung und
390 Berufsvorbereitung sowie Demokratie- und Kulturbildung bedacht werden.

Wir stehen für den Ausbau qualifizierter Ganztagsangebote.

395 Nordrhein-Westfalen ist das Land der Ganztagschulen. Bei uns ist schon jetzt jede zweite
weiterführende Schule eine Ganztagschule. Bei den Grundschulen bieten sogar 90 Prozent
den offenen Ganzttag an. Für jedes Kind besteht so ortsnahe die Möglichkeit, einen
Ganztagsschulplatz zu erhalten.

400 Insbesondere der Offene Ganzttag in der Grundschule ist eine Erfolgsgeschichte. Binnen
kürzester Zeit ist es in Nordrhein-Westfalen gelungen, ein flächendeckendes Angebot an
Plätzen im Offenen Ganzttag zu schaffen und damit Eltern die Sicherheit zu geben, dass ihr
Kind bis in den Nachmittag hinein verlässlich betreut wird. Landesweit stehen heute mehr als
305.100 Plätze in der offenen Ganztagsbetreuung zur Verfügung, davon 17.500 für
Flüchtlingskinder – 2010 waren es nur 225.000 Plätze. 90 Prozent aller Grundschulen in
405 NRW sind Offene Ganztagschulen. Und die positive Entwicklung gibt uns Recht: 41 Prozent
aller Grundschülerinnen und Grundschüler besuchen Schulen in der offenen
Ganztagsbetreuung – 2010 waren dies nur 27 Prozent.

Bei den weiterführenden Schulen arbeiten alle Gesamtschulen und fast alle Sekundarschulen
410 im Ganzttag, dazu ist jedes vierte Gymnasium ein Ganztagsgymnasium. Insgesamt ist bei uns
in der Sekundarstufe I jede zweite Schule eine Ganztagschule. An fast allen Schulen gibt es
darüber hinaus eine pädagogische Übermittagsbetreuung, an vielen auch darüber
hinausgehende Angebote am Nachmittag. Jeder Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule
im Bereich der weiterführenden Schulen wurde in den zurückliegenden Jahren bewilligt –
415 dies werden wir auch für die kommenden Jahre fortführen.

Dem weiterhin wachsenden Bedarf an qualitativ hochwertigen Ganztagsplätzen im Bereich der
Grundschule werden wir durch den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Offenen
Ganztagschule gerecht. Zukünftig geht es verstärkt darum, gemeinsam mit den Schulen und
420 den Trägern der Offenen Ganztagschule, die Fördermöglichkeiten für Schülerinnen und
Schüler und die Flexibilität der Angebote zu verbessern. Dies schließt die Gleichstellung der
Offenen Ganztagschule bei den Regelungen der Schülerfahrtkosten mit ein. In einem ersten
Schritt haben wir die Finanzierung der Offenen Ganztagschulen der Kostenentwicklung
angepasst. In einem zweiten Schritt steht für uns nun die Weiterentwicklung der Qualität der
425 offenen Ganztagschule an.

Vieles haben wir erreicht. Einiges bleibt zu tun. Wir bleiben dran.

Wir hatten uns viel vorgenommen für die Zeit nach dem Regierungswechsel und wir haben in
430 sechs Jahren viel umgesetzt. Noch lange sind nicht alle Ziele erreicht, aber wir haben die
Trendwende geschafft. Nach Jahren des bildungspolitischen Stillstandes und Rückschritts ist
es gelungen, die wesentlichen Indikatoren für eine gerechte und gleichzeitig leistungsstarke
Bildung in NRW wieder ins Positive zu drehen. Die Richtung stimmt.

435 Auch wenn wir uns ein noch höheres Tempo wünschen, so müssen wir feststellen, dass die
Herausforderungen gerade in NRW gewaltig sind. In keinem anderen Flächenland sind so
viele Kinder und Jugendliche in einer schwierigen sozialen Lage wie bei uns in NRW. Hinzu
kommen der anhaltende Strukturwandel, die überwiegend großstädtischen Strukturen und ein
hoher Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. All dies fordert uns
440 zusätzlich heraus und erfordert den zusätzlichen Einsatz von Personal und Finanzmitteln. Die
SPD-geführte Landesregierung ist dem durch ihre politische und finanzielle
Prioritätensetzung zugunsten von Kindern, Bildung und Kommunen in besonderer Weise
gerecht geworden: Auch in Zeiten einer schwierigen Haushaltslage hat NRW seit 2010 nicht

445 nur jede freiwerdende Lehrerstelle neu besetzt, sondern auch Milliarden zusätzlich in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen gesteckt. Knapp fünf Milliarden Euro zusätzliche Bildungsinvestitionen haben wir 2015 im Vergleich zu 2010 realisiert. Der Anteil der Bildungsausgaben am Landeshaushalt stieg so auf 26 Milliarden Euro. Das entspricht mehr als einem Drittel des Landeshaushalts.

450 Viele Veränderungen im Bildungsbereich können ihre Wirkung oft erst nach Jahren zeigen. Jugendliche, die in diesem Jahr von der Haupt- oder Realschule abgegangen sind, haben die Grundschule zwischen 2006 und 2010 besucht. Kinder, die wir ab diesem Jahr durch unsere neue integrierte Sprachförderung in der KiTa erreichen, werden frühestens im Jahr 2027 einen mittleren Bildungsabschluss machen können. So groß unser Ehrgeiz ist, schnell Erfolge
455 zu generieren, so klar ist für uns: Nachhaltige Erfolge brauchen Zeit – vor allem müssen die Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen bei aller Veränderungsnotwendigkeit die Möglichkeit haben, Reformen vor Ort umzusetzen und wirken zu lassen.

*Antragsbereich Ini/ **Antrag 6***

Unterbezirk Düsseldorf

Was ist unser lebenslanges Lernen wert? Freiberufliche Weiterbildungslehrerinnen und –lehrer besser bezahlen!

(Überwiesen an Programmkommission)

5 Die NRWSPD und die SPD-Fraktion im Landtag NRW werden aufgefordert, sich für eine finanzielle Ausstattung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung einzusetzen, die eine Anhebung des Honorarsatzes für freiberufliche Dozentinnen und Dozenten auf mindestens 30 Euro je Unterrichtsstunde ermöglicht. Ein entsprechender Antrag wird auf dem nächsten Landesparteitag eingebracht.

*Antragsbereich B/ **Antrag 12***

Unterbezirk Köln

LehrerInnenbesoldung

(Überwiesen an Programmkommission)

5 In der nächsten Legislaturperiode wird ein eigenes Gesetz zur LehrerInnenbesoldung entwickelt. Hier werden die Veränderungen der LehrerInnenausbildung berücksichtigt, die Anforderungen an die Leitungsebenen und die entsprechende Vergütung sowie die Anpassung der unterschiedlichen Vergütung von angestellten an die der beamteten LehrerInnen geregelt.

*Antragsbereich B/ **Antrag 22***

Kreisverband Gütersloh

Gleicher Lohn für gleiche Ausbildung. Lehramtsvergütung vereinheitlichen.

(Überwiesen an Programmkommission)

5 Die NRWSPD setzt sich für eine mittelfristige Anpassung der Bezahlung aller Lehrerinnen und Lehrer im allgemeinen Schuldienst ein. Die unterschiedliche Bezahlung für Lehrkräfte in den unterschiedlichen Schulformen soll zugunsten eines einheitlichen Tarifgefüges abgelöst werden.

*Antragsbereich B/ **Antrag 23***

Ortsverein Wesseling

(Unterbezirk Rhein-Erft)

Digitalisierung an Schulen

(Überwiesen an Programmkommission)

5 Der Ortsverein Wesseling empfiehlt dem Landesparteitag bei der Verfassung des Regierungsprogramms 2017 die Digitalisierung an Schulen wie unten angegeben zu ergänzen.

Zitat aus dem Regierungsprogramm 2012:

10 7. NRW macht Betroffene zu Beteiligten. Wir stärken Bürgerbeteiligung. Das Netz ist eine Chance.

4. Absatz:

15 „Teilhabe in der digitalen Gesellschaft setzt Medienkompetenz voraus. Sie muss in allen Bildungseinrichtungen zukünftig noch stärker und gezielt vermittelt werden, um allen Generationen eine kompetente, aktive und kritische Nutzung zu ermöglichen.

Einfügen:

20 Die zunehmende Digitalisierung konfrontiert unsere Gesellschaft mit einem permanenten Veränderungsprozess und vielschichtigen Herausforderungen für jeden einzelnen Menschen. Dieser Tatsache muss bereits in der Schule ausreichend Rechnung getragen werden. Medienbildung, grundlegende Informatikkenntnisse und ein Bewusstsein für die Sensibilität
25 der eigenen digitalen Persönlichkeit sind tragende Säulen des mündigen Bürgers von heute und morgen. Wir werden unsere Schulen so weiterentwickeln, dass sie diese Ziele verwirklichen können.

Eine stets dem Stand der Technik angepasste Infrastruktur soll Teil eines verbindlichen und nachhaltigen Raumkonzepts werden. Nur so treffen Schülerinnen und Schüler aller Schulen

- 30 auf vergleichbare Bedingungen, die es ermöglichen, dass sie in ihrer Schulzeit und darüber hinaus mit dem Veränderungsprozess der Digitalisierung Schritt halten und ihn mitgestalten können. Neben der technischen Infrastruktur setzen wir uns dafür ein, dass Schulen auch technisches Personal zur Verfügung gestellt wird. Die Lehrkräfte und Schulleitungen dürfen mit diesen Aufgaben nicht weiter allein gelassen werden.
- 35 Lehrkräfte sollen in diesem Bereich in ihrer Aus- und Weiterbildung noch stärker professionalisiert werden. Darüber hinaus wäre es erstrebenswert, ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit jede Schule einen für sie optimalen Medienentwicklungsplan ausarbeiten und umsetzen kann.
- 40 Wichtige Teile des gesellschaftlichen Lebens und der täglichen Kommunikation finden mit Hilfe von mobilen Endgeräten und in sozialen Netzwerken statt. Beides werden wir noch stärker in die Lebenswelt Schule integrieren. Nur so kann kritisches und souveränes Handeln in einer digitalen Welt erlernt und offensiv mit Gefahren und Missbräuchen in der Lebenswelt
- 45 der Schülerinnen und Schüler umgegangen werden.
- In einem offenen und demokratischen Prozess werden wir Richtlinien und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit sozialen Netzwerken mit allen am Schulleben beteiligten Personen und Institutionen erarbeiten.
- 50 (Fortsetzung Text aus Regierungsprogramm 2012)
- Der in NRW entwickelte Medienpass ist ein erfolgreiches Modell, das wir ausbauen und weiterentwickeln wollen. Freiwillige technische Maßnahmen können eine Möglichkeit sein, Eltern mehr Sicherheit zu geben. Wir stehen zum Prinzip „Löschen statt Sperren“, legen unseren Fokus auf Medienkompetenz und lehnen Netzsperrern

*Antragsbereich B/ **Antrag 35***

SPD-Region Ostwestfalen-Lippe (OWL)

Gleicher Lohn für gleiche Ausbildung. Lehramtsvergütung vereinheitlichen

(Überwiesen an Programmkommission)

- 5 Die NRWSPD wird in der nächsten Legislaturperiode die gleiche Bezahlung aller Lehrerinnen und Lehrer im allgemeinen Schuldienst umsetzen. Die unterschiedliche Bezahlung für Lehrkräfte in den unterschiedlichen Schulformen soll, nachdem die einheitliche Ausbildungsdauer bereits verwirklicht wurde, zugunsten eines einheitlichen Tarifgefüges abgelöst werden.

Europapolitik

Antragsbereich Eu/ **Antrag 1**

Unterbezirk Bonn

Die EU nach dem Brexit – Mehr Solidarität wagen und Europa konsequent demokratisieren

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

5 Nach dem mehrheitlichen Votum des britischen Volkes vom 23. Juni 2016 wird voraussichtlich mit Großbritannien erstmals ein Mitgliedstaat die Europäische Union verlassen. Der BREXIT stellt einen traurigen Tiefpunkt in der Geschichte der EU dar. Europa war lange das Versprechen auf eine bessere Zukunft: auf Frieden, Wohlstand und mehr Freiheit und Demokratie in einem solidarischen Miteinander.

10 Die Zusammenarbeit der Staaten Europas unter dem gemeinsamen Dach der Europäischen Union hat dazu geführt, dass es zwischen ihnen seit dem Ende des zweiten Weltkriegs keine militärischen Konflikte mehr gegeben hat. Diese in der europäischen Geschichte einmalig lange Friedensperiode wird mit ihrer Fortdauer allerdings für die Bürgerinnen und Bürger Europas auch immer mehr zur Selbstverständlichkeit. Gerade für die jüngeren Europäerinnen und Europäer, die die Schrecken des Krieges zum Glück nie selbst erleben mussten, hat
15 Europa als erfolgreiches Friedensprojekt kaum noch Strahlkraft. Es ist an der Zeit, Europa nicht nur als Wirtschaftsraum zu betrachten, sondern die Idee des gemeinsamen Friedens wieder aufleben zu lassen. Es ist notwendig, die Union zu reformieren und sie besser und demokratischer zu machen, unter anderem dadurch, den Stimmen der Wählerinnen und Wähler bei den Europawahlen über die Schaffung eines echten parlamentarischen
20 Regierungssystems endlich wirkliches Gewicht zu verleihen. Dazu gehört, das Parlament als zentralen Gesetzgeber im politischen System zu verankern und es mit vollständigen Kontrollrechten bis hin zur Möglichkeit einer Abwahl der Regierung auszustatten. In diesem Sinne müssen die nationalen Regierungen aufwachen und endlich den Mut aufbringen, Europa konsequent zu demokratisieren

25 Die Menschen akzeptieren nicht, wenn es in Europa nur um neue Märkte geht, aber nicht um konkrete Verbesserungen für die Menschen. „Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt“ hat der langjährige Kommissionspräsident Jaques Delors gesagt. Identifikation und Begeisterung entstehen nur, wenn die Bürgerinnen und Bürger Europa als faire Gemeinschaft
30 erleben. Deshalb muss die EU nun Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung angehen - die auch zu einer klaren Verbesserung der Lebenssituation führen.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen der Globalisierung – insbesondere neuer prekärer Arbeitsverhältnisse und der massenhaften Jugendarbeitslosigkeit – sowie der
35 infolgedessen um sich greifenden populistischen Brandstiftung muss endlich auch der Weg zum sozialen Frieden innerhalb Europas beschritten werden: Die NRWSPD unterstützt daher nachdrücklich die Forderungen von Martin Schulz und Sigmar Gabriel, die diese in einem offenen Brief formuliert haben.

40 Europa braucht eine Politikwende – hin zu einem sozialen Europa in dem es wieder

Wachstum und wirtschaftlichen Aufschwung gibt, zu einem Europa, das sich um die Gestaltung der Zukunftsaufgaben kümmert, in dem es transparent und demokratisch zugeht und das seinen Beitrag zu einem friedlichen Miteinander im Inneren und nach Außen leistet!

- 45 Wir brauchen eine breite öffentliche und transparente Debatte darüber, in welchem Europa wir zukünftig leben wollen. Die NRWSPD wird sich daran intensiv beteiligen.

*Antragsbereich Eu/ **Antrag 2***

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige

Gestaltung Brexit auf EU-Ebene

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

- 5 Die NRWSPD bedauert die mehrheitliche Entscheidung der Briten für einen Austritt aus der EU. NRW verfügt über vielfältige wirtschaftliche Beziehungen zu Großbritannien und viele tausende Briten leben in unserem Land. Die wirtschaftlichen Folgen sind zurzeit noch nicht abzusehen.

- 10 Trotzdem darf jetzt keine Schockstarre einsetzen – weder in London noch in Brüssel. Sowohl Großbritannien als auch die EU müssen so schnell wie möglich das nächste Kapitel ihrer Geschichte aufschlagen. Es ist nur konsequent, die Scheidungsverhandlungen zwischen EU und Vereinigtem Königreich ohne Zeitverzug aufzunehmen, wie es das Europäische Parlament in einer Resolution vom 28. Juni fordert. Dieser Weg kann beiden Seiten den zügigen Neuanfang ermöglichen.

- 15 Vor allem dürfen wir jetzt nicht zulassen, dass die britischen Tories einen ganzen Kontinent in Geiselhaft nehmen, bis sie irgendwann ihre innerparteilichen Streitigkeiten ausgeräumt haben. Die Regierung des Vereinigten Königreichs muss die Austrittsverhandlungen so schnell wie möglich beginnen, indem sie Artikel 50 des EU-Vertrages aktiviert. Vorher kann es keine - auch keine inoffiziellen - Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen der EU mit Großbritannien geben. Unnötige Verzögerungen beim Austrittsprozess müssen verhindert werden, weil die EU sich auf die großen Herausforderungen konzentrieren muss.

- 25 Großbritannien hat nun im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: Ein Modell auszuhandeln, dass den vertraglichen Vereinbarungen der EU mit Norwegen entspricht und bedeutet am Binnenmarkt bzw. Freihandel der EU teilzunehmen, ohne dass sie dessen Regeln mit weiter entwickeln können. Sie müssten weiterhin in den EU-Haushalt einzahlen und die Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährleisten und alle Binnenmarktregeln vollumfänglich befolgen. Oder den Binnenmarkt zu verlassen, mit der Gefahr, dass viele ökonomische und politische Schranken wieder hochgezogen werden und Arbeitsplätze verloren gehen. Eine Rosinenpickerei bei der Großbritannien nur die vermeintlichen Vorteile auf Kosten Anderer mitnimmt, werden wir nicht mittragen. Der britischen Regierung muss Seitens der EU unmissverständlich klar gemacht werden: Wer Grenzen für die EU-Arbeitnehmer haben will, bekommt Grenzen für den Binnenmarkt. Kapital- und Marktfreizügigkeit ohne Arbeitnehmerfreizügigkeit ist Kapitalismus pur und keine soziale Marktwirtschaft.

- 35 Für NRW muss gelten: wir müssen die guten wirtschaftlichen Beziehungen, aber auch die vielen Partnerschaften, die Städte und Gemeinden in NRW pflegen unter den neuen

Vorzeichen und den damit einhergehenden veränderten Bedingungen neu ausrichten und weiterentwickeln. Außerdem werden wir alles dafür tun, dass die vielen Britinnen und Briten, die in NRW leben, sich auch zukünftig hier bei uns zuhause fühlen.

*Antragsbereich Eu/ **Antrag 3***

Unterbezirk Krefeld

Gemeinsam auf Globalisierung antworten: den internationalen Austausch fördern

(Überweisung an SPD-Landesvorstand)

Die Globalisierung verlangt Antworten. Finanzkrise, Flüchtlingskrise und weltweite Steuerflucht werfen Fragen auf, die auf der Ebene der Nationalstaaten nur teilweise und nur
5 unzureichend beantwortet werden können. Viele Menschen bemerken das und wenden sich ab von offenen Grenzen, Demokratie, Weltoffenheit, Toleranz und einer progressiven Gesellschaft. Sie suchen Sicherheit in der Ablehnung alles Fremden und in einer falsch verstandenen Leitkultur. Das müssen wir verhindern. Globale Fragen verlangen lokal verständliche Antworten. Wir sind der Globalisierung nicht
10 hilflos ausgeliefert! Die SPD kann die dringend notwendigen Antworten geben: Antworten, die Sicherheit vermitteln, dass Probleme lösbar, beherrschbar sind und letztlich, dass Gerechtigkeit zumindest annäherungsweise möglich ist.

Um die Fragen der Globalisierung zu beantworten, müssen wir uns als Partei global stärker
15 öffnen. Lasst uns deshalb auch als Partei verstärkt Kontakt aufnehmen zu den verwandten sozialdemokratischen Parteien in Europa und weltweit, die so wie wir, lokal arbeiten, aber globale Fragen beantworten müssen. Miteinander zu sprechen, sich zu beraten, über gemeinsame Strategien nachzudenken, ist nicht nur Sache der Parlamente, die weltweit Kontakte pflegen. Auch Bundes- und Landespartei sowie die Gliederungen vor Ort können
20 und sollten solche Kontakte zum Beispiel auch zu den Gewerkschaften viel stärker knüpfen, als dies bisher geschieht. Wir wollen ganz bewusst den europäischen und internationalen Austausch fördern und Beziehungen wachsen lassen, die es ermöglichen, gemeinsam Antworten zu finden auf Fragen, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gleichgesinnte überall beschäftigen.

Der Landesvorstand entwickelt dazu ein Konzept, das geeignet ist, den Kontakt, den Austausch und letztlich gemeinsame Handlungsansätze zu fördern. Das Konzept soll Inhalte und Methoden des Austausches beinhalten. Die Landespartei unterstützt die Gliederungen vor Ort dabei, Partnerschaften zu entwickeln und zu pflegen. Die Bundes-SPD macht die
30 bestehenden Kontakte des internationalen Austauschs (z.B. in der Progressiven Allianz) der Partei zugänglich. Darüber hinaus wird angeregt, innerhalb der Regionen im Landesverband Nordrhein-Westfalen einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu den internationalen Aktivitäten herbeizuführen.

Familien-, Frauen- und Gleichstellungspolitik

*Antragsbereich F/ **Antrag 3***

*Ortsverein Warstein-Möhnetal
(Unterbezirk Kreis Soest)*

Kibiz-Pauschale

(Überweisung an SPD-Landtagsfraktion)

Die Landesregierung wird beauftragt, die Kibiz-Pauschale so zu gestalten, dass Tarifierhöhungen für die Beschäftigten in voller Höhe berücksichtigt werden.

Gesundheitspolitik

Antragsbereich G/ Antrag 1

Unterbezirk Leverkusen

Krankenversicherungsbeiträge paritätisch finanzieren - einkommensabhängige Bürgerversicherung einführen

(Angenommen in Fassung der Antragskommission und Weiterleitung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017)

- 5 Die vollständige paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungsbeiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist wiederherzustellen. Das bisherige fragmentierte bundesdeutsche Kranken- und Pflegeversicherungsmodell soll durch ein faires Beitragssystem in Form einer einkommensabhängigen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung ersetzt werden, in der alle Berufsgruppen gleich behandelt werden. Für beide Forderungen soll sich die SPD im Programm für die nächste Bundestagswahl stark machen.

Antragsbereich G/ Antrag 5

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Bewusstseinssteigerung bei Männern und Frauen zu sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten (STI)

(Angenommen und Überweisung an SPD-Landtagsfraktion)

- 5 Die NRWSPD setzt sich für die Prüfung von Maßnahmen zur Bewusstseinssteigerung bei Männern und Frauen zu sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten hinsichtlich der Krankheitszeichen, Ansteckungswege, Folge/Auswirkungen, Behandlung und Schutz/Prävention ein.

Zu prüfende Maßnahmen sind:

- 10
- Das flächendeckende Lernen über sexuell übertragbare Krankheiten und deren Prävention im Schulunterricht.
 - Die Etablierung eines Online-Beratungsangebot für STD, welches eine anonyme Beratung sichert.
 - Die Entwicklung eines Konzepts für eine geschlechtsspezifische (sowohl für Männer
- 15 wie auch Frauen) fokussierte Aufklärungsarbeit.
- Die statistische Erfassung der Aufklärung an Schulen in NRW (9./10. Jahrgang).
 - Die Übernahme der Aufklärungsarbeit aller STIs durch die von Landesmitteln finanzieren AIDS-Hilfen in NRW.
 - Die Einführung einer Meldepflicht für Gonokokken und Chlamydien.
- 20

*Antragsbereich G/ **Antrag 6***

Arbeitsgemeinschaft Gesundheitswesen

Überprüfung des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs der Gesetzlichen Krankenversicherung dringend erforderlich

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

- 5 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine kritische Überprüfung der Wirkungsweise des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs der Gesetzlichen Krankenversicherung (Morbi-RSA) einzuleiten und den Wissenschaftlichen Beirat umgehend damit zu beauftragen! Hierbei ist insbesondere die Aufnahme sozioökonomischer Faktoren als Risikomerkmale zu untersuchen.

*Antragsbereich G/ **Antrag 7***

Unterbezirk Bonn

Migranten mit Behinderung

(Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion)

- 5 Die Leistungen für die Medizinische Versorgung von Flüchtlingen mit Behinderung sollen über die im Asylbewerberleistungsgesetz hinaus ausgeweitet werden. Es sollen zusätzlich die Kosten für die Versorgung mit medizinisch notwendigen Therapien bzw. für zum Ausgleich der Behinderung erforderlichen Hilfsmittel übernommen werden. Die EU-Richtlinie für Schutzsuchende (2013/33/EU) wird umgesetzt.

*Antragsbereich G/ **Antrag 8***

Ortsverein Wesseling

(Unterbezirk Rhein-Erft)

„Aspartam muss weg“

(Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion)

(Überweisung an SPD-Landtagsfraktion)

(Überweisung an Abgeordnete der NRWSPD im EP)

- 5 Der Landesparteitag möge beschließen, dass die Verwendung des Lebensmittelzusatzstoffes E 951 (Aspartam) in Deutschland nicht mehr zur Anwendung kommt. Zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher, insbesondere von Kindern, Heranwachsenden und Schwangeren darf der Zusatzstoff E951 keine Anwendung finden.

Pflegeberufsreformgesetz

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

Die NRWSPD begrüßt das Ziel, mit dem Pflegeberufsreformgesetz die Attraktivität des Berufsbildes zu erhöhen, eine bessere Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Pflegeberufen zu gewährleisten und letztlich auch einen höheren Verdienst für die in der Altenpflege Tätigen zu erreichen. Der zur Beratung vorliegende Gesetzentwurf stößt in der Fachöffentlichkeit jedoch auch auf erhebliche Vorbehalte und kann in dieser Form nachteilige Auswirkungen auf die Pflegeausbildung in Nordrhein-Westfalen bedeuten.

Der Gesetzentwurf des Bundes sieht, im Gegensatz zur Altenpflegeumlage in NRW, den Abzug eines Wertschöpfungsanteils von rund 23 Prozent in der ambulanten bzw. 33 Prozent in der stationären Pflege vor. Aus Trägersicht führt jede Kürzung der Refinanzierung der Ausbildungskosten jedoch zu einem Rückgang der Zahl der Auszubildenden. Der Abzug eines Wertschöpfungsanteils könnte daher zu gravierenden Fehlentwicklungen führen und ist deshalb abzulehnen.

Darüber hinaus wird die Einbeziehung des Ausbildungszweiges der Kinderkrankenpfleger/-pflegerinnen bei einer Zusammenlegung der Ausbildung der krankenpflegerischen Berufe sehr kritisch diskutiert. Gefordert wird diesen Bereich nicht mit der Ausbildung der Alten- und Krankenhilfe zusammenzulegen. Zudem dürfe es auch bei der Zusammenlegung der Ausbildungszweige Alten- und Krankenhilfe nicht zu einer Schlechterstellung der Auszubildenden kommen.

Ein vom NRW-Gesundheitsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zudem zu dem Schluss, dass im Pflegeberufsreformgesetz weitere Kostenrisiken unter anderem durch die Unterschätzung der tatsächlichen Ausbildungskosten, der Ausbildungszahlen und der weiteren Tarifentwicklung bestehen. Für die NRWSPD steht allerdings fest, dass der Bund die Verantwortung für eine auskömmliche Finanzierung des Pflegeberufereformgesetzes trägt.

Des Weiteren droht eine Verlagerung der Ausbildungskosten von der Solidargemeinschaft auf die Pflegebedürftigen. So erbringen etwa ambulante Pflegeeinrichtungen auch GKV-Leistungen. Dem wird im Gegensatz zur Altenpflegeumlage in NRW keine Rechnung im Pflegeberufsreformgesetz getragen. Eine Refinanzierung der Ausbildungskosten erfolgt wesentlich durch die Pflegebedürftigen. Im Gegensatz dazu werden die Ausbildungskosten in Krankenhäusern in vollem Umfang von der Solidargemeinschaft der GKV getragen.

Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden daher aufgefordert, bei der geplanten Änderung der Ausbildung in den krankenpflegerischen Berufen diese Kritikpunkte aufzugreifen und die benannten Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Innen- und Rechtspolitik

Antragsbereich Ini/ Antrag 2

Unterbezirk Coesfeld

Kriminalpolitik

(Überwiesen an Programmkommission und SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017)

- 5 Die SPD setzt sich auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene für eine soziale, gerechte und freiheitliche Kriminalpolitik ein. Hierbei verfolgt sie einen gesamtgesellschaftlichen und ressortübergreifenden Politikansatz. Der Föderalismus wird ebenso wenig als Hemmnis einer wirksamen Kriminalpolitik betrachtet wie die europäischen Binnengrenzen. Sowohl im innerstaatlichen Gefüge der Bundesrepublik als auch innerhalb der EU sind verbindliche Strategien zur Verhütung und Verfolgung der Kriminalität möglich und wichtig.

Antragsbereich IR/ Antrag 1

Unterbezirk Münster

Umstrukturierung des Strafvollzugs

(Überweisung an Landesparteirat)

Resozialisierung ist die beste Sicherung

- 5 Die momentane Praxis des Strafvollzugs ist äußerst resozialisierungsfeindlich und geht mit einer hohen Rückfallquote einher. Menschen, die eine Haftstrafe verbüßt haben, sehen sich einer starken Stigmatisierung und Diskriminierung ausgesetzt. Einige dieser Menschen haben schwere Straftaten begangen, allerdings haben sie ihre Strafe durch die Haft abgegolten und eine Ausgrenzungserfahrung durch die Gesellschaft ist bei dem Versuch der
- 10 Wiedereingliederung äußerst hinderlich. Deshalb ist es auch unsere Aufgabe eine gesellschaftliche Diskussion und ein Umdenken im Umgang mit Menschen, die inhaftiert waren, anzuregen, sodass insgesamt ein resozialisierungsfreundlicheres Klima entsteht. Schließlich hat die Gesellschaft vorher offenbar zu einem gewissen Teil versagt und deshalb ist es auch eine gesellschaftliche Aufgabe, für eine Wiedereingliederung zu sorgen.

- 15 Für uns ist klar, dass eine Resozialisierung das oberste Vollzugsziel sein soll. Denn nur wenn der Strafvollzug es schafft, die straffällig Gewordenen auf eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft vorzubereiten, können auch in Zukunft Straftaten dieser Menschen verhindert werden. Somit stellt die Resozialisierung die beste Sicherung dar, nicht hingegen die
- 20 Verwahrung.

- Die Haftstrafe ist der größte Eingriff, den der Staat gegen seine Bürger*innen vornehmen kann. Mit diesem Eingriff geht auch eine große Verantwortung vor allem gegenüber den Inhaftierten einher und diese Verantwortung darf nicht ganz oder teilweise an Private
- 25

ausgelagert werden.

Weniger Haftstrafen

30 Insgesamt ist die aktuelle Praxis der Vergabe von Haftstrafen uneffektiv. Das Ziel der Resozialisierung kann erst ab einer Haftstrafe von etwa zwei Jahren erreicht werden. Gesetzlich ist zudem sinnvollerweise vorgesehen, dass Haftstrafen unter einem Jahr zur Bewährung ausgesetzt werden, wenn nicht besondere Gründe dagegen sprechen und der offene Vollzug den Regelvollzug bilden soll. Schaut man sich jedoch die Zusammensetzung
35 der Strafgefangenen nach Vollzugsdauer an, sieht man jedoch, dass über 1/3 aller Gefangenen eine Freiheitsstrafe von unter 9 Monaten und insgesamt knapp 2/3 eine Freiheitsstrafe von unter zwei Jahren absitzt. Auch befindet sich im offenen Vollzug nur ein kleiner Prozentsatz aller zur Freiheitsstrafe Verurteilten. Man sieht also, dass die Praxis der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe deutlich an den sinnvollen gesetzlichen Regelungen vorbeigeht. Dabei kennen
40 diejenigen, die die Haftstrafen vergeben oftmals gar nicht die Zustände, die in Gefängnissen herrschen, deshalb muss der Besuch bzw. Aufenthalt in einer JVA zu einem Pflichtbestandteil der Richter*innenausbildung werden.

45 Ziel muss es in Zukunft sein, Kurzstrafen zu vermeiden. Diese reißen den verurteilten Menschen in aller Regel nur aus seinem sozialen, familiären und beruflichen Umfeld und sorgen für eine spätere Stigmatisierung. Die Freiheitsstrafe hat in diesen Fällen keine positive Wirkung, sondern nur eine starke negative.

50 Ein großes Problem in diesem Bereich ist die Untersuchungshaft. Sie wird häufig aus Gründen der Abschreckung verhängt, was ihrem eigentlichen Zweck, nämlich der Sicherung des Verfahrens, zuwider läuft. So ist ein abschreckender Effekt darüber hinaus auch empirisch nicht belegbar, es überwiegen im Gegenteil wieder die Nachteile durch das Herausreißen aus dem Umfeld und die spätere Stigmatisierung.

55 Vor der Verhängung von Haftstrafen oder Untersuchungshaft soll geprüft werden, ob diese wirklich notwendig ist, denn eine Haftstrafe kann in jedem Fall nur absolute ultima ratio sein, über die man sich, auch bei „Steuersünder*innen“, niemals freuen kann. Vorher muss geprüft werden ob es Alternativen gibt, mit der das verfolgte Ziel ebenso erreicht werden kann. Dabei stellt die elektronische Fußfessel jedoch in der Regel keinen adäquaten Ersatz dar, denn damit
60 wird der Einzelne sich selber überlassen und bekommt keine Hilfe, um Probleme und Sozialisationsdefizite zu bewältigen. Sofern eine Freiheitsstrafe verhängt wird ist außerdem noch zu prüfen, ob diese wirklich notwendigerweise im geschlossenen Vollzug verbüßt werden soll.

65 Differenzierung der einzelnen Gefangenengruppen

Es gibt nicht den*die Strafgefangene*n an sich, sondern auch diese Gruppe setzt sich sehr heterogen zusammen und es bestehen jeweils unterschiedliche Bedürfnisse im Hinblick auf zum Beispiel Arbeit, Ausbildung oder Therapie der einzelnen Strafgefangenen. Mit einer
70 stärkeren Differenzierung ist dann auch ein verstärktes Eingehen und Fördern des Einzelnen möglich. Um das zu verwirklichen ist es notwendig, dass deutlich mehr Stellen im sozialen und psychologischen Dienst der jeweiligen Justizvollzugsanstalten eingerichtet werden und auch die Vollzugsbeamt*innen in diesem Bereich verstärkt aus-und weitergebildet werden. Dies gilt insbesondere für den Strafvollzug bei Frauen*: Eine Frauen*abteilung ist meist der
75 Strafvollzugsanstalt angegliedert – es gibt nur wenige eigene Frauen*haftanstalten. Dadurch

sind die Haftbedingungen für Frauen* sehr unterschiedlich und häufig nicht akzeptabel. Nur in den wenigen Haftanstalten, die ausschließlich der Unterbringung von weiblichen Strafgefangenen dienen, wird überhaupt der besonderen Situation von Frauen* in etwas Rechnung getragen. Auch muss in der Ausbildung der Strafvollzugsbeamt*innen die besondere Situation der Frauen* im Strafvollzug gesondert thematisiert werden.

Haftbedingungen

Bisher ist der geschlossene Vollzug auch im inneren der JVA im wahrsten Sinne des Wortes geschlossen. Wenn die Inhaftierten nicht bei der Arbeit sind, verbringen sie die meiste Zeit in ihren Zellen. Ziel sollte es jedoch sein, dass die Türen auf den einzelnen Abteilungen geöffnet sind und so keine Abschottung, sondern eine verstärkte Kommunikation stattfinden kann. Zudem sollte es mehr Wohngruppenkonzepte im geschlossenen Strafvollzug geben.

Außerdem muss das System der Vergünstigungen grundlegend umgekehrt werden. In der gängigen Praxis erhalten die Inhaftierten erst im Verlauf ihrer Haft Vergünstigungen, wie beispielsweise einen Fernseher. Es sorgt allerdings für ein deutlich besseres Klima in den Justizvollzugsanstalten, wenn schon von Beginn an alle Vorteile gewährt werden und im Fall einer Sanktionierung eines Fehlverhaltens nach einer gewissen Zeit auch wieder alle Vergünstigungen zur Verfügung stehen.

Rente/Arbeit/Ausbildung

Die Arbeit ist im Strafvollzug ein wesentliches Element der Resozialisierung, bei dem unter anderem auch Geld für die Zeit nach der Haftentlassung gesammelt werden soll. Die aktuelle Höhe der Vergütung ist allerdings deutlich zu gering und ermöglicht es kaum genug Rücklagen zu bilden und ein Neustart nach der Entlassung ist damit fast nicht möglich. Auch ist es nur schwer mit der Menschenwürde zu vereinbaren, dass ein so geringer Lohn gezahlt wird. Doch gerade in einer solchen verfassungsrechtlichen Extremsituation ist eine Anerkennung in Form von Geld für die geleistete Arbeit wichtig. Wir Jusos fordern daher, dass im Strafvollzug ein höherer Tagessatz festgelegt wird, der es ermöglicht, menschenwürdiger zu Leben und genügend Rücklagen zurückzulegen. Viele Gefangene haben einen großen Berg an Schulden, dem sie nach ihrer Entlassung häufig hilflos gegenüberstehen. Mit einem höheren Lohn wäre es auch möglich, Teile dieser Schulden schon während der Haft zurückzuzahlen, um den Wiedereinstieg nach dem Gefängnis zu vereinfachen. Wichtig ist auch ein möglichst breites Angebot an Arbeit sowie Aus- und Weiterbildung. Gerade auch schulische Maßnahmen für Mädchen* und junge Frauen* müssen stärker gefördert werden, da hier die Quote der Abbrecher*innen besonders hoch ist.

Einige Inhaftierte verbringen ihr halbes Leben im Strafvollzug und arbeiten dementsprechend lange, erwerben dabei allerdings keine Rentenansprüche. Wir Jusos fordern auch die Arbeit mehr anzuerkennen und eine Anrechnung auf die spätere Rente zu ermöglichen.

Kommunikation nach außen

Für jemanden im Strafvollzug ist es wichtig Kontakt zu seiner*ihrer Familie und der „realen Welt“ zu halten, um nach der Entlassung nicht alleine zu sein. Gerade sozialen Kontakte sind ein wichtiger Bestandteil der Wiedereingliederung. Wir Jusos fordern, dass den Gefangenen deutlich mehr als eine oder zwei Stunden Besuchszeit pro Monat zusteht. Außerdem müssen Langzeitbesuche von Lebenspartner*innen und Ehepartner*innen ermöglicht werden. Neben

- Besuchen ist ein Kontakt nach außen nur per Brief oder Flurtelefon möglich. Das Problem dieser Telefonate sind allerdings die horrenden Gesprächskosten, die vor allem durch die Monopolstellung eines Anbieters bedingt ist, der (fast) der einzige Telefonanbieter an Justizvollzugsanstalten ist. Hier muss unbedingt günstigere Konditionen hingewirkt werden.
- 130 Völlig am Leben vorbei geht es, dass die Inhaftierten keinen Zugriff auf einen PC, geschweige denn auf einen Internetzugang haben. Gerade kurz vor der Entlassung wäre dies aber ein einfaches und unkompliziertes Mittel, um zum Beispiel nach einer Wohnung oder einem Arbeitsplatz zu suchen. Dabei lässt sich auch die Gefahr des Missbrauchs begrenzen, wenn nur bestimmte Seiten freigegeben werden und das Benutzen des PCs unter Aufsicht in z.B. einem Computerraum stattfindet.
- 135

Mütter mit Kindern

- 140 Nur im Justizvollzugskrankenhaus Nordrhein-Westfalen in Fröndenberg gibt es eine Mutter-Kind-Einrichtung mit 16 Haftplätzen für inhaftierte Mütter und bis zu 30 Plätzen für noch nicht schulpflichtige Kinder im offenen Vollzug. Wir fordern daher einen Ausbau dieser Plätze.

- 145 Nach der Haftentlassung

- Nach der Haft ist es für die Vermeidung von Rückfällen existenziell, dass die ehemaligen Inhaftierten schnell Fuß fassen und sich in die Gesellschaft integrieren können. Zwar gibt es Hilfe bei der Wohnungssuche, doch ansonsten werden die Menschen dabei quasi sich selber überlassen. Gerade nach der Gefängnissituation, bei der sie auch bei größt möglicher Freiheit, ständiger Bewachung unterstehen, ist es wichtig ihnen eine Hilfe an die Hand zu geben, die beratend zur Seite steht. Es wurde beispielsweise in NRW bereits ein großes Wiedereingliederungsprojekt durchgeführt, dass äußerst erfolgreich war, jedoch wurde es nur für eine bestimmte Zeit finanziert und nach dem Auslaufen aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln nicht weitergeführt. Doch selbst der beste und resozialisierungsfreundliche Strafvollzug bringt wenig, wenn später nicht weiter an der Eingliederung und Resozialisierung gearbeitet wird. So erklären sich unter anderem auch die hohen Rückfallraten, die nebenbei den Staat deutlich mehr Geld kosten als effektive Programme nach der Entlassung.
- 150
- 155

Antragsbereich IR/ Antrag 2

Unterbezirk Köln

Stärkung der Wahlbeteiligung

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, die folgenden institutionellen Maßnahmen zur Steigerung der Wahlbeteiligung voranzutreiben:

5

- Einführung eines Wahlrechts ab 16 Jahre
- Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Migrantinnen und Migranten mit langfristigem Wohnsitz in NRW.
- Durchführung einer Informationskampagne über die Bedeutung der Erst- und

- 10 Zweitstimme.
- Prüfung der Umbenennung von Erststimme in „Kandidatenstimme“ und Zweitstimme in „Parteistimme“.
 - Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten zur Erleichterung des Briefwahlverfahrens.
- 15 Da diese Änderungen in der Verfassungskommission nicht durchgesetzt werden konnten, wird die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, diese erneut anzugehen.
- Darüber hinaus werden Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion aufgefordert, einen regelmäßigen und durchgängigen Politikunterricht in allen Schulformen zu ermöglichen, um
- 20 sowohl ein Verständnis als auch eine Begeisterung für politische Prozesse bereits in jungen Jahren zu fördern und damit weiter die Wahlbeteiligung zu steigern.
- Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, perspektivisch die Modernisierung der Urnenwahl / Einführung des Internet-Votings zu prüfen und hierfür
- 25 gegebenenfalls dann die Voraussetzungen zu schaffen.

*Antragsbereich IR/ **Antrag 3***

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen

Schaffung einer gesetzlichen Regelung für den Vollzug der zivilrechtlichen Unterbringung nach § 1906 Abs. 1, 2 und 4 BGB durch einen Betreuer

(Überweisung an SPD-Landtagsfraktion)

(Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion)

- 5 Der Landesparteitag fordert die Landesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich für eine bundesgesetzliche Regelung einzusetzen, die den Vollzug einer mit Freiheitsentziehung verbundenen Unterbringung einer betreuten Person durch ihren Betreuer in einem Krankenhaus oder einer anderen (Pflege-) Einrichtung klarer als bisher normiert und den Rechtsschutz der untergebrachten Person stärkt.

*Antragsbereich IR/ **Antrag 4***

Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt

Einrichten einer Arbeitsgruppe zum Thema Positionierung zur Zusammenarbeit mit MigrantInnenselbstorganisationen (MSO)

(Überweisung an SPD-Landesvorstand)

(Überwiesen an SPD-Landesparteitrat)

- 5 Der NRWSPD-Landesparteitag bittet den Landesvorstand der NRWSPD eine Arbeitsgruppe einzurichten, welche eine Position der NRWSPD zum Thema Zusammenarbeit mit MigrantInnenselbstorganisationen (MSO) erarbeitet. Die Arbeitsgruppe sollte sich zusammensetzen aus Mitgliedern des NRWSPD Parteivorstandes, Mitgliedern der NRWSPD

Landtagsfraktion, Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der NRWSPD und bei Bedarf weiteren Expertinnen und Experten der SPD.

*Antragsbereich IR/ **Antrag 5***

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Islamverbände

(Überweisung an SPD-Landesvorstand)

(Überwiesen an SPD-Landesparteirat)

- 5 1. Die NRW SPD soll Landesregierung und Landtagsfraktion auffordern, zu Anträgen der islamischen Verbände DITIB, Islamrat, VIKZ und ZMD auf Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts zur Zeit k e i n Beschlussverfahren in der Sache einzuleiten. Ohne eine gründliche Untersuchung von Weltanschauung, Werte-Spektrum und Rechtsanschauungen, insbesondere dem Frauenbild bzw. dem Rollenverständnis von Mann und Frau, kann der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts für die derzeit für die
- 10 Musliminnen und Muslime sprechen wollenden Verbände in Deutschland nicht in Betracht kommen. Es wäre politisch unverantwortlich nicht nur gegenüber der großen Mehrheit der Nichtmusliminnen und Nichtmuslime, sondern auch gegenüber der großen Mehrheit der nichtorganisierten Musliminnen und Muslimen in unserem Land, in vermeintlicher Gleichbehandlung eine „Katze im Sack“ zu kaufen.

15

2. Der einschlägige Prüfungsprozess muss transparent und parteiöffentlich geführt werden.

*Antragsbereich IR/ **Antrag 6***

Ortsverein Köln-Mitte

(Unterbezirk Köln)

Islamverbände

(Überweisung an SPD-Landesvorstand)(Überwiesen an SPD-Landesparteirat)

- 5 1. Landesregierung und Landtagsfraktion werden aufgefordert, zu Anträgen der islamischen Verbände DITIB, Islamrat, VIKZ und ZMD auf Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts zur Zeit k e i n Beschlussverfahren in der Sache einzuleiten.
2. Der einschlägige Prüfungsprozess muss transparent, parteiöffentlich und unter Beteiligung des Parlamentes geführt werden.

Anerkennung als Körperschaft

(Überweisung an SPD-Landesvorstand)
(Überwiesen an SPD-Landesparteirat)

- 5 1. Landesregierung und Landtagsfraktion werden aufgefordert, zu Anträgen der islamischen Verbände DITIB, Islamrat, VIKZ und ZMD auf Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts zurzeit k e i n Beschlussverfahren in der Sache einzuleiten.
2. Der einschlägige Prüfungsprozess muss transparent und parteiöffentlich geführt werden.

Datenschutz und IT-Sicherheit

(Überweisung an SPD-Landtagsfraktion)
(Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion und SPD-Abgeordnete aus NRW im EP)

- 5 Unser Leben wird immer stärker durch die digitale Technik bestimmt. Gleichzeitig verlieren wir die Kontrolle über unsere Daten. Bürgerinnen, Bürger, Staat und Wirtschaft sehen sich zunehmen durch Cyberangriffe bedroht. Datenschutz und IT-Sicherheit müssen gestärkt werden. Dazu möge der Parteitag folgenden 5-Punkte-Plan beschließen:
- 10 1. Die Bonner SPD fordert, eine bessere Ausstattung der Schulen, sowie eine verstärkte Aus- und Fortbildung des Lehrpersonals damit in den Schulen vermehrt die Themen Datenschutz, IT-Sicherheit und Umgang mit sozialen Medien zur Kompetenzbildung der Kinder in den Unterricht einfließen können. Auch die Sensibilisierung und Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger in Fragen des Datenschutzes, im Umgang mit sozialen Medien und in der IT-Sicherheit werden gestärkt. Dazu kann z.B. das entsprechende Beratungsangebot der
- 15 Verbraucherschutzzentralen durch Landes- und Bundes-Förderungen gestärkt werden.
- 20 2. Die Bonner SPD fordert, dass die Bürgerinnen und Bürger insbesondere bei der Nutzung von Internet-Diensten mehr Kontrolle über ihre eigenen Daten bekommen. Ohne Einwilligung dürfen u.a. zu Werbezwecken keine personenbezieharen Daten gespeichert und analysiert werden. Auch dürfen ohne Einwilligung keine personenbezieharen Daten an Dritte weitergegeben werden. Internetnutzerinnen und -Nutzer müssen Tracking (Nachverfolgen der Tätigkeiten von Personen) wirkungsvoll untersagen können. Vereinbarungen zum Datenschutz und Nutzungsbedingungen müssen transparent sowie kurz und prägnant formuliert sein. Sie müssen an prominenter Stelle auffindbar sein. Hinreichende
- 25 Alternativen, die sparsam mit persönlichen Daten umgehen, sind anzubieten.
3. Die Bonner SPD fordert, dass die europäische IT-Wirtschaft, Bereich IT-Sicherheit, massiv auf EU-Ebene gefördert wird, um langfristig die Abhängigkeit von amerikanischen und

- asiatischen IT-Produkten abzulösen.
- 30
4. Die Bonner SPD fordert, dass die Polizei mehr Ressourcen (Personal, Ausbildung, Ausstattung) zur Bekämpfung von Internetkriminalität und zur Prävention erhält.
- 35
5. Die Bonner SPD fordert, dass die internationalen Rechtshilfeabkommen, die zur Bekämpfung von Internetkriminalität unerlässlich sind, vereinfacht und verbessert werden. Im europäischen Raum wird das zügellose Ausspionieren von Bürgerinnen, Bürger, Wirtschaft und Behörden durch die Geheimdienste mittels eines No-Spy-Abkommens wirksam verhindert werden.
- 40
- Die Europäische Datenschutzrichtlinie muss die persönlichen Daten der Bürgerinnen und Bürger sowie die Freiheit der Europäer wirkungsvoll schützen. Die geplanten transatlantischen Freihandelsabkommen dürfen u.a. die europäischen Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards nicht aushöhlen.
- 45
- Die Ziele Stärkung der Freiheit aller Menschen, Erhöhung des Datenschutzes und Verbesserung der IT-Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Behörden sollen in das nächste Grundsatzprogramm der SPD einfließen.

Antragsbereich IR/ Antrag 10

Unterbezirk Bielefeld

Einwanderungsgesellschaft sozial gestalten

- (Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion)
- Die SPD Bielefeld fordert:
- ein Ende der "Abschreckungspolitik", keine weiteren Asylrechtsverschärfungen - Integrationspakete statt weitere Asylrechtsverschärfungspakete
- 5 • ein modernes Einwanderungsgesetz, ohne das Asylrecht damit auszuhebeln
- keine nationalistische Rhetorik - wir müssen stattdessen für Akzeptanz der Tatsache werben, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, und zu einer Einwanderungsgesellschaft werden muss
- 10 • "Willkommenskultur" kann nicht Aufgabe der Zivilgesellschaft bleiben, sondern ist vor allem eine sozialstaatliche Aufgabe und muss so auch institutionalisiert werden
- generelle Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, ein Ende der Sparpolitik. Die Zuwanderung vieler junger Menschen erfordert, dass Investitionen jetzt getätigt werden, damit es in 20 Jahren nicht zu einem Kollaps der jetzt schon desolaten Infrastruktur kommt
- 15 • eine gesellschaftliche Spaltung durch einen Verdrängungs- und Unterbietungswettbewerb im unteren Lohnsegment muss verhindert werden, es darf keine Ausnahmen vom Mindestlohn geben
- Lasten für den Staatshaushalt müssen sozial gerecht verteilt werden

Legalisierung von Cannabis

(Überweisung an SPD-Landesvorstand)

Die NRWSPD fordert die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung auf, sich für die Legalisierung von Cannabis einzusetzen

5

Dabei soll Cannabis aber nicht unkontrolliert verkauft werden sondern der Verkauf mit Blick auf eine Zukunft als legales Genussmittel an den Verkauf legaler Drogen wie Tabakwaren und Alkoholika angepasst werden. Das heißt, dass Cannabis

10

- in einer Testphase als apothekenpflichtiges Produkt verkauft werden soll, die aktuelle Situation der Apotheken muss dabei berücksichtigt werden.

- wie Tabakfertigprodukte (Zigaretten) besteuert wird

15

- diese steuerlichen Einnahmen sollen zu 1/3 in die Suchtprävention und 2/3 in die Pflegekassen überführt werden.

- die zusätzlichen Einnahmen aus der Umsatzsteuer sollten insbesondere den Kommunen zufließen.

Lobbyregister

(Überweisung an SPD-Landtagsfraktion)

Die Landesregierung beauftragt wird, ein verpflichtendes Lobbyregister, das offenlegt, welche Lobbyisten für welche Anliegen arbeiten – und wer sie dafür bezahlt, einzuführen.

Kommunalpolitik

Antragsbereich Ini/ **Antrag 3**

Ruhr SPD

Neue Ruhr

(Angenommen)

Die Metropole Ruhr ist in NRW wichtiger Motor der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen, integrativen und kulturellen Entwicklung. Der Strukturwandel im Revier ist auf den Weg gebracht. Allerdings ist das keine Aufgabe für Kurzstreckenläufer. Für den Sprung zu einer dauerhaft prosperierenden Region mit einer Arbeitslosenquote von deutlich unter 10% spielen Impulse im Bereich Bildung, Kommunalfinanzen, Infrastruktur und Arbeit die zentrale Rolle. Solidarität und Gerechtigkeit sind nicht nur sozialdemokratischer Markenkern, sondern sie bilden den Rahmen für eine erfolgreiche Entwicklung der Metropole Ruhr und sind die Grundsätze, die viele Menschen alltäglich leben.

Das Ruhrgebiet steht dabei nicht alleine: viele andere Ballungsräume müssen ähnliche Herausforderungen bewältigen. Insofern sind Entwicklungen und Impulse im und aus dem Ruhrgebiet auch immer eine Blaupause für die Bewältigung von Strukturwandel in Ballungsgebieten allgemein.

Weil aber die Situation des Ruhrgebiets lange bekannt ist, stellt dieser Antrag in Kürze nur die wichtigsten Schlaglichter dar:

20 Bildung

Bildung ist zentrale Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben sowie Lebensentwürfe zu realisieren. Dabei spielen qualitativ und quantitativ gute Möglichkeiten der Kinderbetreuung und- bildung, der schulischen und hochschulischen Bildung sowie der Aus- und Weiterbildung eine Rolle. Bildung ist ein Menschenrecht. Lebenslang. Bildung zu genießen ist ein großes Privileg für uns, die wir hier in Frieden leben können. Allerdings haben sich viele Städte und Gemeinden gerade im Ruhrgebiet auf mittelfristig sinkende Schülerzahlen eingerichtet. Doch die jüngsten Entwicklungen gerade im Bereich der Zuwanderung verheißen das Gegenteil. Dadurch besteht konkreter Bedarf, neue Einrichtungen an den Start zu bringen. Denn gerade die Bildungschancen von jungen Menschen die zu uns kommen, sind wichtige Voraussetzung für gelingende Integration. Im Übrigen entspricht das dem präventiven Politikansatz der Landesregierung, kein Kind zurücklassen. Nur so gelingt es, all denjenigen, die hier geboren und aufgewachsen sind, die schon lange hier leben, sowie allen Neuankömmlingen eine Chance auf ein gutes Leben zu geben. Ferner gilt es, eine neue landesweite Initiative zu Ausbildungsplätzen auf den Weg zu bringen.

Konkret benötigen wir eine finanzielle Ausstattung der Regelsysteme für Kitas, Schulen und Hochschulen, die es uns ermöglicht, qualitativ hochwertige Bildung für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen anzubieten. Außerdem muss die Schulsozialarbeit

auch über das Jahr 2017 hinaus gesichert werden.

45 Das Programm der Landesregierung „Gute Schule 2020“, das Investitionen in Höhe von zwei Milliarden Euro in die Schulen und Bildungseinrichtungen vorsieht, begrüßen wir daher ausdrücklich.

Kommunalfinanzen

50 Leben findet in der Kommune statt. Hier wird gelebt, geliebt, gelacht. Nicht auf einer abstrakten Bundes- oder Landesebene. In den Kommunen, in den Quartieren, in den Nachbarschaften entscheidet sich die Lebensqualität. Nur sind die Kommunen nicht unabhängig. Wesentlich hängen die Spielräume, die sie vor Ort haben, davon ab, welche Aufgaben ihnen zugewiesen – und wie sie finanziell ausgestattet werden. Auch wenn die
55 Landesregierung mit dem Stärkungspakt ein wichtiges Instrument geschaffen hat. Die finanziellen Spielräume reichen nicht aus! Kommunen sind – das belegen unzählige Studien – strukturell unterfinanziert. Hauptgrund sind übergeordnete Sozialkosten. Die Kluft zwischen reichen und armen Kommunen wird tiefer – auch in NRW.

60 Konkret: Wir können unsere Aufgabe nur dann gut erfüllen, wenn wir nicht nur die Aufgaben, sondern auch die nötigen Mittel dafür zugewiesen bekommen. Daher ist es erforderlich, endlich eine Lösung für die Altschulden herbeizuführen, für eine weitere Entlastung zu sorgen, den Stärkungspakt weiterzuentwickeln sowie die Grundlagen dafür zu schaffen, dass gerade im Ruhrgebiet und in den Ballungsräumen die Städte und Gemeinden
65 wieder aus eigener Kraft investieren können.

Infrastruktur

70 Gute Lebensqualität in Städten und Gemeinden hängt auch von einer intakten und leistungsfähigen Infrastruktur ab. Ob die Straßen mit Schlaglöchern übersät sind, die Radwege zu Schnelltrassen ausgebaut werden, ob gerade in den Ballungsgebieten ein guter ÖPNV existiert, ob die Menschen Zugang zu schnellen Breitbandverbindungen und kostenlosem WLAN haben, ob Schwimmbäder und Bibliotheken zur Verfügung stehen – letztere inzwischen ein sehr beliebter Lernort von Flüchtlingen – aber auch ob ausreichend
75 Gewerbeflächen ausgewiesen sind. Das alles gehört mit zur Basis des Zusammenlebens.

Konkret: Die ausreichende Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur ist zentral, um Leben und Wirtschaften in einem einer reichen Demokratie angemessenen Maße zu verwirklichen. Außerdem brauchen wir dringend eine Strategie für innovative und zukunftsgerechte
80 Mobilitätsdienstleistungen und multimodale Konzepte.

Sozialer Arbeitsmarkt

85 Trotz guter Konjunktur ist die Langzeitarbeitslosigkeit erschreckend hoch. Sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit trägt mit dazu bei, dass die Armutsproblematik gerade in Ballungsräumen zunimmt. Dabei ist Arbeitslosigkeit kein Einzelschicksal, sondern betrifft ganze Familien und hat somit auch unmittelbare Auswirkungen auf die Biografien nachwachsender Generationen. Arbeitslosigkeit beruht nicht auf individuellem Versagen, sondern ist ein strukturelles Problem. Gerade dort, wo Strukturwandel stattgefunden hat und
90 immer noch stattfindet, ist ein radikaler Wandel in der Arbeitswelt zu verzeichnen. Insbesondere Beschäftigungsverhältnisse für Einfach- und Geringqualifizierte sind so auf

95 Dauer weggefallen. Das führt dazu, dass für bestimmte Gruppen kaum eine Chance besteht, eine angemessene Beschäftigung zu finden. Es entsteht eine Situation, in der zwar neue (qualifizierte Arbeitsplätze entstehen, sich aber gleichzeitig die Langzeitarbeitslosigkeit weiter verfestigt.

100 Sozialdemokratisches Kernanliegen ist es jedoch, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Wir brauchen in NRW einen sozialen Arbeitsmarkt, der sinnvolle Tätigkeiten mit fairen Arbeitsbedingungen verbindet. Der Kommunalrat im RVR hat sich bereits zu einer gemeinsamen Initiative bekannt. Diesem Anliegen muss endlich zum Durchbruch verholfen werden. Hierbei muss die nordrhein-westfälische Landesregierung eine mitgestaltende Rolle einnehmen und mithelfen, den Druck auf die Koalition in Berlin zu erhöhen.

105 Konkretsetzen wir uns dafür ein, dass arbeitslose Menschen ein Jobangebot erhalten. Finanziert wird ihr Lohn über die Zusammenfassung der Leistungen, die sie bisher als Sozialleistungen erhalten haben. Die Wirtschaft muss mit ins Boot, indem sie Arbeitsplätze schafft, die von Menschen mit niedrigen Qualifikationen oder anderweitigen Einschränkungen besetzt werden können. Das nutzt auch der Wirtschaft, denn jeder Euro, den diese Menschen zusätzlich verdienen, fließt in den Wirtschaftskreislauf.

*Antragsbereich Ini/ **Antrag 4***

Unterbezirk Remscheid

Integrationsplan Nordrhein-Westfalen: Stadt und Land – Hand in Hand

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

5 Der Parteikonvent hat durch Beschluss vom 5. Juni festgestellt: „Die hohe Zahl von Flüchtlingen stellt insbesondere die Städte und Gemeinden vor neue Herausforderungen, sowohl mit Blick auf ihre Erstaufnahme und Unterbringung als auch mit Blick auf die mittel- und langfristige Integration derjenigen, die in Deutschland bleiben werden.“

10 Der auf Initiative der SPD und Grünen vom Landtag am 14. September beschlossene Integrationsplan stellt die Weichen für eine dauerhafte und verlässliche Integration der neu zugewanderten Menschen in Nordrhein-Westfalen. Die vom Bund als Integrationspauschale zur Verfügung gestellten Mittel dienen der Entlastung des Landeshaushaltes. Bei der Umsetzung des Integrationsplans werden die Kommunen angemessen finanziell berücksichtigt.

*Antragsbereich Ini/ **Antrag 5***

Unterbezirk Remscheid

Kommunen bei Sozialleistungen spürbarer entlasten

(Angenommen)

Der Parteikonvent hat am 5. Juni mit dem Beschluss zum Antrag “Starke Kommunen für ein starkes Land – Investitionen in unsere Kommunen sind Investitionen in die Zukunft unseres

5 Landes” grundlegende Aussagen für die Unterstützung finanz- und strukturschwacher
Kommunen getroffen. Die Landesregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat
mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen wirkungsvoll den damals drohenden Bankrott von
Städten und Gemeinden abgewendet. Die Kommunen haben mit der NRWSPD eine
verlässliche Partnerin für ihre Belange, weil wir fest in den Kommunen verankert sind und die
10 Sorgen und Nöte aus erster Hand kennen.

Auf Initiative Nordrhein-Westfalens und Bremens hat sich gestern der Bundesrat erstmals mit
den wachsenden Disparitäten zwischen den Kommunen im Bundesgebiet befasst. Unser
gemeinsames Ziel muss es sein, gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland zu schaffen.

15 Die SPD hat in der Bundesregierung ein umfangreiches Entlastungspaket für die Kommunen
durchsetzen können. Dazu gehört insbesondere die Entlastung der Kommunen von
Sozialleistungen in Höhe von einer Milliarde Euro bis 2016, von 2,5 Milliarden Euro im Jahr
2017 und von 5 Milliarden ab 2018. Die Verteilung dieser Mittel soll auf Druck einiger
20 Bundesländer durch eine höhere Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und einer
höheren kommunalen Beteiligung an der Umsatzsteuer sowie eine länderspezifische
Regelung erfolgen. Diese Vorgehensweise führt zu einer widersprüchlichen Verteilung.

Demnach erhält die finanzstarke Stadt Frankfurt am Main aus unmittelbar vom Bund
25 gezahlten Mitteln einen Betrag von 127,56 Euro pro Einwohner während finanzschwache
Städte deutlich geringere Zuweisungen erhalten:

- Stadt Duisburg 68,29 Euro pro Einwohner
- Stadt Hagen 66,68 Euro pro Einwohner
- 30 • Stadt Oberhausen 64,07 Euro pro Einwohner
- Stadt Solingen 58,57 Euro pro Einwohner
- Stadt Bottrop 50,88 Euro pro Einwohner

35 Dieses Ungleichgewicht ist auf den hohen Anteil der Entlastung zurückzuführen, der über die
Umsatzsteuer verteilt wird. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer hängt von Komponenten
(25% Gewerbesteueraufkommen, 50% Anzahl der sozialversicherungspflichtigen
Beschäftigten und 25% Höhe sozialversicherungspflichtiger Entgelte) ab, die – im Gegensatz
zu den Kosten der Unterkunft – in keinem relevanten Zusammenhang mit den
Sozialtransferaufwendungen einer Gemeinde stehen.

40 Im Hinblick auf die Intention einer vorrangigen Entlastung von Kommunen mit hohen
Sozialtransferaufwendungen soll im bevorstehenden Gesetzgebungsverfahren darauf
hingewirkt werden, die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft weiter zu erhöhen
und den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer im Gegenzug zu senken. Auf diese Weise wird
45 der Fokus der Bundesentlastung auf die Gemeinden gelenkt, die in besonderer Weise
finanzieller Hilfen bedürfen.

Ehrenamt aufwerten

(Überwiesen an Programmkommission)

5 Für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist der solidarische Einsatz von Menschen für soziale, karitative, kulturelle, generell gemeinnützige Belange unersetzlich. Damit stellt das Ehrenamt einen Grundpfeiler unserer Gesellschaft dar. Gegenwärtig zeigt der solidarische Einsatz vieler Menschen für Geflüchtete beispielhaft wie wichtig ehrenamtliches Engagement ist. Denn das gemeinsame Engagement kann auch Gemeinschaft über unterschiedliche kulturelle oder soziale Herkunft und Generationen hinaus stiften. Diese Funktion kann das gemeinschaftliche Engagement nur einnehmen, wenn es allen Bevölkerungsschichten ermöglicht wird, Teil dieses Engagements zu sein.

15 Schuldenbremse und schwarze Null haben die Kommunen finanziell in die Knie gezwungen, sodass sie den vielen grundlegenden Aufgaben des Zusammenlebens nicht mehr gerecht werden können. Dieser Trend hat dazu geführt, dass immer mehr kommunale Aufgaben auf die Schultern von Ehrenamtlichen geladen wurden. Diese Tendenz ist so gut wie überall zu beobachten und nicht hinzunehmen. Ehrenamt ist kein Ersatz für professionelle Arbeitsplätze. Zukunft gibt es eben nicht für lau. Nichts desto trotz handelt es sich dabei um Leistungen für die Gesellschaft, die jedoch nicht mit der Erwerbsarbeit gleichzusetzen sind. Aus diesem Grund kann Anerkennung dieser Tätigkeiten im Normalfall nicht monetär erfolgen. Auch die Zertifizierung von Fähigkeiten, die im Ehrenamt erlangt wurden, sind keine adäquate bzw. ausreichende Möglichkeit der Wertschätzung, da sie oft lediglich für Wirtschaft und Lebenslauf nutzbar gemacht werden und der sozialen Idee des Ehrenamtes an sich dadurch nicht gerecht werden.

25 Vielmehr sollte das Ehrenamt durch Anerkennung seitens der Gesellschaft und ihrer Strukturen aufgewertet werden. Eine hervorragende Möglichkeit ist dabei die Ehrenamtscard, die in NRW als „Ehrensache“ bekannt ist. Unter anderem bietet die Ehrenamtscard vergünstigte Tarife für Museen, Bäder oder Fahrschulen. Das Angebot ist jedoch von Kommune zu Kommune unterschiedlich. Das finden wir keinesfalls weitreichend, offensiv und angemessen genug. Wir fordern, dass die Angebote der Ehrenamtscard von allen Kommunen in NRW bereitgestellt werden und NRW-weit gelten, so dass die Karte einer*s Bonner Einwohnerin*s beispielsweise auch in Münster gilt. Die Karte soll Vergünstigungen flächendeckend und für alle kommunalen Angeboten wie beispielsweise Schwimmbäder, Museen oder Theater bieten. Gerade die kostenlose Nutzung des ÖPNV soll mit der Karte möglich sein. Weiterreichendes Ziel ist es, dass dieses System nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch bundesweit etabliert wird. Darüber hinaus muss die Aushändigung und Beantragung der Karte vereinfacht und bekannter gemacht werden, indem die Kommune in allen öffentlichen Ämtern Informationen dazu mitgibt oder an die Einwohner*innen versendet. Hilfreich kann dabei auch eine zu schaffende Koordinierungsstelle für das Ehrenamt in jeder Kommune sein, die Menschen in ihrem ehrenamtlichen Engagement unterstützt. Sie hilft den Vereinen auch bei der Qualifikation der ehrenamtlich Tätigen, wobei dies durch die finanzielle Unterstützung des Landes ermöglicht werden muss.

Neben des Ausbaus der Ehrenamtscard, fordern wir auch, dass bezahlter Sonderurlaub im

45 Umfang von 12 Tagen pro Jahr für die Ausübung jeglichen Ehrenamtes von
Arbeitnehmer*innen genommen werden kann. Die Übernahme der Gehaltskosten wird durch
die Unternehmen selbst oder den Staat geleistet. Ein Indikator sollte die Größe des
Unternehmens sein. Durch diese und weitere Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass alle
Menschen die Möglichkeit wahrnehmen können, sich ehrenamtlich zu engagieren.

50

Kommunalpolitik wird fast ausschließlich von ehrenamtlichen Mandatsträger*innen gemacht.
Wir begrüßen die Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Kommunales Ehrenamt" des nordrhein-
westfälischen Landtags und fordern ebenso, dass die Ausstattungen der kommunalen
Fraktionen verbessert und vereinheitlicht werden. So können die Fraktionsarbeit
55 professionalisiert und die Mandatsträger*innen entlastet werden. Außerdem sollten die
Aufwandsentschädigungen für das kommunale Ehrenamt erhöht werden. Der Bund steht in
der Pflicht, die Anrechnungsgrenzen im Rahmen des SGB II oder anderer
Versorgungsregelungen im Hinblick auf Aufwandsentschädigungen anzuheben. Nur so kann
gewährleistet werden, dass auch Arbeitssuchende oder sogenannte "Aufstocker*innen" ein
60 kommunales Ehrenamt ausüben können.

Darüber hinaus ist es unerlässlich, dass die Arbeit, die für die Gemeinschaft im Ehrenamt
geleistet wird, auch bei der Rente als diese geleistete Arbeit anerkannt wird. Wir fordern
daher die Anrechnung der ehrenamtlichen Tätigkeit auf die Rente.

65

Durch diese Maßnahmen werden nicht nur Unternehmen an der Förderung des
ehrenamtlichen Engagements beteiligt, sondern auch die gesellschaftliche Anerkennung dafür
gesichert, dass sich Menschen für andere und die Gesellschaft insgesamt einsetzen. Dies ist
unabdingbar für den Zusammenhalt einer solidarischen Gemeinschaft - und nur in der wollen
70 wir leben!

Antragsbereich K/ Antrag 4

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Die Kommunen beraten und unterstützen: Schutz vor Gewalt an weiblichen und LSBTI-Flüchtlingen verbessern

(Angenommen Zeile 1 bis 21)

(Überweisung Zeile 21 bis 54 an SPD-Landtagsfraktion)

5 Vielfach erfahren Frauen und Menschen, die zur Gruppe der LSBTI zählen, nach Gewalt-
erfahrungen auf der Flucht auch hier in Deutschland weiter Gewalt, der sie sich nur schwer
entziehen können. Die von Deutschland unterzeichnete „Istanbul“-Konvention verpflichtet die
Staaten, (häusliche) Gewalt auch präventiv zu bekämpfen. Obwohl die Konvention von
Deutschland noch nicht ratifiziert wurde, sind sowohl der präventive Schutz vor Gewalt wie
die Anwendung des Gewaltschutzgesetzes in unseren Flüchtlingsunterbringungen dringend
10 erforderlich. Dass dies noch nicht oder nur unzureichend geschieht, hat unterschiedliche
Gründe: Im „Jahr der Unterbringung“ 2015 waren die Kommunen mehr als ausgelastet damit,
die geflüchteten Menschen mit dem Notwendigsten zu versorgen. Außerdem sehen die
Bestimmungen des Landes und die Vereinbarungen zwischen Ländern und Kommunen die
Verpflichtung, Gewaltschutzkonzepte für Unterkünfte und Unterbringungen von Flüchtlingen

15

zu entwickeln, bislang nicht vor.

20 Die SPD-Fraktion im Landtag NRW ist deshalb aufgefordert, unter Anhörung und Einbeziehung der Akteure in den Kommunen ein Konzept zur Umsetzung von Gewaltschutz in den Bereichen zu entwickeln, in denen weibliche und LSBTI- Flüchtlinge Gewalt potentiell oder faktisch ausgesetzt sind. Schutzlosigkeit in unserer unmittelbaren Nachbarschaft können wir nicht hinnehmen, wir müssen sie bekämpfen!

25 Die verschiedenen, schon begonnenen Ansätze zur Verbesserung des Gewaltschutzes müssen unterstützt und ausgebaut werden, neue gefunden werden. Der Zugang zu unserem Unterstützungs- und Rechtssystem muss den Geflüchteten in vollem Umfang zugänglich gemacht werden. Dafür müssen Standards definiert und entwickelt werden, deren Einhaltung einer regelmäßigen Prüfung unterzogen werden.

30 Schutz vor Gewalt: Die räumliche Situation in Flüchtlingsunterkünften: In den kommunalen Unterkünften gibt es vielfach keine Rückzugsmöglichkeiten für die Bewohner. Das Fehlen von Intimsphäre trifft alle Flüchtlinge, besonders darauf angewiesen sind aber diejenigen, die sich schützen müssen. Im geforderten Gewaltschutzkonzept werden solche Möglichkeiten des Rückzugs geschaffen. Bei rückläufigen Flüchtlingszahlen sollen
35 diese Möglichkeiten in den Unterkünften nachträglich eingerichtet werden, bei neuen Unterbringungen müssen sie standardmäßig von Anfang an vorgesehen werden.

Hilfe bei Gewalt: Aufklärung, Beratung, schnelle und nachhaltige Hilfen: Informationen über Rechte und Hilfsangebote sind in allen Unterkünften in den Landes-
40 sprachen schriftlich allen Insassen zur Verfügung zu stellen. Bei Veranstaltungen und in Sprechstunden werden die Informationen verbreitet und Möglichkeiten für Nachfragen gegeben. Das Personal in den Unterkünften wird sensibilisiert und befähigt, mit Gefahren- und Gewaltsituationen umzugehen und Lösungen zu finden, die über eine bloße Beruhigung der Situation hinausgehen. Ein Beschwerdemanagement gehört zum Standard einer
45 Einrichtung. Die Trennung von Opfer und Täter wird, wenn notwendig, auch in der schwierigen Situation geflüchteter Menschen, die in einer Unterkunft leben und deren Aufenthaltsstatus unsicher ist, gewährleistet.

Anpassung des Behördenhandelns an Schutzbedarfe:
50 Die Trennung von Opfer und Täter kann erfordern, dass die Residenzpflicht zeitweise ausgesetzt oder auf eine andere Kommune übertragen wird. Ein Wohnortwechsel aus Schutzgründen muss von den Behörden aktiv unterstützt werden können. Im Falle von Gewalt müssen Sonderverfahren innerhalb der festgelegten Vorgehensweisen der Ausländer- und Sozialbehörden auch interkommunal möglich sein, um schnelle und unbürokratische Hilfen zu gewährleisten.

Organisationspolitik

Antragsbereich O/ Antrag 4

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige

Beitrag

(Überweisung an SPD-Parteivorstand)

- 5 Die Finanzordnung ist so zu ändern, dass SPD-Mitglieder, die als Seniorenheim-Bewohner unter Betreuung stehen, und außer Taschengeld über kein frei verfügbares Einkommen verfüge, als Mitglied der SPD beitragsfrei gestellt werden.

Antragsbereich O/ Antrag 5

Unterbezirk Bonn

Mitgliederentscheid

(Überweisung an SPD-Landesvorstand)

- 5 Stärkung der innerparteilichen Demokratie bei der verbindlichen Mitgliederbefragung zur Erarbeitung des Regierungsprogramms 2017

Der SPD-Bundesparteitag hat im Dezember 2015 im Antrag I A 7 „Wir schreiben Deutschlands Zukunft. Starke Ideen für Deutschland“ beschlossen:

- 10 „Zur Erarbeitung des Regierungsprogramms 2017 werden wir in zentralen Fragen eine verbindliche Mitgliederbefragung durchführen.“

Bei dieser Mitgliederbefragung müssen alle SPD-Mitglieder die Möglichkeit haben, sich über unterschiedliche Forderungen und Vorschläge zu zentralen Fragen umfassend zu informieren.

- 15 Deshalb müssen Befürworter und Gegner der vom Parteivorstand vorgeschlagenen Positionen auf allen Ebenen und auf allen offiziellen parteiinternen Informations- und Kommunikationswegen die gleichen Möglichkeiten haben, ihre Argumente darzulegen und für ihre Positionen zu werben.

- 20 Zusammen mit den Wahlunterlagen oder als Beilage zum „Vorwärts“ sollte deshalb jedem Mitglied der SPD eine Informationsbroschüre geschickt werden (auch online verfügbar), die in Anlehnung an das „Abstimmungsbüchlein“ bei Volksabstimmungen in der Schweiz wie folgt aufgebaut ist:

- 25 1. Vorschlag, über den mit ja/ nein abgestimmt wird bzw. Vorschlag und Gegenvorschlag
2. Empfehlung des Parteivorstands und/oder des Parteikonvents mit

30 Abstimmungsergebnis

3. „Das Wichtigste in Kürze“ zum Vorschlag oder zu den Vorschlägen

4. Der Vorschlag oder die Vorschläge im Einzelnen

35

5. Die Argumente des Parteivorstands und/oder des Parteikonvents

6. Die Argumente der Gegner des Vorschlags des Parteivorstands und/oder des Parteikonvents

Antragsbereich O/ Antrag 6

Unterbezirk Münster

Geschlechterparität bei Wahlen

(Überweisung an SPD-Landesvorstand)

5 1. Die NRWSPD fordert den SPD-Landesvorstand auf, eine Strategie zu entwickeln, wie in Zukunft auch die Wahlkreise so besetzt werden können, dass ebenso viele Frauen wie Männer in den Landtag einziehen, auch wenn vor allem Wahlkreise direkt gewonnen werden. Dieses Konzept soll auf die kommunalen Parlamente übertragen werden.

10 2. Die NRWSPD fordert den SPD-Landesvorstand darüber hinaus auf, folgende Forderung in das SPD-Wahlprogramm zur NRW-Landtagswahl 2017 aufzunehmen: „Die SPD wird eine Gesetzesinitiative ergreifen, die die Geschlechterparität im Landeswahlgesetz und im Kommunalwahlgesetz sicherstellt.“

Antragsbereich O/ Antrag 8

Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv

Intensivierung der Zusammenarbeit der AG Selbst Aktiv mit dem Landesvorstand und der Landtagsfraktion

(Überweisung an SPD-Landesvorstand, Zeile 23-25)

(Überweisung an SPD-Landtagsfraktion, Zeile 27)

5 Durch verschiedene Initiativen und Entscheidungen unserer Partei wie z.B. den Aktionsplan "Eine Gesellschaft für alle-nrw-inklusiv" und das erste Inklusionsstärkungsgesetz hat Nordrhein-Westfalen im Bundesgebiet eine Vorreiterrolle bei der Realisierung einer inklusiven Politik. Dieser erfolgreiche Weg muss auch künftig konsequent umgesetzt und mit Leben gefüllt werden.

10 Als Mittler zwischen den Belangen von Menschen mit Behinderungen und der Politik der Partei sieht die AG Selbst Aktiv ihre Aufgabe insbesondere darin, an der Gestaltung eines inklusiven NRW aktiv mitzuwirken und die Fachkompetenz behinderter Menschen in die

- innerparteilichen und parlamentarischen Gestaltungsaufgaben einzubringen.
- 15 In diesem Zusammenhang gilt es, die bisherige gute Zusammenarbeit von Partei und Fraktion mit Selbst Aktiv bzw. Menschen mit Behinderungen weiter zu entwickeln und noch positiver zu gestalten. Folgende Maßnahmen dienen dazu, die Belange von Menschen mit Behinderungen in politische Planungsprozesse stärker einzubinden und dadurch die
- 20 Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion und der AG Selbst Aktiv intensiver zu verzahnen:
1. Schaffung der Funktion eines/einer behindertenpolitischen Sprechers/Sprecherin innerhalb des NRW-Landesvorstandes als innerparteilicher Ansprechpartner für Selbst Aktiv bzw.
 - 25 Menschen mit Behinderungen; diese Person muss ein Mensch mit Behinderung sein;
 2. Mitarbeit von Mitgliedern der AG in den Arbeitskreisen der Fraktion.

Sonstige

Antragsbereich Ini/ **Antrag 1**

Forum Eine Welt

Für eine stärker präventive Friedens- und Entwicklungspolitik

(Angenommen)

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag, die SPD-Bundestagsfraktion und die SPE/SD-Fraktion im Europaparlament weiterleiten:

5

Wie in anderen Ländern des „arabischen Frühlings“ standen auch in Syrien weitgehend friedliche und gewaltlose Proteste einer zivilgesellschaftlichen Demokratiebewegung am Anfang. Diese wurden durch das syrische Regime mit seinen repressiven Geheimdiensten äußerst brutal niedergeschlagen und verkehrten sich in den darauf folgenden Kämpfen insbesondere mit terroristischen salafistisch-wahabitischen Gruppierungen in einen katastrophalen und menschenmordenden Bürgerkrieg. Zudem kam es vermehrt zu Waffenlieferungen von unterschiedlichen Seiten, von Saudi-Arabien und Katar v.a. an islamistische Gruppierungen. Der Eindruck drängt sich auf: es ging darum, die Kettenreaktion eines weitgehend "gewaltfreien Protests" in den arabischen Ländern für mehr Demokratie und für sozial gerechtere Gesellschaften zu unterbrechen.

15

Indessen dauert der Krieg in Syrien bereits über fünf Jahre an und Menschen aus den arabischen Ländern sind in nie gekanntem Ausmaß nach Europa geflüchtet - vor Bürgerkriegen und Kriegen, mit denen ihre Herkunftsländer überzogen worden sind. Betroffen sind arabische Anrainerstaaten des Mittelmeers und Länder des Nahen und Mittleren Ostens: vor allem Syrien, Irak, Afghanistan, Libyen, Jemen und Maghrebstaaten. Ein entscheidender Hintergrund dieser Vielfachkrise war der völkerrechtswidrige, v.a. von G.W. Bush, D. Cheney und D. Rumsfeld und deren Regierung inszenierte und ab 2003 geführte Krieg gegen den Irak - von dem sich die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Gerhard Schröder zu Recht distanziert hat. Waffenlieferungen und Interventionen haben den Nahen und Mittleren Osten in eine Katastrophe geführt und ein unbeschreibliches Flüchtlingselend in der Region und außerhalb verursacht.

20

25

Bemühungen der internationalen Gemeinschaft von Kofi Annan und Lakdar Brahimi um noch mögliche diplomatische Lösungen scheiterten 2012-2014 zu oft an gegenläufigen Interessenlagen, wie auch amnesty international beklagt. Der starke Zustrom an Flüchtlingen ist nicht zufällig entstanden: Er fiel mit unzureichenden Zahlungen von Seiten der Weltgemeinschaft an die Flüchtlingshilfe vor Ort und in der Region zusammen. Besonders Deutschland hat indessen auf Initiative von Außenminister Frank Walter Steinmeier die Mittel ganz erheblich aufgestockt. Zu all dem kündigte die türkische Regierung noch den Friedensprozess gegenüber Kurdenparteien in der Region auf. - Nicht ausgeblendet werden darf, dass ein erheblicher Teil der syrischen Bevölkerung (v.a. Alawiten, Christen und Angehörige des sunnitischen Mittelstandes) im Fall von Assads Sturz ihrerseits Opfer von Verfolgung, Mord und Vertreibung würden, weil sie sich von ihm geschützt fühlen, trotz vielfältiger Verbrechen seines Regimes. Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen - nicht von bewaffneten Rebellen, nicht von Assad, nicht von der Türkei, nicht von Russland, das sich

30

35

40

verstärkt zugunsten des Assad-Regimes engagiert, und von keiner darin involvierten Partei! Und auch der sog. "IS" kann realistisch letztlich nur mit verstärkter Einbeziehung und verstärktem Einsatz nichtmilitärischer und diplomatischer Mitteln überwunden werden.

45

Nach dem leider nur sehr begrenzt erfolgreichen Inkrafttreten einer zuerst auf der Münchener "Sicherheitskonferenz" 2016 ausgehandelten Teil-Waffenruhe als erstem Schritt gilt weiterhin: Jede Kriegspartei hat ihre Ansprüche zurückzustellen und dem Ende der Gewalt eine Chance zu geben. Mit Immanuel Kant und seiner Schrift "Zum ewigen Frieden" gilt das Primat der Unversehrtheit der in den Konflikt hineingezogenen Menschen vor der Durchsetzung von Ideal- bzw. Maximalpositionen. Ein Minimalstandard an staatlicher Ordnung ist wiederherzustellen - nicht zuletzt um eine weitere Einreise von Kämpfern und die Lieferwege von Waffen und Finanzmitteln besser kontrollieren und unterbinden zu können.

50

55

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion, den sozialdemokratischen Außenminister und die Bundesregierung sowie die SPE-Fraktion im Europaparlament deshalb dazu auf, die folgenden Maßnahmen und diplomatischen Schritte noch stärker als bereits bisher zu unterstützen:

60

- Längere Feuerpausen, eine Einrichtung und Überwachung humanitärer Korridore, notfalls auch Luftbrücken für eine eingeschlossene Zivilbevölkerung und weitere regionale Waffenstillstandsvereinbarungen, wie sie u.a. UN-Unterhändler de Mistura durchzusetzen versucht. Bombardierungen der Zivilbevölkerung haben zu unterbleiben und sind einzustellen.

65

- Eine insgesamt erheblich verbesserte Versorgung der Bevölkerung in Syrien und in den Flüchtlingslagern der Region mit zivilen Hilfsgütern durch internationale Hilfsaktionen. Auch deutsche Bundesländer und Kommunen sollten Patenschaften für Flüchtlingslager mit übernehmen. Über eine Million v.a. syrische Kinder haben derzeit keine Möglichkeit eine Schule zu besuchen und eine Grundausbildung zu erhalten - hier gilt es vorzubeugen, dass keine „verlorene Generation“ entsteht.

70

75

- Weitere Verhandlungen, die auf unabhängige, von den UN kontrollierte, demokratische Wahlen durch alle Syrerinnen und Syrer und auf eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit nach dem Vorbild der OSZE für die gesamte Region hinauslaufen.

80

- Gegenüber dem Assad-Regime ist durch massiven internationalen diplomatischen Druck darauf zu drängen, dass gewaltfrei orientierten und operierenden oppositionellen Gruppierungen in Syrien volle demokratische Rechte zugestanden werden. Dies und der Schutz ihrer grundlegenden Menschenrechte wäre durch die UN zu überwachen.

85

- Insgesamt ist eine weitere unverantwortliche Aufrüstung und die Zerstörung der Region zu unterbinden und ein Verständigungs- und Versöhnungsprozess in dem multiethnischen und multireligiösen Mosaik Syriens zu fördern.

90

- Die Mittel für eine verstärkt zivile Konfliktbearbeitung und für eine präventive, Kriegs- und Fluchtursachen bekämpfende Entwicklungspolitik sind insgesamt erheblich aufzustocken.

Zugleich sind alle Menschen guten Willens aufgefordert, mit all ihrer Verantwortung und Überzeugungskraft dem Rad des Krieges in Syrien „in die Speichen zu fallen“ und ein Ende des Mordens herbeizuführen.

Aufbruch SPD

(Überwiesen an Programmkommission)

Die SPD Leverkusen fordert in ihrem Leitantrag den Landes- und Bundesvorstand der SPD auf, sich stärker sozialdemokratischen Kernwerten zu verschreiben. Wir schließen uns den Forderungen der Petition „Aufbruch SPD“ inhaltlich an und möchten die Forderungen mit unserem eigenen Leitantrag unterstützen.

Die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Monate lässt uns immer deutlicher erkennen, dass die demokratischen Parteien an Bindungskraft verlieren. Nicht nur der Mitgliederschwund bei den Volksparteien, sondern auch die politische Verdrossenheit der Wähler zeigt uns, dass wir einen klaren moralischen politisch, inhaltlich glaubwürdigen Kompass benötigen, damit die SPD wieder als Garant für soziale Gerechtigkeit von der Bevölkerung wahrgenommen wird.

Wir möchten die dringend nötigen Reformen vorantreiben und fordern die Genossen auf, sich wieder verstärkt unseren sozialdemokratischen Werten zu verschreiben.

Es muss wieder eine deutliche Abgrenzung gegenüber anderen Parteien geben und mit klaren und einfachen aber nicht populistischen Rezepten Sozialpolitik gemacht werden.

Dem Auseinanderdriften unserer Gesellschaft, sowohl im politischen als auch im sozialen Sinne, stehen wir nicht tatenlos gegenüber. Die richtigen Ansätze, wie zum Beispiel Mindestlohn, Rente mit 63 und Mietpreisbremse, müssen fortgeführt und dürfen nicht durch unzählige Ausnahmen ausgehöhlt werden. Wir dürfen nicht unter dem Deckmantel eines falsch verstandenen Pragmatismus als Steigbügelhalter der Union dienen. Wir stellen uns den Themen Wohnungsmangel und bezahlbare Wohnungen, regionale Schwächen, Lücken in den sozialen Sicherungssystemen, ein ausgedünnter öffentlicher Dienst und viel zu geringe Investitionen in die Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Auf diese Themen, die die Bevölkerung bewegen, werden wir eine sozialdemokratische Antwort finden und vor allem deutlich kommunizieren. Wir müssen das Vertrauen in unsere Idee von einer gerechten Gesellschaft erneuern.

Wir fordern insbesondere für die folgenden Bereiche:

1. Soziale Gerechtigkeit

Die Schere zwischen Arm und Reich geht auch nach den letzten Berichten immer weiter auf. Dass über 50% des Eigenkapitals bei nur 1% der Bevölkerung liegen zeigt deutlich, dass Handlungsbedarf besteht.

Die Steuerpolitik der SPD muss eine effektive steuerliche Belastung aller Beteiligten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sicherstellen. Daneben muss entschieden gegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung vorgegangen werden.

45 Zur Diskussion um Gerechtigkeit gehört eine Reform der Hartz IV Gesetze. Insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit muss durch langfristige, qualitativ hochwertige Maßnahmen behoben werden, anstatt lediglich die Verschönerung von Statistiken über kurzfristige Maßnahmen zu erreichen.

50 Die SPD muss perspektivisch die Erwerbstätigenversicherung unabhängig vom Status als Arbeitnehmer, Beamter oder Selbstständiger einführen. Die Rente muss vor allem für die jüngeren Generationen zum einen tragbar sein und zum anderen eine Absicherung für später darstellen.

55 2. Arbeit

Den Menschen nur als Humankapital zu betrachten, entspricht nicht den Werten der Sozialdemokratie. Wir fordern einen deutlichen Schulterschluss zu den Gewerkschaften und die Unterstützung deren Forderungen für Verbesserungen in der heutigen Arbeitswelt.

60 Auf politischer Ebene fordern wir, dass es keine Ausnahmen vom Mindestlohn geben darf. Den Missbrauch von Leiharbeit & Werkverträgen müssen wir verhindern und nachhaltige Veränderungen in der Frage der Lohngerechtigkeit erwirken.

65 Des Weiteren müssen wir dafür Sorge trage, dass die Arbeitsschutzgesetze nicht weiter ausgehöhlt werden (Arbeitswelt 4.0).

Im Hinblick auf den immer wieder beklagten Fachkräftemangel müssen wir Lösungen bieten, die nicht nur die Wirtschaft im Blick haben, sondern auch den Menschen. Bezüglich der vielfältigen Möglichkeiten im Bereich Aus- und Weiterbildung müssen wir vor allen Dingen jungen Menschen schon früh die Möglichkeit zur Orientierung mit mehr Praxisbezug geben.

70 3. Kommunen

75 Neben den klassischen Investitionen in Straßen, den ÖPNV und in Gebäude gilt es auch in soziale Infrastruktur zu investieren: in Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, Bildung und Kultur. Die SPD muss dafür sorgen, dass vom öffentlichen Sektor entscheidenden Impulse ausgehen. Länder und insbesondere die Kommunen brauchen für ihre Ausgaben ausreichend eigene Mittel.

80 AUFBRUCH SPD

Profil schärfen – sozialdemokratischen Aufbruch gestalten

85 Die Auswirkungen von Kriegen, Konflikten und Krisen treffen immer mehr auch Deutschland. Ihre Ursachen liegen vor allem in wachsenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen Regionen und Staaten sowie innerhalb einzelner Staaten. Weltweit öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich, Schwach und Mächtig immer weiter. Terror, Gewalt, Vertreibung und Flucht sind Symptome der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen.

90 Die Flüchtlingsströme geben konservativen und reaktionären Kräften bei uns Gelegenheit von diesen Ursachen abzulenken und die politische Tagesordnung mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Diskursen zu bestimmen und die Sorge zu schüren, dass der Staat die

95 Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung vernachlässigen würde. Durch die Flüchtlingsdebatte werden Defizite und Ungerechtigkeiten in Deutschland zum Thema: Wohnungsmangel, regionale Ungleichgewichte und Strukturschwächen, Lücken in den sozialen Sicherungssystemen von Gesundheit über Arbeitslosenversicherung bis zur Altersvorsorge, ein ausgedünnter öffentlicher Dienst und viel zu geringe Investitionen in Daseinsvorsorge und
100 Infrastruktur – um nur einige Stichworte zu nennen.

Während sich ein großer Teil der Bevölkerung sorgt, werden die Reichen und Superreichen immer reicher, selbst in der heutigen Niedrigzinsphase. Und der Staat nimmt sie nur unzureichend in die Pflicht. Ihre Stärke spiegelt sich allerdings nicht in ihrem Beitrag für das
105 Gemeinwohl wider.

Diese wachsende Schere zwischen Arm und Reich gefährdet unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, die Freiheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

110 Gerade in dieser Zeit ist eine Sozialdemokratie gefordert, die klar für Gerechtigkeit steht.

Der 2009 begonnene Reformprozess mit dem Regierungsprogramm 2013 war eine kurze Phase der Re-Sozialdemokratisierung der SPD, aber diese wurde immer wieder durch widersprüchliche politische Botschaften konterkariert.

115 Wir wollen das Vertrauen in das sozialdemokratische Versprechen nach einer menschlicheren, gerechteren und friedlichen Gesellschaft erneuern.

Obwohl SPD-Themen wie Mindestlohn und Rente mit 63 die Regierungsarbeit des ersten
120 Jahres bestimmten, blieben die Umfragewerte für die SPD im Schnitt unter dem Bundestagswahlergebnis von 2013. Das führte dazu, dass wieder Debatten geführt werden, die einen inhaltlichen roll-back bedeuten. Mit der Ausrichtung auf das Lebensgefühl einer „leistungsstarken Mitte“ sollen Verteilungsfragen wie z.B. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer, Maßnahmen gegen Altersarmut eher
125 ausgeblendet werden, da sie dieses Lebensgefühl nicht treffen würden.

Die SPD darf ihren Gestaltungswillen als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht aufgeben und muss an den Reformprozess 2009 bis 2013 anknüpfen. Es reicht nicht, vor Wahlen die soziale Karte z.B. für einen Sozialpakt zu ziehen.

130 Die SPD muss Orientierung bieten: Gegen politische Resignation und Spaltung der Gesellschaft. Für Vertrauen in Programm und Handeln der Sozialdemokratie.

I. Unser Land durch Investitionen zukunftsfest machen

135 Deutschland braucht mehr Investitionen. Der Bedarf liegt derzeit bei mindestens 200 Milliarden Euro für die nächsten Jahre. Neben den klassischen Investitionen in Straßen, den ÖPNV und in Gebäude gilt es auch in soziale Infrastruktur zu investieren: in Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, Bildung und Kultur.

140 Die SPD muss dafür sorgen, dass

- vom öffentlichen Sektor entscheidende Impulse ausgehen. Länder und insbesondere die

145 Kommunen brauchen für ihre Aufgaben ausreichend eigene Mittel.

• Die SPD darf sich mit der Schuldenbremse und dem Fiskalpakt in der gegenwärtigen Form nicht abfinden, denn beide Verbote wirken in Deutschland und Europa als Bremse für Investitionen. Die Einhaltung der Schuldenbremse darf gerade in den Zeiten niedrigster
150 Zinsen kein Investitionshemmnis sein. Die Schuldenbremse durch Einwerbung privaten Kapitals zu umgehen, ist inakzeptabel. Dies wäre nicht nur wesentlich teurer als eine direkte Aufnahme von Staatsanleihen, sondern es würde die demokratische Handlungsfähigkeit des Staates einschränken und ihn von privaten Geldgebern abhängig machen. Wir brauchen stattdessen eine erneuerte, moderne „goldene Regel“, die Neuverschuldung in Höhe der
155 Nettoinvestitionen ermöglicht und den Begriff der Investition stärker als bisher auf Wachstumsförderung ausrichtet.

II. Arbeitswelt demokratisieren, Rente existenzsichernd gestalten, Gesundheit solidarischer finanzieren

160 Es muss zu allererst um die menschliche Gestaltung der Arbeitswelt gehen. Dies bedeutet neue Initiativen zur Humanisierung der Arbeit, insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung von Industrie und Dienstleistungen und den neuen Umwälzungsprozess in der gesamten Wirtschaft, Reduzierung von Stress, Verkürzung von Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz,
165 besonders hinsichtlich der zunehmenden psychischen Erkrankungen.

Die SPD muss

• die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen ebenso wie die europäische und globale
170 Mitbestimmung in internationalen Konzernen ausbauen helfen,

• den begonnenen Weg von Mindestlohn, Stärkung der Tarifautonomie, Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen, einer Reform der Hartz-Gesetzgebung in Richtung einer Arbeitsversicherung mit Verlängerung des ALG-I-Bezuges und gezielten
175 Programmen gegen verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit weitergehen. Den Mindestlohn wollen wir dynamisieren und armutsfest machen, wirksam kontrollieren, durch ein Verbandsklagerecht stärken sowie die Ausnahmen abschaffen.

• die Lücke zwischen Arbeitsentgelten von Frauen und Männern durch ein wirksames
180 Lohngerechtigkeitsgesetz schließen,

• die Qualifizierungsoffensive (Aus- und Weiterbildung), vor allem durch Systematisierung der beruflichen Weiterbildung, sinnvolle Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes, Mindestausbildungsvergütung, Recht auf bezahlte Qualifizierungen, Finanzierung auch durch
185 Branchen- und regionale Fonds aus betrieblichen Umlagen fortsetzen.

Wir brauchen endlich die Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung

• mit der wir anschlussfähig sind, die alle Einkommensarten einbezieht, paritätisch finanziert
190 ist und in der die Beitragsbemessungsgrenze entsprechend angehoben wird,

• um über eine gerechte solidarische Finanzierung auch die Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität und die Zugänge zum medizinischen Fortschritt für alle Bürgerinnen und

195 Bürger zu garantieren.

In der Rentenpolitik muss die SPD

200 • die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie muss vor allem lebensstandardsichernd ausgestaltet werden anstatt zur Grundsicherung zu verkommen,

205 • das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisieren. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen.

• die Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abschaffen. Es darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) und die vom DGB vorgeschlagene Demografiereserve zu schließen.

210 Das gesetzliche Rentenzugangsalter darf nicht weiter steigen. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten bis 67 als faktischem Zwang, um der Altersarmut zu entgehen.

215 Perspektivisch ist die Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status als ArbeitnehmerIn, Beamte oder Selbständige die Lösung. Notwendige Schritte dorthin müssen sofort nach der nächsten Bundestagswahl erfolgen.

III. Durch Europa sozialen Frieden garantieren

220 Jahre praktizierter Sparpolitik, von Rückschritten in der europäischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie der kontinuierlichen Beschneidung von Mitbestimmung haben Europa entsolidarisiert. Fiskalunion und freier Warenhandel wirken momentan wie das wichtigste Bindeglied.

225 Auf europäischer Ebene müssen die Handlungsfähigkeiten der Staaten gesichert werden. So hat das deutsche Beispiel gezeigt, dass Konjunkturprogramme Krisen überwinden helfen. Daher sind Investitionen auf EU-Ebene in Energie, Forschung, Bildung, Kultur, Infrastruktur, den Schutz der Umwelt und den Arbeitsmarkt, vor allem für junge Menschen, absolut notwendig.

230 Die SPD muss

235 • in allen Ländern Europas einen nachhaltigen Wachstumskurs fördern, nicht auf die noch härteren Sparmaßnahmen setzen. Dies ist nicht nur wirtschaftlich richtig, sondern auch politisch unbedingt notwendig, da nur so die Menschen wieder Vertrauen in die europäische Idee und ihre europäischen Partner gewinnen können. Eine Union, die für Rentenkürzungen, fehlende Krankenversicherung und gesellschaftliche Verarmung steht, wird niemals bei den Bürgerinnen und Bürgern Erfolg haben können. Wir sind überzeugt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen politischen Ansatz gutheißen werden, wenn wir ihn
240 konsequent verfolgen und uns nicht von rechten Ideologen beirren lassen.

• die soziale Dimension der EU weiter stärken und insbesondere in der Eurozone die sozialen mit den wirtschaftlichen Rechten gleichstellen. Eine europäische Sozialunion beinhaltet auch

245 Mindeststandards für Arbeitnehmerrechte, Sicherungssysteme und Mitbestimmung.

- alle Punkte, die zu TTIP, TISA und CETA vom SPD-Parteitag beschlossen wurden, sind zu erfüllen. Diese Bedingung sehen wir bisher nicht annähernd umgesetzt. Viele Menschen erwarten gerade von der SPD, dass wir ihre Interessen wahren und keine faulen Kompromisse eingehen. Die Beteiligung vieler Menschen an der Debatte über die Handelsabkommen darf auch als partizipatorischer Erfolg gewertet werden. So stellen wir uns gelebte Demokratie vor.

255 IV. Humanität und Verantwortung in der Flüchtlingspolitik zeigen

Unsere Flüchtlingspolitik muss von Humanität und Verantwortung gegenüber Menschen in Not geprägt sein. Humanitäre Hilfe ist kein gnädiger Akt, sondern eine ethische Verpflichtung. Im letzten Jahr waren so viele Menschen vor Krieg, Hunger und Verfolgung auf der Flucht wie noch nie seit Bestehen der Europäischen Union. Viele dieser Menschen flohen nach Europa und Deutschland und werden es auch weiterhin tun. Dabei nahmen und nehmen die Flüchtlinge häufig gefährliche Wege in Kauf. Im vergangenen Jahr ertranken 2760 Flüchtlinge im Mittelmeer bei dem Versuch, von der Türkei oder Nordafrika aus Europa in Schlauchbooten zu erreichen, um hier ihr Recht auf Asyl geltend zu machen.

265 Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

- legale und vor allem sichere Zuwanderungswege nach Europa geschaffen werden. Spezielles Augenmerk gilt hier besonders schutzbedürftiger Personen wie Frauen, Kindern und Menschen mit besonderen Bedürfnissen.
- Zuwanderungsgrenzen für Flüchtlinge verhindert werden. Den Schutz, den das Grundgesetz politisch Verfolgten garantiert, bleibt unantastbar. Wie für keine andere Partei aus ihrer Überzeugung und Geschichte heraus ist dies für die Sozialdemokratie politische Verpflichtung.

275 Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich integriert werden. Ein Schlüssel für Integration ist eine gute Ausbildung und ein Arbeitsplatz. Beides setzt wiederum gute Sprachkenntnisse voraus. Auf Drängen der SPD-Fraktion hat der Bund die Integrationskurse für Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive geöffnet und die Mittel entsprechend erhöht.

280 Die SPD muss dafür sorgen, dass

- kurzfristig die Eingliederungstitel der Jobcenter erhöht werden, um Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen zu können.
- 285 Die Aufstockung der Mittel des Jobcenters wird aber auch Menschen zu Gute kommen, die schon lange in Deutschland leben und bislang vergeblich eine Arbeit gesucht haben.
- keine Konkurrenzsituation von Flüchtlingen und deutschen Arbeitnehmern entstehen. Einer Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge treten wir entschieden entgegen.

290 V. Friedenspolitik aktiv gestalten

Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, muss vor allem die Ursachen von Konflikten, Gewalt und Kriegen benennen und bekämpfen. Auch hier geht es vor allem um Gerechtigkeit,

295 Ausgleich, Abbau von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten, Folgen von
Handelsbeziehungen und Klimawandel. Dies erfordert den Blick sowohl in die Staaten und
Regionen, wie auf globale und internationale Beziehungen. Wer von Friedensschaffung und
Friedenssicherung reden will, darf über eine gerechte Gestaltung der Globalisierung nicht
300 schweigen. Die vielbeschworene „Verantwortung Deutschlands in der Welt“ darf nicht als
Vorwand für immer neue und intensivere militärische Einmischungen benutzt werden,
sondern muss vor allem präventiven und diplomatischen Charakter haben.

Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

- 305 •eine drastische Reduzierung der geplanten Aufrüstungspläne der
Bundesverteidigungsministerin in Höhe von 130 Mrd. Euro bis 2030 vorgenommen wird,
- die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (0,7 %
des Bruttoinlandprodukts) eingehalten werden,
- 310 • die Social Development Goals (SDGs) seitens der Bundesrepublik (Nachhaltigkeitsziele,
soziale Entwicklung weltweit) konsequent umgesetzt werden, z. B. durch verbindliche
Regelungen in den Handelsbeziehungen, die diese Ziele für alle Unternehmen durchsetzen
und kontrollierbar machen,
- 315 • restriktive Regelungen der deutschen Rüstungsexport-Politik und deren Durchsetzung auch
auf europäischer Ebene gesetzlich verankert werden.

320 Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss ausgleichend sein und die zivile
Krisenprävention muss im Mittelpunkt stehen. Weder darf die Isolationspolitik gegen
Russland, noch darf der Waffenexport in kriegstreibende Länder wie Saudi-Arabien
fortgesetzt werden. Das weltweite Diktat der G 20-Staaten oder der G-8-Staaten ohne
Russland darf nicht fortgesetzt werden.

325 Ökonomische und ökologische Ausbeutungen können zu zunehmenden Spannungen führen
und auch Bürgerkriege entfachen. EU und USA hätten in Syrien vorzeitiger auf
Friedensgespräche drängen müssen, statt einseitig Partei zu ergreifen. Syrien ist so
fragmentiert, dass mit allen Parteien geredet werden muss.

330 Sowohl im Welthandel wie bei der Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit brauchen wir
globale Institutionen.

VI. Steuern durch gerechte Steuern

335 Eine solidarische und friedliche Gesellschaft ist nicht kostenlos zu haben. Sie braucht einen
gut finanzierten Staat. Zur Zukunftssicherung bedarf es wieder einer sozialdemokratischen
Steuerpolitik mit einer

- 340 • sozial ausdifferenzierten Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz,
- der Kapitalbesteuerung mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz,
- einer Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,

345 • und einer Erbschaftssteuer, die Betriebsvermögen so behandelt, dass reinvestierte Gewinne berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern, dem Gleichheitsbehandlungsgrundsatz des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird und mindestens 10 Milliarden Euro einbringt.

350 • Die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden.

Eine solche Steuerpolitik muss einhergehen mit

- 355 • der schärferen Eigenkapitalausstattung von Banken,
- dem Kampf gegen Schattenbanken und Steueroasen,
- einer Einführung eines Finanz-TÜVs zur Prüfung und Zulassung neuer Finanzprodukte
- Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehung nach dem Solidarprinzip.

Antragsbereich SO/ Antrag 2

Forum Eine Welt

Plädoyer für eine gerechtigkeitsorientierte und nachhaltige Eine-Welt-Arbeit der NRWSPD

(Überweisung an SPD-Landesvorstand)

5 Kriege, Armut, wachsende Ungleichheit, neu aufkeimende Nationalismen, Terrorismus – die Welt befindet sich in einem dramatischen Umbruch, mit ungewissem Ausgang. Was außerhalb unserer Landesgrenzen geschieht, hat oft unmittelbare Auswirkungen auch auf uns. Die Vorstellung von einem Leben auf einer Insel der Seligen erweist sich endgültig als Illusion. Auch die massiven Flucht- und Migrationsbewegungen führen uns dies nachdrücklich vor Augen.

10 Mehr denn je brauchen wir die Fortsetzung der sozialdemokratischen Tradition, Mitverantwortung für die ganze Welt, den Norden und den Süden, zu übernehmen. Solidarität darf nicht an unseren Grenzen haltmachen. Sie gilt für alle Menschen. Sozialdemokraten orientieren ihre Eine-Welt-Arbeit immer wieder an der Frage, wie die Welt gerechter gestaltet werden kann. Gerechtigkeit gilt es dabei weltweit und zwischen den Generationen

15 herzustellen. Die Partei muss sich dieser Herausforderung mit großer Entschlossenheit stellen.

Deshalb fordern wir:

20 1. Die Themen Eine Welt und nachhaltige Entwicklung werden entweder einem Vorstandsmitglied als Aufgaben und Zuständigkeitsbereich zugewiesen oder eine Vertreterin/ein Vertreter des Forum Eine Welt wird als beratendes Mitglied zu Landesvorstandssitzungen eingeladen.

25 2. Das FEW, das ausschließlich ehrenamtlich tätig ist, braucht für seine Aktivitäten eine verstärkte finanzielle und personelle Unterstützung der Landespartei. Die Sichtbarkeit der Eine-Welt-Arbeit der Partei muss deutlich erhöht werden. Anzustreben ist, dass mindestens

- alle zwei Jahre eine große landesweite Veranstaltung zu Eine-Welt-Themen durchgeführt wird. Die Zusammenarbeit mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Entwicklungs-zusammenarbeit wird vertieft.
- 30 3. Die NRWSPD unterstützt ausdrücklich die kommunalen Aktivitäten der Eine-Welt-Netzwerke und fordert die Unterbezirke auf, sich an deren Arbeit zu beteiligen.
- 35 4. Die NRWSPD fordert alle Unterbezirke in NRW auf, für folgende Maßnahmen Sorge zu tragen:
- 40 Benennung einer Person im UB-Vorstand zum Themenfeld Eine Welt und nachhaltige Entwicklung.
- Durchführung mindestens einer UB-Veranstaltung im Jahr zu Eine-Welt Themen.
- 45 Gemeinsamer Einsatz mit den lokalen Akteuren dafür, dass Eine-Welt-Themen wie Flucht, Migration, Fairer Handel, globale Nachhaltigkeitsziele (SDGs), Städtepartnerschaften in den Kommunen an höchster Stelle diskutiert werden, z.B. in den Verwaltungen, mit den (Ober-)Bürgermeistern und den in den Räten vertretenen Parteien.
- 50 5. Die NRWSPD verpflichtet sich bei eigenen Veranstaltungen auf faire und nachhaltige Beschaffung zu achten und Produkte aus Fairem Handel zu beziehen sowie darauf hinzuwirken, dass dies überall dort geschieht, wo Mitglieder der Partei Verantwortung tragen (z.B. in der Fraktion, der Landesregierung etc.).
- 55 6. Die NRWSPD erwartet von der Landesregierung eine aktive, kohärente und sichtbare Eine-Welt-Politik.

*Antragsbereich SO/ **Antrag 3***

*Stadtverband Sundern
(Unterbezirk Hochsauerland)*

Soziale Gerechtigkeit schaffen – Wachstum fördern

(Überwiesen an Programmkommission)

(Überwiesen an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017)

- 5 1. Die SPD muss auf allen Ebenen der parlamentarischen Arbeit das Ziel der sozialen Gerechtigkeit in den Fokus stellen und den Erfolg daran messen.
- 10 2. Bundestagswahl- und Landtagswahl NRW werden so geführt, dass die SPD genau für dieses Ziel wirbt und mobilisiert. Die SPD tritt bei diesen Wahlen nicht für eine Koalition an sondern für die Umsetzung insbesondere dieses Zieles. Die SPD vertritt damit die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger.
3. Erforderlich sind jetzt dringliche staatliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung,

Sozialarbeit und Sicherheit, ohne neue Staatverschuldung.

- 15 4. Durch eine stärkere Besteuerung der großen Vermögen und hohen Einkommen lassen sich die notwendigen Gelder mobilisieren.

Sozialpolitik

Antragsbereich S/ Antrag 2

Unterbezirk Bottrop

Altersarmut

(Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017)

Der Bundesvorstand wird aufgefordert sich für eine grundlegende und umfassende Reform der Altersabsicherung in den politischen Gremien einzusetzen.

5

Dabei

1. ist die staatliche Regelsicherung zur „Solidarrente“ auszubauen,

10

2. sind die alle in der Bundesrepublik Deutschland arbeitenden nicht deutschen Staatsbürger sowie alle deutschen Staatsbürger in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen,

3. ist die Erwerbsminderungsrente zu verbessern

15

Nur so ist es möglich der steigenden Altersarmut entgegenzuwirken.

Die Rentnerinnen und Rentner werden schon heute immer mehr vom Lebensstandard abgekoppelt, die Altersarmut droht in den nächsten Jahren zu einem Massenphänomen zu werden.

Antragsbereich S/ Antrag 3

Arbeitsgemeinschaft 60 Plus

Für ein solidarisches und gerechtes Generationenprojekt. Der Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung

(Angenommen in Fassung der Antragskommission und Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017)

5

In unserer sog. Sozialen Marktwirtschaft verschärft sich die Kluft zwischen Armut und Reichtum immer mehr. Das Leitmotiv der Sozialen Marktwirtschaft „Wohlstand für Alle“ wird mehr und mehr ersetzt durch „Reichtum für Wenige“. Die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in Deutschland ist größer als in vielen anderen Industriestaaten. Dies muss sich ändern.

10

Es muss sich ändern, für die Frauen – die nach der Familienphase rasch eine Rückkehr in eine sozial abgesicherte Beschäftigung brauchen, bei denen die Einkommenskluft zwischen Frauen und Männern überwunden werden muss.

Es muss sich ändern, für die Jungen – denen noch viel zu oft der Einstieg in das Erwerbsleben

15 schwermgemacht wird, Sie werden prekär beschäftigt und schlecht entlohnt, besonders wenn sie einen Migrationshintergrund haben.

Es muss sich ändern, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – die noch zu oft in Beschäftigungsformen wie Teilzeit, Leiharbeit und Werkverträge gedrängt werden. Dies führt zu großen Zukunftssorgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zur berechtigten Angst vor sozialem Abstieg und Armut im Alter.

Es muss sich grundlegend ändern, für die Älteren – deren Alterseinkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung von der Lohnentwicklung abgekoppelt wird und immer häufiger nicht mehr den erwarteten Lebensstandard sichert.

Dies sind nur einige Punkte die deutlich zeigen wir brauchen Mut und Willen zu umfassenden Reformen.

30 In der jetzigen Koalitionsregierung haben wir gegen erhebliche Widerstände der CDU/CSU Gerechtigkeitslücken auf dem Arbeitsmarkt schließen können. Dies weil klar ist, wer drohender Altersarmut vorbeugen will muss für Reformen auf dem Arbeitsmarkt kämpfen.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns ist dabei ein wichtiger Schritt, ein kleiner Schritt zu mehr Beteiligung am wachsenden Wohlstand unserer Gesellschaft. Wir haben damit die Abwärtsspirale bei den Löhnen durchbrochen. Es verbessert die Einkommen von 3,7 Millionen Beschäftigten. Der Mindestlohn muss aber kontinuierlich und deutlich erhöht werden.

40 Für rund eine Million Menschen in Leiharbeit und viele Beschäftigte mit Werkverträgen konnte die Situation verbessert werden. Die Blockade von CDU und CSU ist durchbrochen. Die SPD stoppt auch hier Lohndumping und setzt klare Regeln bei Leiharbeit und Werkverträgen. Gleichzeitig wird die Tarifbindung gestärkt. Ein Erfolg für einen sozialeren Arbeitsmarkt Der Kampf ist aber noch nicht zu Ende.

Wir kämpfen mit aller Entschiedenheit für Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern. Nach wie vor vorhandene Unterschiede widersprechen dem Gleichheitsgrundsatz und sind zudem ökonomisch unsinnig. Das von der Ministerin Schwesig vorgelegte Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Frauen und Männern darf die Union nicht länger blockieren.

Der Kampf um einen besseren, einen sozialeren Arbeitsmarkt muss dringend ergänzt werden um eine umfassende Reform der Alterssicherung. Wir wissen eine nachhaltige, lebensstandardsichernde und armutsfeste Rentenversicherung ist ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Stabilität.

Der Gesetzgeber hat mit den Rentenreformen des letzten Jahrzehnts die Ziele der Lebensstandardsicherung und der strukturellen Armutsfestigkeit für die gesetzliche Rentenversicherung ausdrücklich zu Gunsten der Beitragssatzstabilität aufgegeben. Die entstehende Lücke soll durch die kapitalgedeckte private Zusatzvorsorge geschlossen werden. Das ist nicht gelungen.

Wir stellen fest:

Das ideologisierte »Drei-Säulen-Konstrukt« aus relativ sinkender gesetzlicher Rente,

65 vermehrter privater Vorsorge sowie betrieblicher Altersversorgung erfüllt den erwarteten sozialpolitischen Anspruch nicht.

Die Teilprivatisierung der Vorsorge trägt eher zur Verschärfung der Einkommensungleichheit im Alter bei und sie erhöht das Risiko von Altersarmut. Nur Lebensstandardsicherung und
70 Solidarprinzip als strukturprägende Leitbilder der sozialen gesetzlichen Pflichtversicherung können eine personell umfassende finanzielle Absicherung der sozialen Risiken Alter, Invalidität und Todesfall gewährleisten.

Es ist unerlässlich, das Alterssicherungssystem wieder so umzustellen, dass die beiden
75 Hauptziele – nämlich Lebensstandardsicherung und strukturelle Armutsfestigkeit - innerhalb der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung erreicht werden können. Dies ist beim Blick über die Landesgrenzen ohne nachteilige Auswirkungen für die deutsche Volkswirtschaft möglich. (s. Österreich)

80 Wir fordern:

Die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder an den Zielen – „Lebensstandardsicherung und Armutsfestigkeit“ ausgerichtet werden.

85 Die geforderte Reform der gesetzlichen Rentenversicherung mit der genannten Zielsetzung braucht ein nachhaltiges Renten-Niveau von mindestens 50 %.

Die Festlegung auf diese Zielgröße für das Rentenniveau macht eine Reform der Rentenformel, genauer der Rentenanpassungsformel, unerlässlich. Es gilt, die jetzt in der
90 Formel vorhandene Abkopplung von den Löhnen durch Dämpfungsfaktoren, zu streichen. Der Grundsatz – die Renten folgen den Löhnen – muss wieder in vollem Umfang gelten.

Wir fordern:

95 Reform der Rentenanpassungsformel

Die Festlegung auf das konstant zu haltende Rentenniveau nach Sozialversicherungsbeitrag braucht eine deutliche Vereinfachung und Transparenz der Rentenanpassungsformel. Künftig sollen lediglich die Entwicklung der Bruttolöhne sowie der Beitragssätze zur Renten-,
100 Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung in die Berechnung der Rentensteigerungen eingehen. Die Dämpfungsfaktoren, wie der „Nachhaltigkeitsfaktor“ und der „Riester-Faktor“ haben in einer transparenten Rentenanpassungsformel, die zugleich ein nachvollziehbares Prinzip der Generationengerechtigkeit zum Ausdruck bringen soll, nichts zu suchen und müssen gestrichen werden.

105

Wir fordern:

Mindestlohn kontinuierlich und deutlich anheben

110 Der SPD ist es gegen große Widerstände gelungen ist, einen bundeseinheitlichen flächendeckenden Mindestlohn durchzusetzen. Er wird für in der Zukunft liegende Zeiten, bei einer Standarderwerbsbiographie, auch dafür Sorge tragen Rentenansprüche zu erhöhen. Es gilt allerdings den Satz von 8,50 €, ab 2017 – 8,84 €, deutlich zu erhöhen.

115 Rente nach Mindest-Entgelt-Punkten als Dauerlösung

Selbst wenn das Rentenniveau auf mindestens 50 % angehoben wird, gibt es in unserem Rentensystem, in dem die Renten den zuvor erzielten Löhnen entsprechen, Fälle, in denen trotz langjähriger Vollzeitarbeit keine armutsfeste Rente erworben wird. Dies wird wegen der stark gewachsenen Lohnungleichheit in Zukunft sogar häufiger vorkommen. Deshalb wird vorgeschlagen, die seit 1972 bestehende und bereits einmal verlängerte Rente nach Mindestentgeltpunkten nicht nur zu verlängern, sondern diese zu entfristen und zu einer Dauerlösung zu machen. Dadurch wird dieses Instrument zu einer Verbesserung der Rentenansprüche für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für in der Vergangenheit liegende Phasen des Niedriglohnbezugs und/oder Langzeitarbeitslosigkeit, prekärer Arbeitsverhältnisse mit negativen Auswirkungen auf die Rente. Sie ist damit ein wirksames Instrument für die Vergangenheit und Zukunft.

130 Mindestlohn und die Rente nach Mindestentgeltpunkten

Mindestlohn und eine Rente nach Mindestentgeltpunkten sind ein vernünftiger Instrumenten-Mix. Sie verbessern Erwerbsbiographien in zurückliegenden Erwerbsphasen und in der Zukunft. Dadurch wird ein nachhaltiger Beitrag geleistet, das Pflichtversicherungssystem strukturell armutsfest zu machen.

135 Das Armutsrisiko bei Erwerbsminderungsrenten senken

Hier besteht trotz der beschlossenen Verbesserungen nach wie vor besonderer Handlungsbedarf. Die Erwerbsminderungsrenten liegen im Durchschnitt bei 650,00 €

140 Wir fordern:

Die Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten sind abzuschaffen.

145 Zukunft der privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge

Das jetzige Drei-Säulen-Modell sieht vor, dass die Lücken der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung durch die Riesterrente und Betriebsrente geschlossen werden sollen. Dann müssen die private und betriebliche Altersvorsorge den gleichen Leistungsumfang wie die gesetzliche Rentenversicherung erfüllen: Absicherung des Erwerbsminderungsrisikos und des Hinterbliebenenrisikos, flächendeckende Verbreitung (auch für die unteren Einkommensgruppen), Maßnahmen zur Schließung von Lücken (z. B. bei Arbeitslosigkeit), Transparenz des Altersvorsorgemarktes und des Verbraucherschutzes, finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber.

155 Keine dieser Bedingungen ist gegenwärtig auch nur annähernd erfüllt. Deshalb muss die Lebensstandardsicherung wieder Aufgabe der gesetzlichen Rentenversicherung sein und die private kapitalgedeckte Altersvorsorge hat lediglich ergänzende Aufgaben.

160 Riesterrente

Die Riesterrente hat die hochfliegenden Erwartungen nicht erfüllt.

Die Förderung dieser Form der privaten Vorsorge durch den Staat („Riester-Förderung“) ist

165 nicht nur überflüssig, sondern verursacht in der gegenwärtigen Konstruktion (Kombination aus Freiwilligkeit und progressiver Förderung mit wachsendem Einkommen) Mitnahmeeffekte und eine Umverteilung von unten nach oben.

Wir fordern:

170 Die rechtliche Verbindlichkeit der bestehenden Riester-Verträge bleibt vollumfänglich bestehen. Eine weitere Förderung neuer Verträge mit staatlichen Mitteln erfolgt nicht.

Betriebliche Altersversorgung

175 In unseren Parteitagebschlüssen heißt es zur betrieblichen Altersversorgung: „Eine Stärkung und größere Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung ist eine wünschenswerte Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung unter Wahrung des Besitzstandes bestehender Verträge“.

180 Die Regierung will der Stagnation in der betrieblichen Altersversorgung entgegenwirken und politische Impulse für ihre Verbreitung zu setzen. Studien zeigen: Vor allem in kleinen und mittelständischen Unternehmen besteht noch erheblicher Nachholbedarf. In verschiedenen Branchen und insbesondere dort, wo Unternehmen nicht tariflich gebunden sind, ist die
185 Verbreitung äußerst gering.

Ein Vorschlag (Sozialpartnermodell) des Bundesarbeitsministeriums unter Leitung von Andrea Nahles liegt vor. Er enthält für die Arbeitgeber die Einführung der reinen Beitragszusage und will die Arbeitgeber von den Haftungsrisiken der betrieblichen
190 Altersversorgung befreien.

Eine besondere Rolle als Anreizsystem soll die Entgeltumwandlung sein. Jeder Arbeitnehmer hat einen individuellen Rechtsanspruch gegen seinen Arbeitgeber, einen Teil seines Arbeitsentgeltes für die Altersvorsorge zu verwenden. Auf den umgewandelten Anteil werden
195 keine Einkommensteuer und keine Sozialabgaben erhoben.

Dadurch ergeben sich erhebliche Nachteile. Erstens reduziert sich durch die Verminderung des sozialversicherungspflichtigen Entgelts für die/den Einzelne/n der Anspruch auf Arbeitslosengeld und Rente aus der GRV.

200 Zweitens werden durch die Sozialabgabenfreiheit die Einnahmen der Sozialversicherung reduziert.

Drittens wirkt die Reduzierung des Bruttoarbeitsentgelts über die Rentenformel auf die jährliche Rentenanpassung zurück und mindert die Anpassung des Rentenwertes.

205 Die Entgeltumwandlung führt also dazu, dass die Rentenansprüche auch derjenigen reduziert werden, die eine Entgeltumwandlung nicht nutzen. Betroffen sind davon auch die Rentnerinnen/Rentner.

210 Der politische Wille der Koalitionsregierung ist der Ausbau und ein umfassender Verbreitungsgrad der betrieblichen Altersversorgung. Die dafür vorgesehen Maßnahmen dürfen das Hauptziel – Stärkung der gesetzlichen umlagefinanzierten Rentenversicherung –

215 nicht beeinträchtigen.

Wir fordern:

220 Eine Entgeltumwandlung in der bestehenden oder in der von einigen geforderten höheren Form lehnen wir ab. In jedem Fall muss die Steuer- und Beitragsfreiheit auf die umgewandelten Einkommen entfallen. Bis zum Inkrafttreten einer derartigen Gesetzesänderung sind die durch die Entgeltumwandlung geringeren Beitragseinnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung durch Steuermittel auszugleichen.

225 Ein finanzieller Zuschuss der Arbeitgeber zur betrieblichen Altersversorgung muss verpflichtend werden.

Zusammenhang bei Beratung und Beschlussfassung über Reformen der Alterssicherung beachten

230 In der gegenwärtigen politischen Debatte deutet sich der vorrangige Ausbau der betrieblichen Altersversorgung an. Sicherlich ist dabei eine flächendeckende Verbreitung ein wichtiges Kriterium. Es gilt aber vermehrt auf weitere wichtige Fragen befriedigende Antworten zu finden.

235 Kommt es zu einer kollektiven Organisation der betrieblichen Altersversorgung?

Wer ist Träger der Angebote betrieblicher Altersversorgung? Kommt es zu einem verstärkten öffentlichen oder gemeinnützigen Angebot von betrieblicher Altersversorgung. Oder wie
240 bisher durch kommerzielle Anbieter von Rentenversicherungen.

Welche Trägerkonstruktion ist am ehesten geeignet mit der Macht, der ökonomischen Bedeutung und Verantwortung der Rentenfonds umzugehen?

245 Ist der sozialpolitische Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung die Vorgabe in dem kapitalgedeckten Sicherungssystem?

Dies sind nur einige Punkte die deutlich machen es gibt erhebliche Wechselwirkungen bei der Ergänzung der Gesetzlichen Rentenversicherung durch die Betriebliche Altersversorgung.

250 Wir fordern:

Eine reformierte, solidarische und umlagenfinanzierte gesetzliche Rente ist Kern für die Lebensstandardsicherung. Daher müssen die anstehenden Reformschritte, z.B. bei der
255 betrieblichen Altersversorgung, im Gesamtzusammenhang und nicht einzeln beraten und beschlossen werden.

Das Renteneintrittsalter flexibel gestalten

260 Wir fordern:

Mehr Flexibilität beim Übergang vom Erwerbsleben in die Rente. Wir wenden uns gegen eine auf ein bestimmtes Lebensalter festgelegte allgemeine Renteneintrittsgrenze.

265 Ein für alle Arbeitnehmer gleichermaßen festgelegtes Renteneintrittsalter hat gezeigt, alle
Modelle mit starren Altersgrenzen sind gescheitert. Sie sind gescheitert, weil sich einerseits
die, das Renteneintrittsalter bestimmenden Voraussetzungen ständig verändern
(demografischer Wandel, ansteigende Lebenszeiten, rasante Veränderungen der allgemeinen
270 Lebens- und Arbeitsformen etc.). Sie sind gescheitert, weil andererseits die persönlichen
Voraussetzungen für Leistungsmöglichkeit und Motivation im Arbeitsleben für jeden
Arbeitnehmer völlig unterschiedlich sind (physische, psychische und geistige
Leistungsfähigkeit, Gesundheit, Qualifikationserwerb und Qualifikationsbereitschaft,
individuelle und familiäre Lebensverhältnisse und Lebensplanungen etc.).

275 Die gesetzliche Rentenversicherung mutig und konsequent zur Erwerbstätigenversicherung
entwickeln

Aus Gründen der Gleichbehandlung ist die Versicherungspflicht aller erwerbstätigen
280 Personen nicht in verschiedenen berufsständisch organisierten Systemen oder der privaten
Alterssicherung, sondern in der gesetzlichen Rentenversicherung durchzuführen. Nur so ist
ein umfassender Schutz gegen die sozialen Risiken des Alters, der Erwerbsminderung und
nach dem Tod des Versicherten für alle zu erreichen.

285 Wir fordern:

Eine Erwerbstätigenversicherung für alle, in der die Versorgungswerke integriert und
Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und perspektivisch auch Beamte solidarisch
290 einzahlen.

Als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Erwerbstätigenversicherung fordern wir – die
Einführung einer Versicherungspflicht für alle Selbstständigen und besonders der
Soloselbstständigen. Dies ist vor allem geboten, um dem wachsenden Schutzbedürfnis der
überwiegenden Zahl dieses Personenkreises gerecht zu werden und einer steigenden Gefahr
295 von Altersarmut entgegenzuwirken.

Finanzierung

Viel zu lange ist der Eindruck erweckt worden, Kosten der Demographie, mit einem
300 steigenden Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft und dadurch steigenden
Rentenausgaben, ließen sich leichter tragen, wenn die Kosten der Alterssicherung auf
mehrere „Säulen“ verteilt werden.

Dies ist falsch und den Bürgern gegenüber unredlich. Die Rentenzahlungen eines bestimmten
305 Jahres können immer nur aus dem erwirtschafteten Volkseinkommen des jeweiligen Jahres
aufgebracht werden.

Wir wollen ein nachhaltiges Rentenniveau von mindestens 50 %. Dies führt dazu, dass die
festgesetzte Beitragsobergrenze von 22 % nicht auf Dauer gewährleistet werden kann.

310 Derzeit führt die gute Wirtschaftslage zu mehr Einnahmen in der Rentenkasse. Dies wurde
dazu genutzt, den Beitragssatz zu senken und gesamtgesellschaftliche Aufgaben aus der
Rentenkasse statt aus Steuermitteln zu finanzieren.

315 Notwendige von uns vorgeschlagene Reformen, in Verbindung mit den demographischen Lasten in den nächsten Jahren, erfordern jedoch keine kurzfristigen Beitragssenkungen sondern den unmittelbaren Aufbau einer Rücklage (Demographie-Reserve). Die Rücklage darf sich nicht länger an den Ausgaben von eineinhalb Monaten orientieren sondern an den zukünftigen Ausgaben der nächsten Jahre und Jahrzehnte

320

Wir fordern:

In Anlehnung an das vom DGB entwickelte Modell wird ein Demographie-Fonds aufgebaut. Die Beitragsätze werden kontinuierlich und maßvoll erhöht und in den Fonds eingestellt. Die
325 Mehreinnahmen werden zur Finanzierung der vorgesehenen Reform der gesetzlichen Rentenversicherung eingesetzt.

Die Vorschrift einer Obergrenze für Rücklagen der Rentenversicherung in Höhe von 1,5 Monatsausgaben muss dementsprechend entfallen.

330

Bei dem gewollten früheren Erreichen der z. Zt. festgelegten Beitragsobergrenze von 22% ist zu prüfen, ob die dann vorhandene Rücklage ausreicht um die vorgesehenen Reformen nachhaltig zu finanzieren, oder ob die Regelung einer maßvollen Erhöhung der Beiträge bis zu einem für die Arbeitnehmer tragfähigen Beitragssatz fortgesetzt werden muss. Dies unter
335 der Berücksichtigung einer ausgeweiteten Steuerfinanzierung.“

Verantwortung des Bundes für versicherungsfremde Leistungen

Wir fordern:

340

Der Grundsatz – Versicherungsfremde Leistungen werden aus Steuermitteln finanziert – hat volle Gültigkeit.

Die Aufwendungen - z.B. für die „Mütterrente“ - müssen daher in vollem Umfang aus
345 Steuermitteln finanziert werden.

Mit der Realisierung unserer Vorschläge schaffen wir ein zukunftsfestes Alterssicherungssystem das soziale Sicherheit für Jung und Alt, für Frauen und Männer, für alle bietet. Es schafft Sicherheit für die Lebensplanung der Jüngeren. Es verringert die Angst
350 von Frauen und Männern nach dem Erwerbsleben zu große finanzielle Einbußen erdulden zu müssen. Die Älteren können sicher sein am wachsenden Wohlstand der Gesellschaft beteiligt zu sein und in Würde und in ausreichendem Maß am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Es ist damit ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen und politischen Stabilität unsres Landes.

Gegen wachsende Ungleichheit, für mehr soziale Gerechtigkeit

(Angenommen)

Die SPD muss das Problem der wachsenden sozialen Ungleichheit wieder stärker in die programmatischen Debatten einbeziehen. Das Thema der sozialen Gerechtigkeit ist dabei
5 immer eng mit einer gerechten Besteuerung zu verknüpfen. Nur durch eine Anpassung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer können die notwendigen Zukunftsinvestitionen finanziert sowie die wachsende Ungleichheit abgeschwächt werden. Die Abgeltungssteuer (25%) auf Kapitaleinkommen muss wieder in die progressive Einkommenssteuer integriert werden.

10 Im Impulspapier „Starke Ideen für Deutschland 2025“ werden dagegen steuerpolitische Instrumente ausgeklammert. Es bietet daher keine hinreichende Grundlage für die nächste Bundestagswahl und wurde dementsprechend auf dem Bundesparteitag im Dezember 2015 ergänzt.

15 Die SPD muss die Themen soziale Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit bei der Bundestagswahl 2017 in den Mittelpunkt der innenpolitischen Auseinandersetzung stellen, um sich von der CDU/CSU stärker abzusetzen und auch eine Alternative zur jetzigen Großen Koalition anzubieten. In diesem Zusammenhang darf auch eine rot-rot-grüne Koalition nicht
20 ausgeschlossen werden, um glaubhaft eine Machtperspektive aufzeigen zu können.

Zukunft statt Grenzen – Wir investieren in die Integrationsgesellschaft

(Überwiesen an Programmkommission)

Terrorismus, Kriege, bittere Armut, Klimawandel: Die Welt des frühen 21. Jahrhunderts ist eine Welt voll unüberschaubarer Krisen. Als Folge dieser Krisen befinden sich mehr als 60
5 Millionen Menschen auf der Flucht. Und ein Ende ist nicht in Sicht: Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass globale Migrationsbewegungen langfristig anhalten werden.

Gleichzeitig erleben wir in unserer Wohlstandsgesellschaft eine gegenläufige Entwicklung. Der demografische Wandel führt dazu, dass dem Arbeitsmarkt mittelfristig Fachkräfte fehlen
10 werden und es gerade im ländlichen Raum immer schwieriger wird, Strukturen aufrecht zu erhalten. Begleitet wird diese Entwicklung von einem sozialen Auseinanderbrechen der Gesellschaft und – seit der einschneidenden schwarz-gelben Politik der 1980er Jahre – teil- und schrittweisen Rückzug des Staates aus seinen Kernaufgaben.

15 Wenn die Gesellschaft es also schafft, Menschen, die aus den verschiedensten Gründen nach Deutschland kommen, zu integrieren, ist das nicht nur die Erfüllung unserer menschlichen Pflicht – schon gar nicht ist es eine barmherzige Geste, die mit der Arroganz der oben

- stehenden vollzogen wird –, sondern eine Chance für die gesamte Gesellschaft. Also sowohl für Eingewanderte als auch schon lange in Deutschland Ansässige.
- 20 Damit das gelingen kann, ist eine progressive staatliche Integrationspolitik notwendig. Derzeit wirkt der Staat an vielen Stellen überfordert und handelt in vielen Integrationsbelangen eher improvisierend als geplant. Wir wollen Strukturen schaffen, die ohne Improvisation Integration für alle Menschen ermöglicht, die durch Einwanderung zu uns
- 25 gelangen. Bedenkt man, dass nicht alle geflüchteten Menschen dauerhaft in Deutschland bleiben wollen, brauchen wir Integrationsstrukturen für mindestens eine Million einwandernde Menschen im Jahr. Das heißt natürlich nicht, dass das Asylrecht auf eine Million Menschen begrenzt wird. Das Asylrecht muss ein unangetastetes individuelles Recht bleiben. Sollte also durch stärkere Fluchtbewegungen die Zahl der Einwander*innen steigen,
- 30 bedarf es zusätzliche improvisierte Strukturen. Aber wir können nicht länger zusehen, wie der Staat soweit kaputt gespart wird, dass eine staatlich koordinierte Integrationspolitik nur mit Improvisation möglich ist. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der ohne Improvisation mindestens einer Million Menschen im Jahr Integrationsstrukturen bietet.
- 35 Die politisch Konservativen diskutieren das Thema Integration als selbstständige Aufgabe von Eingewanderten. Das konservative Integrationsdogma lautet „Anpassung sonst Strafe“. Dieses Motto hilft vielleicht um an Stammtischen Stimmung zu machen, der vor uns liegenden Aufgabe wird es nicht gerecht. Funktionierende Integration hat drei Dimensionen: Da in unserer Gesellschaft Anerkennung und sozialer Aufstieg nach wie vor in erster Linie
- 40 über die Arbeit generiert werden, ist die Herstellung einer materiellen Aufstiegsperspektive zentraler Bestandteil gelingender Integration. Die zweite Dimension ist die institutionelle Anerkennung. Wer anerkannter Teil einer demokratischen Gesellschaft sein will, braucht ein politisches Mitsprache und -gestaltungsrecht. Als dritte Dimension ist ebenfalls die Anerkennung individueller Identität und die Akzeptanz kollektiver Identitäten und Symbolik
- 45 im engen sozialen Umfeld von wesentlicher Bedeutung. Diese drei Dimensionen bilden die Grundlage, auf der wir in diesem Antrag politische Forderungen als Rahmenbedingung funktionierender Integration entwickeln wollen.
- 50 Schlüssel in allen drei Dimensionen ist die Sprache. Nur wer sich verständigen kann, hat die Chance auf wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg, auf politische Mitgestaltung und auf Kontakt im engen sozialen Umfeld. Um Integration zu stärken, muss der Spracherwerb im Zentrum stehen.
- 55 Um die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der bereit ist, in die Zukunft der Gesellschaft zu investieren. Die konservative Politik der Schwarzen Null schwächt die Wirtschaft und lässt die Gesellschaft zunehmend auseinanderbrechen. Gerade mit Blick auf die anstehende Transformation in eine digital-technisierte Wirtschaft und den damit verbundenen sozialen Risiken brauchen wir Innovation und Wachstum. Und der Blick in die Geschichte zeigt: Immer, wenn technologische
- 60 Innovation zu wirtschaftlichem Aufschwung geführt hat, hatte ein aktiver Staat die Finger im Spiel. Halten wir weiter an den konservativen Dogmen von Schwarzen Nullen, Schuldenbremsen und Austerität fest, vererben wir den kommenden Generationen wenig Spielraum für innovative wirtschaftliche Ideen, eine marode Infrastruktur, einen handlungsunfähigen Sozialstaat und Kommunen, die nur noch verwalten und nicht mehr
- 65 gestalten.

Das betrifft auch die Integration: Nur mit massiven staatlichen Investitionen ist diese große

70 Aufgabe möglich. Aber diese Investitionen sind kein zum Fenster rausgeworfenes Geld, sondern die Grundlage dafür, dass wir eine zukunftsfähige Gesellschaft mitgestalten. Klar ist aber auch: Die Herausforderungen sind in ganz Europa zu groß, als dass sie allein von Nationalstaaten gelöst werden könnten. Deshalb ist der Vorstoß des italienischen Regierungschefs Matteo Renzi, europäische Integrations-Anleihen einzuführen, unterstützenswert.

75 In den Debatten um Flucht und Integration wird zumeist wie selbstverständlich von einer Gruppe junger Männer ausgegangen, die ihre Familien zurückgelassen haben und nach Europa geflüchtet sind. Dass Frauen ein Drittel aller geflüchteten Menschen ausmachen wird sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in Maßnahmen der Unterbringung und Integration meist vergessen. Frauenspezifische Problemen der Flucht – wie sexualisierte
80 Gewalt und damit einhergehend fehlende Schutzräume in Unterbringungssituationen – wird wenig Beachtung gezollt. Auch die Gruppe der geflüchteten Menschen mit LSBTTI*-Hintergrund und der Bedarf besonderer Schutzräume und Ansprechpersonen sowie rassistische Vorurteile, mit denen geflüchtete Männer täglich konfrontiert werden, stellen genderspezifische Probleme der Flucht dar, die in den Debatten viel zu oft vergessen werden.
85 Sie müssen in allen Bereichen der Integration querschnittartig mitgedacht werden.

Wir fordern:

• Die Gesundheitskarte muss endlich allen Geflüchteten zur Verfügung stehen, um vor allem
90 Frauen, die sexualisierte Gewalt erfahren haben, den Zugang zu ärztlichen Untersuchungen zu erleichtern.

• Die EU-Aufnahmerichtlinie (2013/33), die im Juli 2013 in Kraft getreten ist, soll diesen Frauen einen besonderen Schutz zusichern. Um für diese Frauen aber auch wirklich
95 bundesweit auf Basis einer Rechtsgrundlage besseren Schutz zu gewährleisten, muss sie endlich in nationalstaatliches Recht umgesetzt werden.

Für das Chaos in der Organisation der Asylpolitik ist unter anderem das fehlende Einwanderungsgesetz verantwortlich. Die Einwanderungsregeln der Bundesrepublik sind zu
100 komplex, sodass viele Einwanderungswillige den Weg über das Asylrecht versuchen. Dort abgelehnt, werden sie abgeschoben, obwohl sie eine Bereicherung wären. Deshalb ist ein Einwanderungsgesetz, das Einwanderung abseits des Asylrechts ermöglicht und ordnet, längst überfällig. Dieses Einwanderungsgesetz darf allerdings kein Eliten-Programm werden, das nur Einwanderung für Spitzenfachkräfte ermöglicht.

105 Ohne gerechtere Asylpolitik gibt es keine Integration

Damit die Integration geflüchteter Menschen gelingen kann, bedarf es zunächst einer gerechteren europäischen Asylpolitik. Die abgeschottete Festung Europa ist der Grund, dass
110 laut IOM Global Report in den letzten 20 Jahren mehr als 60 000 Menschen an den europäischen Außengrenzen gestorben sind. Damit ist die Grenze Europas die gefährlichste und tödlichste Grenze der Welt. Diese Abschottung muss beendet werden.

Wir fordern:

115 • Die bereits bestehenden Möglichkeiten der legalen Einreise in die Europäische Union wie der Familiennachzug müssen ausgebaut und neue Möglichkeiten, wie die Vergabe

humanitärer Visa, müssen geschaffen werden.

- 120 • Auch eine unentgeltliche und uneigennützige Fluchthilfe darf nicht weiter unter das Verbrechen des "Schleusens" gefasst werden. Wir brauchen eine umfassende Entkriminalisierung.
- 125 • Mit der Deklaration immer weiterer „sicherer Herkunftsstaaten“ versucht die Bundesregierung Menschen aus Herkunftsstaaten mit geringerer Asyl-Anerkennungsquote den Zugang zu Asyl nahezu unmöglich zu machen. Das Asylrecht muss ein individuelles Recht bleiben. Das Prinzip der „sicheren Herkunftsstaaten“ ist abzuschaffen.
- 130 • Eine europäische Seenotrettung, die, gemeinsam von allen Mitgliedsstaaten finanziert und vom Europäischen Parlament legitimiert, nicht nur direkt vor der europäischen Küste, sondern im gesamten Mittelmeer gekenterte Menschen aufammelt, muss geschaffen werden.
- 135 • Das Dublin-Abkommen ist gescheitert. Wir brauchen eine gerechte Verteilung von geflüchteten Menschen in der gesamten Europäischen Union. Das Hin- und Herschieben von geflüchteten Menschen zwischen den EU-Staaten ist menschenunwürdig und widerspricht dem Gedanken eines gemeinsamen europäischen Schutzraums für Asylsuchende.
- 140 • Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Die riesigen Geflüchteten-Unterkünfte in den syrischen Anrainerstaaten sind stark unterfinanziert. Ein erster Schritt wäre es, diese Unterkünfte mit ausreichend Ressourcen auszustatten und so die Menschen zu unterstützen, die auf eine schnelle Rückkehr nach Syrien hoffen. Mittelfristig dürfen sich Deutschland und die EU aber nicht darauf ausruhen, diese Unterkünfte zu unterstützen – in der Hoffnung, dass dann keine Menschen mehr nach Europa fliehen. Wichtigstes Instrument ist, die europäische Entwicklungspolitik auszubauen. In Deutschland ist der Anteil an Entwicklungsausgaben
- 145 zwar gestiegen, aber nur, weil Ausgaben für geflüchtete Menschen in Deutschland mit eingerechnet wurden. Diese Schönrechnerei muss unterbunden und ausreichend Geld für nachhaltige Entwicklungspolitik bereitgestellt werden.
- 150 • Wer Integration will, der kann nicht gleichzeitig eine "Kultur der Abschiebung" fordern. Trotzdem werden vor allem Möglichkeiten diskutiert, wie die Bleibeperspektive geflüchteter Menschen zum Beispiel durch sichere Herkunftsländer und schnellere Prüfungsverfahren verschlechtert werden kann. Wir wollen uns aber nicht am Wettbewerb der nackten Abschiebezahlen beteiligen, sondern die Einzelfallprüfung für jede*n Schutzsuchende*n stärken. Denn oftmals ist die genaue Menschenrechtslage in den Herkunftsländern der
- 155 Menschen ungewiss: Verfolgung von Homosexuellen*, Frauen*, religiösen und ethnischen Minderheiten, sowie die politische Verfolgung Andersdenkender ist oft nur schwierig einzuschätzen. Häufig sind es Menschen, die hier seit Jahren in einem festen sozialen Umfeld leben, den dann der Aufenthaltsstatus entzogen wird, weil sie volljährig geworden sind oder sich der Status ihres Landes geändert hat. Das bedeutet die jahrelange Integrationsarbeit ohne
- 160 Not zu zerstören. Diese Praxis kann bei den Betroffenen nicht folgenlos bleiben. So führt eine Abschiebung oft auch zu schweren psychischen Problemen bis hin zum – dokumentierten - Suizid.
- 165 Wir schlagen deshalb vor, dass zur Prüfung eines Abschiebeantrags auch der bereits bewältigte Integrationsprozess, sowie das soziale Umfeld des Geflüchteten herangezogen wird. Gescheiterte Asylverfahren führen Menschen in die Illegalität und damit in soziale Notlagen, wie Obdachlosigkeit oder Schwarzarbeit. Wir wollen außerdem, dass die Praxis der Abschiebehaft gestoppt wird. Der Freiheitsentzug von Asylsuchenden ist qualitativ und

quantitativ unverhältnismäßig. Qualitativ wird die Praxis der Abschiebehäft von Menschenrechtsorganisationen seit Jahren kritisiert. Da die Abschiebehäft rechtlich nicht als Strafe gilt, haben unzulässig in Haft Genommene kein Recht auf Schadensersatz. Dabei ist die Fehleinschätzung bei Asylverfahren besonders hoch. Es reicht ein bloßer Verdacht, dass sich der Geflüchtete der Abschiebung widersetzen könnte. Die in Haft Genommenen müssen auch ihre eigenen Haftkosten selbst tragen. Bei einer durchschnittlichen Haftzeit von drei Monaten kommen so Kosten von über 30.000 Euro zusammen. Quantitativ ist Abschiebehäft unverhältnismäßig, da das einzige Abschiebegefängnis NRWs in Büren tatsächlich nur einhundert Menschen Platz bietet. Für diese rechtlichen "Härfälle" müssen sich auch andere Lösungen finden. Deshalb können und sollten wir gänzlich auf Abschiebehäft verzichten. Das Abschiebegefängnis in Büren darf nicht ausgebaut, sondern muss schnellstmöglich geschlossen werden.

180

Unbegleitete minderjährige Geflüchtete – ein ganz besonderer Schutz

Eine ganz besondere Herausforderung stellt die Betreuung und die Integration von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten dar. Viele von ihnen wissen nicht, was aus ihren Eltern und ihrer Familie geworden ist, weil sie entweder alleine auf die Flucht geschickt wurden oder sich während der Flucht aus den Augen verloren haben. Wenn es nicht von Anfang an gelingt, Traumata von der Flucht zu behandeln und eine Perspektive in die Gesellschaft zu eröffnen, schafft man sehenden Auges eine neue Generation dauerhaft Ausgegrenzter.

190

Wir fordern:

• Integration findet für Minderjährige in erster Linie in der Schule statt. Der Zugang zur Schule muss schneller und vor allem unabhängig vom Aufenthaltsstatus erfolgen.

195

• In riesigen Massenunterkünften kann der besondere Schutz, den Kinder und Jugendliche ohne Kontakt zur eigenen Familie brauchen, schnell unter die Räder geraten. Deshalb sind gerade für unbegleitete minderjährige Geflüchtete kleinere Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünfte zu bevorzugen.

200

• Besonders unbegleitete minderjährige Geflüchtete sind nach der Flucht auf psychologische Betreuung angewiesen. Darauf haben sie bislang kein grundsätzliches Recht. Das muss sich ändern. Gerade was die medizinische Versorgung betrifft, sind unbegleitete minderjährige Geflüchtete gegenüber gesetzlich krankenversicherten Kindern erheblich schlechter gestellt. In medizinischen Fragen sollte nicht der Aufenthaltstitel, sondern das Kindeswohl im Mittelpunkt stehen.

205

• Die Aussetzung des Familiennachzugs auch bei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ist schlichtweg unmenschlich. Diese Aussetzung muss zurückgenommen werden.

210

• Die meisten unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten haben kein rechtmäßiges Aufenthaltsrecht und sind in Deutschland nur geduldet. Um nicht in ständiger Angst vor Abschiebungen zu leben, müssen sie schnell einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Um dabei in den komplizierten Fragen des Asylrechts nicht allein gelassen zu werden, muss ihnen eine Ergänzungspfleger*in (z.B. eine Rechtsanwält*in) zur Verfügung gestellt werden. Um das Kindeswohl auch rechtlich in den Mittelpunkt zu stellen, muss auch klar sein: Solange

215

das Aufenthaltsrecht nicht geklärt ist, gilt das Jugendhilferecht vor den Asylgesetzgebungen.

- 220 • Die Zusammenführung von auf der Flucht getrennten Familien ist elementar. Deshalb muss die Vernetzung der Träger von Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften mit den Suchdiensten der Hilfsorganisationen verbessert und von der Politik mehr unterstützt werden.
- 225 • Zur Betreuung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter steht noch immer zu wenig Geld zur Verfügung. Hier müssen die Bundesmittel aufgestockt werden.
- 230 • Es gibt gute Projekte, in denen Familien unbegleitete minderjährige Geflüchtete bei sich aufnehmen. Das ist weder für die Familien noch für die geflüchteten Kinder eine einfache Angelegenheit und erfordert viel Empathie auf beiden Seiten. Aber in solchen Projekten steckt ein großes Integrationspotenzial. Deshalb braucht es eine angemessene materielle Förderung solcher Projekte.

Aktive Arbeitsmarktpolitik – gute Qualifikation und Arbeit für alle!

- 235 Eine fortschrittliche Einwanderungsgesellschaft muss allen Menschen eine Perspektive bieten. Der Anspruch der Sozialdemokratie muss dabei sein, Abstiegsängste bei der arbeitnehmenden Mittelschicht auszuräumen; Langzeitarbeitslosen endlich neue Perspektiven zu bieten; und jungen Menschen sowie Einwander*innen flexible Einstiege zu ermöglichen – vor allem in Aus- und Weiterbildungsprogramme. Es gibt bereits vielfältige
- 240 erfolgsversprechende Ansätze. Schluss sein muss jedoch mit der politischen Mangelverwaltung, die sich gerade in den politisch „langen bleiernen Jahren“ der schwarz-gelben Bundesregierungen unter Helmut Kohl durchgesetzt hat. Politik und Wirtschaft müssen endlich klotzen, statt kleckern! Wir brauchen massive Zukunftsinvestitionen, um allen Menschen in unserer wohlhabenden, technologisch fortgeschrittenen Gesellschaft eine
- 245 Perspektive zu geben. Umfangreiche, kostenintensive Programme zur Berufsbildung und Arbeitsmarktintegration sind dabei alles andere als illusorisch, sondern aus volkswirtschaftlicher Sicht die beste, weil rentabelste Investition, die möglich ist.

Wir fordern:

- 250 • Schluss mit dem Dogma des bedingungslosen Sparens. Wir brauchen ein Arbeitsmarkt-Investitionspaket.
- 255 • Die betriebliche Mitbestimmung bei Einstellungen und Ausbildungen muss stärker wahrgenommen und gesetzlich ausgebaut werden: Solidarische Initiativen der Beschäftigten, die Einwander*innen oder Langzeitarbeitslosen einen Einstieg in Ausbildung und Beruf geben wollen, sind ein guter Weg. Klar ist: Wenn Menschen neu auf unserem Arbeitsmarkt sind – oder seit Längerem nicht arbeiten konnten –, dann ist ihre Integration in Ausbildung und Beruf aufwändiger. Unternehmen wollen – kapitalistischer Logik folgend – diesen
- 260 Mehraufwand und entsprechende Mehrkosten vermeiden. Umso entschiedener müssen wir dafür streiten, dass Unternehmen gesellschaftlich stärker in die Verantwortung genommen werden, wenn es um Ausbildung und Arbeitsmarktintegration geht.
- 265 • Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, haben mit dem Konzept eines Integrationsjahres (für Einwander*innen und Langzeitarbeitslose) bereits ein tarifpolitisches Ausrufezeichen gesetzt. Solche Ansätze gilt es auf allen Ebenen zu unterstützen (gesetzlich;

durch Ausweitung bestehender Förderprogramme etc.).

- 270 • Eine Förderung (und falls notwendig: Verpflichtung) betrieblicher Integrationsarbeit sollte durch öffentliche Fortbildungsprogramme gewährleistet werden.
- 275 • Insbesondere junge Mädchen aus geflüchteten Familien müssen gezielt gefördert und durch Coaching-Programme mit der Vielfalt des deutschen Arbeitsmarktes vertraut gemacht werden. Auch in Programmen wie dem Girls Day oder Förderprogrammen für Frauen in MINT-Fächern (Mathe, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) sollen sie Einblicke in Berufsfelder bekommen, zu denen der Zugang sonst erschwert ist.
- 280 • Der aktuell verfolgte Ansatz der schnellstmöglichen Erfassung von schulischen und beruflichen Kenntnissen ist richtig. Die Anfänge, die mit den Integration Points in NRW geschaffen wurden, müssen schnellstmöglich flächendeckend umgesetzt werden. Zentral ist, dass das Arbeits- und Bildungsprofil von Fachleuten durchgeführt wird. Alle Menschen, die zu uns kommen, müssen dabei gleich behandelt werden. Eine Bestenauslese ist ebenso inakzeptabel wie die Qualifikationserfassung durch Nicht-Fachleute. Im Zusammenhang mit
- 285 der Erfassung beruflicher und schulischer Qualifizierung muss eine vereinfachte Anerkennung (von Abschlüssen etc.) erfolgen – damit allen Einwander*innen zielgerichtete Angebote gemacht werden können.
- 290 • Wir brauchen konkrete Schritte, um schnellstmöglich eine flächendeckende Ausbildungsumlage durchzusetzen: Seit Jahren sind die angebotenen Ausbildungsplätze rückläufig – sogar in vielen wirtschaftlich erfolgreichen Regionen. Gleichzeitig klagen Unternehmensverbände und Betriebe abstrakt über angeblichen „Fachkräftemangel“. Tatsächlich werden wirtschaftliches Wachstum in Boom-Branchen sowie die Auswirkungen des demografischen Wandels in den nächsten Jahrzehnten zu einem hohen Arbeits- und
- 295 Fachkräftebedarf führen. In der aktuellen Situation tun die Unternehmen aber alles andere, als sich für ihren zukünftigen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu rüsten. Sie akkumulieren lieber kurzfristige Gewinne als für die Zukunft gute Ausbildungsplätze und Weiterbildungsstrukturen zu schaffen. Weil die kapitalistische Akkumulationslogik – in eigentlich selbstzerstörerischer Manier – Zukunftsinvestitionen systematisch vermeidet,
- 300 müssen gewerkschaftlicher Arbeitskampf und politische Initiativen der Sozialdemokratie eine gesellschaftlich verantwortliche Lösung erstreiten: Durch die schrittweise Einführung regionaler Ausbildungsumlagen, die alle Betriebe in die organisatorische und finanzielle Verantwortung für die vor Ort gesellschaftlich notwendigen Ausbildungsplätze zwingen, kann bei der Berufsausbildung das Gemeinwohl gegenüber kurzfristigen Profitinteressen die
- 305 Oberhand behalten.
- 310 • Wir müssen Kapazitäten massiv ausweiten: Eine Einwanderungsgesellschaft kann sich keine Behörden leisten, die häufig mehr als ein Jahr brauchen, um Menschen einen Aufenthaltsstatus zu gewähren, der ihnen ermöglicht, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Deswegen müssen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), in den Landes- und kommunalen Behörden sowie Arbeitsagenturen und Jobcentern viele neue Stellen geschaffen werden, um Menschen schnell zu versorgen: mit Dokumenten, zielgerichteten Informationen, zugeteilten Sprach- und Integrationskursen.
- 315 • Unserer wohlhabenden Gesellschaft ist es absolut unwürdig, aktuell mehr als einer Million Langzeitarbeitslosen keine Perspektive anzubieten. Weil die Steuerungsfähigkeit des allgemeinen Arbeitsmarktes gerade in einem offenen Einwanderungsland nicht ausreichen

wird, um den beruflich aktuell ausgeschlossenen Menschen eine Perspektive zu bieten, brauchen wir endlich einen sozialen Arbeitsmarkt. Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene muss die Politik gemeinsam mit der Zivilgesellschaft – mit Gewerkschaften, NGOs, gemeinnützigen Unternehmen, Vereinen etc. – gesellschaftliche Arbeitsfelder definieren, in denen wertvolle Arbeit vom Markt nicht geleistet werden kann. Um diese Aufgaben zu erfüllen, müssen würdige soziale Arbeitsplätze geschaffen werden, die Menschen einen Neustart mit Perspektiven ermöglichen. Entsprechende Konzepte müssen schnellstens erarbeitet werden. Finanzielle Mittel sind von öffentlichen Programmen zu gewährleisten.

- Eine demografisch tendenziell schrumpfende Wohlstandsgesellschaft kann sich keine jungen Menschen leisten oder wünschen, die keinen guten Platz im Arbeitsleben finden oder im Bildungssystem keine Chance sehen. Neben den zu schaffenden regionalen Ausbildungsumlagen, deren Schritt-für-Schritt-Realisierung etwas Zeit braucht, muss die öffentliche Hand schnelle Zusatzangebote ermöglichen, um den Weg in selbstbestimmte Berufstätigkeit zu unterstützen. Das erfolgreiche neue Übergangssystem „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KaoA) in NRW sollte dafür massiv ausgebaut werden.

Bildung als Menschenrecht verwirklichen – Systeme öffnen und flexibilisieren!

Für alle Menschen führt der Weg in ein selbstbestimmtes Leben über Bildung. Ein demokratisches Einwanderungsland muss dem Menschenrecht daher höchste Priorität geben. Es geht um Allgemein- wie Fachwissen, die Selbstverwirklichung der Menschen und ein tieferes Bewusstsein einer demokratischen Gesellschaft. Dass Bildung dabei auch die Arbeitstätigkeit in einer hochprofessionalisierten, durchrationalisierten Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht, ist nur eine Teilfunktion der Bildung.

Strukturell gilt für das gesamte Bildungssystem, was für den Teilbereich der beruflichen Bildung bereits ausgeführt wurde: Ein offenes Einwanderungsland muss die dauerhaft vorgehaltenen Kapazitäten massiv ausbauen.

Wir fordern:

- Der Trend, Schulen zu schließen und Lehrer*innenstellen höchstens auf unterem Niveau zu stabilisieren, muss umgekehrt werden. Die Einstellung neuer Lehrer*innen und pädagogischer sowie verwalterischer Fachkräfte darf nicht an leeren Kassen scheitern. Deswegen muss das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik schnellstmöglich aufgehoben werden, damit der Bund Geld für Stellen zur Verfügung stellen kann.

- Das Erlernen von Sprache ist elementar. Deshalb müssen auch die Schulen nachrüsten: Deutsch als Zweit-/Fremdsprache muss zu einer echten Lehramtsbefähigung aufgewertet und zu einem vollwertigen Lehramtsfach in der Lehrkräfteausbildung aufgebaut werden. Außerdem müssen Schulen die durchgängige Sprachbildung als verpflichtenden Bestandteil aller Fächer ansehen.

- Mehr Lehr- und andere Fachkräfte werden sowohl an allgemeinbildenden, berufsbildenden und Volkshochschulen gebraucht. Wichtig ist, dass politisch das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ von Anfang an Gültigkeit besitzt: Es ist nicht hinnehmbar, wenn die fachqualifizierte Sprachvermittlung durch prekäre Beschäftigung gewährleistet wird.

- Die in den Schulen eingerichteten Willkommensklassen für geflüchtete Kinder und

370 Jugendliche müssen auf die individuellen Erfahrungen, die die Schüler*innen von der Flucht mitbringen, eingehen können und dürfen deshalb eine maximale Größe von 12 Schüler*innen haben.

375 • Die kommunalen Erfahrungen zeigen: Gerade Einwander*innen, die vor Krieg, Not und Elend geflohen sind, finden bei uns meistens ein längerfristigeres Zuhause – auch dann, wenn ihnen offiziell kein dauerhafter Aufenthaltstitel gewährt wurde. Deswegen dürfen Fragen des Status- bzw. Aufenthaltstitels nicht mehr darüber entscheiden, wer bei uns Zugang zu Bildung und Arbeit bekommt. Die wichtigste Schlussfolgerung: Alle Einwander*innen müssen von Anfang an einen Rechtsanspruch auf deutschen Sprachunterricht haben. Das heißt auch: Alle Asylbewerber*innen müssen das Recht auf einen Integrationskurs vor der Anerkennung haben, da die Zeit von der Ankunft in Deutschland bis zur ihrer Anerkennung 380 sinnvoll gestaltet werden muss. Wenn die Perspektivlosigkeit erst einsetzt, ist es schwierig die Menschen wieder zu motivieren. Durch den schnelleren Zugang zu Sprach- und Integrationskursen sind die Menschen sechs bzw. neun Monate beschäftigt und können in der Zeit die deutsche Sprache zu erlernen, damit im Anschluss ein aufbauender Kurs besucht werden kann. Jedoch fehlen Kurse, die über einen B1 Abschluss hinaus gehen. Ausbildungen 385 und ein Studium kann erst bei einem Sprachniveau von B2 / C1 begonnen werden. Je früher die Menschen die Chance bekommen die Sprache zu erlernen, desto schneller können sie nach ihrer Anerkennung in den Arbeitsmarkt integriert werden. So lässt sich vermeiden, dass Einwander*innen, die fachlich mehr können aber die deutsche Sprache nicht beherrschen, als Hilfskräfte eingesetzt werden.

390 • Die Vernetzung zwischen den Kommunen und den Sprach- und Integrationskursanbieter*innen muss verbessert werden. Die Integrationskurse dürfen nur von Pädagog*innen durchgeführt werden, sodass die Qualität der Kurse mehr oder weniger gleich ist. Es müssen jedoch allgemeine Standards für Lehrkräfte für alle anderen Kurse erstellt 395 werden.

• Gerade jungen Menschen, die zu uns kommen, müssen wir mehr Bildungschancen und flexible Einstiege ermöglichen. Um Bildungsabschlüsse nachzuholen und an Hochschulen einen Einstieg zu finden, müssen sie einen einfachen Zugang zum BAföG-System 400 bekommen. An Hochschulen und Berufsschulen müssen zudem flexible Einstiegsprogramme für Neuankömmlinge geschaffen werden. An Berufsschulen fängt dies damit an, dass Geflüchtete zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr bundesweit eine gesetzliche Zugangsberechtigung brauchen. An Hochschulen soll ein modularisiertes, teils anrechenbares Zusatzprogramm zur Sprachvermittlung und Institutionenlehre angeboten werden.

405 • Bildungspolitik beginnt in der Kindertagesstätte. Wir brauchen Investitionen in frühkindliche Bildung. Dafür brauchen wir ein Bundesprogramm zur Schaffung neuer Kita-Plätze und zur Einstellung weiterer Erzieher*innen. Für Erzieher*innen müssen Weiterbildungsangebote zur Sprachvermittlung und zum Umgang mit traumatisierten 410 Kindern geschaffen werden.

Integration gibt es nur vor Ort – Starke Kommunen statt Privatisierungen kommunaler Aufgaben an das Ehrenamt!

415 Praktisch ist Integration ein Thema des nahen sozialen Umfelds. Deshalb ist auch keine politische Ebene so wichtig wie die Kommune. Von der Erstunterkunft bis zur strategischen Stadtplanung haben die Kommunen die Möglichkeit, Ghettoisierung und

Parallelgesellschaften zu verhindern. Über den Bau und die Unterhaltung von Schulen und die kommunale Wirtschaftsförderung wird in den Kommunen mitentschieden, ob
420 Einwander*innen eine Aufstiegsperspektive finden. Und in den Kommunen wird das Ehrenamt koordiniert.

Über die ehrenamtliche Arbeit entstehen persönliche Kontakte und Freundschaften, die den Schlüssel zur Integration der Geflüchteten darstellen. Wo wäre ist man besser integriert, als in
425 Mitte von Freund*innen? Im gesamten Bundesgebiet haben sich im vergangenen Jahr Freiwillige um Hilfsorganisationen oder autonom organisiert. Sie haben ein Netz an Hilfsangeboten geschaffen, das von der Begleitung bei Behördengängen über Kleiderkammern und Sprachkurse, bis hin zu Fahrdiensten und Sozialberatung reicht. Der
430 Hauptteil der ehrenamtlich Tätigen investiert dabei fünf bis zehn Wochenstunden in die Arbeit mit Geflüchteten.

Diese Hilfsbereitschaft ist beispielhaft und bewundernswert, allerdings darf vor dem Hintergrund dieser positiven Entwicklung die Rolle des Staates nicht vernachlässigt werden. Es ist aus unserer Sicht Kernaufgabe des Staates, Migrationsbewegungen zu steuern und zu
435 integrieren. Fehlende Strukturen, undurchsichtige bürokratische Hürden und lange Wartezeiten, welche die Notwendigkeit einer so großen zivilgesellschaftlichen Unterstützung erst erforderlich gemacht haben, dürfen nicht als billige Lösung dienen. Ehrenamtliche Strukturen können nicht der kostenlose Ersatz für staatliche Integrationsmaßnahmen sein. Die
440 urstaatlichen Aufgaben der Integrationspolitik dürfen nicht privatisiert werden. Stattdessen muss der Staat durch die Schaffung von hauptamtlichen Stellen die ehrenamtliche Struktur stützen. Denn aus sozialdemokratischer Sicht bedeutet die Unterstützung des Ehrenamtes gleichzeitig eine Stärkung des Ehrenamtes.

445 Wir fordern:

- Gute Arbeit vor Ort gibt es nur in starken Kommunen. Damit die Kommunen ihre Integrationsarbeit leisten können, brauchen sie finanziellen Spielraum. Da die Integration die elementare Aufgabe der Kommunen in der Einwanderungs- und Asylpolitik ist, müssen alle
450 anderen Kosten von Bund und Land übernommen werden.

- Ehrenamtlichkeit darf nicht Hauptamtlichkeit ersetzen. Wir wollen einen starken Staat, der seine Aufgaben nicht privatisiert oder in ehrenamtliche Hände gibt. Trotzdem ist die ehrenamtliche Geflüchtetenhilfe ein wichtiger Baustein im Integrationsprozess. Doch statt
455 Personen wollen wir Projekte fördern, denn Ehrenamtlichkeit ist auf gute Bedingungen angewiesen. Deshalb wollen wir auch keine Sozialgeschenke für Ehrenamtliche, die das Ehrenamt in der Geflüchtetenhilfe einseitig honorieren, sondern breit die finanzielle Ausstattung der einzelnen Projekte stärken. Ehrenamtliche Hilfe ist nicht bezahlbar. Die Bedingungen, unter der sie stattfinden muss, aber schon. Gerade im Bereich des
460 Versicherungsschutzes von ehrenamtlichen Kräften muss mehr Aufklärung und Hilfe von staatlicher Seite betrieben werden. Oft sind die bürokratischen Hürden hier sehr hoch, sodass interessante und wichtige Projekte bürgerlichen Engagements scheitern.

- Wir wollen Verwaltungsstrukturen schaffen, die ehrenamtliche Arbeit vernetzen und ausbauen. Über Ehrenamtskoordinator*innen und Quartiersmanager*innen sollen unter
465 demokratischer Mitwirkungen der Bürger*innen soziale Strukturen im Stadtteil wiederbelebt werden. Die oder der Ehrenamtskoordinator*in soll einen Budgetrahmen für Miniprojekte verwalten und für ehrenamtliche Arbeit ansprechbar sein, um Projekte zu vernetzen oder in

rechtlichen Fragen weiterhelfen zu können. Damit die Arbeit aber auch vor Ort im Stadtteil ankommt, sind Quartiersmanager*innen notwendig, die als eine Verwaltungsaußenstelle im Stadtteil agieren. Sie sollen die Bewohnerschaft im Quartier vernetzen und unterschiedliche Interessengruppen und lokale Akteure im Mitwirkungsprozess einbinden. Durch Orte der Begegnung kann so ein Miteinander besonders in problematischen Stadtteilen entstehen, wo andere Sozialstrukturen, wie beispielsweise Vereine oder Kirchen, weggebrochen sind. Durch wechselnde, mobile Angebote sollen zudem die Beteiligungshemmschwelle möglichst niedrig gehalten werden. Um die Kommunen bei der Finanzierung solcher Stellen nicht alleine zu lassen, wird ein Landesprogramm zur Unterstützung benötigt.

- Gerade in den Kommunen stoßen viele Öffentlich Bedienstete an ihre Belastungsgrenze. Kommunale Verwaltungen dürfen bei immer mehr Aufgaben personell nicht mehr an der Unterkannte besetzt sein. Starke Kommunen gibt es nur mit einer Stärkung des Öffentlichen Dienstes. Es muss eine ausreichende Betreuung und Hilfestellung für Asylbewerber*innen sichergestellt werden. Diese kann nur geleistet werden, wenn das Verhältnis eine Sozialarbeiter*in / eine Verwaltungsfachkraft für 60 Asylbewerber*innen nicht überschreitet.

- Vereine aus Kultur und Sport leisten eine hervorragende Integrationsarbeit. Unterstützungen wie die unbürokratische Einmalförderung über 500 Euro des Landes NRW an Sportvereine, die Projekte mit Geflüchteten initiieren, haben die Vereine darin unterstützt, Startgelder zu finanzieren oder die sportliche Erstausrüstung bereit zu stellen. Solche Unterstützungen gilt es fortzuführen und auszubauen.

- Die Aufgabe der Integration wird essentiell von der Frage der Unterbringung bestimmt. Zentrale Unterbringung in Massenunterkünften fördert die Exklusion von Geflüchteten, da nahezu keine Kontakte zur ansässigen Bevölkerung bestehen. Dabei ist aber auch zu beachten, dass der Kontakt zu anderen Geflüchteten für die Bewältigung von Traumata, aber auch des Alltags förderlich sein kann.

- Wer dezentrale Unterbringung fordert, muss dann aber konsequenterweise auch Mobilität garantieren. Wir brauchen einen ÖPNV, der auch außerhalb der Zentren für eine gute Mobilität sorgt und der für Geflüchtete über vergünstigte Angebote wie Sozialtickets attraktiv wird.

- Frauen machen ein Drittel aller Geflüchteten aus und trotzdem gibt es für sie in vielen Unterbringungen weder Rückzugsräume noch getrennte Sanitäranlagen. Gerade für Frauen, die schon auf der Flucht sexualisierte Gewalt erfahren haben, sich vor Ort in Situationen befinden, die Schutzräume verlangen oder für Frauen, die zum Stillen ihrer Säuglinge Ruhe brauchen, sind diese Verhältnisse unzumutbar. Gewaltschutzkonzepte wie zum Beispiel das des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sollen in allen Erstaufnahmeeinrichtungen eingerichtet werden. Die Positionierung gegen Gewalt soll nicht nur im Leitfaden der Unterkunft verankert und damit für alle Bewohner*innen verpflichtend sein, sondern auch Mitarbeiter*innen sollen für genderspezifische Probleme wie sexualisierte Gewalt und Diskriminierung sensibilisiert werden. Des Weiteren bedarf es eines flächendeckenden und sichtbaren Beratungsangebotes für Frauen, das Themen wie sexualisierte Gewalt, aber auch Arbeitssuche, Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf behandelt.

- Sexuelle Orientierungen und queere Identitäten können ein Fluchtgrund sein. Viele lesbisch, schwule, bisexuelle, transsexueller, transgender oder intersexuelle Menschen werden in ihren Heimatländern deshalb verfolgt und suchen jetzt Schutz. Aber auch für sie fehlt es in

520 Unterkünften an Schutzräumen, sensibilisierten Personal und Beratung. Auch in Unterkünften in Deutschland kommt es durch Personal zu Diskriminierung oder durch homophobe Einstellungen der DolmetscherInnen zu verhindertem Asyl. Für Geflüchtete mit LSBTTI*-Hintergrund müssen ebenfalls Gewaltschutzkonzepte in Einrichtungen etabliert werden.

525 • Ein Wohnsitzauflage löst das Problem von Ghettoisierung nicht. Im Gegenteil: Menschen in strukturschwache Regionen abzuschieben generiert erst recht Perspektivlosigkeit und schafft Desintegration und Parallelgesellschaften. Stattdessen wird ein gezieltes Investitionsprogramm in kleinere und mittlere Kommunen zur Schaffung von Arbeits- und Integrationsangeboten benötigt, damit besonders diese Kommunen für Einwander*innen attraktiv werden.

530 Für eine neue Ära des Sozialen Wohnungsbaus

535 Die erfolgreiche Geschichte des öffentlichen Wohnungsbaus in der Bundesrepublik hat ein jähes Ende gefunden, als in den 1980er Jahren mit dem neoliberalen Wandel der Wirtschaftspolitik die erfolgreichen Programme aus ideologischen Gründen eingestellt wurden. Heute spüren wir die Folgen: Bis 2020 müssen jährlich zirka 140 000 Wohnungen gebaut werden, um der steigenden Nachfrage nach Wohnraum vor allem in Ballungs- und Universitätszentren zu begegnen. Davon sind 80 000 Sozialwohnungen und 60 000 Wohneinheiten im „bezahlbaren Preissegment“ zu bauen.

540 Dabei gibt es jedoch starke Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen je nachdem ob unterm Strich mehr Menschen zu- oder wegziehen. Folglich gibt es nicht eine einheitliche Lösung, die für alle passt. Idealerweise sollte die öffentliche Hand deshalb ein mehr als ausreichendes Angebot vorhalten und Leerstand als Puffer nicht kritisch gesehen werden. Jedenfalls erscheint dieser nicht so kritisch, wie die akute Wohnungsnot oder
545 Kaufkraftverluste bei Arbeitnehmer*innen infolge rasant steigender Immobilienpreise. Wichtig ist die Erschließung neuen Baulands und vor allem die Verhinderung von Schweinezyklen, also Zeitverzögerungen bei der Anpassung des Angebots an den Markt. Der Mangel an sozialem Wohnraum ist vor allem aus dem Grund entstanden, weil die öffentliche Hand in den letzten 30 Jahren dazu tendierte, sich prozyklisch zu verhalten, also die
550 Marktentwicklungen zu duplizieren. Sie hat in Krisenzeiten zur kurzfristigen Haushaltskonsolidierung kommunale Wohnungen verkauft, als die Preise im Keller waren. Nun, wo die Mietpreise in die Höhe geschossen sind, rückt die Rekommunalisierung der Wohnungswirtschaft wieder auf die Tagesordnung.

555 Die Pleite der gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat“-Wohnungsgesellschaft im Jahre 1989 war ebenso ein Schlag für das Ziel langfristig günstigen Wohnraum bereitzustellen.

560 Freie Wohnungsmärkte verhalten sich aufgrund des Zustroms von spekulativem Kapital stark prozyklisch. Sobald an einem bestimmten Ort steigende reale Nachfrage prognostiziert wird, tritt ein spekulativer Herdentrieb ein. Kapital fließt zu und auf einen Schlag wird eine große Anzahl an Luxuswohnungen in Auftrag gegeben, weil diese Projekte die größte Profitmarge versprechen. Die Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnbestand kommt in dieser Phase zu kurz. Deshalb muss die öffentliche Hand im Bereich des sozialen Wohnungsbau wieder handlungsfähig werden. Ein wichtiger Indikator ist hierbei, ob es bei einem gegebenen
565 Angebot und einer gegebenen Nachfrage für Antragsteller*innen möglich ist, in angemessener Zeit eine Wohnung anmieten zu können. Der entscheidende Vorteil von Antragsfristen als Gleichgewichtsindikator anstatt Preisen liegt in folgendem Zusammenhang

begründet: Wenn der Staat Wohnraumangebot und Wohnraumnachfrage ausgleichen soll, dann fällt so die Rolle der Spekulationskasse der Anleger*innen weg. Oder mit anderen
570 Worten: Steigende Nachfrage zieht kein spekulatives Kapital an, weil Wohnungen in der staatlichen Wohnraumverwaltung nicht mit Geld erworben werden, sondern per Antragsstellung. Nicht mehr die Preisentwicklung ist der Indikator dafür, ob Angebot und Nachfrage in einem Gleichgewicht zueinander stehen, sondern die Frist zwischen Antragsstellung und Antragsbewilligung.

575

Wir fordern:

- Die Privatisierung öffentlicher Wohnungssubstanz zur kurzfristigen Bausubstanz ist zu vermeiden. Mittelfristig muss auch eine Rekommunalisierung von Wohnungseigentum das
580 Ziel sein. Instrumente sind öffentliche Wohnungsgesellschaften. Auch im sozialen Wohnungsbau gilt, dass soziale Teilhabe am besten gegen steigende Mieten schützt. Deshalb unterstützen wir insbesondere genossenschaftliche Wohnungsbaumodelle. Bei der Erweiterung des sozialen Wohnungsbestandes ist auf Barrierefreiheit und demografiefeste Baussubstanz zu achten.

585

- In Bedarfsregionen sind Mittel und Wege zu berücksichtigen, wie auch neues Land erschlossen werden kann.

- Mittels geeigneter Indikatorenmodelle ist die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in
590 verschiedenen Regionen zu prüfen. Hier ist nicht etwa nur die ortsübliche Miete oder der Grundstückspreis ein Thema, sondern es müssen auch Tests durchgeführt werden, ob es für Menschen in prekären Situationen möglich, an bezahlbarem Wohnraum zu kommen. Geeignete Indikatorenmodelle können zum Beispiel auf Antragsfristen basieren, die mittels Testanmietungen ermittelt werden.

595

- Puffer: Grundsätzlich gilt ein Richtwert, dass – regional differenziert - 30 Prozent der neugebauten Wohnungen im 5-Jahresmittel dem öffentlichen sozialen Wohnungsbau zugerechnet werden müssen.

600 Wehrhafte Demokratie – Keinen Meter den Rechten!

Integration heißt, einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen. Dafür brauchen wir eine neue Diskussion über die Werte unserer demokratischen Gesellschaft. Das betrifft nicht nur Menschen, die neu zu uns kommen, sondern vor allem auch viele Menschen, die
605 schon lange hier leben.

Die Demokratie war seit Bestehen der Bundesrepublik wohl noch nie in einer solchen Gefahr wie heute: Rechte Meinungen verfassungs sich immer weiter in der Mitte der Gesellschaft, rechte Gewalt gehört mehr und mehr zur Tagesordnung und eine rechte Partei wird in den
610 Parlamenten immer einflussreicher. Statt Diskussionen über „sichere Herkunftsländer“ brauchen wir eine Diskussion über Deutschland als sicheres Ankunftsland.

Für uns ist klar: Sozialdemokratische Politik wird sich von der Zunahme rechter Meinungen nicht erpressen lassen. Wir stehen klar zu einer liberalen, offenen und multikulturellen
615 Gesellschaft und wir werden kein Stück zurückweichen von unserer Haltung zu einem vereinten und friedlichen Europa. Wir werden für die Demokratie kämpfen.

Das bedeutet auch Menschen, die den Glauben an die Demokratie verloren haben, zurückzugewinnen. Menschen, die aus welchen Gründen auch immer den Glauben an die Demokratie verloren haben, zurückzugewinnen, heißt aber ausdrücklich nicht, sich in die Arenen der Rechten zu begeben. Es gibt keine berechtigten Ängste vor Überfremdung. Wer sich so auf die Sprache und Narrative der Rechten einlässt, stärkt sie damit nur.

Stattdessen brauchen wir eine eigene Vision einer starken und offenen Integrationsgesellschaft, eine Erneuerung des sozialdemokratischen Aufstiegsversprechens. Der Dreiklang unseres Kampfes gegen Rechts lautet: Investitionen in Aufstiegsperspektiven, Demokratie lernen bedeutet Demokratie zu leben und keinen Platz für menschenfeindliche Thesen.

Wir fordern:

- Zu guter Schulpolitik gehört guter Demokratieunterricht. Oft mangelt es bei den Schüler*innen und späteren Erwachsenen an Grundkenntnissen über das demokratische System, weil Politik- oder Sozialwissenschaftsunterricht oft als erstes gekürzt oder fachfremd unterrichtet werden. Hier brauchen wir dringend ein Umdenken in der Bildungspolitik und eine Stärkung der Gesellschaftswissenschaften um ethische Diskurse erlernen und führen zu können. In NRW war es die schwarz-gelbe Landesregierung, die mit ihrer G8-Schulreform an Gymnasien die Mittelstufe gekürzt und damit in erster Linie den gesellschaftskundlichen Unterricht geschwächt hat. Die Erziehung zur mündigen Bürger*in und nicht die Vorbereitung auf die eigene wirtschaftliche Verwertbarkeit muss das Kernziel schulischer Bildung sein.

- Demokratiekompetenz muss fächerübergreifend gefördert werden. Wirtschaftsunterricht beispielsweise darf nicht normative Diskussionen vernachlässigen und die eigene wirtschaftliche Situation alternativlos erscheinen lassen.

- Die antirassistische und antisexistische Wertevermittlung sollte dabei ebenso im Fokus stehen, wie eine Vermittlung demokratischer Praxis inner- und außerhalb des Unterrichtes. Das Landesprogramm „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist dabei ein guter Ansatzpunkt, muss aber weiterentwickelt werden, da hier keine Kontrollmechanismus des Programmauftrages nach Erteilung des Schultitels bestehen.

- Demokratie lernen heißt in erster Linie, Demokratie anzuwenden. Partizipation von Schüler*innen an Entscheidungen der Schule muss eine Leitlinie aller Schulen sein. Deshalb ist eine konsequente Umsetzung der Drittelparität unerlässlich, um Schüler*innen-Vertretungen das Mitbestimmungsrecht der Schüler*innen an Schulen institutionell zu verankern.

- Gendersensible Wertevermittlung muss für unsere gesamte Gesellschaft verstärkt werden. Durch sexistische Werbung in Medien oder abwertende Sprüche auf dem Schulhof, in denen Frauen lediglich ein Objekt darstellen, wird heranwachsenden Jungen ein Frauenbild vermittelt, das eindimensional, abwertend und alle andere als gleichgestellt ist. Für eine gendersensible und emanzipative Wertevermittlung muss das Bildungssystem eine tragende Rolle spielen.

- Es braucht dringend eine Reform des Wahlrechtes um möglichst viele Menschen an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Wer in Deutschland lebt, der muss auch kommunal

mitbestimmen dürfen. Außerdem treten wir für eine Absenkung des Wahlalters auf allen Ebenen auf 16 Jahre ein, damit diejenigen früh mit ihren demokratischen Rechten und
670 Pflichten in Berührung kommen, die später mit politischen Entscheidungen leben müssen.

• Nirgendwo ist unsere demokratische Gesellschaft so lebendig und erfahrbar wie in der Vereinslandschaft. Sie bilden den wirksamsten Schutz gegen antidemokratische Strukturen. Der Staat darf sich dabei aber nicht aus seiner Verantwortung verabschieden: Es war wichtig,
675 dass die Bundesfördermittel im Programm „Demokratie leben“ für kommunale Projekte und Initiativen gegen Rechtsextremismus verdoppelt wurden, aber es braucht dort auch eine langfristige Finanzierungsperspektive. Die Etablierung von demokratischen Netzwerken vor Ort dauert Jahre und darf nicht dem Wohlgefallen wechselnder Regierungskonstellationen ausgesetzt werden.

680 • Besonders stark tritt der öffentliche Hass in sozialen Netzwerken zu Tage. In Postings, Kommentaren oder Blog-Beiträgen werden vermehrt Menschen oder Menschengruppen angegriffen, beleidigt oder bedroht. Dieser unregulierte Hass tritt nicht mehr nur in eher geschlossenen Räumen wie Foren oder Online-Chats auf, sondern auch in aller Öffentlichkeit
685 auf Twitter oder den Pinnwänden bei Facebook. Die gefühlte Anonymität der einzelnen Teilnehmer*innen führt zu einer vollkommenen Entgrenzung des Hasses und jegliche Hemmungen fallen. Der Hass wird jedoch nicht mehr nur unter Pseudonymen geteilt, sondern immer mehr unter den Klarnamen der jeweils Beteiligten. Diskussionen werden durch einen fehlenden direkten Kontakt zum Gegenüber entmenslicht und entgrenzt. Die Hass-Postings
690 übertreten hierbei häufig die Grenzen der Meinungsfreiheit. Straftatbestände der Beleidigung, Volksverhetzung oder gar das Anstiften zu Straftaten sind anzutreffen. Obwohl hier eine klare Verletzung von geltendem Recht auftritt, unternehmen die Betreiber der Portale, etwa Facebook oder Twitter, nichts gegen diese Vorkommnisse. Die Unternehmen ziehen sich häufig hinter der Argumentation zurück, dass die Beiträge in ihrem Herkunftsland (den USA)
695 nicht illegal sind. Auch nach einer Meldung der Postings durch Nutzer wird nichts unternommen. Das rechtliche Mittel der Anzeige ist bei der Masse der Gesetzesverstöße mühselig und langwierig. Im Internet gelten die gleichen Gesetze wie in der analogen Welt. Soziale Netzwerke sind mit öffentlichen Räumen gleichzusetzen. De facto sind Äußerungen, die auf diesen Plattformen getätigt werden, mit Äußerungen in der analogen Öffentlichkeit
700 gleich. Aus diesem Grund müssen sie auch gleich und konsequent verfolgt werden. In der Öffentlichkeit muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass es auch in sozialen Netzwerken eine Grenze zwischen Meinungsäußerungen und Straftaten gibt. Ein leichteres Anzeigen von online begangenen Straftaten kann hierbei ein erster Schritt sein. Es müssen aber auch die Betreiber der Netzwerke verstärkt in die Pflicht genommen werden. Sie müssen
705 dazu gedrängt werden, dass bei Meldungen oder Löschanträgen das nationale Recht beachtet wird. Ein Zurückziehen hinter das nationale Recht des Herkunftslandes darf hierbei keine Ausrede mehr sein. Eine Lösung kann es nur europäisch geben.

• Dem Problem des Rechtsterrorismus wird zu wenig Beachtung geschenkt. Die
710 verschiedenen Landes- und Bundesbehörden des Verfassungsschutz müssen das Problem ernster nehmen und ihre polizeiliche Arbeit in dem Bereich verstärken. Dazu muss Politik die Koordination von Zuständigkeiten des Verfassungsschutzes über Landes- und Ländergrenzen verbessern und die personelle Unterbesetzung bei der Polizei und im Staatsschutz angehen.

715 Die vor uns liegenden Aufgaben sind groß und die politischen Debatten, die wir darüber führen müssen, werden schwierig. Aber es ist umso wichtiger: Die Zukunft Deutschlands und die Zukunft Europas darf nicht die Abschottung sein. Wir wollen eine offene, eine mutige,

eine gerechte und eine zukunftsfähige Gesellschaft. Deshalb werden wir kämpfen: Für eine gute Zukunft statt Grenzen.

*Antragsbereich S/ **Antrag 8***

Kreisverband Minden-Lübbecke

Weichen stellen für die Zukunft - Mehr Demokratie und mehr Gerechtigkeit wagen!

(Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017)

5 Wir leben in einer Zeit großer Umbrüche: Die Wirtschaft steht mit der Digitalisierung vor der größten Transformation unserer Zeit, die Welt erlebt mit Terrorismus, Kriegen, bitterer Armut und dem Klimawandel eine ganze Reihe unüberschaubarer Krisen, mehr als 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. All diese Entwicklungen bergen große soziale Risiken und eine schlüssige Antwort auf diese Risiken wird schmerzlich vermisst.

10 Auf der anderen Seite stellen wir fest: Wir leben in einem extrem reichen Land, einer relativen Wohlstandsregion Europa, einer in den letzten Jahren durchaus vermögender gewordenen Welt. Wir leben seit inzwischen über 75 Jahren in einem ganz überwiegend friedlichen Europa, in dem Menschenrechte, Demokratie und persönliche Freiheiten eine historisch bisher nie dagewesene Lebensqualität für viele Menschen bieten. Die Möglichkeiten menschlichen Fortschritts sind auch global größer geworden: Neue
15 Technologien und Ideen haben das Potential, das Lebens aller Menschen auf unserem Planeten menschenwürdig zu gestalten und nachhaltige Wirtschaftskreisläufe zu etablieren, die mit den natürlichen Systemen kompatibel sind.

20 Nur gilt für Deutschland, Europa und die Welt: Vermögen und Einkommen verteilen sich extrem ungerecht, die Schere zwischen Vermögenden und Superreichen auf der einen Seite und einem gesellschaftlich und finanziell abgehängten Prekariat wird immer größer.

25 Dazwischen befindet sich in den alten Industrienationen des Westens, aber auch in den aufholenden Wachstumsregionen der Welt eine Mittelschicht, der ein weiterer Aufstieg versperrt scheint und in der reale gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Abstiegsängste zu Abwehrreflexen gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen und Migration führen.

30 Die zunehmende Ungleichheit bei uns, aber auch global, wird somit zum größten Hindernis für die Ausschöpfung der Potentiale unserer Zeit und verstellt damit den Weg für weiteren humanitären Fortschritt. Sie ist auch die primäre Ursache für zahllose globale Krisen und Konflikte und damit für Krieg und Gewalt.

35 In diese Zeit fallen im Jahr 2017 mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und der Bundestagswahl zwei Entscheidungen, die richtungsweisend dafür werden können, wohin sich unsere Gesellschaft bewegt. Umrahmt werden diese Wahlen von einem europaweiten Trend des Erstarkens nationalistischer und fremdenfeindlicher Parteien.

40 Die Demokratie wird von zwei Seiten gleichzeitig attackiert: Seit sich in den 1980er Jahren der Neoliberalismus als wirtschaftspolitisches Dogma durchgesetzt hat, wird der Staat

zunehmend aus der Verantwortung gedrängt. Das Ergebnis spüren wir in Bund, Ländern und Kommunen: Die oberste Maxime und geradezu zum Selbstzweck ist das Sparen geworden. Politische Gestaltungsmöglichkeiten und vor allem eine ausgleichende, absichernde und damit integrierende Rolle des Staates geraten damit zunehmend aus dem Fokus. Politische
45 Gestaltungsmöglichkeiten werden zunehmend privatisiert. Die Folge ist ein dramatisches Auseinanderdriften der Gesellschaft. Auf allen Ebenen von Politik und Administration sind die Folgen des Neoliberalismus zu spüren: In einer Hochgeschwindigkeitswirtschaft bleibt kaum Platz für einen gesellschaftlichen Diskurs über richtungsweisende Entscheidungen. Demokratisch gewählte Gremien schrumpfen zur Begleitmusik und die Politik wird in
50 Chefetagen, Aufsichtsräten oder Verbänden gemacht. Der politische und damit öffentliche und transparente Diskurs wird so immer weniger zur Grundlage von gesellschaftlichen Entscheidungen.

Gleichzeitig gerät die Demokratie unter den Druck des europaweiten Rechtsrucks. Alle
55 nationalistischen Parteien haben einen stark autoritären Politikstil und sind gesellschaftspolitisch rückwärtsgewandt. Die großen Errungenschaften, die die demokratischen Gesellschaften in den vergangenen Jahrzehnten erkämpft haben, drohen wieder zurückgedreht zu werden.

60 Wir werden das nicht zulassen!

Wir wenden uns aktiv gegen rechtspopulistische Parteien, wir stehen klar zu einer liberalen, offenen und multikulturellen Gesellschaft und wir werden kein Stück zurückweichen von unserer Haltung zu einem vereinten und friedlichen Europa. Wir werden für die Demokratie
65 kämpfen!

Das bedeutet auch Menschen, die den Glauben an die Demokratie verloren haben, zurückzugewinnen. Das bedeutet aber ausdrücklich nicht, sich in die Arenen der Rechten zu begeben. Wer sich auf die Sprache und Narrative der Rechten einlässt, stärkt sie damit nur.
70

Deshalb geht es bei den Wahlen 2017 für uns ganz elementar darum, die Gesellschaft zukunftsfähig zu machen und ihre Integrationsfähigkeit wieder zu stärken. Wo andere gedanklich und in ihren Taten in der Vergangenheit hängen bleiben, haben wir den Blick in die Zukunft gelegt.
75

Die Zukunft gestalten zu wollen heißt auch, die Zukunft noch nicht zu kennen. Wir wissen aber, was wir wollen: Eine Zukunft, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Wir brauchen dafür eine innovative Grundlagenforschung und innovative Unternehmen. Der Blick in die Geschichte zeigt: Wenn technologische Innovation zu wirtschaftlichem
80 Aufschwung geführt hat, hatte oftmals ein aktiver Staat die Finger im Spiel. Schwarze Nullen, Schuldenbremsen und strenge Sparpolitik lähmen das Land, schwächen die Wirtschaft und drohen die Gesellschaft auseinanderbrechen zu lassen.

Mit dieser Politik der Konservativen wird den kommenden Generationen wenig Spielraum für innovative wirtschaftliche Ideen gelassen und darüber hinaus eine marode Infrastruktur, ein handlungsunfähiger Sozialstaat und Kommunen, die nur noch verwalten und nicht mehr gestalten, vererbt. Generationengerechtigkeit sieht anders aus.
85

Wer eine zukunftsfähige Gesellschaft haben will, braucht einen handlungsfähigen Staat. Wir
90 brauchen jetzt staatliche Investitionen um die Infrastruktur für kommende Generationen

aufzustellen. Wir brauchen all das, um die Gesellschaft zusammenzuhalten.

Seit Jahren steigt bei vielen Menschen das Gefühl der Verunsicherung – während wir statistisch gesehen so sicher leben wie noch nie. Doch ein Verweis auf Statistiken alleine
95 reicht nicht aus. Wir müssen auf die Verunsicherung reagieren, indem wir gleichzeitig eine Stimmung des Aufbruchs und der gesellschaftlichen Geborgenheit erzeugen. Die sozialdemokratische Antwort auf das Unsicherheitsgefühl ist nicht die "Law-and-Order"-Rhetorik der Konservativen. Unsere Antwort ist die solidarische Gesellschaft, sie stellt den Menschen und seine Fähigkeiten und Bedürfnisse in den Mittelpunkt der Politik.

100 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leitet nicht die Idee einer Nation, einer Klasse oder einer Religion. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten leitet die Idee der Würde des Menschen und die Überzeugung, dass diese am besten in einer freien, solidarischen und demokratisch verfassten Gesellschaft gewährleistet ist.

105 Die SPD arbeitet deshalb für eine solche Gesellschaft, in der ein demokratisch verfasster Staat verlässlich die Rahmenbedingungen dafür herstellen kann, dass seine Bürgerinnen und Bürger gute Bedingungen dafür finden, ihre Potentiale bestmöglich zu entfalten und ihr Leben in Frieden und ohne Angst selbstbestimmt zu gestalten– unabhängig von Herkunft,
110 Glauben oder Geschlecht.

Die SPD setzt deshalb insbesondere für die beiden anstehenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im Bund drei Schwerpunkte:

- 115
- Eine gerechte Steuerpolitik
 - Eine solidarische Sozialpolitik
 - Eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik
 - Eine gerechtere Steuerpolitik verfolgt zwei Ziele:
 - Eine Abmilderung der immer ungerechter werdenden Einkommens- und
120 Vermögensverhältnisse

Die Ausstattung von Staat und Kommunen mit ausreichenden Finanzmitteln, um in Bildung, Infrastruktur, soziale Absicherung, Zukunftschancen und Sicherheit investieren zu können

125 Die SPD setzt sich deshalb ein für:

- Die Einführung einer Vermögensteuer
- Eine Erhöhung der Erbschaftsteuer auf große Vermögen und ihre Ausweitung auf Betriebsvermögen
- 130 • Die Besteuerung von Kapitalerträgen nach dem jeweiligen persönlichen Steuersatz, d.h. die Abschaffung der Abgeltungssteuer
- Eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 50%
- Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten eines Familiensplittings mit einer
135 Kinderkomponente
- Eine mittelfristige steuerliche Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen und Vermögen
- Die auf dem Solidarprinzip basierenden Sozialversicherungssysteme sind das Fundament einer Absicherung der Menschen vor Krankheit, Pflegebedürftigkeit und
140 Arbeitslosigkeit sowie zur Sicherstellung einer auskömmlichen Versorgung nach dem

- Erwerbsleben. Kapitalertragsbasierte Systeme können sie deshalb nur ergänzen, nicht jedoch ersetzen, auch nicht in Teilen.
- Eine solidarische Sozialpolitik hat deshalb zum Ziel, die Sozialversicherungssysteme soweit zu stärken, dass eine Grundversorgung für alle gewährleistet ist, ohne dass weitere soziale Transferleistungen in Anspruch genommen werden müssen.
 - Die SPD setzt sich deshalb ein für:
 - Eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch in der Kranken- und Pflegeversicherung
 - Einführung einer Bürgerversicherung als Pflichtversicherung für alle
 - Absicherung des Rentenniveaus auf mindestens 50% des verfügbaren Durchschnittsentgeltes
 - Einbeziehung aller Beschäftigtengruppen in das System der gesetzlichen Altersversorgung
 - Einbeziehung von Kapitalerträgen zur Finanzierung der Sozialversicherungssysteme
 - Eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik hat zum Ziel, Arbeitslose bestmöglich zu qualifizieren und zu motivieren, ihren Lebensunterhalt soweit wie möglich selbst zu bestreiten und ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten.
 - Die SPD setzt sich deshalb ein für:
 - Eine Anhebung des Mindestlohns auf 10 Euro
 - Eine Ausweitung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld
 - Die Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors für Langzeiterwerbslose
 - Eine deutliche Ausweitung von Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose
 - Die Sicherung von Arbeitnehmer/innenrechten und Mitbestimmung
 - Eine grundlegende Evaluation und Reform des SGB II mit dem Ziel, Langzeitarbeitslosen eine weitgehend selbstbestimmte und selbsterwirtschaftete Lebensführung zu ermöglichen
 - Eine effektive Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit
- Die SPD weiß, dass Frieden, Demokratie und sozialer Fortschritt bei uns nur im europäischen Kontext zu sichern sind. Sie wird deshalb auch bei den anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen deutlich machen, dass sie für ein starkes, demokratisch verfasstes Europa ohne Grenzen in Freiheit und Vielfalt kämpft. Wer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wählt, weiß, dass diese sich sowohl als Landespolitiker/innen und noch viel mehr als Bundespolitiker/innen für einen Ausbau der europäischen Integration engagieren werden.

**Entwurf des Bundesteilhabegesetzes noch nicht zustimmungsfähig
(Stand: 26.04.2016)**

(Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion)

5 Wenngleich die Umsetzung der UN-BRK einen langfristigen und stets überprüfbaren Prozeß darstellt, hat die NRWSPD dabei schon beträchtliche Erfolge auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft aufzuweisen. An dieser Stelle sei exemplarisch auf den Aktionsplan der Landesregierung sowie auf das Inklusionsstärkungsgesetz verwiesen. Ebenso gehört aber auch der Einsatz für ein echtes Teilhabeleistungsgesetz auf Bundesebene dazu. Misst man den seit Ende April des Jahres vorliegenden Referentenentwurf zum BTHG an dem Beschluss "Für ein echtes Teilhabeleistungsgesetz für behinderte Menschen", den der letzte
10 Landesparteitag auf Antrag von Selbst Aktiv einstimmig gefasst hat, muss man leider feststellen, dass er dem geforderten modernen Teilhaberecht in vielen Punkten nicht gerecht wird.

15 Mit der Modernisierung des Behinderungsbegriffes, der Stärkung von Assistenzleistungen, den Verbesserungen bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen, dem Budget für Arbeit oder etwa der Teilhabeberatung enthält der Entwurf zwar durchaus positive Elemente. Dem stehen aber zu viele Ungereimtheiten, Widersprüche, Sonderrechtstatbestände und teilweise der Rückfall hinter die jetzigen SGB IX-Regelungen gegenüber, so dass der Entwurf weiterhin einem tradiertem Fürsorgerecht entspricht.

20 Für ein echtes Teilhabeleistungsgesetz sind dagegen folgende Änderungen des Referentenentwurfs unabdingbar:

25 Erweiterung der Verbindlichkeit der Verfahrensvorschriften für die Reha-Träger in Teil 1 des SGB IX auf die Kapitel 2-7 zur Stärkung der Leistungseinheitlichkeit, Kooperation und Koordination der verschiedenen Reha-Träger;

30 Sicherstellung der Gleichwertigkeit der Leistungen zur Sozialen Teilhabe aufgrund ihrer zunehmenden Bedeutung gegenüber den Leistungen der medizinischen Rehabilitation, der Teilhabe am Arbeitsleben und an Bildung (§ 102);

35 ersatzloser Wegfall der Länderöffnungsklausel beim Budget für Arbeit (§ 61 Abs.2 Satz 4) bzw. der regionalen Öffnungsklausel bei der Pauschalierung von Assistenzleistungen der Eingliederungshilfe (§ 116 Abs. 1) zur Gewährleistung gleichwertiger Lebenschancen für Menschen mit Behinderungen im Bundesgebiet

40 ersatzloser Wegfall des sog. "Zwangspoolens" von Leistungen (§ 116 Abs. 2), da Gruppenleistungen nur dann sinnvoll und effektiv sind, wenn sie mit Zustimmung der Betroffenen erfolgen und dies in § 116 Abs. 3 geregelt ist;

Streichung der "unteren Drittel-Lösung" beim sog. "externen Vergleich" als Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit neuer Anbieter (§ 124 Abs. 1 Satz 3), da dies nicht nur zu erheblichen Verzerrungen zwischen etablierten und neuen Angeboten führt, sondern

45 insbesondere das Wunsch- und Wahlrecht Betroffener sowie die tarifliche Bezahlung von Mitarbeitern untergräbt (Gefahr eines preislichen Dumping- statt eines Qualitätswettbewerbs)

50 Sicherstellung der Gleichrangigkeit von Pflegeversicherung und Eingliederungshilfe auch für Leistungen im häuslichen Umfeld (§ 91 Abs. 3), um angesichts der bevorstehenden Aufhebung der bisherigen Unterscheidungen in ambulante, teilstationäre und stationäre Leistungen Rechtsunsicherheiten und langwierige Rechtsstreitigkeiten über den Begriff der "Häuslichkeit" nicht auf dem Rücken der Zielgruppe auszutragen.

55 die Entfristung der "Träger- und Leistungserbringerunabhängigen" Teilhabeberatung (§ 32 Abs. 5) als einem der positiven Kernbereiche des BTHG; weder wird der durch "die Individualisierung von Leistungen" "erhöhte Bedarf an Beratung" ab 2023 hinfällig, noch erledigt sich dann deren Unabhängigkeit von Leistungsträgern und Leistungserbringern .

60 die Aufhebung der ausschließlichen Bindung an Unterstützung aus dem privaten Umfeld bei der Bekleidung eines Ehrenamtes seitens leistungsberechtigter Personen (§ 78, Abs. 5); etliche Menschen mit Behinderungen verfügen nicht oder kaum über einen solchen Unterstützerkreis, andere erhalten schon jetzt vielfältige Unterstützung aus dem privaten Umfeld, so dass mit der vorgesehenen Regelung dessen Überforderung und eine ex- statt inklusive Wirkung droht.

65 Die Einkommens- und Vermögensfreiheit der Eingliederungshilfeleistungen; wenngleich auch dann künftig viele Menschen mit Behinderungen auf existenzsichernde Leistungen angewiesen sind und daher nicht von einer solchen Freistellung profitieren werden, gilt es, insbesondere berufstätige Menschen mit Behinderungen auf dem 1. Arbeitsmarkt nicht zu benachteiligen. Neben der existentiellen Bedeutung für diesen Personenkreis drückt sich in
70 der Einkommens- und Vermögensfreiheit symbolisch die Anerkennung der Eingliederungshilfe als Nachteilsausgleich aus. Nach Berechnung der eigenen Experten des Arbeits- und Sozialministeriums belaufen sich die Mehrkosten zudem auf lediglich 2,63% bis 4% der bisherigen Kosten der Eingliederungshilfe (Arbeitsgruppe BTHG 2015: 42). Die zwingend erforderliche Entlastung gerade der kommunalen Haushalte muss jedenfalls auf
75 anderem Wege sichergestellt werden. Dabei geht es nicht um ein " „Entweder (allgemeine kommunale Entlastung) – Oder (Entlastung im Bereich der Eingliederungshilfe)“, sondern um ein „Sowohl als Auch“.

80 Der Landesparteitag fordert daher die Funktions- und Mandatsträger der NRWSPD auf, dem Entwurf in der vorliegenden Form die Zustimmung zu versagen und dem Gesetz nur zuzustimmen, wenn die dargelegten Änderungen berücksichtigt werden.

*Antragsbereich S/ **Antrag 10***

*Ortsverein Warstein-Möhnetal
(Unterbezirk Kreis Soest)*

Landesbestattungsgesetz

(Überweisung an SPD-Landtagsfraktion)

Die Landesregierung NRW beauftragt wird, ein Gesetz zu beschließen, dass das Landesbestattungsgesetz dahingehend geändert wird, dass die Asche aus Urnen auf dem

- 5 eigenen Grundstück verbleiben darf.

*Antragsbereich S/ **Antrag 11***

Unterbezirk Coesfeld

Migrationserfahrungen als lernenden Prozess nutzen

(Angenommen)

Frühere Migranten befragen um diese Erkenntnisse zu Analysieren.

- 5 Die Erkenntnisse aus den Befragungen nutzen, um Barrieren/ Probleme zu benennen und aufzulisten.

Sichtung von Studien zum Thema Asylverfahren, um Barrieren/ Probleme zu benennen und aufzulisten.

- 10 Die Erkenntnisse aus den Befragungen und der Sichtung der Studien nutzen um Veränderungen an Gesetzen und bürokratischen Verfahren zu beantragen.

*Antragsbereich S/ **Antrag 12***

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen (Jusos)

ZUKUNFT gibt's nicht für lau!

(Überwiesen an Programmkommission)

- 5 Junge Menschen wollen gute Startbedingungen für eine gute Zukunft. Sie wollen keine verfallenden Straßen, keine kaputten Schulen oder geschlossene Schwimmbäder – kurz: sie wollen keinen kaputtgesparten Staat. Funktionierende öffentliche Einrichtungen sind für junge Menschen wichtiger als ausgeglichene öffentliche Haushalte. Wir vererben der kommenden Generationen nicht nur Kontostände, sondern auch unsere Infrastruktur, die als Grundlage für unseren kommenden Wohlstand steht, unsere Umwelt, die als Grundlage für das kommende Leben steht, unsere Daseinsvorsorge, die für die Teilhabe an der Gesellschaft und Befriedigung der Grundbedürfnisse steht und unsere Bildung, die die Grundlage für ein gutes Leben der kommenden Generationen sein wird. Für uns ist die Freiheit jeder Generation durch die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen begrenzt. Für uns bedeutet Generationensolidarität, dass die Grundlage für die Zukunft folgender Generationen erhalten bleiben muss. Zum Beispiel darf die Infrastruktur, die unsere und zukünftige
- 10 Generationen für ein gutes Leben brauchen, auch mit dem Verweis auf ausgeglichene Haushalte nicht immer weiter heruntergewirtschaftet werden. Diese Generationensolidarität ist eine unserer zentralen Forderungen, die wir uns nicht durch eine schwache „Generationengerechtigkeits“-Definition, wie sie von Konservativen vertreten wird, kaputt machen lassen. Für uns gilt es also, den konservativen, zunächst moralisch vorgebrachten
- 15 Verweis auf künftige Generationen für die Begründung einer schwarzen NULL als das zu enttarnen, was er ist: neoliberale Verteilungsinteressen in der Gegenwart. Diese Verteilungsinteressen führen auch zu der weiterhin existierenden strukturellen Benachteiligungen von Frauen in unserer Gesellschaft. Sie verdienen für gleichwertige Arbeit
- 20

25 weniger als Männer, werden viel häufiger Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt,
arbeiten öfter in prekären Beschäftigungsverhältnissen und sind stärker von Altersarmut
bedroht. Ein Zustand, der sich z.B. durch die finanzielle Lage der Kommunen noch
verschärft.

30 Für uns ist klar, wir brauchen schon heute umfangreiche Investitionen, denn die Zukunft gibt
es nicht für lau!

Ausgangslage

35 In den Kommunen werden Schulen und Schwimmbäder geschlossen. In vielen Städten und
Kreisen mangelt es an den nötigsten Dingen. In den Medien häufen sich die Meldungen von
verfallender Infrastruktur. Gesperrte Autobahnbrücken und Stromausfälle sind nur zwei
Beispiele. Kurzum: In Deutschland droht der Infarkt. Dass Investitionen dringend nötig sind,
ist in der breiten Öffentlichkeit angekommen. Sogar in konservativen Kreisen wird
mittlerweile eifrig über Investitionspakte schwadroniert. Aber warum solche
40 Symbolhandlungen verpuffen werden und woher die Misere stammt, zeigt eine Analyse der
Situation.

In den 1960er und 1970er Jahren lag die öffentliche Investitionsquote in Deutschland noch
zwischen 4 und 5 Prozent des BIP. Mit diesen Investitionen konnte sich der Staat einen
45 eigenen „Kapitalstock“ aufbauen. Kapitalstock bedeutet hier Straßen, Brücken, Schulen,
Hochschulen etc., also alles, was im Endeffekt für alle da ist. Seit dieser Zeit wurden die
öffentlichen Investitionen immer weiter gekürzt und betrugen im Jahr 2000 nur noch weniger
als 2 Prozent des BIP. Diese Investitionskürzungen führten schließlich im Jahr 2004 dazu,
dass die Nettoinvestitionen negativ wurden. Seit diesem Zeitpunkt sind die Abschreibungen
50 also höher als die Investitionen. Das heißt, seit dem verfällt unsere Infrastruktur; wir leben
sozusagen nur noch von der Substanz. Die Gründe für diese Entwicklung sind nicht
„gottgegeben“ oder „natürlich“, sondern auf politische Entscheidungen zurückzuführen. Drei
Gründe sind zentral für den Rückgang der Investitionen:

55 (1) Steuersenkungen, (2) finanzschwache Kommunen und (3) Verabschiedung der
Schuldenbremse

Steuersenkungen

60 Vor allem die Steuersenkungen seit 1998 führten dazu, dass der Staat weniger Einnahmen
und somit auch weniger Spielräume für Investitionen hat. Nach Berechnungen des Instituts
für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) verzichtet die öffentliche Hand so auf
einen zweistelligen Milliardenbetrag pro Jahr. Allein im Jahr 2011 wären 51 Milliarden Euro
mehr in die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen geflossen, würden noch die
65 Steuergesetze von 1998 gelten.

Die Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte wurde besonders durch die folgenden
politischen Entscheidungen belastet: Senkung des Spitzensteuersatzes, Reform der Steuer auf
Kapitalerträge, Änderung der Erbschaftssteuer und Senkung der Unternehmenssteuer
verbunden mit vielen Steuerschlupflöchern. Die verlorenen Einnahmen durch diese
70 Steuergeschenke fehlen heute an vielen Stellen, denn zuerst wurde bei den Investitionen
gekürzt.

Finanzschwache Kommunen

75

Die Kommunen sind der größte Investor in Deutschland. Im Jahr 1970 war noch ein Drittel eines kommunalen Haushaltes für Investitionen vorgesehen. Heute beträgt der Anteil gerade einmal ein Zehntel. Die Gründe für diese tiefgreifende Veränderung? Bund und Länder haben die gesamtgesellschaftlich wichtigen Aufgaben des Sozialstaats finanziell auf die Kommunen abgeschoben. Plakativ beschrieben wurden die Investitionshaushalte der 1970er Jahre in Sozialhaushalte verwandelt.

80

85

Kommunale Entlastungen führen direkt zu mehr öffentlichen Investitionen, denn die Kommunen tätigen zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen. Ziel unserer Politik muss es sein, dass kommunale Haushalte wieder Investitionshaushalte werden.

90

Dem enormen Investitionsstau stehen, für manche Kommunen nicht mehr zu bewältigende, Schuldenberge gegenüber. Die beschriebenen Veränderungen führten dazu, dass Kommunen das laufende Geschäft nur durch Kassenkredite, vergleichbar mit Dispokrediten, finanzieren konnten. Es knarzt und kracht an allen Stellen.

95

Die zuletzt von der Bundesregierung veranlassten Entlastungen sind der richtige Weg. Wenngleich es sich bei den Entlastungen nur um einen Tropfen auf den heißen Stein handelt. Die zugesagten 4,5 Milliarden Euro bis 2018 und die anschließenden jährlichen Entlastungen von 5 Milliarden Euro treffen auf einen Investitionsstau von ca. 118 Milliarden Euro. Dies bedeutet, dass der heutige Investitionsstau erst in 20 Jahren behoben sein wird. Den weiteren Investitionsbedarf, der sich in diesem Zeitraum entwickeln wird, also den strukturellen Investitionsbedarf, haben wir damit aber noch lange nicht gedeckt.

100

Verabschiedung der Schuldenbremse

105

Seit 2011 ist auf Bundesebene die Schuldenbremse in Kraft. Sie nimmt dem Bund die Möglichkeit Investitionen kurzfristig durch Schulden zu finanzieren. Auch in NRW droht ab 2020 ein Verbot von Staatsschulden. Der Politik ist dadurch ein wichtiges Handlungsinstrument genommen worden, mit dem sie beispielsweise auf schwankende Steuereinnahmen reagieren konnte. Die Folge sind wegbrechende öffentliche Investitionen.

110

Jahr für Jahr übersteigt die Produktion in Deutschland den gesamten inländischen Konsum (privater Konsum, private Investitionen und Staatsausgaben). Diese jährliche Differenz zwischen Konsum und Produktion wirkt sich aber nicht positiv aus, sondern wirkt im Gegenteil destabilisierend auf andere Länder im Euroraum. Ziel jeder stabilisierenden Finanzpolitik ist der Ausgleich zwischen der inländischen Produktion und den drei Komponenten Staatsausgaben, privatem Konsum und Investitionen. Wegen der Schuldenbremse kann der Staat diese Lücke jetzt nicht mehr schließen.

115

120

Jetzt, da sich die Bundesrepublik für historisch niedrige Zinsen oder sogar Negativzinsen refinanzieren könnte, wird die absurde Tragik der Schuldenbremse besonders deutlich. Die Politik muss das buchstäblich geschenkte Geld auf der Straße liegen lassen, während die öffentliche Infrastruktur verfällt und in Zukunft mit hohen Folgekosten zu Buche schlägt. Aber auch ohne die politisch falsche Entscheidung der Schuldenbremse zurückzunehmen, stehen uns immerhin 0,35% des BIP, also ca. 10 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen zur Verfügung. Aber selbst dieser Spielraum wird zugunsten der schwarzen Null nicht ausgenutzt und das, obwohl es noch nie so günstig für den deutschen Staat war, sich Geld zu

125 leihen. Die Einhaltung der Schuldenbremse führt dazu, dass Investitionen die ersten Ausgaben sind, die gekürzt werden.

ZUKUNFT gibt's nicht für lau!

130 Wer eine gute Zukunft will, muss schon heute etwas dafür bezahlen. Damit der Staat die Voraussetzungen für eine gute Zukunft gestalten kann, muss er mit den nötigen finanziellen Mitteln und Möglichkeiten ausgestattet sein. Die staatlichen Einnahmen müssen durch eine verantwortungsvolle, gerechte Steuerpolitik (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) erhöht werden. Mittelfristig werden wir die Schuldenbremse zurücknehmen. Kurzfristig soll der gesamte
135 Spielraum der aktuellen Gesetzeslage für Zukunftsinvestitionen ausgenutzt werden.

Die NRWSPD bekennt sich zu folgendem Prinzip: Gerade bei so wichtigen Bereichen wie Sozialpolitik muss gelten, wer eine Entscheidung trifft, muss auch die Last der Finanzierung übernehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Haushalte wieder
140 Investitionshaushalte werden. Dies ist aber kein Selbstzweck für die Kommunalpolitik. Diese zu stärken, heißt für uns, Demokratie auszubauen, öffentliche Infrastruktur zu stärken und den Sozialstaat zu festigen.

Wir befürworten aber nicht nur mehr Einnahmen, sondern wollen konkret aufzeigen, wo investiert werden soll. Die Kampagne der NRW Jusos „ZUKUNFT gibt's nicht für lau!“ zeigt die zentralen Handlungsbedarfe für Zukunftsinvestitionen auf. Wir als NRWSPD werden auf dieser Grundlage für den Ausbau der Infrastruktur, den Ausbau der Bildung und den Ausbau der Daseinsvorsorge sorgen.

150 Investitionen in Infrastruktur und Mobilität – Die Zukunft der Mobilität

Mobilität ist ein Grundrecht aller Menschen. Wir setzen uns für eine moderne Mobilitätspolitik ein, die allen Menschen mehr Freiheit zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse gibt. Jede und Jeder muss die Möglichkeit haben, sein/ihr Leben und seinen/ihren Alltag mobil zu
155 gestalten. Dabei ist es egal, ob es sich um den Weg zur Arbeit oder um Freizeitgestaltung handelt. Mobilität geht nur sozial gerecht. Das heißt auch, die Lücken der öffentlichen Verkehrsdienstleistungen zwischen Stadt und Land müssen geschlossen werden. Mobilität stellt somit einen wesentlichen Baustein dar um die soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen zu gewährleisten. Für uns umfasst Mobilität die Beförderung von Personen und
160 den Transport von Gütern. Die Verkehrsinfrastruktur hat besonders unter der Sparpolitik der letzten Jahre gelitten. Straßen, Schienen und Brücken wurden regelrecht kaputt gespart. Wer diese Politik fortsetzt, erreicht den totalen Verkehrsinfarkt, aber niemals ausgeglichene Haushalte. Die Reparaturkosten aufgrund verzögerter Investitionen überstiegen meist den Aufwand für frühzeitige Investitionen um ein vielfaches. Um den Kreislauf von steigendem
165 Reparaturbedarf und verschobenen Investitionen zu durchbrechen, muss jetzt dringen investiert werden!

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Art und Weise, wie wir uns fortbewegen verändert. Die Personenverkehrsleistung, also die vom Menschen in unterschiedlichen Verkehrsmitteln zurückgelegten Entfernungen, nimmt in der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich zu.
170 In den letzten 20 Jahren ist sie um 25 Prozent gestiegen. Das beliebteste Fortbewegungsmittel ist dabei unangefochten das Automobil. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) spielt eine sehr große Rolle, allerdings sehen statistische Erhebungen einen relevanten Rückgang des

175 Autos, gerade im innerstädtischen Verkehr. Der Anteil der Wege, die heutzutage durch motorisierten Individualverkehr zurückgelegt werden, beträgt rund 60 Prozent. Für acht Prozent der Wege werden öffentliche Verkehrsmittel genutzt, für zehn Prozent das Fahrrad. Weitere 23 Prozent der Wege werden zu Fuß zurückgelegt.

180 Hierbei gibt es einerseits Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen, dem Haushaltseinkommen, sowie dem Alter der VerkehrsteilnehmerInnen. Es lassen sich zwei entgegengesetzte Tendenzen für die Entwicklungen festhalten, auf die es unterschiedlich zu reagieren gilt. Auf der einen Seite, werden die Menschen zunehmend älter und bleiben weiterhin aktiv und somit auch mobil. Entweder sie fahren mit ihren eigenen Autos oder sie nutzen den ÖPNV oder SPNV-Anbindung (Schienenpersonennahverkehr). Auf der anderen

185 Seite nimmt der Anteil von jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung deutlich ab. Der Besitz eines eigenen PKWs hat für junge Menschen, besonders im urbanen Raum, keinen so hohen emotionalen Stellenwert mehr. Junge Menschen setzen häufiger auf eine integrative Nutzung von Mobilität.

190 Für uns stehen Kommunen, Land, Bund und die Europäische Union mit Ihren Fördermöglichkeiten in der Pflicht den aufgezeigten Ansprüchen durch Konzepte und Finanzierung zu entsprechen. Für unsere Kommunen alleine ist es schwer auf alle Ansprüche adäquat zu reagieren. Es fehlt schlichtweg das notwendige Geld um eine gute Mobilität zu gewährleisten. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau beziffert 2015 den Investitionstau im

195 Bereich Straßen und Verkehrsinfrastruktur von den Kommunen auf 35 Milliarden Euro. Zum Teil leben wir von der in den 1960er und 1970er Jahren aufgebauten Substanz. Mittlerweile ist diese Infrastruktur für die Kommunen, Länder und den Bund Segen und Fluch zugleich. Frühere Infrastrukturprogramme förderten den Neu- und Ausbau von Infrastruktur und hatten teilweise eine völlig überdimensionierte Infrastruktur in den Kommunen zur Folge. Die

200 Kosten der Unterhaltung und Wartung von U-Bahn-Tunneln erdrücken die, ohnehin schon Leid geplagten, städtischen Haushalte zusätzlich und stellen diese Kommunen vor erhebliche Probleme. Zum einen sind die Investitionen in eine Tunnelanlage sehr kostenintensiv und zum anderen ist die Vermittlung durch die KommunalpolitikerInnen an die Bevölkerung sehr schwierig, da diese durch eine Instandhaltung oder Sanierungen von Tunnelanlagen oder

205 Stellwerken keine direkten Auswirkungen im Verkehrsnetz spüren.

Schienenfern- und regionalverkehr gehört für uns nicht in die Hände privater Unternehmen. Die Veräußerung von Bahnstrecken an private Unternehmen muss umgehend beendet werden. Bereits privatisierte Strecken müssen vom Staat zurückerworben und in die Hände

210 der Deutschen Bahn gelegt werden. Das heißt auch, dass der Aufbau der Deutschen Bahn AG als profitorientiertes Unternehmen schon von Beginn an, der falsche Ansatz war. Mobilität ist ein öffentliches Gut, bei dem es nicht darum geht, ob am Ende schwarze Zahlen geschrieben werden, sondern, dass alle von diesem Gut Gebrauch machen können.

215 Mit öffentlichem Personenverkehr lässt sich kein Geld verdienen. Zumindest nicht, wenn die Kosten für die NutzerInnen in einem angemessenen Rahmen bleiben sollen. Kommunale Verkehrsbetriebe werden üblicherweise durch Betriebe, wie zum Beispiel Wohnbaugesellschaften oder Stadtwerke, querfinanziert, damit es für die kommunalen Haushalte erschwinglich ist, ein gutes Angebot auf die Straße oder die Schiene zu bringen.

220 Vielerorts geht diese Querfinanzierung nicht mehr auf. Die gewinnstarken Betriebe haben mit immer neuen Herausforderungen, wie mit der Energiewende, zu kämpfen. Für Kommunen wird das Angebot immer teurer und nimmt einen immer größeren Teil des städtischen

- Haushalts ein.
- 225 Prinzipiell ist es erfreulich, dass auf dem Papier Städte und Kommunen mehr für ihren ÖPNV ausgeben. Nur leider beinhalten diese Posten lediglich Verlustausgleiche und weniger Investitionen in den Bestand oder in den Ausbau von Netzen. Die Kommunen können den massiven Investitionsbedarf nicht mehr alleine stemmen und geraten durch die schlechte
- 230 Ausfinanzierung und die immer weiter wachsenden Pflichtausgaben weiter unter Druck. Das Land, der Bund und die EU müssen sich an diesen Kosten beteiligen.
- Netze und Schienen machen weder an Bezirks- noch an Landesgrenzen Halt. Investitionstöpfe dürfen nicht mehr nur auf Neuinvestitionen ausgelegt werden, sondern
- 235 müssen auch dazu genutzt werden, den Bestand an Infrastruktur zu sanieren und zu modernisieren. Dazu gehört aber auch eine gerechte Verteilung, der jetzt schon knapp bemessenen Bundesmittel. Die bisherige Finanzierung von kommunalen Betrieben gerät massiv ins Wanken. Es braucht langfristige neue Finanzierungskonzepte. JedeR profitiert von einem guten ÖPNV. Wir streben einen fahrscheinlosen und kostenlosen steuerfinanzierten
- 240 ÖPNV an. Um den Kommunen Druck zu nehmen und ein Ausspielen von Bussen und Bahnen gegenüber Theatern, Sportplätzen oder Schwimmbädern zu vermeiden, darf der ÖPNV nicht länger als freiwillige Aufgabe der Kommunen bewertet werden. Er gehört für uns zu den Pflichtaufgaben der Kommune.
- 245 Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Regionen
- In städtischen Regionen ist zu erwarten, dass Wege in Zukunft häufiger mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Verkehr zurückgelegt werden, wobei insbesondere die Fahrradnutzung vieler Orts um ein dreifaches steigen wird. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs
- 250 wird drastisch auf knapp ein Viertel des heutigen Aufkommens zurückgehen. Die Entwicklung in ländlichen Regionen geht in dieselbe Richtung, wobei der Anstieg im Bereich der Fahrradnutzung und der Nutzung des öffentlichen Verkehrs deutlich geringer ausfällt und auch der Rückgang des motorisierten Individualverkehrs nicht in dem Ausmaß zu erwarten ist, wie in städtischen Regionen.
- 255 Unterschiedliche NutzerInnen bei unterschiedlichen Haushaltseinkommen
- Auch vom Einkommen der Menschen hängt ab, auf welche Mobilitätsangebote zugegriffen wird. Je höher das Einkommen, desto größer der Wunsch nach individuellen Lösungen.
- 260 Menschen mit geringen oder gar keinem Einkommen, sind auf öffentliche Lösungen angewiesen. Somit sind Investitionen in den Bereich des ÖPNVs auch immer als ein Umverteilungsaspekt zu begreifen.
- Aus diesen unterschiedlichen Entwicklungen resultieren auch unterschiedliche Ansprüche für jedeN NutzerIn der öffentlichen Infrastruktur, sei es beim motorisierten Individualverkehr oder beim ÖPNV. Unser Ziel ist, im motorisierten Individualverkehr (MIV) sozial gerechte und ökologische Projekte zu fördern und damit die Weichen auf einen progressiven Weg zu stellen.
- 265
- 270 Klimafreundliche Mobilität
- Umweltbelastungen senken die Lebensqualität von uns und zukünftigen Generationen. Um dies zu entschärfen, ist eine klimafreundliche Verkehrsplanung unabdingbar. Gerade im

275 städtischen Bereich kann hinsichtlich des Umweltschutzes viel verbessert werden. Anstatt
den Individualverkehr weiter zu fördern und Stadtentwicklungen auf Autos auszulegen,
müssen Städte und Kommunen den Ausbau des ÖPNVs sowie der Rad- und Fußwege
fördern. Des Weiteren müssen auf bundespolitischer Ebene Wege gefunden werden den nicht
zu verhindernden Individualverkehr mit Verbrennungsmotor durch klimafreundlichen
280 Individualverkehr zu ersetzen. Den größten Hebel hierbei stellt die E-Mobilität, die in vielen
Ländern schon erfolgreich durch den Gesetzgeber gefördert wird. Deutschland droht auf
diesem Feld im Vergleich mit anderen Industrienationen den Anschluss zu verlieren. Wir
unterstützen daher die Initiativen einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

285 Mobilität in der Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik

Die Mobilitätsbedürfnisse einer Person werden durch ihre jeweiligen Lebenssituationen und
die entsprechenden Alltagsanforderungen geprägt. Männer sind immer noch häufiger voll
erwerbstätig, während Frauen eine Vielfalt von Aufgaben und Wegen miteinander
kombinieren müssen. Insbesondere der öffentliche Personennahverkehr ist überwiegend auf
290 männliche Pendler zu Standardarbeitsbeginn und –ende ausgelegt. In einem solchen
Mobilitätsverständnis spielen kurze Fahrzeit und Taktung zwischen Arbeitszentren die
Hauptrolle. Es geht darum, möglichst schnell und möglichst häufig eine große
Raumüberwindung durchzuführen. Querverbindungen zwischen einzelnen Quartieren und
zeitliche Abdeckung am Abend und am Wochenende treten zurück. Frauen haben aber nicht
295 nur das Bedürfnis, schnell ihren Arbeitsplatz zu erreichen, sondern sind häufig auch noch für
Versorgungsaufgaben und Betreuung und Pflege von Angehörigen zuständig. In diesen
Bereichen können ÖPNV-Systeme durch die Dominanz des männlichen Pendlerverkehrs die
Mobilitätsbedürfnisse von Frauen nicht erfüllen. Infrastrukturangebote, wie medizinische
Versorgung, Kinder- und Altenbetreuung oder Einkaufsmöglichkeiten, müssen von
300 Mobilitätskonzepten einbezogen werden. In unserem feministischen Verständnis ist es
natürlich unser Ziel, diese Ungleichheiten zwischen Männer und Frauen zu beseitigen und
geschlechtergebundene Rollenbilder zu überwinden. Nichtsdestotrotz besteht jetzt
Handlungsbedarf, dass auch Frauen im gleichen Maß an Mobilität teilhaben können wie
Männer. Damit rücken wir nicht davon ab, dass Frauen genauso voll-erwerbstätig sein können
305 und Männer auch für Versorgungsaufgaben und die Betreuung und Pflege von Angehörigen
zuständig sind. Von einem Ausbau der Mobilitätsdienstleistungen und einem integrativem
Verständnis von Mobilität profitieren alle, unabhängig vom Geschlecht.

Außerdem vernachlässigen Mobilitätskonzepte oft Sicherheits- und Wohlfühlaspekte.
310 Erschließung von Haltestellen, die Haltestellen an sich, Fahrzeuge und Verbindungen müssen
so ausgebaut sein, dass sich alle sicher fühlen. Unbelebte Haltestellen mit nicht
funktionstüchtigen Lichtanlagen in der Unterführung hindern an der Mobilitätsteilhabe. Wege
und Haltestellen müssen beleuchtet, Personen der Verkehrsbetriebe rund um die Uhr
ansprechbar sein, Fahrzeuge und Haltestellen müssen zu belebten Orten werden. Hierfür sind
315 die Verkehrsbetriebe aufgefordert einerseits ihr Image zu verbessern, andererseits
Maßnahmen zu ergreifen, die Haltestellen und Fahrzeuge belebter zu machen, zum Beispiel
durch die Nutzung von nur einer Haltestelle für verschiedene Linien in Randzeiten und der
Verfügbarkeit von MitarbeiterInnen an abgelegenen Haltestellen.

320 Barrieren weiter abbauen

Für Menschen mit Handicaps ist es immer noch nicht alltäglich die Angebote des ÖPNV oder
des SPNV wahrzunehmen. Dort gilt es möglichst alle Barrieren abzubauen. Wir bewerten es

325 positiv, dass der Umbau zu barrierefreien Haltestellen voranschreitet, wenn auch noch nicht
flächendeckend. Kritisch ist es aber zu sehen, dass es immer noch Schienenfahrzeuge ohne
barrierefreien Einstieg gibt. Diese müssen schnellstens umgerüstet oder ausgetauscht werden.
Der Einstieg muss an allen Einstiegsstellen gewährleistet sein. Hierbei muss im Besonderen
ein Augenmerk auf die Angleichung der verschiedenen Gleishöhen im interkommunalen
330 ÖPNV gelegt werden. Die Aufteilungen in Bussen und Bahnen müssen stetig überprüft und
überdacht werden. Wir können uns gut vorstellen, dass ein Wegfall der ersten Klasse in
Zügen, genügend Platz schaffen würde um eine echte Barrierefreiheit zu gewährleisten.

Der öffentliche Personennahverkehr

335 Überfüllte Autobahnen und der belastende CO₂-Ausstoß im innerstädtischen Verkehr sind,
wie beschrieben, bekannte Probleme des motorisierten Individualverkehrs. So wahr diese
Aussagen auch sind, so wenig Alternativen gibt es vielerorts zum PKW-Verkehr. Der ÖPNV
muss daher allgemein an Attraktivität gewinnen. Eine Möglichkeit ist, den ÖPNV zur echten
Konkurrenz zum Auto auszubauen. Das wird vielerorts nur mit einer höheren Taktung
340 gelingen. Mit der Eröffnung der Strecken des Rhein-Ruhr-Express im Jahre 2018 werden die
Städte zwischen Rhein und Ruhr im Fünfzehn-Minuten-Takt befahren, was gerade für den
dortigen PendlerInnen-Verkehr eine bedeutende Erleichterung darstellt. Vor allem auch, da
durch die dann eingesetzten Züge, mehr Sitzplätze zur Verfügung gestellt werden und sich so
die Qualität und der Komfort verbessern werden.

345 Für den außerstädtischen Verkehr vor allem im ländlichen Raum fordern wir eine bessere
Anbindung. Uns ist bewusst, dass der Bedarf in ländlichen Regionen geringer ist, deswegen
ist Mobilität aber nicht unwichtiger. In ländlichen Regionen ist das ÖPNV-Netz meist dünner
ausgebaut, sodass die Menschen weiterhin auf den motorisierten Individualverkehr setzen.
350 Dies schließt allerdings die Menschen aus, die sich entweder kein Auto leisten können oder
keinen Führerschein besitzen. Deswegen bedarf es hier besonderer Mobilitätskonzepte, die an
die örtlichen Gegebenheiten angepasst sind. Sammelbusse, die auf Abruf kommen oder
BedarfsHaltestellen, könnten vielerorts Abhilfe leisten. Auch sind Linientaxis oder öffentliche
Car-Sharing-Modelle eine Alternative. Ein ÖPNV-System ist nur so gut, wie auch die
355 Anschluss- und Kombinationsmöglichkeiten mit anderen Verkehrsmitteln. Besonders wichtig
ist, dass die Fahrradmitnahme im ÖPNV verbessert und ausgebaut wird. Nur so kann darauf
hingewirkt werden, dass Menschen auf dem Weg hin zum oder weg vom ÖPNV nicht den
motorisierten Individualverkehr wählen. Wir fordern integrative Systeme, die Anschlüsse
ermöglichen; egal, ob die NutzerInnen danach das Fahrrad, den Zug, den Bus oder das
360 Anruftaxi nehmen. Weiterhin müssen die Anschlusszeiten zwischen einzelnen Regionen und
Verkehrsverbünden angepasst werden, wir fordern daher einen gemeinsamen
Verkehrsverbund für NRW.

Um auch in den späteren Abendstunden sicher von einem Punkt zum anderen zu kommen,
365 bedarf es eines gut ausgebauten Nachtverkehrs. Attraktivität gewinnt der ÖPNV auch, wenn
er die Qualität und Kommunikation zu den KundInnen verbessert, zum Beispiel durch
Echtzeitauskünfte an Bahnhöfen oder öffentliches Wi-Fi an Haltestellen und in Fahrzeugen.
Attraktivität bedeutet aber auch, dass Bahnhöfe so gestaltet sind, dass sich Menschen gerne
dort aufhalten und bei Zugverspätungen auf Sitzmöglichkeiten und gute
370 Aufenthaltsmöglichkeit zurückgreifen können.

Schiene vor Straße auch im Fernverkehr

Die Verfügbarkeit und Abdeckung des Schienenfernverkehrs ist zumindest in den Ballungsräumen gut ausgebaut. Hier gilt es in den Erhalt und in die Erneuerung von Strecken und Fahrzeugflotten zu investieren. Der Plan der Deutschen Bahn weitere Bahnhöfe an das Schienenfernverkehrsnetz anzuschließen muss zügig umgesetzt werden, damit nicht nur die Ballungsräume gut miteinander vernetzt sind. Hierbei ist vor allem eine deutliche Differenzierung zwischen dem ICE- und IC-Netz vorzunehmen. Während die Anbindung aller Städte, die mehr als 100.000 Einwohner zählen, in das Fernverkehrsnetz der IC sinnvoll ist, würde dieses Vorhaben das ICE-Netz weiter verlangsamen und so Fahrzeiten erhöhen. Im Gegenteil, vor allem für das ICE-Netz ist eine deutliche Erhöhung der Geschwindigkeit nötig, was ein grobmaschigeres Netz und teilweise eigene Trassen erfordert. Als Vorbild kann die Schnellfahrstrecke zwischen Köln und Frankfurt am Main dienen. Die IC sind dann auch als Zubringer zu ICE-Bahnhöfen auszugestalten, was auch in der Tarifstruktur berücksichtigt werden muss. Der Schienenfernverkehr ist für viele Menschen zu teuer. Zwar gibt es Sparangebote oder Ermäßigungen, aber selbst damit entstehen häufig hohe Kosten. Dabei ist oft unklar, wie sich die Preise zusammensetzen. Hier fordern wir die Deutsche Bahn auf, Transparenz in ihre Angebote zu bringen und Ermäßigungen, wie günstigere Bahncards nicht nur einzelnen Gruppen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere für junge Menschen unter 27 Jahren muss es unkomplizierte Angebote geben, ähnlich wie die französische SNCF diese vorhält.

Eine moderne Verkehrsplanung muss ebenfalls den grenzübergreifenden Schienenverkehr berücksichtigen. Im Rahmen der Schaffung des gemeinsamen europäischen Eisenbahnraumes ist zwar eine Zunahme an Mehrländerverbindungen zu verzeichnen, allerdings beruht diese Zunahme hauptsächlich auf neuen Angeboten im relativ teuren Hochgeschwindigkeits-Fernverkehr (beispielsweise die Verbindung Köln-Paris). Günstigere grenzübergreifende Nahverkehrs- und „InterCity“-Verbindungen (beispielsweise auf der Strecke Aachen-Brüssel) werden nicht im selben Maße ausgebaut oder sogar durch profitablere Hochgeschwindigkeitsangebote ersetzt. Dieser Trend muss gestoppt und der Ausbau von kostengünstigen Angeboten im grenznahen Raum sowie im europäischen Fernverkehr gefördert werden.

405 Fernbusse

Unsere Bewertung des Aufkommens neuer Fernbuslinien fällt zwiespalten aus. Einerseits setzen wir eindeutig auf attraktiven Schienennah- und Fernverkehr und beobachten daher mit Sorge, dass die neuen Dumping-Buslinien der Schiene die PassagierInnen abgraben. Auf der anderen Seite bieten die Fernbusse bereits dort Direktverbindungen an, wo der Schienenverkehr seine Infrastruktur schlecht bis gar nicht ausgebaut hat. Außerdem sehen wir es als positiv an, wenn mehr Menschen vom PKW auf kollektive Verkehrsmittel umsteigen. Einen besonderen Wettbewerbsvorteil haben die Fernbusse gegenüber der Bahn insbesondere dadurch, dass die Straßen den Busunternehmen kostenlos zur Verfügung gestellt werden und Eisenbahnverkehrsunternehmen für jede Schienenbenutzung Gebühren, die sogenannten Trassenpreise bezahlen müssen.

Aus dieser Haltung ergeben sich für uns drei Kernforderungen:

» In der Gesamtrechnung ist (gerade Straßen-)Verkehr immer ein öffentlicher Kostenfaktor! LKW und Busse beschädigen die Straßen 100.000 mal stärker als normale PKW. Deswegen muss gesetzlich sichergestellt werden, dass Linienbusse steuerlich für die durch sie verursachten Straßenschäden aufkommen. LKW über 7,5 Tonnen sind verpflichtet, ihren

425 Beitrag in Form von Maut zu leisten, was unserer Ansicht nach auch für Fernbusse gelten muss. Im Gegenzug sollte auch geprüft werden, ob eine Mehrwertsteuervergünstigung für Zugtickets zulässig ist und eine verkehrslenkende Wirkung hat.

430 » Durch Regulierung muss sichergestellt werden, dass Linienbusse keine Konkurrenz zum Regional- und Nahverkehr werden können. Etwaige Gesetzeslücken müssen geschlossen werden.

435 » Bundesweite Bahn-Mobilität gehört für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb hat die Deutsche Bahn aus unserer Sicht sicherzustellen, dass sie allen Menschen den Transfer im Fernverkehr zu attraktiven Preisen ermöglicht. Wenn dies betriebswirtschaftlich nicht möglich ist, braucht es Veränderungen bei der Struktur und/oder Betriebsform des derzeitigen Bahn-Staatsunternehmens.

Kraftfahrzeuge und Car-Sharing-Modelle

440 Immer wieder wird deutlich, dass das Auto als individuelles Verkehrsmittel so schnell nicht abzulösen ist. So findet aktuell Car-Sharing zunehmend Anklang in der Gesellschaft. Die Möglichkeit sich ein Auto für einen kurzen Zeitabschnitt kostengünstig zu mieten, ist absolut zu unterstützen. Auch in ländlichen Regionen halten wir Car-Sharing-Modelle gerade für eine alternde Gesellschaft für sinnvoll. Im Hinblick auf den demographischen Wandel und die
445 immer älter werdende Gesellschaft müssen neue Wege der Mobilität geschaffen werden. Hierbei geht es im ländlichen Bereich weniger um die Nutzung eines gemieteten Autos, sondern um die Schaffung eines Mitfahrgelegenheitssystems bzw. der gemeinschaftlichen Anschaffung von Autos oder einer Art Auto-PatInnenschaft, bei der ältere Menschen ihr Auto an mobil nicht-eingeschränkte Personen verleihen, dafür aber in ihrem Alltagsleben
450 unterstützt werden.

Autofahren in der BRD ist immer noch verhältnismäßig kostengünstig, weshalb bisher wenige Anreize bestehen, auf den Kauf eines eigenen Autos zu verzichten. Daher sollen sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum unter anderem folgende Ansätze zur
455 Reduzierung des Autoverkehrs gefördert werden:

In städtischen Regionen sollen kostenlose Parkplätze außerhalb der Innenstädte entstehen, die mit Gondel-Systemen anderer Verkehrsmittel angebunden (z.B. Parken und Reisen) werden sollen. Dadurch ergibt sich eine bessere Kombinationsmöglichkeit unterschiedlicher
460 Verkehrsmittel. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Instandhaltung der Autobahnen und die Schaffung von mehr Parkplätzen für den LKW-Verkehr, um Ruhezeiten nicht auf Haltestreifen verbringen zu müssen. Insgesamt gilt aber für das Straßennetz: Erhalten und Reparieren statt Ausbauen.

465 Fahrradwege fördern

Radfahren ist nicht nur die gesündeste Variante der Mobilität, sie gehört neben dem Fußweg auch zu den umweltschonendsten. Trotzdem wirkt das Radfahren auf viele BürgerInnen nicht attraktiv. Als Hauptgründe für die Nichtnutzung des Fahrrads als Alternativmodell zum
470 motorisierten Individualverkehr wird von Befragten angegeben, dass Fahrradfahren zu gefährlich und zu unattraktiv sei. Besonders in städtischen Regionen fühlen sich potenzielle NutzerInnen durch einen starken Autoverkehr, zu wenige Radwege, schlechte Beleuchtung und unsinnige Radwegsysteme in ihrer Sicherheit als VerkehrsteilnehmerInnen

eingeschränkt. FahrradnutzerInnen sehen sich in heutigen Radverkehrssystemen nicht als
475 gleichberechtigte VerkehrsteilnehmerInnen. Wir fordern die Kommunen auf, das
Radverkehrswesen endlich als relevante Alternative für den motorisierten Individualverkehr
und als gleichberechtigtes Verkehrsmittel zu begreifen. Investitionen in Erhalt und Ausbau
von Radwegen sowie in die Sicherheit von RadfahrerInnen sind unabdingbar. Bei
städtebaulichen Planungen müssen Radverkehrssysteme immer mitgedacht werden, das
480 schließt auch ausreichende Stellplätze auf öffentlichen und privaten Grundstücken ein.
Unattraktiv ist Fahrradfahren dann, wenn keine oder zu wenige Mitnahmemöglichkeiten im
ÖPNV oder im Schienenfernverkehr vorhanden sind und Fahrradstellplätze nicht als sicher
empfunden werden. Außerdem geben Befragte an, dass sie eher zum Fahrrad greifen würden,
wenn es mehr Reparaturmöglichkeiten, Wasch- und Umkleidemöglichkeiten oder Boni für
485 die Fahrradnutzung gäbe, zum Beispiel Gutscheine oder Firmenräder der ArbeitgeberInnen.

Hier müssen die Verkehrsbetriebe einerseits an ihren Haltestellen sichere
Abstellmöglichkeiten, andererseits mehr Stellplätze und Sicherungsmöglichkeiten in ihrer
Fahrzeugflotte schaffen. Aufgabe der politischen EntscheidungsträgerInnen im Mobilitäts-,
490 Infrastruktur-, Umwelt- und Gesundheitsbereich ist eine Attraktivitätssteigerung des Fahrrads
als alternatives Fortbewegungsmittel. Wir brauchen zügig Kampagnen, die die breite
Bevölkerung zum Radfahren und eine Verhaltensänderung in Bezug auf das Fahrrad anregen.
Solche Kampagnen dürfen aber nicht nur potenzielle NutzerInnen des Fahrrads ansprechen,
es muss auch Aufklärungsarbeit bei NutzerInnen des PKW betrieben werden.

495 Des Weiteren fordern wir den Ausbau und die Schaffung von Radstationen, die oft an
Bahnhöfen zu finden sind. Der Vorteil liegt in der Kombination mit anderen
Mobilitätsangeboten, wie dem ÖPNV. Fahrräder können in Radstationen sicher geparkt
werden. Außerdem ist ein flächendeckender Ausbau der Bike-Sharing-Stationen nötig, um
500 Kombinationsmöglichkeiten (Rad – Bahn – Rad) zu schaffen. Ebenso wichtig ist eine
Beachtung der unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Alters- und
Gesellschaftsgruppen (z.B. E-Bikes, Lastenfahrräder, Kindersitze etc.). Nicht unwesentlich
ist, wie bereits angesprochen, die Mitnahmemöglichkeit, z.B. im Zug oder Bus. Wir fordern
eine kostenlose Mitnahme aller Fahrräder in den Zügen und Bussen. Auch die Anschaffung
505 von Fahrradanhängern für Busse ist eine Möglichkeit, Attraktivität zu steigern.

Logistik

Jährlich wird der Niederrhein von knapp 200.000 Schiffen befahren. Dies entspricht im
510 Durchschnitt etwa 500 Schiffen am Tag. Der Rhein ist somit die verkehrsreichste
Wasserstraße Europas. Jährlich werden in Deutschland über die Bundeswasserstraßen bis zu
240 Millionen Tonnen Güter mit einer Transportleistung von 65 Milliarden Tonnen-
Kilometer transportiert. Das sind fast 75 Prozent der Güterverkehrsleistung der Eisenbahnen
bzw. rund 14 Millionen LKW-Fahrten.

515 Ferner werden im Binnenschiffsverkehr etwa 1,5 Millionen Container transportiert: Eine
Beförderungsmenge, die weiteren 700.000 LKW-Fahrten entspricht. Damit die
Binnenschifffahrt zur Bewältigung der künftigen Verkehrsprobleme verstärkt beitragen kann,
braucht eine zukunftsstarke Binnenschifffahrt leistungsfähige Wasserstraßen. Investitionen
520 sind daher unter Beachtung ökologischer Kriterien auf den Erhalt des vorhandenen
Wasserstraßennetzes sowie auf ein modernes Netz- und Betriebsmanagement (Abbau von
Wartezeiten an Schleusen, Anpassung der Fahrrinnenbreiten an Abflussdynamik) zu
konzentrieren. Die Binnenschifffahrt muss gezielt bei der Modernisierung der Flotte und der

Schiffstechnik unterstützt werden.

525

Neben der Binnenschifffahrt ist es für eine moderne Logistik besonders wichtig auf den Schienenverkehr zu setzen. Die Güter kommen schnell und pünktlich an und sorgen auf Autobahnen nicht für unnötige Staus. Besonders für den europäischen Transitverkehr bietet die Schiene eine sehr gute Alternative zum LKW. Hier ist es besonders wichtig, dass auf gute Verladensysteme gesetzt wird. Diese sollte die Politik unterstützen und nicht behindern. Die großen NRW-Schienenprojekte (Anbindung an Antwerpen und Rotterdam) sind für uns der richtige Weg. Bessere Anbindungen wünschen wir uns auch bei der Logistik für den ländlichen Raum.

530

535

Die Schnittstellen zwischen Wasser, Schiene und Straße müssen ausgebaut, Binnenhäfen zu modernen Logistikzentren weiterentwickelt werden. Für SpediteurInnen müssen Anreize gesetzt werden, damit sie die Binnenschifffahrt überhaupt in die Planung ihrer Logistikketten einbeziehen. Die öffentliche Hand als Eigentümerin wichtiger Knotenpunkte wie Häfen, Güterbahnhöfe und als Anbieterin von Gewerbefläche hat nicht nur die Aufgabe, eine bessere Infrastruktur für SpediteurInnen und ProduzentInnen zu sorgen.

540

Gemeinsam mit den TarifpartnerInnen hat sie dafür Sorge zu tragen, dass auch in der Logistikbranche der Grundsatz der „Guten Arbeit“ gilt. Leistungsgerechte Bezahlung und unter anderem die Einhaltung von Fahrt- sowie Pausenzeiten dürfen in dieser Branche nicht unbeachtet bleiben.

545

Kombinationsmöglichkeiten schaffen

Zu den Zukunftsherausforderungen unserer Verkehrsinfrastruktur gehört es, verschiedene Verkehrsmittel miteinander zu vernetzen. Die komfortable Kombination aus Fahrradfahrt zum Bahnhof, Bahnfahrt zur Arbeit und Einkaufen mit dem Car-Sharing-Auto sollte zur gängigen Praxis werden. Die öffentliche Hand hat dafür auf allen Ebenen Rahmenbedingungen zu setzen. Dafür sollte eine hinreichende Anzahl von Carsharing-Stationen, Park- and Ride-Parkplätzen, Leihfahrradplätzen sowie gut gesicherten Fahrradparkplätzen an allen Bahnhöfen sichergestellt werden. Dies geschieht durch entsprechende Rahmenplanung, öffentliche Angebote oder das Ausschreiben von privaten Leistungen (des Carsharings, der Leihfahrräder etc.). Darüber hinaus wird es immer notwendiger, dass die öffentliche Hand auf eine Vernetzung der bisherigen Carsharing- und Fahrradleih-Angebote unterschiedlicher AnbieterInnen hinwirkt. Für die/den NutzerIn sollte es (preislich und bürokratisch) keine Rolle spielen, welches Unternehmen vor Ort den Service anbietet.

550

555

560

Ticketlandschaft reformieren und ausweiten

Unser langfristiges Konzept der Finanzierung des ÖNPV haben wir beschrieben. Bis zur Umsetzung des kostenlosen Personennahverkehrs fördern wir weiter eine subventionierte Ticketlandschaft, wollen diese ausbauen und auf weitere Bevölkerungsschichten, ausweiten. Dabei sollen neue Ticketmodelle, wie die Vereinheitlichung von Ticketpreisen in den unterschiedlichen Verbünden oder auch eine Abrechnung nach zurückgelegten Kilometern, getestet und angeboten werden.

565

570

Besonders junge Menschen sind auf ein kostengünstiges Nordrhein-Westfalen weites Ticket angewiesen. Dies gilt nicht nur für Studierende, sondern auch für Auszubildende,

575 FreiwilligendienstleisterInnen sowie BeamtenanwärterInnen. Die genannten Gruppen verdienen meist genauso viel wie der BAföG-Höchsatz, trotzdem müssen sie von ihrem Gehalt monatlich ihr Ticket bezahlen. Dieses Defizit gilt es schnellstmöglich zu beseitigen. Wir fordern die Einführung eines NRW-Ticket für Auszubildende und FreiwilligendienstleisterInnen.

580 Nur wenn alle Menschen die Möglichkeit zur Teilhabe an Mobilität haben, dann ist Mobilität zukunftssicher. Also: volle Kraft voraus!

Investitionen in Bildung

585 Eine zentrale Gerechtigkeitsfrage in Deutschland bleibt die Bildungspolitik. Bildung entscheidet über Lebenschance. Damit kein Mensch zurück gelassen wird, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen vonnöten. Bildung ist staatliche Aufgabe und muss auch öffentlich finanziert werden. Der Anspruch muss sein, wenigsten den Durchschnitt der OECD-Länder an den Bildungsausgaben zu erreichen.

590 Finanzierungen aus dem privaten Sektor haben in unserer Vorstellung von Bildung nichts zu suchen. Ziel ist die ausreichende Finanzierung des Bildungssystems, damit wir unsere Vorstellungen von Chancengleichheit, Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe umsetzen können. Mindestausgaben für Bildungspolitik gehören ins Grundgesetz!

595 Bildung muss von der KiTa bis zur Weiterbildung im Erwachsenenalter komplett gebührenfrei sein und Menschen in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen finanziell unterstützt werden. Investitionen in Bildung sind also auch Investitionen in Arbeits- und Ausbildungsplätze. Investitionen sind sowohl in die Qualität von Bildung notwendig als auch in die Substanz. Mit dem Programm „Gute Schule 2020“ schlägt an dieser Stelle das Land den komplett richtigen Weg ein. Neben Investitionen in die Infrastruktur im Schulbereich muss aber auch in die Infrastruktur der Hochschulen, der KiTas und der Berufsschulen investiert werden. Hierbei müssen auch Aspekte der Digitalisierung und der Inklusion einbezogen und finanziert werden. Außerdem muss der Bereich Arbeit im Bildungssystem ausfinanziert sein, das heißt ausreichende, gut bezahlte Lehrkräfte und ErzieherInnen und eine Ausfinanzierung des Mittelbaus der Hochschulen, um Beschäftigte weniger abhängig von Befristungen zu machen. In vielen Bildungsbereichen werden Menschen aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt. Um diesem Zustand entgegenzuwirken, braucht es spezielle Förderprogramme. Dazu muss es entsprechende Schulungen für Lehrende geben, damit einer

600 Reproduktion von gesellschaftlichen Rollenbildern entgegengewirkt und eine freie Entfaltung gefördert wird. Darüber hinaus müssen sich Bildungsinstitutionen an die unterschiedlichen und individuellen Lebenswege von Menschen anpassen und insbesondere die Vereinbarkeit von Care-Arbeit und Bildung herstellen. Es muss für uns klar sein, dass SchülerInnen, Studierende und Auszubildende diese Investitionen wert sind.

615 Berufsbildungsgesetz (BBiG)

Vor dem Hintergrund der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG), schließen wir uns den Forderungen der Gewerkschaftsjugend an.

620 Ausbildung garantieren: Jeder und jede, der oder die eine berufliche Ausbildung machen möchte, soll das auch tun können – gesetzlich garantiert.

625 Existenzsichernde Ausbildungsvergütung: Die Ausbildung muss Auszubildenden ein finanziell unabhängiges Leben ermöglichen – und zwar in allen Ausbildungsverhältnissen. Auch in schulischer und außerbetrieblicher Ausbildung.

630 Duales Studium auf gesetzliche Grundlage stellen: Wie muss ein Ausbildungsvertrag zwischen Studierenden und dem Betrieb aussehen und wie arbeiten Betrieb, Hochschule und Berufsschule zusammen? Solche Fragen müssen endlich gesetzlich einheitlich geregelt werden.

635 Lehr- und Lernmittelfreiheit: Alle durch die Ausbildung entstehenden Kosten müssen von den Arbeitgebern getragen werden. Denn Ausbildung darf nicht an finanziellen Hürden scheitern.

640 Bessere Standards an Berufsschulen und Hochschulen: Notwendig sind gesicherte Qualitätsstandards und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Berufsschule/Hochschule und Betrieb. Darüber hinaus muss die Zeit in der Berufsschule auch für Auszubildende, die älter als 18 Jahre, auf die betriebliche Arbeitszeit angerechnet werden – inklusive der Wege- und Pausenzeiten.

645 Qualität von Aus- und Weiterbildung verbessern: Dazu braucht es neben einer angemessenen Anzahl an Ausbilderinnen und Ausbildern vor allem klare und verbindliche Qualitätsansprüche.

650 Ankündigungsfristen bei beabsichtigter Nichtübernahme nach der Ausbildung: Wer seine oder ihre Ausbildung erfolgreich abschließt, soll danach grundsätzlich unbefristet weiterbeschäftigt werden. Im Fall einer Nichtübernahme sollte der Auszubildende oder die Auszubildende jedoch zumindest spätestens drei Monate vorher vom Arbeitgeber informiert werden.

Investitionen in Daseinsvorsorge

655 Der Kerngedanke der Daseinsvorsorge ist, dass alle notwendigen Dienstleistungen und Einrichtungen für eine Versorgung mit grundlegenden Gütern und Leistungen, für eine Teilhabe aller Menschen an der gesellschaftlichen Entwicklung vorhanden sind und allen Menschen zur Verfügung stehen. Daseinsvorsorge ist für uns Politik gewordene Solidarität, das konkret ausgeprägte politische Instrument des Solidarprinzips. Ein durch Steuern
660 zusammengekommener Topf sorgt für staatliche Leistungen, die für alle zugänglich sind und die das Leben aller absichern sollen – und zwar dezidiert ohne auf eine unternehmerische Gewinnmaximierung zu setzen. Dieses System ächzt momentan unter verschiedenen neuen Herausforderungen wie zum Beispiel der Energiewende, den überlasteten öffentlichen Haushalten vor allem in den Kommunen (freiwillige Ausgaben) und der nicht vorhandenen
665 Bereitschaft der Bundesregierung, eine faire Umverteilungspolitik zu initiieren. Dabei sorgen gerade Investitionen in unsere Daseinsvorsorge dafür, dass Abstiegsängste abgebaut werden und eine gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird. Zum Beispiel müssen Schutzräume, wie Frauenhäuser, die heute schon oft überlastet sind, nicht nur mit der nötigen Infrastruktur, sondern auch mit Mitteln zur Prävention und Aufklärung
670 ausgestattet werden.

Diese Ziele werden dem Interesse der Bundesregierung an einer „Schwarzen Null“ – als angeblich historische Errungenschaft – untergeordnet. Ein Vorgehen, das gerade vor dem

675 Hintergrund der nochmals gestiegenen Herausforderungen durch die Zuwanderung gerade für die kommunale Ebene unverantwortlich ist.

In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge sorgt der Staat derzeit dafür, dass Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge verbilligt oder gar kostenlos durch private AnbieterInnen abgegeben werden. Die Differenz zwischen Kosten und Erlös wird vielfach
680 durch Steuermittel ausgeglichen. Wir lehnen dieses Verständnis der Daseinsvorsorge ab.

Die immer mal wieder diskutierten Vorschläge zur Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) stehen unserem Verständnis von Daseinsvorsorge entgegen. Wir nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass viele Städte und
685 Gemeinden immer häufiger Güter und Dienstleistung im Bereich der Daseinsvorsorge rekommunalisieren.

Integration

690 Integration ist eine Kernaufgabe einer Gesellschaft. Nicht nur in der heutigen Zeit, die durch Flucht geprägt ist, sondern grundsätzlich. Integration geht durch alle gesellschaftlichen Schichten und betrifft jeden Lebensbereich und –abschnitt. Dabei ist vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen darauf zu achten, dass gesellschaftlich benachteiligte Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Deswegen sehen wir die
695 Integration auch als Querschnittsaufgabe von Politik. Um diesem Anspruch Rechnung zu tragen, beginnen wir mit aus unserer Sicht wichtigen Voraussetzungen gelingender Integration und werden das Thema dann in den folgenden Unterkapiteln, wieder aufgreifen.

Bildung als Schlüssel der Integration

700 Wir setzen uns dafür ein, dass geflüchtete Kinder schnellstmöglich in den deutschen Bildungsweg integriert werden. Dazu gehört ein ausreichendes Angebot an Kita- und Schulplätzen. Weiterhin fordern wir einen Stellenausbau in der Verwaltung, damit Abschlüsse für Schulen, Ausbildungsstätten oder Hochschulen zeitnaher anerkannt oder
705 bewertet werden, um einen schnellstmöglichen Einstieg in den Ausbildungsweg auch für junge Erwachsene zu ermöglichen. Hierzu ist außerdem eine Aufstockung der Lehr- und Betreuungskräfte in Kitas, Schulen und Hochschulen notwendig.

Geflüchteten Studierenden muss ein schneller und unkomplizierter Zugang zu Hochschulen
710 möglich sein, um ihr Studium fortsetzen zu können. Im Heimatland erbrachte Studienleistungen müssen ebenfalls schnell und unkompliziert angerechnet werden. NC-Barrieren lehnen wir auch weiterhin ab. Auch in die Ausbildung Nicht-Geflüchteter sollte das Thema Integration Einzug halten, um eine Sensibilisierung zu schaffen. Eine Forderung hierzu sind interkulturelle Bildungsangebote für Betriebe.

715

Sprache lernen

Die bisherige Sprachförderung funktioniert vorne und hinten nicht: Sie beginnt zu spät, es gibt viele bürokratische Hürden und die Unterschiede bei Qualität und Angebot sind je nach
720 Region sehr unterschiedlich.

Wir setzen uns daher für einen flächendeckenden Ausbau einer qualitativ hochwertigen Sprachförderung ein. Dies umfasst auch spezielle Sprachförderungen, wie etwa für

725 Analphabet*innen oder Menschen, die bereits lange in Deutschland leben, aber bisher keine ausreichende Förderung genossen haben. Diese Menschen brauchen spezielle Angebote, um die Chance zu erhalten Deutsch zu lernen. Zusätzlich wollen wir Projekte, deren Ziel es ist ein gegenseitiges Lernen zu ermöglichen, fördern.

730 Die oben genannten und noch folgenden Punkte geben einen kurzen Überblick über die Vielfalt von nötigen Förderungen seitens des Staates. Hierbei darf der Bereich der Begleitung während des Asylverfahrens nicht fehlen. Daher wollen wir finanzielle Sicherheit für Sozial- und Migrationsberatungen freier TrägerInnen herstellen. Diese leisten einen großen Anteil daran, dass Geflüchtete sich in der hiesigen Bürokratie zurechtfinden.

735 Auch die Einbindung von Ehrenamtlichen und Geflüchteten in die Geflüchtetenarbeit steckt bisher von staatlicher Seite aus in den Kinderschuhen! Hier muss eine umfassende Professionalisierung von Verwaltungsseite und ein Abbau an bürokratischen Hürden stattfinden. Ehrenamtliches Engagement soll ergänzen und nicht staatliche Leistungen ersetzen.

740 Veränderter Wohnanspruch für bunte Städte und Gemeinden

745 Sozialistische Wohnraumpolitik muss allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Das ist nur möglich, wenn die unterschiedlichen Lebenskonzepte und Bedürfnisse der Menschen bei der Planung, Weiterentwicklung und Gestaltung von Wohnraum berücksichtigt werden. Nachhaltige und zukunftsorientierte Wohnraumpolitik muss sowohl die Veränderung von gesellschaftlichen Strukturen, wie etwa

750 durch den demografischen Wandel und Migration, als auch die verschiedenen Möglichkeiten der individuellen Lebensgestaltung beachten.

755 Neben diesem veränderten Wohnanspruch der Menschen muss Wohnraumpolitik auch der Forderung nach einer sozial gerechten, solidarischen und offenen Gesellschaft gerecht werden. Dem steht zurzeit noch vieles entgegen. Vor allem diskriminierte oder finanziell benachteiligte Gruppen leiden unter mangelndem und teurem Wohnraum. Gleichzeitig werden bestimmte Gruppen aus beliebten und zentralen Wohngebieten verdrängt. Wir wollen eine sozialräumliche Spaltung verhindern. Die Qualität der Wohnungen darf ein Mindestmaß nicht unterschreiten. Das gilt auch dann, wenn sie für private InvestorInnen

760 unattraktiv geworden sind. Wohnen ist ein Grundrecht. Wir wollen attraktiven Wohnraum unabhängig von der Lage, unabhängig von Stadt oder Land. Inklusives Wohnen muss an allen Orten möglich sein.

765 Staatliche vs. private InvestorInnen

Private InvestorInnen, die sich angetrieben vom billigen Geld gerade auf den Immobilienmarkt drängen, verschärfen die Probleme auf dem Wohnungsmarkt weiter. Private Neubauten erfolgen oft nur im Hochpreissegment. Die Nachfrage nach niedrig preisigen Wohnungen wird durch private InvestorInnen kaum bedient. Die Kommunen und 770 die Länder haben ihren Bestand an Sozialwohnungen zwischen den 1980er Jahren und 2010er Jahren reduziert. Der Bund zieht sich seit 2006 als Folge der Föderalismusreform gänzlich aus dem sozialen Wohnungsbau zurück. Der Immobilienmarkt wird zum Kasino für

- FinanzinvestorInnen und „Heuschrecken“.
- 775 Dies hat großen Einfluss auf die Gestaltung unserer Städte und Kommunen. Aus den Zentren werden sterile Hot-Spots, während die Peripherie zum Ghetto verkommt. Lässt man die Kräfte des Marktes weiter frei walten, wird diese Entwicklung in den nächsten Jahren bei (zu erwartenden) niedrigen Zinsen neue, noch nicht gekannte Ausmaße annehmen. Die Politik muss gegensteuern! Land und Kommunen müssen wieder aktiv in den Wohnungsmarkt eingreifen. Dem Land kommt hier eine besondere Aufgabe zu. Ohne den starken Einsatz der Landespolitik werden es die Kommunen nicht schaffen, eine Wende auf dem Wohnungsmarkt zum Besseren zu stemmen.
- 780
- 785 Wir begrüßen die Einführung der Mietpreisbremse auf Bundesebene ausdrücklich. In ihrer jetzigen Form, gibt es jedoch zu viele Ausnahmen, so dass sie ihre Wirkung in NRW fast gänzlich verfehlt. Zudem kann die Mietpreisbremse keine Investitionen in Wohnraum ersetzen.
- 790 Seitens der Landesregierung in NRW gibt es seit dem Jahre 2012 erste begrüßenswerte Bemühungen den sozialen Wohnraum wieder stärker zu fördern. Das Wohnraumförderungsprogramm sieht jährlich eine Investition von 800 Millionen Euro vor. Die Jahre 2012 bis 2015 zeigen jedoch, dass die zur Verfügung stehenden Mittel maximal zu 83,5 Prozent ausgegeben wurden. Aufgrund aktueller Situationen und der verstärkten Nachfrage nach sozialem Wohnraum sieht die Landesregierung eine Erhöhung der Finanzmittel auf insgesamt 1,1 Milliarden Euro zum nächstmöglichen Zeitpunkt vor. Wir begrüßen diese Entscheidung. Sie verdeutlicht, dass die Mittel zum jetzigen Zeitpunkt genutzt werden und weiterhin wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge sein werden.
- 795
- 800 In unseren Augen gilt es die Wohnraumförderung konsequent umzusetzen und die sozialräumliche Spaltung aufzuheben. Wir fordern, dass die Kommunen bei der Nutzung der Mittel hinreichend unterstützt werden. Kommunen mit hohem Förderbedarf sollten auch nicht genutzte Gelder anderer Kommunen ausgeben können. Eine Umsetzung der Wohnraumförderung zu vollen 100 Prozent muss das Ziel sein. Fraglich ist aber, ob diese
- 805 Summe eine echte Wende auf dem Wohnungsmarkt bewirken kann. Für den Fall, dass die Investitionen verpuffen und die Mietpreise hoch bleiben, müssen größere Anstrengungen unternommen werden. Die Wende auf dem Wohnungsmarkt muss Priorität vor niedrigen Steuern und Haushaltsdisziplin haben.
- 810 Im Ruhrgebiet und Gegenden, wo der Verfall das Hauptproblem ist, muss in Modernisierung von Wohnraum investiert werden. In Regionen mit zu geringem Wohnraum müssen Wohnungen staatlich gebaut und betrieben werden. Wir stimmen den ExpertInnenmeinungen zu, die von einem Wohnraumbedarf von weiteren 400.000 Wohnung bis zum Jahre 2020 in NRW ausgehen. Diese Zahl setzt sich laut NRW Bank aus 120.000 Wohnungen für
- 815 Zugewanderte und 280.000 Wohnungen aufgrund allgemeiner Bevölkerungsentwicklung zusammen. Diese gilt es im bezahlbaren Preissegment durch die Umsetzung von mietpreisgebundenen Wohnräumen umzusetzen.
- 820 Zudem muss eine fortschreitende Segregation aufgrund einseitiger privater Investitionen durch strenge Regeln und staatliche Planungen verhindert werden. Die „Wohnungsbau-Offensive NRW“ ist aus diesem Grunde für uns zu unterstützen. Die Offensive verbindet staatliche und private Verbände und Unternehmen und schafft konkrete Aktionen für einen

825 fortschrittlichen Wohnungsbau in NRW. Wir fordern, dass Baugenehmigungen an die Integration von sozialem Wohnraum in 1A-Lagen gebunden werden. Außerdem muss es eine Belegungsbindung für öffentlich gefördertes soziales Wohnen geben. Genossenschaftlich organisierte Wohnungsunternehmen, die zur Verbesserung des Wohnungsmarktes beitragen, sind zu fördern.

830 Nachhaltige Ver- und Entsorgung: Integrierte Planung der Kommunen, Fairsorgung durch starke Stadtwerke

835 Umweltzerstörung, Luftverschmutzung, der Klimawandel, unsichere Importstrukturen und wirtschaftliche Zwänge stellen unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die bisherigen Lösungsansätze konzentrieren sich vor allem auf Dekarbonisierung und die Nutzung lokaler Ressourcen. Vielen schwebt das Ideal der Smart Cities and Communities vor. Der dafür notwendige integrierte Ansatz wird jedoch ebenso außer Acht gelassen, wie Effekte auf den Arbeitsmarkt.

840 Problemstellung

845 Die Probleme sind miteinander verbunden, aber den Energie- und Ressourcenpolitiken der letzten zwei Jahrzehnte fehlt die Vernetzung. Die großen Zusammenhänge wurden außer Acht gelassen. Mehr oder weniger unabhängig voneinander wurden der Energiemarkt liberalisiert, das Kreislaufdenken in der Abfallwirtschaft eingeführt, Gebäude effizienter gemacht und erneuerbare Energien gefördert. So wurden erneuerbare Ressourcen ohne Rücksicht auf intelligente Vernetzung immer weiter ausgebaut und Ressourcenströme sind neben einander hergelaufen.

850 Lösungsansätze: Smart Cities und starke Stadtwerke

855 Wir brauchen endlich eine Politik, die auf eine integrierte Kreislaufwirtschaft hinausläuft. Auf der europäischen Ebene haben solche Ansätze in den vergangenen Monaten Gewicht bekommen: Die niederländische Ratspräsidentschaft setzt auf eine Urban Agenda für Smart Cities und z.B. die Heating and Cooling Strategy der Europäischen Kommission. Beide identifizieren Städte und Kommunen als zentrale AkteurInnen in der Planung und Schaffung zukunftsfähiger, nachhaltiger und integrierter Ver- und Entsorgungssysteme. Verbunden werden nicht nur Energie-, Wasser- und Wärmeversorgung sowie Abfallkreisläufe, sondern auch Verkehrs- und Kommunikationsnetze. Konkret braucht es eine Politik, die erstens der Kommunalpolitik Mittel zur umfassenden integrierten Stadtplanung zur Verfügung stellt und
860 zweitens Stadtwerke politisch stärkt, damit sie die umfassenden regionalen Ver- und Entsorgungsprozesse sozial gerecht erfüllen können.

865 I. Integrierte Stadtplanung

870 Die Komplexität des heutigen Systems liegt in den Zusammenhängen. Die Möglichkeit der Nutzung von Reststoffen als Rohstoffe funktioniert nur, wenn Sammlung und Bedarf aufeinander abgestimmt sind. Zeitgleich hängt die Effizienz der Energieversorgung von einer korrekten Bedarfsplanung ab. In einem integrierten System können z.B. Bioreststoffe zu Biogas verwertet werden, das dann beispielsweise genutzt wird, um den ÖPNV zu dekarbonisieren. Oder Erneuerbare Elektrizität kann genutzt werden um zum Beispiel Aluöfen zu heizen. Deren Restwärme kann wiederum genutzt werden um einen energieeffizienten Gebäudebestand zu versorgen. Damit diese Systemintegration gelingt, ist

875 gewissenhafte Planung erforderlich. Viele Kommunen haben bereits Erfahrung in einzelnen Planungsschritten und es bestehen gute Beispiele. Insgesamt fehlt es jedoch sowohl generell am nötigen Know-How, als auch am Austausch zwischen den AkteurInnen. Deswegen fordern wir die stärkere Vernetzung und Nutzung bestehender Plattformen und die Entwicklung und Weitergabe von Toolboxes, die die Kommunen an ihre jeweilige Situation anpassen können.

880

II. Fairsorgung durch Stadtwerke

Die Stadtwerke sind ein großes Erfolgsmodell einer sicheren und preiswerten öffentlichen Daseinsvorsorge – im Besitz der regionalen Städte und Gemeinden. Für garantiert sauberes 885 Wasser, preiswerte Elektrizität, Gas und Fernwärme sind kommunale Versorgungsunternehmen vielerorts ein Garant. Wo Qualität und öffentliche Kontrolle durch (Teil-)Privatisierungen eingeschränkt wurden, sind Fehler häufig wieder korrigiert worden: Rekommunalisierungen und sogar Stadtwerke-Neugründungen standen in den letzten Jahren vielfach auf der Tagesordnung. Für uns als NRWSPD ist das eine positive Entwicklung. Wir 890 sehen Stadtwerke und andere kommunale Unternehmen als Vorreiterinnen und Pionierinnen für den Wandel zu einer (digital-)industrialisierten, aber gleichzeitig treibhausgasneutralen Kreislaufwirtschaft. Durch ihre hervorgehobene Stellung vor Ort könnten sie schon heute – mit begrenztem Risiko – in die Geschäftsfelder von Morgen investieren. Wir setzen uns dafür ein, dass durch Subventionen, steuerliche Förderungen und Know-how-Förderungen sowie 895 zinsfreie öffentliche Kredite Investitionen in die kommunale Ver- und Entsorgung massiv gestärkt werden.

Kultur für alle – Eckpunkte einer progressiven Kulturpolitik

900 Kultur – die Auseinandersetzung mit ihr, der persönliche Schaffensprozess und die kritische Rezeption – ist Bereicherung für den Menschen. In den aktuellen Entwicklungen nimmt die Kultur aber keinen angemessenen Stellenwert mehr ein: Unterfinanzierte Kommunen sind dazu gezwungen, ihre „freiwilligen Leistungen“ massiv zurückzufahren. Besonders Kultureinrichtungen sind freiwillige Leistungen innerhalb einer Kommune und werden oft als 905 erstes weggekürzt. Die strukturelle Vernachlässigung der kulturellen Bildung führt jedoch erst zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse im Kulturbereich und dann zum Aussterben jeglichen kulturellen Lebens.

910 Oft wird behauptet, dass Kultur etwas sei, das außerhalb der sozialen Frage liege. Das ist falsch. In der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung war die Kultur immer wieder ein relevanter Streitpunkt. Kultur sollte als Möglichkeit der Selbstreflexion, die gesellschaftliche

Entwicklungen bedingt, allen offen stehen. Die emanzipatorische Wirkung von Kultur für die proletarische Bewegung war für sie stets auch gesellschaftlicher Impuls.

915

Kultur – eine elementare Aufgabe des Staates

Aufgabe des Staates ist es, Kultur zu schützen und zu fördern. Durch das föderale System haben die Länder die Hoheit in der Kulturfrage. Dies gilt es finanziell sowie personell zu 920 verstärken. Dennoch ist auch eine bundesweite Abstimmungen in der Kulturförderung notwendig und kann nur durch eine gesamtstaatliche Kommunikation und Koordination in Hand des/der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien erfolgen.

925 Die Mittelvergabe an Kulturschaffende und einzelne Kunstprojekte muss transparent und nachvollziehbar ablaufen. Auch muss den Kulturschaffenden die Bürokratie möglichst abgenommen werden. Staatliche Kulturförderung muss primär aktivierend und zugleich subsidiär sein. Kommunen sind als erste Anlaufstellen für Kulturschaffende mit ausreichend Mitteln auszustatten. Bei landes- oder bundesweiter Bedeutung von Kulturprojekten sehen wir aber auch die Länder und den Bund in der Pflicht.

930 Die Finanzierung der staatlichen Kulturförderung soll unter anderem durch eine am Steuersystem orientierte Kulturförderabgabe gesichert werden. Die Form eines pauschalen Beitrages für Teile der Kultur (beispielsweise den Rundfunkbeitrag in seiner jetzigen Ausgestaltung) lehnen wir ab.

935 Dieser kooperative Kulturföderalismus muss durch Kulturfördergesetze abgestimmt werden. Diese Gesetze sollen aber keine statischen Pläne mit dem Ziel der Verwertbarkeit von Ergebnissen sein, sondern den Kulturschaffenden Planungssicherheit geben. Es braucht daneben langfristige Kulturentwicklungspläne. Kulturförderung kann aber nicht in der Form von Top-Down-Projekten geschehen. Sie muss vielmehr aus der künstlerischen Praxis durch Selbstverwaltungsstrukturen geschehen.

940 Die Forderung nach Kultur für alle bedeutet, dass der Staat die Voraussetzungen dafür schaffen muss, dass alle in der Lage sind Kultur zu erfahren aber auch die zeitlichen wie örtlichen Freiräume haben, um Kultur zu schaffen. Wir fordern deshalb, dass alle ArbeitnehmerInnen in einem angemessenen Maße für kulturellen Bildungsurlaub von der Erwerbsarbeit freigestellt werden.

950 Um die Möglichkeit kultureller Teilhabe zu erhöhen, müssen insbesondere auch öffentliche also nicht-kommerzielle kulturelle Einrichtungen flächendeckend und bedarfsgerecht vorhanden und ausfinanziert sein. Auf dem Weg zur kostenfreien Partizipation an Kultur werden wir einen eintrittsfreien Tag pro Monat für alle Kulturstätten des Landes NRW einführen. Dieser Tag soll es jedem Menschen unabhängig vom Einkommen ermöglichen an Kultur zu partizipieren.

955 Kultur – eine schutzwürdige Errungenschaft

960 Wesentlicher Bestandteil der Debatte um den Schutz von Kultur muss die Erinnerung an die kulturzerstörende nationalsozialistische Diktatur und den von ihr entfesselten Zweiten Weltkrieg sein. Das nationalsozialistische Deutschland hat schon 1933 mit der massiven Vernichtung von Kulturgütern begonnen und sich auch in diesem Bereich Verbrechen gegen die Menschheit schuldig gemacht. Die Verbrechen der NationalsozialistInnen mahnen uns alle zur aktiven Erinnerungskultur und zur Bewahrung der Geschichten derjenigen, die unter der Gewaltherrschaft Leid ertragen oder ihr Leben lassen mussten.

965 Auch deshalb wollen wir, dass in der Schule die Kernlehrpläne für künstlerisch-literarische Fächer, wie z.B. Musik, durch eine kritische Auseinandersetzung mit großen Persönlichkeiten und ihren Werken ergänzt werden. Hierzu muss nicht nur die von Kunstwerk oder KünstlerIn gewollte Wirkung betrachtet werden, sondern auch nicht erwartete oder sogar unerwünschte Nebenwirkungen. Eine solche Ergänzung könnte erfolgen, indem sowohl zeitgenössische als auch moderne Musik, Kunst, Literatur sowie andere mögliche Kunstformen, die Hintergründe aufweisen oder Inhalte transportieren, die kritisch von der Gesellschaft betrachtet werden, im

- Unterricht behandelt werden.
- 975 Es ist Aufgabe des Staates, dass die Freiheit der Kultur durch ihn gesichert ist. Zugleich muss sie aber auch vor ihm gesichert sein. Zensur in jeder Form lehnen wir ab. Auch bedürfen Kulturschaffende des besonderen Schutzes durch den und vor dem Staat. Dabei ist für uns jedoch eine Grenze erreicht, wenn Kultur dazu verwendet wird, demokratiefeindliche Inhalte zu verbreiten.
- 980 Die Freiheit der Kultur wollen wir auch durch die Entkriminalisierung von Straßenkunst sichern. Das bedeutet auch, dass für uns beispielsweise das Sprühen von Graffiti keine Sachbeschädigung darstellt. Der Raum zur öffentlichen Entfaltung des künstlerischen Begehrens muss auch StraßenkünstlerInnen eingeräumt werden, solange sie dafür lediglich öffentliches Eigentum verwenden, das nicht in seiner Funktionsfähigkeit eingeschränkt wird.
- 985 Daneben wollen wir aber auch das UrheberInnenrecht von Kulturschaffenden schützen. Jedenfalls für jedwede kommerzielle Verwertung von Kultur muss den Schaffenden eine angemessene Vergütung gezahlt werden. Aber auch durch den Erhalt der ermäßigten Mehrwertsteuer für kulturelle Güter wollen wir ihre Vielfalt absichern. Diese ermäßigte Mehrwertsteuer gilt es auf digitale kulturelle Angebote auszuweiten.
- 990 Kultur – ein Bestandteil kapitalistischer Erwerbsarbeit
- 995 Die sozialistische Bewegung war, ist und bleibt stets eine Bewegung der Arbeit – auch der künstlerischen und kreativen Arbeit. Viele Kulturschaffende können heute ihren Lebensunterhalt nur durch unsichere Projektfinanzierungen und staatliche Unterstützungsleistungen bestreiten. Aber auch gänzlich unbezahlte Kulturarbeit ist die Regel. Prekären Beschäftigungsverhältnissen treten wir entgegen. Um diese langfristig zu verhindern, braucht es eine Festlegung von Honoraruntergrenzen für die verschiedenen Kunstformen.
- 1000 Wir bekennen uns aber auch zur heutigen Form der KünstlerInnensozialversicherung. Diese Form der solidarischen Finanzierung ist auf Grund der speziellen Lage der Kulturschaffenden gerechtfertigt. Zugleich fordern wir aber die Abschaffung der Ausnahmen innerhalb der KünstlerInnensozialversicherung beim Kunsthandwerk (beispielsweise für GoldschmiedInnen, InstrumentenbauerInnen, TätowiererInnen).
- 1005 Kultur als Integrationsaufgabe
- 1010 „Die deutsche Leitkultur ist in Gefahr“, so das Argument vieler Rechter. Doch in Wahrheit ist die Kultur allgemein in Gefahr – durch eine absolute Unterfinanzierung. Gerade auch kulturelle Angebote von und für Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte müssen stärker gefördert werden, um so einen Abbau der gesellschaftlichen Vorurteile voranzutreiben. Ein großer Schritt zu einer gelingenden Integration ist es zum Beispiel Geflüchtete in kulturelle Angebote einzubinden, wie etwa in Musikschulen oder Sportvereine. Doch bei beiden bedarf es noch zusätzlicher Hilfe. So muss etwa im Bereich der Sportvereine ein einheitlicher Versicherungsstandard für Geflüchtete ohne Status eingeführt werden, um den Vereinen die Arbeit zu erleichtern. Auf der anderen Seite muss das Angebot interkultureller Förderung für Menschen ohne Fluchtgeschichte zunehmen, um diese zu sensibilisieren.
- 1015
- 1020

In Gesundheit investieren!

1025

Die Ökonomisierung macht auch vor einem (weiteren) Kernbereich des Sozialstaates nicht halt: der Gesundheitsversorgung. Schneller, effizienter und vor allem billiger muss scheinbar alles bei uns sein, selbst das Genesen. Der Kapitalismus folgt hier seiner eigenen Logik und bringt auch Gesundheitseinrichtungen dazu, sich zunehmend an Kosteneinsparung und Leistungsreduzierung zu orientieren. Dies wird besonders deutlich seitdem die jüngste Gesundheitsreform (2004) durch das GKV-Modernisierungsgesetz in Kraft getreten ist und auch die gesundheitspolitischen Handlungsstrategien sich immer mehr auf einen Rationalisierungskurs durch Regulierungs- und Versorgungsstrukturen konzentrieren. Die Wirtschaftlichkeit steht allem voran: Sei es bei der Entscheidung der Behandlung, der Bezahlung der ArbeitnehmerInnen oder auch beim Trend unter den Krankenhäusern sich auf rentable Krankheiten zu spezialisieren. Der Gedanke zieht sich durch alle Entscheidungen im Gesundheitswesen.

1030

1035

1040

Zu spüren bekommen diese Entscheidungen die PatientInnen, die sich auf lange Wartezeiten bei Terminen einrichten müssen, unterschiedliche Behandlungsmethoden oder auch ggf. nicht die nötige Aufmerksamkeit durch das Pflegepersonal oder ÄrztInnen bekommen. Zusätzlich kommt im ländlichen Raum, wo die ärztliche Versorgung und der Zugang zu dieser ohnehin Dauerthemen sind, die Problematik, dass Krankenhäuser sich spezialisieren und teilweise nur noch bestimmte Behandlungen anbieten.

1045

1050

Allgemeine Krankenhäuser müssen gestärkt werden. Sie sind ein Eckpfeiler der gesundheitlichen Grundversorgung. Die Tendenz, dass Allgemeine Krankenhäuser nur dann eine Überlebenschance haben, wenn sie sich spezialisieren, lehnen wir ab. Darüber hinaus ist die medizinische Grundversorgung durch Erleichterungen zur Bildung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) zu fördern. Diese ÄrztInnenhäuser sind gerade in Gegenden ohne Krankenhaus eine Möglichkeit, die entsprechende Grundversorgung zu gewährleisten. Hier ist im Besonderen die Rolle der Kassenärztlichen Vereinigung zu hinterfragen, die MVZ aus ideologischen Gründen tendenziell ablehnend gegenübersteht. Es darf keinen Vorrang für Privatpraxen geben!

1055

1060

Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit kommunaler Krankenhäuser dringend zu fördern. Während die Rhön-AG beispielsweise ein Joint Venture mit IBM eingeht, um im Bereich der digitalen Diagnostik eigene medizintechnische Produkte und Lösungen anzubieten, denken viele kommunale Krankenhäuser nicht über "Medizin 2.0" nach. Es ist geboten, an dieser Stelle enger zusammen zu arbeiten und mit Universitäten und Fachhochschulen im Bereich Medizintechnik voranzuschreiten.

Das System

1065

1070

Seit 2003 wird ein Krankenhausaufenthalt nicht mehr nach Tagessätzen vergütet, sondern nach Pauschalen, die sich an Krankheit der PatientInnen und deren Schweregrad orientieren. Die Abkehr vom Kostenerstattungsprinzip hin zu Fallpauschalen hat dazu geführt, dass in Krankenhäusern gewinnorientiertes Denken seinen Einzug gehalten hat und dabei das Wohl der PatientInnen nicht mehr das oberste Ziel zu sein scheint. Diese grundsätzliche Neuausrichtung führt zum vermehrten Einsatz überflüssiger Behandlungen, zum Ausbau von Stationen mit lukrativen Behandlungen und zum Wegfallen ganzer eigentlich notwendiger Stationen mit Grundversorgung. Während die Fallzahlen seit Jahren kontinuierlich zunehmen, nimmt die Verweildauer im Krankenhaus kontinuierlich ab. Möglichst viele

1075 Folgeerkrankungen nach der Einlieferung ins Krankenhaus festzustellen, bringt einem Krankenhaus höhere Gewinne. Das führt dazu, dass patientenbezogene Entscheidungen von einzelwirtschaftlichen Zielen der Krankenhäuser maßgeblich bestimmt werden.

1080 Wir benötigen eine kostendeckende Grundversorgung in allen Krankenhäusern. Die Spezialisierung von Krankenhäusern darf nicht weiter ausgebaut werden. Wir setzen uns daher für die Einführung eines verpflichtenden Basisleistungskatalogs für Krankenhäuser ein.

1085 Die Entsolidarisierung durch den derzeitigen Umbau des Gesundheitswesens in Form der voranschreitenden Privatisierung von Krankenhäusern muss gestoppt werden. Nur öffentliche Krankenhäuser können die Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur und Erhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge gewährleisten. Daher fordern wir, dass alle Krankenhäuser rekommunalisiert werden.

ArbeitnehmerInnen im Gesundheitswesen

1090 Diese Ökonomisierungstendenzen münden häufig in der Privatisierung ehemals öffentlicher Einrichtungen. Das führt auch dazu, dass sich die tatsächlichen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechtern. So gibt es eine Tendenz in privatisierten Krankenhäusern zur Auflösung von Tarifbindungen, was in aller Regel einhergeht mit geringeren Löhnen und höherer Arbeitsbelastung. Aber auch öffentliche Einrichtungen wenden sich unter dem vermeintlichen Kostendruck von Tarifverträgen ab. Das Nutzen-Kosten-Kalkül setzt sich auch bei den ArbeitnehmerInnen fort: Zum einen werden Stellen abgebaut, um verursachende Kosten für die Krankenhäuser einzustellen, auf der anderen Seite stehen sowohl ÄrztInnen als auch das Pflegepersonal in einem ständigen Interessenkonflikt, indem nicht nur das Wohl der PatientInnen in den Entscheidungsprozess der Behandlung miteinfließt, sondern auch die Wirtschaftlichkeit für das Krankenhaus berechnet wird.

1105 Wir müssen die ArbeitnehmerInnen schützen. Diese sollten nicht gezwungen sein, nach ökonomischen Aspekten über das Genesen von PatientInnen zu entscheiden. Wir fordern, eine gesetzlich vorgeschriebene Mindestanzahl von PflegerInnen auf den Stationen nach der Bemessung einer modernen und aktuellen Pflegepersonal-Regelung. Wir benötigen eine Tarifbindung in öffentlichen und auch in privatisierten Einrichtungen.

Die PatientInnen

1110 Bleibt es bei dieser Entwicklung wird die frei zugängliche Gesundheitssicherung auf dem bisherigen Niveau nicht mehr für alle Bevölkerungsgruppen erreichbar sein. Vor allem ökonomisch benachteiligte Gruppen, bei denen ohnehin ein höheres Erkrankungsrisiko besteht, werden betroffen sein. Bedingt durch den unterschiedlichen Leistungsanspruch der gesetzlich krankenversicherten im Vergleich zu privat krankenversicherten PatientInnen wird die Versorgungsungleichheit weiter verstärkt. Chefarztbehandlung, Einzelzimmer, keine langen Wartezeiten auf Termine, etc. - die bessere Gesundheitsversorgung erhalten diejenigen, die "zahlungskräftiger" sind. Fakt ist, dass nicht jedeR PatientIn das bekommt, was medizinisch möglich ist.

1120 Nach unserem Verständnis von sozialer Gerechtigkeit darf dies nicht der Fall sein. Daher fordern wir die Aufhebung der Zwei-Klassen-Medizin und die Einführung einer gesetzlichen BürgerInnenversicherung. Investitionen in Gesundheit und in das Gesundheitssystem sind unablässig, um der sozial vorherrschenden Ungerechtigkeit entgegenzuwirken. Wir müssen

zum einen die Zwei-Klassen-Medizin zurückdrängen, um ökonomisch schwächer Gestellte zu schützen. Zum anderen dürfen wir die ArbeitnehmerInnen mit dem, im momentanen Zustand des Gesundheitssystems, verstärkten Interessenkonflikt zwischen Wirtschaftlichkeit und Wohl der zu Umsorgenden nicht alleine lassen. Dieser Konflikt muss aufgebrochen werden und die Arbeit besser honoriert werden. Das geht für uns nur einher, wenn wir der voranschreitenden Ökonomisierung des Gesundheitswesens entgegenreten und in die Zukunft investieren.

Gesundheit als Thema der Integration

Aufgrund der traumatischen Erfahrungen vor und während der Flucht benötigen viele Geflüchtete psychologische Hilfe. Doch diese ist rar. Wenn hierzu noch Sprachbarrieren kommen, gibt es fast schon keine Möglichkeit mehr schnell und kostenfrei an einen Therapieplatz zu gelangen. Hier muss etwas geschehen! Daher fordern wir einen Ausbau psychologischer Beratungsstellen mit dem Schwerpunkt der Beratung von Geflüchteten. Doch auch andere Menschen mit Migrationsgeschichte haben oft eine schwierige Vergangenheit, gerade mit rassistischen Erfahrungen. Diese Problematik sollte bei einer Beantragung einer Therapie ernst genommen und eine Therapie bezahlt werden. Auch die Altenpflege wird sich in Zukunft verändern. Immer mehr ältere Menschen mit Sprachbarrieren und diversifizierten kulturellen Hintergründen haben pflegetechnische Bedürfnisse. Dieser Umstand sollte in die Ausbildung von Pflegepersonal einbezogen werden.

Zukunftsinvestitionen - Unsere zentralen Forderungen:

- Generationensolidarität muss das Ziel aller Zukunftsinvestitionen sein!
- Umverteilung durch Zukunftsinvestitionen mit dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit
- Mehreinnahmen möglich machen (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Finanztransaktionssteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer) und Steuerflucht aktiv bekämpfen
- Schuldenbremse mittelfristig abschaffen und Spielräume schnellstmöglich nutzen
- Fokus der Investitionen MUSS auf den Kommunen liegen! Die Übernahme der kommunalen Altschulden in einem Altschuldenfond des Bundes bleibt für uns weiterhin eine zentrale Forderung.
- Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Daseinsvorsorge, nicht in Renditewünsche privater Hände, wie es bei ÖPP der Fall ist.
- Jede und jeder muss die Möglichkeit haben, seinen/ihren Alltag mobil gestalten zu können.
- Schienenfern- und Regionalverkehr gehört nicht in die Hände privater Unternehmen.
- Der ÖPNV, Rad- und Fußwege müssen ausgebaut werden.
- E-Mobilität muss gefördert werden.
- Mobilitätsansprüche aller Menschen müssen berücksichtigt werden, eine Fokussierung nur auf „berufliches Pendeln“ wird dem nicht gerecht.
- Mobilitätskonzepte müssen auch Sicherheits- und Wohlfühlaspekte aufnehmen.
- Für uns gilt das Prinzip „Schiene vor Straße“.
- Langfristig muss Mobilität fahrschein- und kostenlos werden.
- Ein NRW-weites Azubi-Ticket muss her.
- Verschiedene Verkehrsmittel müssen besser miteinander kombinierbar werden.
- Wir wollen Car-Sharing-Modelle unterstützen.

- In der Logistik müssen Binnenschifffahrt und Schienenverkehr gefördert werden.
- 1175 • Wir brauchen bessere Schnittstellen zwischen den Verkehrswegen in der Logistik.
- Gebührenfreiheit im Bildungssystem, inklusive der Meister-Ausbildung
- Ausbildung garantieren: Jeder, der eine berufliche Ausbildung machen möchte, soll das auch tun können - gesetzlich garantiert.
- 1180 • Existenzsichernde Ausbildungsvergütung: Die Ausbildung muss Auszubildenden ein finanziell unabhängiges Leben ermöglichen - und zwar in allen Ausbildungsverhältnissen. Auch in schulischer und außerbetrieblicher Ausbildung.
- Geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene schnellstmöglich in unser Bildungssystem integrieren.
- Qualitativ hochwertige Sprachförderung flächendeckend ausbauen.
- 1185 • Finanzielle Sicherheit für Sozial- und Migrationsberatungen in freier TrägerInnenschaft.
- Ausreichend guten und günstigen Wohnraum für alle Menschen! Segregation und Gentrifizierung entgegenwirken.
- Bedarfsgerechte staatliche Investitionen in Modernisierung oder Ausbau von Wohnraum.
- 1190 • Politische und finanzielle Unterstützung integrierter Stadtplanung.
- Stärkung der Stadtwerke und Investitionen in kommunale Ver- und Entsorgung.
- Aktivierende und subsidiäre staatliche Kulturförderung.
- Angemessene Freistellung aller ArbeitnehmerInnen für kulturellen Bildungsurlaub.
- 1195 • Mindestens vier eintrittsfreie Tage in allen Kulturstätten pro Jahr.
- Prekärer Beschäftigung im Kulturbetrieb entgegenwirken und Abschaffung der Ausnahmen innerhalb der KünstlerInnensozialversicherung.
- Medizinische Grundversorgung in allen Allgemeinen Krankenhäusern statt Spezial-Krankenhäuser durch Einführung eines Basisleistungskatalogs sowie Förderung von Medizinischen Versorgungszentren statt Privatpraxis-Fetisch.
- 1200 • Für eine Übertragung aller Krankenhäuser in öffentliche Hand.
- Aufhebung der Zwei-Klassen-Medizin und Einführung der BürgerInnenversicherung.
- Interessenkonflikt zwischen PatientInnenwohl und Wirtschaftlichkeit für Beschäftigte im Gesundheitswesen ausräumen.
- 1205 • Kultur- und sprachensible Pflege fördern.
- Zukunftsinvestitionen sind Investitionen in die Zukunft!

Umwelt-, Energie-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik

Antragsbereich U/ Antrag 1

Ortsverein Bonn-Beuel (Unterbezirk Bonn)

Unterbezirk Bonn

Schutz der Nachtruhe am Wochenende

(Angenommen)

Die Landtagsfraktion und Landesregierung werden gebeten, das Landesimmissionsschutzgesetz zu ändern.- Kommunen sollen die Möglichkeit erhalten, die Nachtruhe so festzulegen, dass sie den Anforderungen und dem besonderen Charakter städtischen Lebens entsprechen. Dies schließt ein, dass Kommunen in bestimmten Stadtteilen die Zeit der Nachtruhe verkürzen können. Dies betrifft insbesondere die Nächte zu Feiertagen und an Wochenenden von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag.

Antragsbereich U/ Antrag 2

Unterbezirk Hochsauerland

Kennzeichnung von Batterien

(Angenommen)

Jegliche Arten für Batterien sollten im Handel mit der Angabe der Kapazität europaweit versehen sein.

Antragsbereich U/ Antrag 3

Unterbezirk Kreis Kleve

Gleiche Chancen für alle Flughäfen in NRW!

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

NRW ist Luftverkehrsland Nummer 1 in Deutschland – von keinem anderen Bundesland starten und landen so viele Flugzeuge. Kennzeichnend ist dabei die Vielfältigkeit. Während in anderen Bundesländern ein großer Airport existiert, der nahezu den gesamten Flugverkehr abwickelt, gibt es bei uns größere, mittlere und kleine Flughäfen, die über das ganze Land verteilt sind. Diese Vielfalt ist kein Manko, sondern ein Gewinn! Sie führt dazu, dass in unserem großen Bundesland nicht nur ein einziger Standort vom Wachstum profitiert und die Lasten gleichmäßig verteilt werden.

NRW-Flughäfen sind das Tor zur Welt

15 Nordrhein-Westfalen ist mehr als nur das einwohnerreichste Bundesland. 29 von 77
Großstädten Deutschlands liegen in Nordrhein-Westfalen. Es ist nicht nur das Land in dem
fast 18 Mio. Menschen leben und arbeiten, sondern auch das Land mit der höchsten
Wirtschaftsleistung aller Bundesländer, eine Logistikkreisel von europäischem Rang
und den meisten ausländischen Direktinvestitionen, mit der größten Energieproduktion. Als
Einzelstaat betrachtet, würden wir unter den TOP 10 der Europäischen Union rangieren.
20 Kurzum: Wir sind die Zukunftsregion Nummer 1 in Europa, so das Ergebnis einer Studie der
britischen Wirtschaftszeitung „Foreign Direct Investment Magazin“.

Diese Zukunftsregion braucht eine zeitgemäße Anbindung an den internationalen
Luftverkehr. Unsere sechs internationalen Flughäfen Düsseldorf, Köln/Bonn,
Münster/Osnabrück, Dortmund, Niederrhein/Weeze und Paderborn/Lippstadt sind das Tor zur
25 Welt, was den Luftverkehr angeht. Das dezentrale Flughafensystem in NRW hat sich
bewährt. Wir wollen es beibehalten und auf Basis des Nationalen Luftverkehrskonzepts des
Bundes bedarfsgerecht fortentwickeln. Mit verstärkter Kooperation und Harmonisierung von
Rahmenbedingungen, wie etwa den Betriebszeiten, soll die Wettbewerbsfähigkeit des
Luftverkehrsstandorts Nordrhein-Westfalen im globalen Flugverkehrsmarkt EU-
30 rechtskonform erhalten und ausgebaut werden.

Für die Wirtschafts- und Logistikmetropole Rhein-Ruhr ist ein Flughafen mit 24 Stunden
Öffnungszeit unverzichtbar. Expressfracht muss 24 Stunden am Tag zustellbar sein. Deshalb
werden wir die bedarfsgerechte Entwicklung des Flughafens Köln/Bonn wohlwollend
35 begleiten.

Unverzichtbar für diese Luftverkehrspolitik ist aber auch die Fortentwicklung des aktiven wie
passiven Lärmschutzes u.a. durch das Hinwirken auf modernstes - weil deutlich leiseres -
Fluggerät und geeignete Bonus-Malus-Systeme zur Reduktion von Emissionen, vom Lärm
40 bis zu Schadstoffen. Wir sind überzeugt davon, dass es ohne die Fortentwicklung von
Maßnahmen und Vereinbarungen zur Steigerung der Umweltverträglichkeit keine
Verbesserung der Akzeptanz durch die anwohnende Bevölkerung geben kann.

Wir begrüßen, dass die SPD-geführte Landesregierung unser Bundesland mit einem neuen
45 NRW-Luftverkehrskonzept fit machen wird für die Zukunft. Wichtig ist, jedem Flughafen die
Chance zu bieten, seine Entwicklung in der jeweiligen Region bedarfsgerecht und im
Einklang mit den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner zu realisieren. Solche
Entwicklungen werden wir nachhaltig unterstützen. Wir sichern damit nicht nur
wirtschaftlichen Erfolg, sondern auch viele tausend Arbeitsplätze.

50 Gleichzeitig ist aber auch klar, dass die Entwicklung unserer Flughäfen im europäischen
Gleichklang ohne Subventionen erfolgen muss.

Zu dieser gemeinwohlorientierten Ausrichtung unseres Luftverkehrs gehört auch ein
55 entsprechendes Engagement der öffentlichen Hand. Denn insbesondere der
verantwortungsvolle Interessenausgleich zwischen Luftverkehrs- und Wirtschaftsinteressen
auf der einen und Anliegerinteressen auf der anderen Seite, kann besonders erfolgreich
gestaltet werden, wenn Bund, Land und Anliegerkommunen als Gesellschafter in der
Verantwortung stehen. Deshalb werden wir überall dort, wo eine solche fruchtbare
60 Eigentümerkonstellation besteht, auf den Erhalt dieser Strukturen dringen.

Deshalb

fordert

die

NRWSPD:

65 1. Jeder Flughafen, der internationale Ziele anfliegt, sollte sich auch "Internationaler Flughafen" nennen dürfen.

2. Im neuen NRW-Luftverkehrskonzept sollen alle „Internationalen Flughäfen“ als bedeutsam klassifiziert werden. Das tangiert die faktisch herausgehobene Stellung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn nicht.

*Antragsbereich U/ **Antrag 4***

Unterbezirk Leverkusen

Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

Neufassung:

5 Der SPD-Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion und SPD-Bundestagsfraktion auf, eine Prüfung und Veränderung der einschlägigen Vorschriften, z.B. PBefG des Bundes und/oder ÖPNV G NRW, zu dringen, die kommunale Verkehrsunternehmen in Ihrer Existenz sichert und ein Unterlaufen von Tarif- und Sozialstandards der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Vergabe von Verkehrsleistungen verhindert.

*Antragsbereich U/ **Antrag 5***

Arbeitsgemeinschaft 60 Plus

Quartierspolitik muss breiter und nachhaltiger gestaltet werden

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

5 Der Landesparteitag fordert vom Land für die zukünftige Ausstattung einer nachhaltigen Quartiersentwicklung entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen, um die seit vielen Jahren aufgrund der soziodemographischen Bevölkerungsmerkmale in der Abwärtsbewegung befindenden Bereiche zu stoppen. Die bisherige Förderung der Finanzierung der Quartiersentwicklung orientiert sich im Wesentlichen an den Förderzeiträumen der Städtebauförderung und damit auf einen Zeitraum weniger Jahre beschränkt.

10 Doch hier können nur dauerhafte, nachhaltige staatliche Fördermöglichkeiten des Landes die Kommunen wirksam dabei unterstützen, die Aufgabe der Daseinsvorsorge auf dieser Ebene sozialverantwortlich wahrzunehmen.

15 Dies gilt insbesondere auch für die Finanzierung von hauptamtlichen Fachkräften für ein erfolgreiches Quartiers-/Stadtteilmanagement, ohne die die vielen Ehrenamtlichen nur eingeschränkt einzusetzen sind. In diesem Zusammenhang muss das Land die Ausschreibungspraxis für solche Stellen (Sozialarbeiter, Erzieher, Stadtteilmanager usw.) grundsätzlich verändern, indem die Dauer der Arbeitsverträge an die Gesamtlaufzeit der jeweiligen Stadtentwicklungsprojekte (z.B. Soziale Stadt) gebunden wird.

Quartiersentwicklung

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

5 „Der Landesparteitag begrüßt die Absicht der Landespartei eine vorsorgende Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik in den Vordergrund zu stellen. In den Städten entscheidet sich, wie die Menschen aufwachsen und alt werden, ob Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Herkunft zusammenfinden, ob sie sicher und gesund leben und gute Chancen finden.

10 Wir Sozialdemokraten stellen uns gegen das Auseinanderdriften in reiche und abgehängte Nachbarschaften innerhalb der Stadtquartiere. Die immer größer werdende Spreizung der gesellschaftlichen Schere zwischen extrem armen und reichen Nachbarn bildet den Nährboden für all die negativen Folgen, die auch verantwortlich sind für die zunehmenden Übergriffe wie Diebstähle und Zerstörung.

15 Deshalb fordert der Landesparteitag von den Verantwortlichen im Land und in den Kommunen dringend Maßnahmen, die ein Auseinanderbrechen des

20 Miteinanders verhindern. Die SPD als die Partei der sozialen Gerechtigkeit ist hier gefordert. Nur mit einer vielfältigen Förderung ist die Lebensqualität in den sich oft stark negativ entwickelnden Quartieren nachhaltig zu stabilisieren und die allgemeinen Lebensbedingungen zu verbessern.

25 Vor allem akzeptabler und bezahlbarer Wohnraum sichert die Grundlage einer familienfreundlichen und pluralen Gesellschaft.

Wir brauchen quartiersbezogen wieder höhere Investitionen in das Wohnumfeld und in lebenswerte Nachbarschaften, um das Zusammenleben von Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Schichten zu verbessern,

30 Vordringlich gilt es, schnellstmöglich da für die Schaffung von Wohnraum zu sorgen, wo der Bedarf am höchsten ist. Insbesondere gilt dies für den „sozialen Wohnungsbau“. Auch Nachkriegswohnungen in den Städten müssen auf den heutigen Stand renoviert werden. Dies umfasst Standard (einschließlich barrierefrei) und Größe. Bestehende Hindernisse wie noch vorhandene Baugesetzbuch-Vorschriften müssen angepasst bzw. beseitigt werden. Die Wohnform „Mehrgenerations-Häuser“, wo junge wie ältere Mitbürger gemeinsam leben, hat sich mittlerweile als zukunftsfest herausgestellt. Hier sind vor allem Investoren und Kommunen gefordert, mehr zu tun.

40 Der Landesparteitag der SPD fordert Land und Kommunen auf, sich für die Erhaltung eines wohnortnahen Grundversorgungsangebotes und für die Erweiterung des vorhandenen Einkaufsangebotes einzusetzen. Dabei ist der „*kleine Laden an der Ecke*“ und das „*Fachgeschäft im Stadtbezirk*“ sehr wichtig.

Außerdem sind insbesondere die schwieriger werdenden schulischen und sozialen

45 Infrastrukturbedingungen Gründe für wachsendes Unverständnis und Wut in der Bevölkerung
vor Ort. Das gesamte gesellschaftliche Leben hat sich stark verändert, hin zu einer älter
werdenden Wohnbevölkerung, sodass die Folge lauten muss: Generationengerechte
Quartiersentwicklung. Die politisch Handelnden werden aufgefordert, je nach Zuständigkeit,
nachvollziehbar sichtbare Missstände klar zu benennen und unverzüglich Maßnahmen folgen
50 zu lassen.

 Eine familiengerechte Stadt zeichnet sich auch durch eine umfassende Grundversorgung mit
gesundheitlichen Angeboten aus, dies gilt für die gesamte Bevölkerung quer durch alle
Generationen. Dazu zählt für uns auch die Gesundheitserziehung in Kindertagesstätten und
55 Schulen, genauso wie das Angebot an sportlichen Möglichkeiten auch durch ein vielfältiges
Engagement der Vereine.

 Da, wo noch keine Einzelhandels-Konzepte existieren, sollten diese erstellt werden. Nicht zu
vernachlässigen: Der öffentliche Verkehrsraum muss generell barrierefrei geplant und nach
60 und nach umgestaltet werden. Bei allen diesen Maßnahmen sollten die bewährten Strukturen
der freien Wohlfahrtspflege in den quartiersbezogenen Begegnungszentren sowie anderen
Einrichtungen erhalten und nach Möglichkeit gestärkt werden.

 Ein wichtiger und oft unterschätzter Faktor ist dabei das ehrenamtliche Engagement, das den
Zusammenhalt unserer Gesellschaft trägt. Dazu sind soziale Anlaufstellen einzurichten und
65 persönliche Beratung durch zuständige Verwaltungskräfte sowie von gewählten
Bürgervertretern vor Ort zu organisieren.

 Für die Menschen in ihren Lebensräumen ist „Sicherheit“ ein hohes Gut. Deshalb müssen wir
70 Sozialdemokraten deutlich machen, dass Sicherheit und Integration keine Gegensätze sind!
Jetzt dürfen wir nicht Integration gegen Sicherheit ausspielen lassen. Wir müssen beides tun:
Integration meistern und Sicherheit – auch durch mehr Polizeipräsenz - besser sichtbar
machen und hierzu müssen ausreichend Landesmittel verfügbar sein.

75 Der Gestaltungswille von Politik muss wieder „spürbar“ werden. Wir müssen dazu beitragen,
dass Politikverdrossenheit und Politikmüdigkeit nicht zunimmt. Eine gute
Quartiersentwicklung, eine zufriedenstellende Ausstattung in personelle und monetäre
Belange sind für ein gutes Miteinander von großer Bedeutung.

80 Mangelnde Einflussmöglichkeiten von öffentlicher Verwaltung und Sicherheitskräften dürfen
sich nicht als Eindruck in der Bevölkerung verfestigen. Zeitnahe und umfassende Information
der Bevölkerung über Stadtteilmaßnahmen sind Voraussetzung für das Gelingen auch
„unpopulärer“ Maßnahmen, Teilhabe muss hier unser Handeln bestimmen.

85 Deshalb muss die SPD massiv in Ideen investieren, um das Vertrauen in das
sozialdemokratische Versprechen, sich um eine menschlichere, gerechte und friedliche
Gesellschaft zu kümmern, erfolgreich nachzukommen. Sie sollte auch bzw. gerade in den
Quartieren beweisen, dass die soziale Gerechtigkeit keine leere Formel, sondern Auftrag
bedeutet, dem sie sich verpflichtet fühlt.“

90 Dies ist nur durch die Möglichkeit der Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen am
täglichen Leben zu erreichen. Land und Kommunen müssen durch geeignete Konzepte dazu
beitragen, dass die Quartiere demographiefest, inklusiv, kultursensibel und
generationengerecht gestaltet und erhalten werden.

*Antragsbereich U/ **Antrag 7***

Unterbezirk Dortmund

Für sicheres und lohnenswertes Leben am Hellweg - Weiterbau der L663n jetzt!

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

- 5 Die Dortmunder SPD, fordert den Landesparteitag, dazu auf sich für den zeitnahen Weiterbau der Landesstraße L663n auf den Stadtgebieten von Dortmund, Unna und Kamen einzusetzen und dieses wichtige interkommunale Projekt in der Prioritätenliste des Landes als Gesamtprojekt zu favorisieren.

*Antragsbereich U/ **Antrag 8***

Unterbezirk Dortmund

KV Anlagen

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

- 5 Der Landesparteitag der NRWSPD fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, die Förderung von Investitionen in Anlagen des Kombinierten Verkehrs auch auf Maßnahmen zum Emissionsschutz von Anwohnerinnen und Anwohner und zur Optimierung des Anschlusses an das überörtliche Straßennetz auszuweiten und förderfähig zu machen.

*Antragsbereich U/ **Antrag 9***

Kreisverband Rheinisch-Bergischer-Kreis

Bundessozialticket einführen

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

- 5 Die NRWSPD setzt sich dafür ein, dass Geflüchteten ein kostenloses Ticket für den kommunalen ÖPNV zur Verfügung gestellt wird. Während das Land ersatzweise eine Anreizfinanzierung über das Sozialticket geschaffen hat, fehlt die ordnungspolitisch richtige Maßnahme seitens des originär zuständigen Bundes: Das Sozial-Ticket sollte im Rahmen des ALG II vom Bund finanziert an arbeitslose Bürgerinnen und Bürger ausgegeben werden.

Schaffung von bezahlbarem Wohnraum/Beseitigung von Planungshindernissen

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

5 Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis und für uns Sozialdemokraten ein soziales Recht. Dort wo die Versorgung mit bezahlbarem akzeptablem Wohnraum und Wohnumfeld gesichert ist, ist auch der soziale Frieden gesichert. Vor dem Hintergrund des bereits in der Vergangenheit vorhandenen Mangels an bezahlbarem Wohnraum in den Ballungsgebieten und der nun durch den Zustrom von Flüchtlingen verschärften Situation fordert die NRWSPD die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die Mitglieder der SPD im Bundeskabinett, die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-Fraktionen in den Kreisen, Städten und 10 Gemeinden in NRW dazu auf, zum Beispiel folgende Maßnahmen umzusetzen.

Auf Bundes- und Landesebene:

15 Fortsetzung und Intensivierung der begrüßenswerten und erfolgreichen Wohnraumförderpolitik mit Tilgungsnachlässen usw. in NRW. Diese Politik ist bundesweit beispielgebend, was die Schaffung von neuem, mietpreisgebundenem Wohnraum angeht. Hierzu müssen alle zur Verfügung stehenden Bundesmittel gesichert und eingesetzt werden (Beispiel Entflechtungsmittel nach 2019).

20 Umsetzung des politischen Zieles der Definition und Schaffung von „Urbanen Mischgebieten“ im Baugesetzbuch, wenn nicht in dieser, dann in der nächsten Legislaturperiode des Bundestages. Wir brauchen zur Aktivierung weiterer Wohnbauflächen in Regionen mit Wohnraumangel eine Harmonisierung der Lärmwerte usw., damit für den Wohnungsbau geeignete Flächen trotz Angrenzungen an Gewerbeflächen dem Baurecht 25 zugeführt werden können.

30 Flexibilisierung der planungsrechtlichen Normen für einen angepassten Geschosswohnungsbau in Gebieten mit strukturellem Nachfrageüberhang, mit dem Ziel einer besseren Ausnutzung der vorhandenen aber begrenzten Wohnungsbauflächen, damit durch höheren Wohngeschossbau mehr Wohnraum in den Ballungsräumen geschaffen werden kann. Stadt-, umfeld- und quartiersverträgliche moderne Bauten sollen durch Architektenwettbewerbe generiert und ins Stadtbild eingefügt werden.

Auf Landesebene:

35 Flexible Anwendung von Landesentwicklungsplan und Regionalplan, um auf lokaler Ebene die Ausweisung neuer Baugebiete zu ermöglichen und die Kommunen für solche Ausweisungen, insbesondere was mietpreisgebundenen Wohnraum angeht, zu sensibilisieren.

40 Dort wo Wohnungsmangel in den Ballungsräumen herrscht, muss der Mensch, muss die Schaffung von bezahlbarem mietpreisgebundenem Wohnraum Vorrang haben, müssen flächenpolitische Idealziele zurücktreten.

45 Fortsetzung und Ausbau der erfolgreichen konzertierten Aktion für den Wohnungsbau im Wege des „Bündnisses für Wohnen“ und der „Wohnungsbauoffensive des Landes“ mit der Bau-, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft sowie den Kommunen.

50 Nach der Stärkung und Bündelung unserer städtebau- und wohnungsbaupolitischen Instrumente, z.B. „NRW.Urban“ und andere, kann eine Wohnungsbaugesellschaft unter Landesbeteiligung ein weiterer Schritt sein, wenn alle bisherigen Maßnahmen zur Förderung des mietpreisgebundenen Wohnungsbaus im Ergebnis unzureichend bleiben.

Auf Kreisebene:

55 Ausnahmeregelung für Kommunen, die entgegen bestehender Regional- und Flächennutzungspläne Bauland für mietpreisgebundenen Wohnungsbau ausweisen wollen.

60 Unterstützung kreiseigener Wohnungsbaugenossenschaften bei der Schaffung von mietpreisgebundenem Wohnungsbau .

Auf kommunaler Ebene:

65 Verstärkte Bauleitplanung und Stadtentwicklung zur Schaffung von Baugebieten , für mietpreisgebundenen Wohnraum.

Unterstützung der örtlichen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften im Sinne dieser Politik für mehr bezahlbaren Wohnraum.

*Antragsbereich U/ **Antrag 11***

Unterbezirk in der Städteregion Aachen

Strukturförderprogramm „Rheinisches Revier“

(Überwiesen an Programmkommission)

5 Die SPD fordert die Bundes- und Landesregierung dazu auf, ein eigenes Strukturförderprogramm „Rheinisches Revier“ aufzulegen und dieses mit ausreichenden finanziellen Mitteln auszustatten.

10 Leitziele müssen dabei sein, dass den Menschen in unserer Region – insbesondere den in der Braunkohle tätigen Kolleginnen und Kollegen – auch weiterhin genügend gute Arbeitsplatzangeboten werden, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und ihren Wohlstand erhalten zu können.

Weiterhin muss sichergestellt sein, dass für die Menschen und insbesondere den

15 Industriestandort NRW Versorgungssicherheit gewährleistet sein wird und

explodierende Energiepreise vermieden werden. Denn zu einer funktionierenden

Industrieregion – zu der wir uns ausdrücklich bekennen – gehört auch eine auskömmliche und netzstabile Stromversorgung.

In Stadt und Land: Lebenswerte Heimat vor der Haustür

(Angenommen)

Stadt und Land - Das Eine NRW

- 5 Die SPD-Regierungspolitik berücksichtigt Stadt und Land gleichermaßen. Zu unserem Selbstverständnis gehört es, unser Land zusammen zu halten und die Bedarfslagen aller Regionen und der dort lebenden Menschen im Blick zu behalten. Trotz regionaler Unterschiede: Wir sind das eine NRW!
- 10 Stadt und Land haben sich vielfach anders entwickelt. Die klassischen strukturellen Unterschiede verändern sich mit differenzierter Dynamik. Ländliche Räume sind heute auch starke Wirtschaftsstandorte in NRW. „Landflucht“ und Zuzug in die Städte sind Phänomene, die parallel auftreten und auch ländliche Regionen betreffen. Diese demografische Entwicklung erfordert Antworten unserer Politik.
- 15 Veränderte Strukturen verlangen neue flexible Strategien und Instrumentarien, um Entwicklung zu fördern und Chancen zu sichern. Stadt- und Landentwicklung müssen einheitlich gedacht und situativ flexibel umgesetzt werden.
- 20 Lebenswerte Heimat in Stadt und Land
- Lebenswerte Heimat beginnt mit bezahlbarem Wohnen in einem lebenswerten Umfeld. Damit verbinden die Bürgerinnen und Bürger ein Gefühl der Sicherheit, der Ordnung und gepflegter und sauberer Außenanlagen. Diesen Anspruch wollen für alle Wohnquartiere des Landes realisieren. Das bedarf der Ergänzung durch sichere Nahversorgung mit allen Dingen des täglichen Lebens, von der Grundversorgung mit Lebensmitteln über die soziale-, kulturelle-, sportliche- und gesundheitliche Infrastruktur. Hinzukommen müssen Angebote für das lebenslange Lernen von der Kita bis zur Erwachsenenbildung, die flächendeckende Breitbandversorgung zur technologischen Unterstützung digitalisierter Versorgungsstrukturen und Maßnahmen zur Teilhabe an der Energiewende.
- 25
- 30
- Lebenswerte Heimat braucht Arbeit. Deshalb kommt es auf eine vitale Wirtschaft an, die Arbeitsplätze bietet und Wohlstand sichert. Wir wollen die Grundlagen für wirtschaftlichen Erfolg stärken. Dazu gehören neben gut ausgebildeten und qualifizierten Arbeitskräften moderne verkehrliche Anbindungen an die überörtliche Infrastruktur von Straße, Schiene und Binnenwasserstraße. Das gilt insbesondere auch für den ländlichen Raum und seine „Hidden Champions“. Das gilt aber nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die Berufspendler und die gesamte Mobilität der Menschen in den Regionen unseres Landes.
- 35
- 40 Lebenswerte Heimat braucht verlässliche Hilfestrukturen. Deshalb kommt insbesondere den Versorgungsangeboten für chronisch kranke und behinderte Menschen sowie hochaltrigen Menschen große Bedeutung zu, wenn wir den Herausforderungen des demographischen Wandels in seiner Vielfalt umfassend gerecht werden wollen. Ärztlich-medizinische

- 45 Versorgung und ambulante wie stationäre Reha- und Pflegeangebote sind in allen Regionen des Landes verlässlich sicherzustellen.
- Diese Elemente sind Voraussetzung für Chancengleichheit und Lebensqualität in unserer Heimat Nordrhein-Westfalen.
- 50 Dazu gehören neue Konzepte für
- Verlässliche Gesundheitsversorgung und/Pflege, besonders in ländlichen Räumen
- Lebensqualität durch innovative Mobilität in Stadt und Land
- 55 Breitbandausbau auch in der Fläche
- Wohnen in Stadt und Land – „sauberes/attraktives“ Umfeld befriedet, Verwahrlosung verhindern (Durchsetzung von „SOS“: Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit
- 60 Bürgerschaftliches Engagement stärkt soziales Miteinander
- Natur- und Kulturlandschaften erhalten – NRW attraktiv halten, Erholungswert sichern
- 65 Kommunale Kooperationen fördern, Ver- und Entsorgungsstrukturen an die demografische Entwicklung anpassen
- Digitalisierung für Anbindung und Nahversorgung in Stadt und Land nutzen
- 70 Weiterführende Papiere und Beschlüsse der SPD
- „Ländliche Räume sind Zukunftsräume“: Beschluss SPD-Parteikonvent , 05.06.2016
- 75 „Gemeinsam! Heimat beginnt vor der Haustür! Sozialdemokratische Politik für lebenswerte Städte und Gemeinden“: Positionspapier der Querschnittsgruppe „NRW 2030 Gemeinsam“ der SPD-Landtagsfraktion, 2016
- „Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW.: Antrag SPD-Landtagsfraktion NRW, 23.02.2016
- 80 „NRW Zweitausend-30: Stark und Gerecht!“ Impulse für Fortschritt, Aufstieg und Zusammenhalt“: Buch SPD-Landtagsfraktion NRW, 2015
- 85 „Sozialdemokratische Politik für Ländliche Räume“: Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion, 30.06.2015
- „Starke Kommunen für ein gerechtes NRW - Kommunalpolitische Leitlinien der NRWSPD“: Beschluss Landesparteirat NRWSPD, 15.02.2014
- 90 „Vom Acker bis zum Teller – Wertschöpfungskette Landwirtschaft – Lebensmittelproduktion stärken und Verbraucher schützen“: Positionspapier SPD-Landtagsfraktion NRW, 06.06.2013
- „NRW 2030 - Allianz für Infrastruktur schaffen“: Beschluss Landesparteitag NRWSPD,

29.09.2012

95

„Neue Allianzen von Stadt und Land – Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume in NRW“: Positionspapier des Arbeitskreises 16 der SPD-Landtagsfraktion NRW, 16.09.2008

*Antragsbereich U/ **Antrag 13***

Kreisverband Euskirchen

A1-Lücke zügig schließen

(Angenommen)

Die NRWSPD bekennt sich zu dem Lückenschluss der Bundesautobahn A1.

- 5 Die NRWSPD fordert die SPD-Landtagsfraktion und SPD-geführte Landesregierung auf, den Lückenschluss der A1 mit Nachdruck voran zu treiben.

Das Planungsrecht ist zügig zu schaffen und die dafür notwendigen Planungsschritte ohne Verzögerungen vorzunehmen. Dabei soll die Planung so erfolgen, dass die Teilabschnitte

- 10 Blankenheim – Lommersdorf sowie Lommersdorf – Kelberg in zeitlich geringem Abstand voneinander fertig gestellt werden.

*Antragsbereich U/ **Antrag 15***

Unterbezirk Steinfurt

Milchproduktion zu guten Preisen

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

- 5 Die Milchwirtschaft unterliegt zahlreichen Verflechtungen, angefangen von der Weltmarktorientierung über Vermarktungsformen durch Molkereien und großen Handelsunternehmen bis zu industrialisierten Produktionsweisen. Überlagert wird diese Situation durch internationale Konflikte und Sanktionen. Um den aktuellen Verfall des Milchpreises zu begegnen, sind kurzfristige Interventionen unverzichtbar.

- 10 Die SPD will eine Milchproduktion zu guten Preisen für die Landwirte und verträglich für Tier und Umwelt ermöglichen. Dabei sollen die Milchviehhalter so viel unternehmerische Freiheit wie möglich erhalten, selbst Verantwortung übernehmen und dafür Sorge tragen, dass in einer Milchmarktkrise überflüssige Mengen erst gar nicht produziert werden.

Resolution zu den neuen UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und zur Agenda 2030 in Deutschland und NRW

(Angenommen)

5 Das Forum Eine Welt und der Landesparteitag der NRWSPD begrüßen ausdrücklich den Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur „Transformation unserer Welt“ (Sustainable Development Goals).

10 Mit dem abgesteckten Handlungsrahmen verbindet die Weltgemeinschaft das soziale Anliegen der Armuts- und Hungerbekämpfung mit der Bewahrung unseres Planeten. Für Bundesumweltministerin Barbara Hendricks ist die Entscheidung der UN historisch, denn die 17 Ziele mit ihren 169 Unterzielen gelten universell für alle Länder. Sie können weltweit für bessere Sozialstandards und für ein wesentlich umweltverträglicheres Wirtschaften sorgen. Zukunftsfähigkeit kann nur erreicht werden, wenn sowohl die Länder des Südens wie die des Nordens Verantwortung dafür tragen.

15 Eine erfolgreiche Umsetzung der SDGs verlangt ein aktives Engagement auf allen Ebenen. Die NRWSPD wird sich zusammen mit den Gewerkschaften, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, Eine-Welt-Gruppen und weiteren Nichtregierungsorganisationen daran beteiligen. Die NRW Landesregierung, die Kommunen und die Bundesregierung sind aufgefordert, dieses Engagement nachhaltig zu unterstützen. Beispielhaft geht es um folgende Herausforderungen:

Ein vordringliches Anliegen muss es bleiben, extreme Armut und Hunger überall auf der Welt zu beseitigen. Armut „in all ihren Dimensionen“ ist zumindest zu halbieren (vgl. Ziel 1).

25 Bis 2030 ist ein allgemeiner und gerechter Zugang zu „einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser für alle“ zu erreichen und die Wasserqualität weltweit zu verbessern (vgl. Ziel 6).

30 Bis 2030 ist der Anteil erneuerbarer Energien deutlich zu erhöhen, die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz zu verdoppeln und der allgemeine Zugang zu bezahlbaren, verlässlichen und modernen Energiedienstleistungen zu sichern (vgl. Ziel 7).

35 Angestrebt ist bis 2030 „produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit“ zu erreichen. Arbeitsrechte und sichere Arbeitsumgebungen sind für alle Arbeitnehmer zu gewährleisten (vgl. Ziel 8). Über die SDGs hinaus und im Anschluss an die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gilt es für einen weltweiten Ausbau von Sozialstaatlichkeit und Mitbestimmung einzutreten.

40 Bis 2030 ist „nach und nach ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung“ zu erreichen und

45 Chancengleichheit zu gewährleisten (vgl. Ziel 10).

Alle Formen der Gewalt, illegale Finanz- und Waffenströme sowie Korruption und Bestechung sind überall deutlich zu verringern (vgl. Ziel 16). - Die klare Aussage der Präambel „ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden“ wird hier jedoch zu wenig eingelöst. Es fehlen deutlichere Zielvorgaben zu einer weltweiten, gradualistisch-schrittweisen Abrüstung. Zugleich gilt es die zivile Konfliktbearbeitung zu fördern und zu verstärken.

*Antragsbereich U/ **Antrag 17***

Unterbezirk Dortmund

Sozialer Wohnungsbau

(Angenommen in Fassung der Antragskommission)

Die Landesregierung wird aufgefordert:

- 5 Bei der sozialen Wohnraumförderung ist eine Flexibilisierung von Belegungs- und Preisbindung im Bestand gegenüber der bestehenden wohnungsscharfen Bindung zu prüfen.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Antragsbereich WF/ **Antrag 7**

Unterbezirk Bonn

Keine Schuldenbremse in die NRW-Verfassung

(Überwiesen an Programmkommission)

5 Rechtswissenschaftler werben für ein Neuverschuldungsverbot auch in der nordrheinwestfälischen Landesverfassung. In zwei Rechtsgutachten für die Verfassungsreformkommission des Landtags – die Anfang März vorgelegt wurden - heißt es, dass die 2009 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse vom Land ausgestaltet werden solle.

10 Der in Deutschland erarbeitete Reichtum nimmt bei ebenso wachsender Armut beständig zu. Mittlerweile besitzt allein das reichste Prozent der Deutschen mehr als 30 Prozent des Gesamtvermögens. Spätestens seit der milliardenschweren „Bankenrettung“ 2008 ist das neoliberale Dogma des „Gürtel-enger-Schnallens“ als ideologischer Kampfbegriff für eine Umverteilung von unten nach oben aufgefliegen. Die „Politik für die großen Geschäfte“ ist gescheitert:

15 Erstens hat dieses Dogma die wirtschaftliche Dauerkrise erst ermöglicht und

20 zweitens richtet sich diese Politik gegen positive Möglichkeiten der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und ist daher längst in eine Legitimationskrise geraten.

25 Mit der „Schuldenbremse“ soll wesentlich verschleiert werden, dass die vermeintliche

30 "Schuldenkrise" der öffentlichen Haushalte eine hausgemachte Einnahmenkrise durch die Steuergeschenke an wenige Reiche in der Bevölkerung, Konzerne und Banken ist. Dagegen ist die Perspektive und das Wirken für eine sozialprogressive und solidarische Entwicklung in allen Bereichen des Lebens dringende Aufgabe der Zeit, auch gegen eine reaktionäre Beantwortung der Krise durch Rechtsextreme und aufgehetzte Wutbürger.

35 In Deutschland, Griechenland und überall ist die Schuldenbremse als Zivilisationsbremse zu lösen: Bildung für die Entwicklung mündiger Persönlichkeiten, Museen, Theater, Bibliotheken, Jugendzentren als Grundnahrungsmittel einer lebendigen Demokratie, eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung in ausreichend finanzierten Krankenhäusern, sozialer Wohnungsbau, ein bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr müssen ausgebaut werden bzw. auf ihrem bisherigen Niveau erhalten werden, statt dass die Qualität dieser Einrichtungen und Bereiche kaputtgekürzt wird.

40 Der Parteitag der Bonner SPD spricht sich gegen die Aufnahme einer Schuldenbremse in die NRW-Verfassung aus. Stattdessen wirkt die SPD auf allen Ebenen für mehr Einnahmen, u.a. durch:

- Die Erhöhung der Einkommenssteuer für Gutverdienende
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Umverteilungsinstrument
- Anhebung der Erbschaftssteuer für große Vermögen
- Erhöhung der Körperschaftssteuer für Kapitalgesellschaften auf das Niveau von 2008 (25 %)

*Antragsbereich WF/ **Antrag 8***

Unterbezirk Bonn

Schluss mit der Steuerverschwendung durch ÖPP (Öffentlich-Private Partnerschaften zur Finanzierung öffentlicher Investitionen)

(Überwiesen an Programmkommission)

Seit vielen Jahren herrscht in Deutschland breite Übereinstimmung, dass Bund, Länder und Kommunen mehr Geld in die öffentliche Infrastruktur investieren müssen.

Diese Auffassung geht vom Institut der deutschen Wirtschaft bis zur IG Metall und wird von den meisten Wirtschaftsforschungsinstituten geteilt. Alle wissen, was getan werden muss, aber tatsächlich wird viel zu wenig getan. Die in der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene verabredete Erhöhung öffentlicher Investitionen ist richtig, aber viel zu gering, um dem gerecht zu werden, was notwendig ist.

Zu geringe Einnahmen und das kommende Verbot der Kreditaufnahme für öffentliche Investitionen durch die „Schuldenbremse“ bringen viele Länder und Kommunen in eine Zwangslage: Die Mittel für Investitionen sinken statt zu steigen. In den zehn Jahren von 2002 bis 2011 haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen ihre Investitionen um fast zwei Drittel verringert, von etwa 3,2 Milliarden Euro auf etwa 1,2 Milliarden Euro.

Diese Situation nutzen Wirtschaftsverbände, Versicherungen und Hedgefonds für einen neuen Werbefeldzug für sogenannte ÖPP-Projekte. Damit soll, so wird behauptet, privates Geld für öffentliche Investitionen mobilisiert werden. Tatsächlich handelt es sich dabei um eine besondere Form der Privatisierung öffentlicher Aufgaben mit staatlicher Gewinngarantie für private Investoren.

Der Bundesverkehrsminister hat angekündigt, in Zukunft den Bau weiterer Bundesautobahnen nach diesem Modell zu finanzieren. Der Bundeswirtschaftsminister hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Vorschläge für neue Formen der Finanzierung öffentlicher Infrastruktur vorlegen soll.

Unabhängig von der rechtlichen und organisatorischen Struktur führt die Finanzierung öffentlicher Infrastrukturprojekte durch „Öffentlich-Private Partnerschaften“ dazu, dass dem Staat, also den Steuerzahlern, höhere Kosten entstehen als wenn der Staat die Projekte selber finanziert und durchführt.

Die SPD lehnt diese Steuerverschwendung ab und sieht sich in dieser Haltung bestätigt durch

35 Feststellungen mehrerer Rechnungshöfe.

Der Bundesrechnungshof hat in einem „Bericht an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags über Öffentlich Private Partnerschaften als Beschaffungsvariante im Bundesfernstraßenbau“ vom 4. Juni 2014 festgestellt:

40

„...haben Berechnungen des Bundesrechnungshofs zu fünf der sechs bereits vergebenen ÖPP-Projekte ergeben, dass allein diese um insgesamt über 1,9 Milliarden Euro teurer sind, als es eine konventionelle Realisierung gewesen wäre. Auch gesamtwirtschaftliche Nutzeneffekte der ÖPP-Variante, auf die sich das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur beruft, können diese Kostennachteile nicht ausgleichen. Der Bundesrechnungshof ist der Auffassung, dass die bisherigen ÖPP-Projekte unwirtschaftlich sind.“

45

50

Diese Feststellung ist nicht überraschend: Die Kosten des privat finanzierten Baus öffentlicher Infrastruktur müssen höher sein, weil private Unternehmen am Kapitalmarkt höhere Zinsen bezahlen und weil sie mit dem Projekt Gewinne erwirtschaften müssen. Das kann auch durch möglicherweise bessere Planung und Durchführung nicht ausgeglichen werden.

55

Die dringend notwendigen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur müssen so finanziert werden, dass Steuergelder so effektiv wie möglich eingesetzt werden. Dafür brauchen Bund, Länder und Gemeinden ausreichende Einnahmen und die Möglichkeit, Investitionen mit Krediten zu finanzieren, wie das aus gutem Grunde jahrzehntelange Praxis in Deutschland war.

60

Die öffentliche Hand hat heute die Möglichkeit, langfristige Kredite mit einem Zinssatz von weniger als 1 Prozent aufzunehmen. Private Investoren, die sich für ÖPP-Projekte interessieren, erwarten dagegen eine mehrfach höhere Rendite. Keine Familie käme auf die Idee, mehr Zinsen als unbedingt notwendig für den Bau ihres Hauses oder beim Kauf ihrer Wohnung zu bezahlen. Dieser Grundsatz muss auch für das Handeln von Bund, Ländern und Kommunen gelten.

65

Wenn politisch Verantwortliche trotz negativer Erfahrungen, also wider besseres Wissen, eine Finanzierungsform für Projekte der öffentlichen Infrastruktur zu beschließen, die zu höheren Kosten für die Steuerzahler führt, ist unter keinen Umständen vertretbar.

70

Der Parteitag stellt fest, dass mehr Mittel für die öffentliche Infrastruktur bereitgestellt werden müssen und dabei keine Finanzierungs- und Organisationsformen wie ÖPP eingesetzt werden dürfen, die zur Verschwendung von Steuergeldern führen. Der Parteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion, die sozialdemokratisch geführte Landesregierung, die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen.

75

Eine umfassende Reform der Erbschaftssteuer ins sozialdemokratische Wahlprogramm

(Annahme in Fassung Antragskommission bis Zeile 25 und Restüberweisung als Material an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017)

5 Soziale Gerechtigkeit ist die Kernkompetenz der SPD. Dies findet Ausdruck darin, dass sich unsere Steuer- und Finanzpolitik an dem Grundsatz ausrichtet, dass starke Schultern mehr tragen können als Schwache. Im Sinne eines funktionierenden Gemeinwesens muss der Staat, vom Bund bis zur Kommune, sicher und solide finanziert sein, sodass jeder einzelne von öffentlicher Infrastruktur profitieren kann.

10 Diesem Anspruch werden die jüngsten Reformen der Erbschafts- und Schenkungssteuer nicht ausreichend gerecht. Zwar verläuft der Steuertarif progressiv, die effektive Belastung sinkt de facto jedoch mit der Größe der Erbschaft bzw. Schenkung. Ein wesentlicher Grund hierfür stellt die Begünstigung von Unternehmenserbschaften dar, deren Anteil an der gesamten Erbschaft in der Praxis mit der Größe der Erbschaft steigt. Deswegen muss die SPD mit dem
15 klaren Ziel einer umfassenden Erbschaftssteuerreform in den nächsten Bundestagswahlkampf gehen.

(Überweisung als Material an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017)

20 Diese Reform soll sich an folgenden Punkten orientieren:

1. Die Begünstigungen für Unternehmen oberhalb einer zu definierenden Erbschaftsgröße entfallen.
2. Deckelung der Steuervergünstigung für kleine und mittlere Unternehmen unterhalb der
25 Begünstigung nur auf das Betriebsvermögen angerechnet.
3. Im Gegenzug werden großzügige Möglichkeiten zur Stundung der Steuerschuld auf maximal 15 Jahre gewährt.
- 4, Der Zeitraum für das Zusammenrechnen mehrerer Schenkungen bzw. Erbschaften wird von 10 auf 30 Jahre erweitert. So sollen Mehrfachnutzungen von Freibeträgen vermieden
30 werden.

Wir verbinden mit diesen Reformvorschlägen das klare Ziel, Mehreinnahmen zu erzielen und gegen die zunehmende soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik vorzugehen. Dies ist möglich auch bei weiterhin bestehenden Ausnahmeregelungen für kleine und mittlere
35 Unternehmen. Die Herausforderungen von heute bedürfen einer Stärkung des Gemeinwesens, die sich nach unserer Ansicht auch in einer besseren Finanzierung desselben zeigen muss.

Finanztransaktionssteuer

(Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017)

- 5 1. Aus sozialdemokratischer Sicht ist eine Finanztransaktionssteuer überfällig. Sie muss auf den Aktien- und Anleihehandel ebenso erhoben werden wie auf Derivate. Einen Steuersatz von 0,1 % (bei Derivaten 0,01 %) halten wir für angemessen. Sollten Verabredungen in einem nennenswerten Teil des Euro-Raumes in absehbarer Zeit nicht möglich sein, setzen wir uns für die Erhebung einer nationalen Steuer ein.
- 10 2. Die SPD spricht sich gegen die Fortgeltung der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften aus.
- 15 3. Die Unterscheidung zwischen Gewerbetreibenden und Freiberuflern ist mehr als überholt, ebenso wie es die Begründung zur Einführung dieser Steuer als Ausgleich für die verstärkte Inanspruchnahme von kommunalen Wegen beim Transport der Arbeitsmittel für die jeweiligen Gewerke durch Pferdefuhrwerke war. Heute ist diese gewichtige kommunale Steuer gerechterweise auf alle Unternehmungen zu erheben. Begründete qualitative Unterscheidungsmerkmale gibt es nicht.
4. Die SPD setzt sich dafür ein, dass vorhandene Ansprüche aus Riester-Verträgen nicht auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden.

*Antragsbereich WF/ **Antrag 11***

*Ortsverein Warstein-Möhnetal
(Unterbezirk Kreis Soest)*

Obergrenze für Dispozinsen und Zinsen für Überziehungskredite

(Annahme in Fassung Antragskommission und Überweisung an SPD-Parteivorstand zur Erarbeitung Wahlprogramm 2017)

Der Landesparteitag begrüßt weiterhin die Forderung der Landesregierung, eine Obergrenze für Dispozinsen und Überziehungskredite einzuführen.

II. Weitere Anträge

1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge:

Ar12;B1;B2;B3;B4;B5;B6;B7;B8;B9;B10;B11;B13;B14;B15;B16;B17;B18;B19;B20;B21;B24;B25;B26;B27;B28;B29;B30;B31;B32;B33;B34;F1;F2;G2;G3;G4;IR9;K2;O2;S1;S4;S5;U14;WF1;WF2;WF3;WF4;WF5;WF6

2. Abgelehnt wurden die Anträge:

Ar3;O1;O3;O7

3. Zurückgezogen wurde der Antrag:

K1

Herausgeber: SPD-Landesverband NRW
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf
www.nrwspd.de
info@nrwspd.de